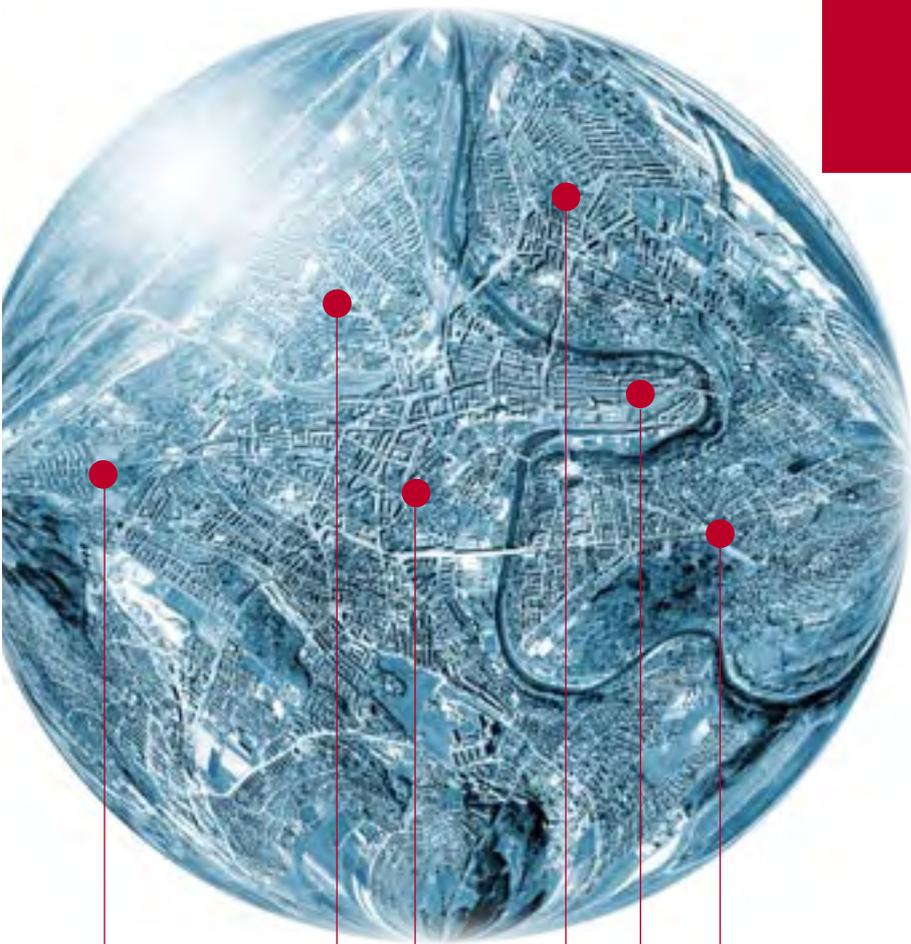




Sozialbericht 2008



					1 Frühförderung und Volksschule
					2 Arbeit und Bildung
					3 Familie und Kinderbetreuung
					4 Alter
					5 Schutz und Unterstützung
					6 Integration und Partizipation
					7 Gesundheitsförderung und Sport

Genehmigung
durch den Gemeinderat:
25. Juni 2008

Herausgeberin:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Predigergasse 5
Postfach 275
3000 Bern 7

Verfasserin:
Dr. Isabel Marty, Sozialplanerin
der Direktion für Bildung, Soziales und Sport

Wissenschaftliche Begleitung:
Prof. Dr. Edgar Baumgartner, Fachhochschule Nordwestschweiz

Mitarbeit:
Abteilungen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Statistikdienste der Stadt Bern

Layout:
Hans Peter Wermuth, infopub, Bern

Bezugsadresse:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Generalsekretariat
Predigergasse 5,
Postfach 275
3000 Bern 7

Telefon: 031 321 72 85
Fax: 031 321 72 78
bss@bern.ch

Preis der gedruckten Version: Fr. 55.–

Online: www.bern.ch/stadtverwaltung/bss

Copyright:
Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern, Bern 2008
Abdruck – ausser für kommerzielle Zwecke – unter Angabe der Quelle gestattet

Vorwort

Wie geht es den einzelnen Menschen und Menschengruppen in der Stadt Bern heute? Was macht Freude? Wo drückt der Schuh? Wie und wo in der Stadt lebt wer und weshalb? Was unternimmt die Stadt, um das Wohlbefinden der Bevölkerung zu stärken und zu mehren? – Antworten auf diese und viele weitere Fragen finden Sie im ersten Sozialbericht der Stadt Bern, den Sie jetzt vor sich haben. Er liefert eine Fülle von zuverlässigen Daten, kommentiert, reflektiert und berichtet über die Vielzahl und Vielfalt von Angeboten und Dienstleistungen der Stadt Bern. Er lässt Schlüsse zu und gibt Rätsel auf.



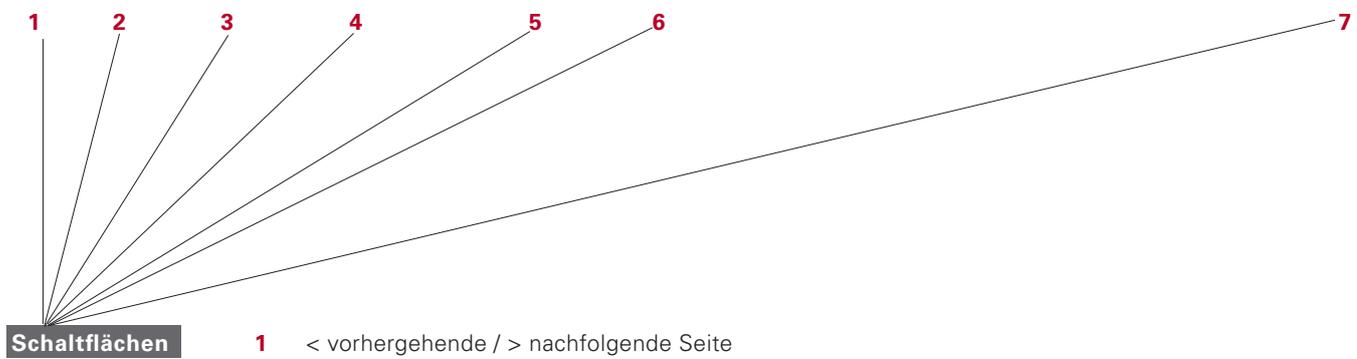
In der «Absicht, ein Gemeinwesen zu gestalten, in dem die Menschen solidarisch in einer gerechten Ordnung zusammenleben» haben die Stimmberechtigten der Stadt Bern vor 10 Jahren eine neue, moderne Gemeindeordnung beschlossen und zum Erreichen dieses hoch gesteckten Ziels zahlreiche öffentliche Aufgaben und Angebote (Service public) definiert. Die so genannten «Software»-Aufgaben, das heisst Bereiche, die in Vorhaben zur Stärkung von Menschen oder direkt in die Menschen selbst «investieren», sind heute weitestgehend unter dem Dach der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) zusammengefasst und bilden Gegenstand der Berichterstattung. Die BSS-Strategie (siehe Einleitung) hat diese Aufgaben verschiedenen Handlungsfeldern zugeordnet und Leitziele festgelegt. Sie ist die Grundlage des Sozialberichts. Dieser wiederum erlaubt erstmals und unter einem weit gefassten Fokus eine realistische Einschätzung der Sozialen Lage der Stadt Bern. Seine Ergebnisse und Erkenntnisse ermöglichen eine nachhaltige Steuerung und weitsichtige Planung. Sie fliessen zum Wohl der Menschen und damit auch der Gesellschaft und der Wirtschaft in die zukünftige Entwicklung der Sozialen Stadt Bern ein.

Der Bericht ist bewusst pragmatisch, das heisst Handlungs-, Erfahrungs- und Tatsachenbezogen ausgerichtet. Dementsprechend basiert er zu einem wesentlichen Teil auf städtischen Daten und wurde – bei wissenschaftlicher Begleitung – intern erstellt. Er zeigt auf, dass Bern eine lebendige Stadt ist, die den Worten Taten folgend lässt. Sie nimmt ihre soziale Verantwortung in hohem Mass wahr. Die meisten Menschen jeden Alters geniessen eine gute Lebensqualität. Wer Unterstützung nötig hat, findet ein engmaschiges soziales Netz mit vielen Angeboten und Dienstleistungen, die Elend verhindern oder mindern und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Es bestehen auch Lücken und Schwerpunkte, die noch intensiver zu bearbeiten sind, zum Beispiel die Frühförderung, die Chancengleichheit in den Schulen, die Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit, Familienarmut und langjähriger Sozialhilfeabhängigkeit.

Wie ist es um unsere Jugend bestellt? Welche Wechselwirkungen erzeugen Arbeit und Bildung? Lassen sich Beruf und Familie vereinbaren? Welche demografischen Entwicklungen sind absehbar? Wer braucht Schutz und Unterstützung? Warum Integration und Partizipation? Weshalb Gesundheitsförderung und Sport? – Seien Sie neugierig. Studieren, interpretieren und beurteilen Sie selbst. Wir nehmen Ihre Anregungen auf bss@bern.ch gern entgegen. Ich wünsche Ihnen dabei viele angeregte Stunden.

Allen, die am Sozialbericht mitgewirkt haben, ganz herzlichen Dank.

Edith Olibet, Gemeinderätin
Direktorin für Bildung, Soziales und Sport
der Stadt Bern



Schaltflächen

- 1** < vorhergehende / > nachfolgende Seite
- 2** zurück zur zuletzt besuchten Seite / Textstelle
- 3** öffnet das interaktive Inhaltsverzeichnis
- 4** führt zum Verzeichnis der im Text verwendeten Abkürzungen
- 5** öffnet die Volltextsuche
- 6** öffnet das Druckerfenster; dort sind weitere Druckeinstellungen festzulegen
- 7** zur Vollbild-Ansicht. Zurück: erneut auf «Ansicht ändern» klicken

Blaue Textstellen

sind interaktiv; Anklicken führt zu einer anderen Stelle im Dokument oder öffnet eine Website

[Ziffern/Text]

in eckigen Klammern verweisen auf eine Quelle im Literaturverzeichnis; das Anklicken öffnet die entsprechende Online-Quelle

Zum Gebrauch dieses Dokuments



Inhalt

Verzeichnis der Abkürzungen	4
Einleitung	5
Allgemeine Strukturdaten	9
1. Bevölkerung	10
2. Wohnen	19
3. Familien, Kinder und Bildung	23
4. Beschäftigte Bernerinnen und Berner	27
5. Ohne Arbeit / Soziale Hilfe	30
Handlungsfelder	37
1 Frühförderung und Volksschule	37
2 Arbeit und Bildung	55
3 Familie und Kinderbetreuung	67
4 Alter	79
5 Schutz und Unterstützung	87
6 Integration und Partizipation	109
7 Gesundheitsförderung und Sport	119
Schlussfazit	133
ANHANG	
I Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	135
II Organigramm der Direktion für Bildung, Soziales und Sport	143
III Soziale Einrichtungen in den Stadtteilen	144



Verzeichnis der Abkürzungen

A	AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
	ALV	Arbeitslosenversicherung
	AOB	Ausbildung und Organisations-Beratung des Personalamts
	AVA	Alters- und Versicherungsamt der Stadt Bern
	AVR	Ambulante Vermittlungs- und Rückführungsaktionen
B	BFS	Bundesamt für Statistik
	BIAS	Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe
	BSS	Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern
C	CH	Schweiz
D	DOK	Dachverband für die offene Arbeit mit Kindern
E	EKSK	Erwachsenen- und Kinderschutz-Kommission
	EL	Ergänzungsleistungen
	EU	Europäische Union
F	FaK	Fachkommission für Integration
	FeK	Familienergänzende Kinderbetreuung
	FP	Fremdplatzierungen
	FPI	Direktion für Finanzen, Personal und Informatik der Stadt Bern
G	GEF	Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
I	IV	Invalidenversicherung
K	KA	Kompetenzzentrum Arbeit
	KHG	Koordinationsstelle für häusliche Gewalt
	KI	Kompetenzzentrum Integration
	Kita	Kindertagesstätten (für Vorschulkinder)
	KIV	Konferenz der Integrationsverantwortlichen
	KZ	Kennzahl
M	MuKi	Mutter–Kind
N	NPO	Non Profit Organisation
P	PGR	Produktgruppen-Rechnung
	POM	Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern
	PvB	Programme zur vorübergehenden Beschäftigung
R	RAV	Regionale Arbeitsvermittlungszentren
S	Semo	Motivationssemester
	SHG	Sozialhilfegesetz
	SZMD	Schulzahnmedizinischer Dienst
T	Tagi	Tagesstätte für Schulkinder
	TOJ	Trägerschaft für die offene Jugendarbeit
V	vbg	Vereinigung für Beratung, Integration und Gemeinwesenarbeit
	VHS	Volkshochschule
Z	ZuD	Zuschüsse nach Dekret

Einleitung

Ausgangslage

Die Stadt Bern erfüllt im sozialen Bereich die ihr von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben und nimmt zusätzlich eigene Aufgaben wahr, welche die Lebensqualität der Bevölkerung erhalten und fördern¹. Neben Bund und Kanton ist die Stadt Bern eine zentrale Akteurin in der Bildungspolitik und Sozialen Stadtpolitik. Mit dem Sozialbericht der Stadt Bern sollen diese Leistungen erstmals in einer Gesamtschau sichtbar gemacht werden und zugleich eine Standortbestimmung erlauben, wie weit die Zielsetzungen der städtischen Politik erfolgreich umgesetzt worden sind.

Im Zuge der Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 sind die zwei Verwaltungsdirektionen mit den Schwerpunkten Bildung, Umwelt, Integration und Sozialer Sicherheit zur Direktion für Bildung Soziales und Sport (BSS) zusammengeführt worden. In der im 2006 verfassten BSS-Strategie² sind bestehende fachspezifische Teilstrategien verankert, Vision, Leitziele und darauf bezogen Handlungsfelder bestimmt sowie Akzente und Massnahmen definiert worden. Sie hat zum Ziel, Kooperation und Vernetzung innerhalb der Verwaltungsstellen und unter den subventionierten Institutionen zu fördern. Die Strategie ist die Grundlage für den vorliegenden Sozialbericht.

Eine Soziale Stadtpolitik steht im Spannungsfeld aller gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, ökonomischer und politischer Gegebenheiten und Kräfte. Die Stadt betreibt in den Politikfeldern der BSS entsprechend ihrer Betroffenheit und dem ausgewiesenen Bedarf eine aktive und Nachfrage orientierte Politik. Existenzsicherung ist und bleibt eine sozialpolitische Kernaufgabe, Schwerpunkte setzt die Stadt bei den jungen Menschen und der Integration. Die BSS handelt im Rahmen der verfügbaren Mittel sparsam, gezielt, nachhaltig und wirkungsvoll.

«Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern können aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sie verfügen über hohe Lebensqualität und gute Gesundheit. Sie haben gleiche Bildungschancen und sichern selbständig ihren Lebensunterhalt.» Auf dieser Vision gründet die BSS-Strategie.

Die Konkretisierung der in der BSS-Strategie bestimmten sozialpolitischen Leitziele stützt sich auf neun definierte Handlungsfelder. Damit wird einerseits gesichert, dass soziale Politik in Zusammenhängen und über die Abteilungsgrenzen hinaus denkt und sich nicht verzettelt. Andererseits stellt die Strategie die Ziele der Handlungsfelder ins Zentrum und orientiert sich nicht vornehmlich an Problemfeldern und -gruppen. Die Handlungsfelder entsprechen den wesentlichen Lebensbereichen aller Einwohnerinnen und Einwohner. Der Sozialbericht der Stadt Bern greift sieben Handlungsfelder³ auf und orientiert damit über Bedarfslagen, Angebote und Leistungen in folgenden Bereichen:

1. Frühförderung und Volksschule
2. Arbeit und Bildung
3. Familie und Kinderbetreuung
4. Alter
5. Schutz und Unterstützung
6. Integration und Partizipation
7. Gesundheitsförderung und Sport

Aufgabe und Zielsetzungen

Der Sozialbericht hat zum Ziel, vorwiegend mit statistischen Mitteln die soziale Lage in der Stadt Bern abzubilden und damit die Lebenslagen von Menschen (Zielgruppen) in diesem gemeinsamen sozialen Raum zu beschreiben. Mit dem Fokus auf die soziale Lage rücken Aspekte der Lebensqualität und der Lebenschancen (Chancengleichheit) von Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, über die der Sozialbericht in verschiedenen Dimensionen – wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit und Integration in die Gesellschaft – Auskunft gibt.

Der Sozialbericht ist zudem angebots- und leistungsorientiert angelegt. Er vermittelt Einblicke in die Angebote und Leistungen, welche zur Förderung der Lebensqualität und zur Gewährleistung von Lebenschancen heute umgesetzt werden. Der Blick ist hierbei ein «städtischer», indem die Berichterstattung primär Angebotsstrukturen und Leistungen unter dem Dach oder im Auftrag der Stadt Bern in den Blick nimmt. Viele, vor allem private Leistungen, namentlich auch von Einwohnerinnen und Einwohnern von Bern, bleiben damit verborgen und erhalten in diesem Bericht nicht die ihnen zustehende Berücksichtigung. Es ist bei der Lektüre zu bedenken, dass die Einwohnerinnen und Einwohner nicht nur Leistungen erhalten, sondern als ehrenamtlich oder bezahlt Arbeitende, als Mütter und Väter, als Pflegenden ihrer Angehörigen, als politisch Aktive, als im Quartier Mitwirkende, als Erwerbstätige oder als Steuern Zahlende auch wichtige gesellschaftliche Leistungen erbringen.

¹Die Angebote und Dienstleistungen basieren hauptsächlich auf folgenden Rechtsgrundlagen (diese Auflistung ist nicht abschliessend):

Stadt: Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO)
 Kanton: Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG), Volksschulgesetz (VSG), Gesundheitsgesetz (GesG)
 Bund: Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), Asylgesetz (AsylG), Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG), Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung, Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG)

²www.bern.ch/stadtverwaltung/bss

³Die Handlungsfelder Kommunikation und Ressourcen sind in diesem ersten Sozialbericht aus inhaltlichen und methodischen Gründen nicht Bestandteil und werden separat dokumentiert.

Die sozialen Entwicklungen werden unter zeitlichen, räumlichen, demografischen und zielgruppenspezifischen Dimensionen dargestellt. Sozialer Raum ist primär die Stadt Bern. Wo immer möglich und sinnvoll werden die Ergebnisse nach Stadtteilen geordnet dargestellt, die sich sehr unterschiedlich verhalten. Sozialraum orientierte Dokumentationen sind daher ein wichtiger Aspekt, auf den im Bericht wenn möglich eingegangen wird.

Datenlage / Datenquellen

Dreh- und Angelpunkt jeder Sozialberichterstattung ist die Datenlage. Der erste Sozialbericht der Stadt Bern stützt sich ausschliesslich auf bestehende Datenquellen. Die Daten stammen überwiegend aus amtlichen und verwaltungsinternen Statistiken. Sie ermöglichen eine Darstellung sozialer Strukturen und Probleme sowie darauf bezogener Leistungen im Sinne einer Auslegung beziehungsweise einer Bestandesaufnahme. Die Auswahl der einzelnen Themen erfolgt indikatorenbasiert und in enger Abstimmung mit den relevanten Zielvorgaben⁴. Der Sozialbericht der Stadt Bern erlaubt damit eine Beurteilung des Umsetzungsgrades der strategischen Ziele, bietet eine Planungsgrundlage und ermöglicht das Setzen von Prioritäten.

Zu verschiedenen Themen des Sozialberichts liegen an anderen Orten publizierte Daten und Berichte vor. Die Stadt Bern verfügt insbesondere über Instrumente im Aufgaben- und Finanzwesen, welche ergänzend zum Sozialbericht das Bild zur sozialen Lage vervollständigen:

- Der *Integrierte Aufgaben- und Finanzplan* gibt einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung der Aufgaben und des Finanzhaushalts in den nächsten vier Jahren.
- Der *Voranschlag* für das nächste Kalenderjahr in Form eines Produktgruppen-Budgets (PGB). Dieses basiert auf der konkreten Aufgabenplanung mit Leistungszielen. Es hält nach den Grundsätzen des New Public Management möglichst genau und für jedes einzelne Produkt fest, welche Kosten und Erträge geplant und welche Indikatoren und Kennzahlen massgebend sind.
- Damit verbunden ist der *Jahresbericht* mit der Produktgruppen-Rechnung (PGR). Dieser enthält neben der eigentlichen Gemeinderechnung eine Vielzahl von Auswertungen, Statistiken usw., die für den Sozialbericht herbeigezogen worden sind. Der Jahresbericht ist öffentlich einsehbar⁵. Deshalb ist im Sozialbericht bewusst auf das Ausweisen der genannten Inhalte verzichtet worden.

Ein wesentlicher Teil der Zielvorgaben und Kennzahlen des vorliegenden Sozialberichts stammt aus dem Band 2 des Jahresberichts 2006.

Zwei weitere Berichte der Stadt sind besonders zu erwähnen. Auch sie erfolgen unter dem Aspekt der Lebensqualität und stehen als wertvolle Ergänzung neben dem Sozialbericht:

- *Lebensqualitätsbericht der Stadt Bern*⁶ 2008: Der dritte Lebensqualitätsbericht erscheint im Verlauf des Jahrs 2008. Er beleuchtet das Zusammenwirken von Lebensqualität und Gesundheit anhand eines Indikatorensystems Lebensqualität. Verknüpft werden subjektive Beurteilungen mit objektiven Daten. Erfasst und kommentiert werden der Ist-Zustand und die Wirkungen des politischen und öffentlichen Handelns.
- *Bevölkerungsbefragung der Stadt Bern 2007*⁷: Dargestellt wird, wie die Lebensbedingungen in der Stadt beurteilt werden, wie zufrieden die Bevölkerung mit den Leistungen der Stadt ist, wo die grössten Probleme sind, die gelöst werden müssen, und ob die gesteckten Ziele erreicht worden sind.

⁴Die Auswahl der Themen des Sozialberichts über die Festlegung eines Indikatorensets realisierte sich unter Beizug aller verwaltungsinternen Abteilungen und mit der fachlichen Unterstützung von Prof. Dr. Edgar Baumgartner, Dozent der Fachhochschule Nordwestschweiz – Hochschule für Soziale Arbeit.

⁵www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan

⁶Erscheint 2008 auch unter: www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/gsd

⁷www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/aktuell

Aufbau und Inhalt des Berichts

Allgemeine Strukturdaten

In diesem Teil des Berichts werden strukturelle Rahmenbedingungen in der Stadt Bern beleuchtet. In Bezug auf sozialpolitische Fragestellungen stehen folgende Themen im Vordergrund und werden vertieft behandelt: 1. Bevölkerung, 2. Wohnen, 3. Familie, Kind und Bildung, 4. Beschäftigung, 5. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Kapitel Handlungsfelder 1–7

Die Aspekte der sozialen Lage im vorliegenden Bericht gründen auf den Handlungsfeldern der BSS-Strategie. Sieben Handlungsfelder werden in je einem Kapitel behandelt. Diese können unter Beizug der Verweise auf ergänzende Inhalte in anderen Handlungsfeldern oder in Anhängen auch als eigenständige Teile gelesen werden.

Die Berichterstattung in den einzelnen Handlungsfeld-Kapiteln folgt einheitlich folgendem Aufbau:

Leitziel

Das sozialpolitische Leitziel repräsentiert die übergreifende Zielsetzung in einem Handlungsfeld. Es steckt die Breite der zu bearbeiteten Themen in jedem Handlungsfeld ab.

Strukturdaten (zur Bestimmung der Bedarfslage)

Der eingangs erwähnte allgemeine Teil deckt die Strukturdaten im Wesentlichen ab. Bei Bedarf sind in den Handlungsfeld-Kapiteln zusätzlich vertiefende Strukturdaten zur Klärung der Bedarfslage beziehungsweise zur Anzahl betroffener Personen eingefügt.

Zielvorgaben

Die Verknüpfung der Leistungen mit ausgewählten Zielvorgaben aus den Legislaturrichtlinien des Gemeinderats der Stadt Bern, den relevanten fachspezifischen Teilstrategien oder aus den übergeordneten Zielen des Jahresberichts (PGR) hebt die vorliegende Berichterstattung von bestehenden Sozialberichten ab und ermöglicht ein Verknüpfen der Ergebnisse mit sozialpolitischen und sozialplanerischen Grössen. Die Berichterstattung zeichnet nach, in wie weit formulierte strategische Ziele umgesetzt und entsprechende Resultate erzielt worden sind. Daraus ergeben sich eine Überprüfung der gesetzten Ziele und eine Bewertung der Lage.

Angebotsstrukturen

Der Blick auf die Angebotsstrukturen konkretisiert sich in der Beschreibung der institutionellen Versorgungslage innerhalb eines Handlungsfeldes. Der Bericht fokussiert somit nicht nur auf den Anteil Personen, die betroffen sind bzw. auf die angesprochene Zielgruppe, sondern erfährt eine Erweiterung durch die Dokumentation bestehender Angebote in der Stadt Bern.

Leistungen nach Zielvorgaben

Grosses Gewicht erhalten im vorliegenden Sozialbericht Leistungen, die in einzelnen Handlungsfeldern erbracht werden. Um diese Angaben zu einzelnen sozialpolitischen Leistungen besser einordnen zu können, werden an geeigneter Stelle geografische Vergleiche wie Städtevergleiche einbezogen, und wo immer es die Datenlage ermöglicht und ein Vergleich sinnvoll ist werden die Sachverhalte nach Stadtteilen geordnet beleuchtet.

Eine weitere beschreibende Vertiefung wird über die Darstellung von Zeitreihen erreicht (in der Regel über die Jahre 2004–2007). Die Anordnung von Daten über mehrere Jahre macht Entwicklungen sowohl in den Handlungsfeldern als auch der Leistungen sichtbar, was Beurteilungen von Zu- und Abnahmen erlaubt.

Fachfazit

Ein fachliches Fazit rundet die Ergebnisse jedes Handlungsfeldes ab. Hier werden die zentralen Ergebnisse und sich abzeichnende Entwicklungen aus Sicht der Stadt zusammengefasst. Neben künftigen sozialplanerischen Akzenten wird auch auf sich abzeichnende gesellschaftliche Probleme hingewiesen.

Schlussfazit

Der Sozialbericht schliesst mit einem übergreifenden Schlussfazit, in welchem die wichtigsten sozialpolitischen Ergebnisse aus Sicht der Sozialen Stadtpolitik aufgeführt sind und zukünftige Herausforderungen genannt werden.

Ergebnisse aus den Stadtteilkonferenzen

Parallel zur Erarbeitung des Sozialberichts hat die BSS im November 2007 in den Stadtteilen von Bern erstmals Stadtteilkonferenzen durchgeführt. Diese ergaben eine vernetzte Standortbestimmung «vor Ort», die Hinweise gibt zum Stand der Umsetzung sozialpolitischer Ziele aus den Blickwinkeln beteiligter Fachinstanzen innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung. Neben dem Austausch von Wissen und Erfahrungen wurden gemeinsam und Sozialraum orientiert Stärken und Lücken der bestehenden Angebote im schulischen, sozialen, sportlichen und soziokulturellen Bereich diskutiert. Diese Ergebnisse aus den Stadtteilen sind in verdichteter Form und nach Handlungsfeld geordnet im Anhang des Sozialberichts dargestellt. Sie widerspiegeln persönliche Erfahrungen und Meinungen von Teilnehmenden und zeigen, wie Personen vor Ort im Arbeitsalltag – beispielsweise in Quartiervereinen, Altersorganisationen, Kirchen, Schulen, Jugendtreffs – und Mitarbeitende von Fachstellen aus der Verwaltung die einzelnen Angebote und Dienstleistungen erleben und beurteilen.

Allgemeine Strukturdaten

Inhaltsverzeichnis	1. Bevölkerung	10
	Bern macht Schweizer und Schweizerinnen	10
	Die Menschen wandern gern in und um Bern	11
	Auf und Ab in den Stadtteilen	12
	Deutschland erstmals vor Italien	12
	Weniger Asylssuchende ziehen in die Schweiz – die Stadt zieht sie an	13
	Je nach dem sind es mehr oder weniger ausländische Mitbewohnende	14
	«Von nordischen und westlichen Tannen»: Der Altersaufbau	15
	Bernerinnen und Berner werden seit Jahren immer jünger	16
	Alte und Junge verlieren Anteile an die «Mittelalterlichen»	16
	Das hohe Alter ist weiblich	17
	Ungebunden in Berns Gassen und Quartieren	18
	2. Wohnen	19
	Kleine Wohnungen und Menschen mit Wünschen nach mehr Raum	19
	Alleine Haushalten liegt im Trend	21
	Einpersonenhaushalte dominieren in allen Stadtteilen – ausser in einem	21
	Allein leben vor allem Schweizerinnen und Schweizer	22
	3. Familien, Kinder und Bildung	23
	Frauen gebären später und weniger Kinder	23
	Die meisten Berner Kinder wachsen im Westen auf	23
	Ausländische Kinder reden nicht immer wie die Eltern	23
	Immer mehr gebildete Bernerinnen und Berner	25
	Berufsstand beeinflusst Quartiernahme	25
	Bern, die Stadt der Individualistinnen und Individualisten	25
	Aufgewertete Quartiere erhöhen den Sozialstatus	26
	4. Beschäftigte Bernerinnen und Berner	27
	Arbeitsstätten und Beschäftigte	27
	In der Inneren Stadt wird am Meisten gearbeitet	27
	Teilzeitlich Dienstleistungen erbringen liegt im Trend	28
	Mehr arbeitende Frauen – mehrheitlich Teilzeit	28
	Mehr Einwohnerinnen als Einwohner, mehr männliche als weibliche Erwerbspersonen	29
	Die Mehrheit der in Bern Erwerbstätigen wohnt auswärts	29
	5. Ohne Arbeit / Soziale Hilfe	30
	Arbeitslose	30
	Das Sozialhilferisiko ist für Nicht-Ausgebildete hoch	31
	Das Sozialhilferisiko ist für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so hoch	31
	Das Sozialhilferisiko ist für Geschiedene höher	32
	Das Sozialhilferisiko ist für Kinder besonders hoch	32
	Viele Sozialhilfebeziehende wohnen im Westen von Bern	33
	Städtevergleiche: Sozialhilfequoten nach Geschlecht und Nationalität	34
	Sozialhilfequoten nach Altersgruppen	34
	Fallstruktur	35
	Haushaltquoten	35
	Literaturverzeichnis	36

1. Bevölkerung

Bern macht Schweizer und Schweizerinnen

Zum dritten Mal in Folge kann die Stadt 2007 ein leichtes Bevölkerungswachstum von einem halben Prozent verbuchen. Die natürlichen Bewegungen durch Geburt und Tod sind, wie in der ganzen Schweiz, nicht die wesentlichen Ursachen für die Bevölkerungsentwicklung. In den letzten zwei Jahren sind in Bern etwas mehr Kinder zur Welt gekommen als in den Vorjahren, es sind jedoch 2007 wieder mehr Personen gestorben als im Vorjahr.

Generell ausschlaggebend für die Bevölkerungsentwicklung sind in den letzten Jahrzehnten die Wanderungsbewegungen gewesen, welche in den 1960er Jahren ihren Höhepunkt an Abwanderungen erreichten. Seit dem Jahr 2000 ist der Saldo wieder positiv. Gesamtschweizerisch ist die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums die Einwanderung aus dem Ausland. [1/ S. 7]

Heute wächst die Berner Bevölkerung, obschon 2007 erneut mehr Schweizer und Schweizerinnen von Bern weggezogen als zugezogen sind und die Anzahl Ausländerinnen und Ausländer zwischen 2002 und 2006 zurückgegangen und erst 2007 wieder gestiegen ist. Das Wachstum hat folgenden Ursachen: Einerseits besteht ein deutlicher Zuzugüberschuss ausländischer Staatsangehöriger, andererseits ist es der Nationalitätenwechsel¹, vornehmlich durch Einbürgerung von ausländischen Personen, der auch die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer anwachsen lässt.

Das Bevölkerungswachstum in den grossen Schweizer Städten wie Zürich, Basel, Genf oder Lausanne liegt generell unter dem Schweizer Durchschnitt und ist entweder negativ oder leicht positiv. Vergleichsweise liegt Bern im Trend.

Immer weniger ausländische Kinder und Jugendliche

Das Bundesamt für Statistik [8 / S. 24] erläutert in einer gesamtschweizerischen Publikation 2007 das Zusammenspiel der verschiedenen Bevölkerungsentwicklungskomponenten und zeigt auf, dass die Zahl der unter 20-jährigen Ausländerinnen und Ausländer auf Grund des Übergangs ins Erwachsenenalter und der Einbürgerungen in den letzten Jahren wieder stetig abnimmt. Dieses Bild bestätigt sich auch für die Stadt Bern. Der Erwerb des Schweizerbürgerrechts ist seit zwei Jahren Hauptursache für den Rückgang ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Kinder ausländischer Eltern werden grossmehrheitlich entweder in der Schweiz geboren oder sie reisen im Alter von null bis sieben Jahren ein. Letzteres trifft auf 61 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in der Schweiz

zu, die im Ausland geboren sind. Knapp ein Drittel aller Kinder mit ausländischem Pass hat gleichzeitig einen Schweizerpass. [8]

TABELLE SD.1

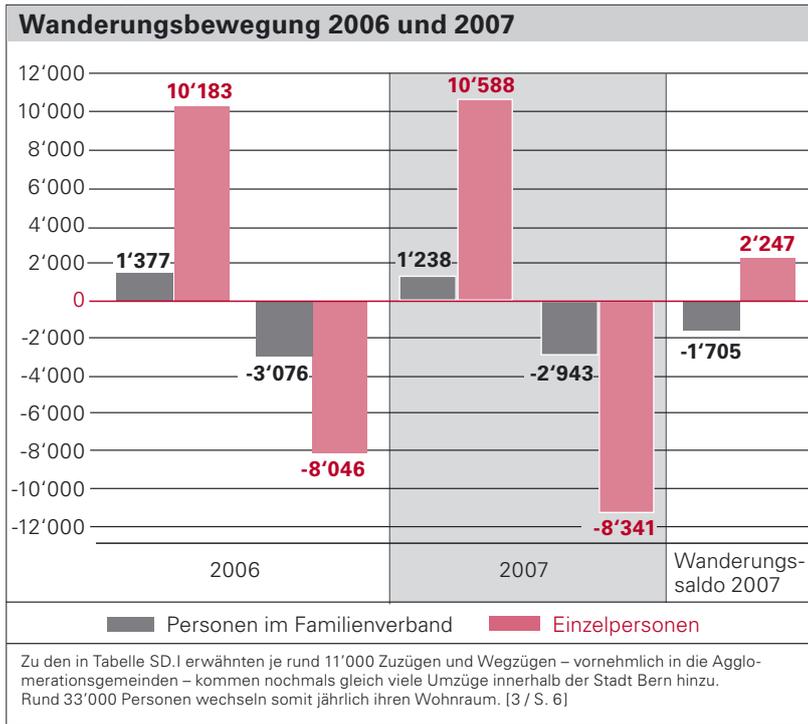
Auszug aus der Bevölkerungsbilanz und den Wanderungsbewegungs-Daten			
Bevölkerungsbilanz	2006	2007	Veränderung in %
Anfangsbestand	127'421	127'882	0.36
Wanderungssaldo <i>(Details siehe unten)</i>	+438	+542	
Geburten	1'297	1'298	0.08
Todesfälle	1'316	1'359	3.27
Endbestand*	127'882	128'345	0.36
Bestand männlich	60'127	60'606	0.80
weiblich	67'755	67'739	-0.02
Bestand Schweiz.*	100'914	101'090	0.17
Bestand Ausländ.	26'968	27'255	1.06
Nationalitätenwechsel von AusländerInnen	+1'244	+721	
Wanderungsbewegung			
Zuzug	2006	2007	
davon Personen im Familienverband	1'377	1'238	-10.09
Einzelpersonen	10'183	10'588	3.98
davon Schweiz.	7'311	7'389	1.07
Ausländ.	4'249	4'437	4.42
Zuzüge Total*	11'560	11'826	2.30
Wegzug			
davon Personen im Familienverband	3'076	2'943	-4.32
Einzelpersonen	8'046	8'341	3.67
davon Schweiz.	7'703	7'558	-1.88
Ausländ.	3'419	3'726	8.98
Wegzüge Total *	11'122	11'284	1.46
Wanderungssaldo	2006	2007	
Personen im Familienverband	-1'699	-1'705	
Einzelpersonen	+2'137	+2'247	
SchweizerInnen	-392	-169	
AusländerInnen	+830	+711	
	+438	+542	

*ohne Bestandeskorrektur (2006: +42; 2007: -18)

Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

¹ Nationalitätenwechsel durch Wechsel von ausländischer zu schweizerischer Nationalität durch Einbürgerung, Legitimation und Adoption

ABBILDUNG SD.1



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Die Menschen wandern gern, in und um Bern

Die Wanderungsbewegung für Bern wie auch andere Städte zeigt, dass die meisten zuziehenden Personen junge Erwachsene sind, die für die Ausbildung, für das Studium, für den Stellenantritt oder zur Gründung einer eigenen Familie in die Stadt Bern ziehen. Neun von zehn Zuziehenden sind Einzelpersonen. [5 / S. 7] Hier zeigt sich ein Trend zum urbanen Wohnen, mit dem eine junge Mittelschicht in den Zentren Einzug hält.

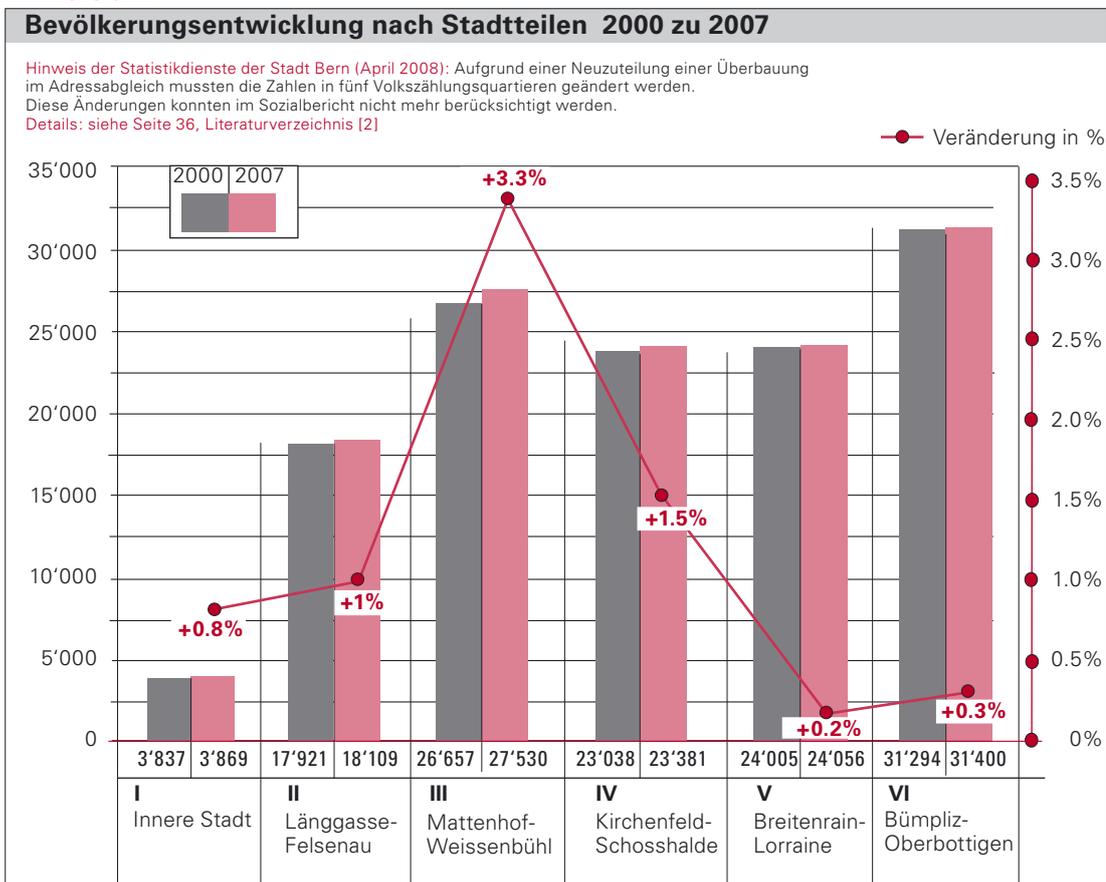
Auffallend viele Familien ziehen aus der Stadt weg

Hingegen ist ein Viertel der Personen, die aus der Stadt wegziehen, Teil einer Familie. Darunter sind besonders viele Personen im mittleren Alter und vorwiegend Schweizer Ehepaare mit ihren Kindern. Der

Der seit 30 Jahren vorherrschende Sterbeüberschuss zeigt eine deutlich rückläufige Tendenz. Diese Abnahme ist primär auf weniger Todesfälle zurückzuführen, bedingt durch eine Verjüngung der städtischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren. [3 / S.4]

Wanderungssaldo bei Familien ist seit Jahren deutlich negativ. Um diese Abwanderung aufzuhalten und eine ausgeglichene Altersstruktur der Stadtbevölkerung zu erreichen, wird der Wohnungsbau gefördert. Familien, die in die Stadt ziehen oder in der Stadt bleiben möchten, haben eine geeignete Wohnung nötig. Dabei ist zu

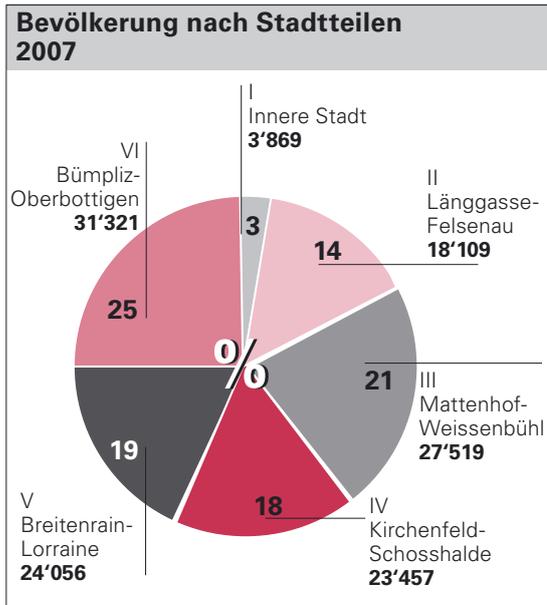
ABBILDUNG SD.2



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

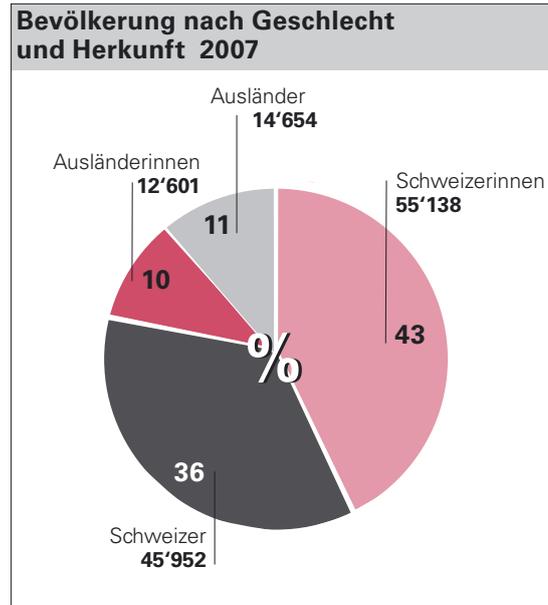


ABBILDUNG SD.3



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

ABBILDUNG SD.4



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

beachten, dass der Wohnortentscheid einer Familie von den vorhandenen schulischen, sozialen, soziokulturellen und familienergänzenden Infrastrukturen massgeblich mit bestimmt wird. [7 / S. 8,13]; Vertiefende Informationen: [4 / S.18, 23] oder [3 / S.7]

Auf und Ab in den Stadtteilen

Seit dem Jahr 2000 ist die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen. Der Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl weist die grösste Bevölkerungszunahme auf. (Abb. SD.2)

Abb. SD.3 zeigt, wie unterschiedlich sich die Personen in den Stadtteilen verteilen. Zusammen gezählt lebt fast die Hälfte der Stadtbevölkerung im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen und im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl.

Deutschland erstmals vor Italien

Ausländerinnen und Ausländer stellen einen Fünftel der Berner Bevölkerung. Verglichen mit andern Schweizer Städten hat Bern den weitaus niedrigsten Anteil an Ausländerinnen und Ausländern (Zürich und Basel rund 30,

Lausanne 37 und Genf über 40 Prozent). Dabei zählt die Schweiz zu den europäischen Ländern, in denen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit gut zwanzig Prozent am meisten Ausländerinnen und Ausländer wohnen. Einzig Luxemburg und Liechtenstein weisen noch höhere Anteile auf.

Veränderungen der Herkunft ausländischer Bewohnender in Bern

Die Entwicklung des Ausländerbestandes ist primär abhängig von Konjunkturschwankungen und vom politischen (Welt-)Geschehen. Herausgegriffen seien zwei jüngere politische Einflussfaktoren und deren Auswirkungen für Bern: Durch die Balkankriege kamen in den 1990er Jahren viele Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Schweiz, und nach der Einführung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union (EU) 2002 haben die Zuzüge deutscher Staatsangehöriger wesentlich zugenommen. Demgegenüber sind die Populationen der traditionellen Einwanderungsländer Italien und Spanien stark rückläufig, teilweise bedingt durch die Rückkehr in das Heimatland nach der Pensionierung.

Weitaus am meisten Neuzuziehende stammen 2006 aus Deutschland. Ebenfalls mehr Zu- als Wegzüge weisen Portugal, Österreich, die neuen sudosteuropäischen Staaten sowie die Türkei aus. Die grösste ausländische Population in Bern bilden neu deutsche Staatsangehörige, gefolgt von jenen der neuen sudosteuropäischen Staaten. Erst an dritter Stelle folgen italienische Staatsangehörige, welche 60 Jahre lang die stärkste Ausländernation in der Stadt waren. Betrachtet man jedoch nur die Zahl der niedergelassenen Personen und blendet die «Jahresaufhaltenden» und die «vorläufig Aufgenommenen» aus, dann hat Italien immer noch die grösste ausländische Population in der Stadt Bern. [3/ S. 8]

Herausforderungen für die Zukunft der Kernstädte

Nach Einschätzung des Bundesamtes für Statistik (Dr. W. Haug) wird die Zu- und Wegwanderung auch in Zukunft ein zentraler Faktor sein, aufgrund dessen sich die Bevölkerungsstruktur der Kernstädte von jener der Agglomerationsgemeinden und ländlichen Regionen unterscheidet:

- mehr Einpersonenhaushalte
- weniger Kinder
- mehr Rentnerinnen und Rentner sowie Hochaltrige (über 85 Jahre)
- mehr Migrantinnen, Migranten und Fremdsprachige

Die Verteilung in den Stadtteilen

In der Stadt Bern kommt der überwiegende Teil der ausländischen Bevölkerung aus europäischen Ländern, davon sind drei von fünf EU-Bürgerinnen und -bürger. Im Stadtteil VI leben sehr viele Menschen aus den neuen südosteuropäischen Staaten sowie aus Afrika, Asien, usw. Mehr als in den anderen Stadtteilen bestehen hier Nachbarschaften zwischen Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellem Hintergrund.

Weniger Asylsuchende ziehen in die Schweiz – die Stadt zieht sie an

Der Asylbereich ist gesteuert von der Politik des Bundes sowie von deren Umsetzung auf Kantonsebene. Die Stadt kann ihren Einfluss jedoch als Mitglied des Konsultativgremiums «Kantonale Asylkoordinatoren» geltend machen. Als solches ist sie in die kantonale Asylpolitik einbezogen, bringt Themen ein und arbeitet wesentlich an Entscheidungsgrundlagen mit (für Weisungen, finanzielle Abgeltungen, Abläufe u. ä.).

Auf die einzelnen Faktoren, welche den Zuzug von Asylsuchenden in die Stadt bestimmen, hat die Stadt keinen Einfluss. Gemäss Bundesgesetzgebung dürfen Personen mit vorläufiger Aufnahme, Ausweis F, ihren Wohnsitz innerhalb des Kantons frei wählen. Personen im Verfahren (Ausweis N) hingegen werden vom Kanton den Zentren und Gemeinden zugewiesen (in Absprache). In der Stadt lebten Ende 2007 nur rund 40 Betroffene mit Ausweis N.

Der Zuzug in die Stadt Bern ist wesentlich geprägt

- vom Eingang neuer Asylgesuche beim Bund und der nachfolgenden Zuteilung an den Kanton,
- vom Bestand an Personen des Asylbereichs im Kanton Bern: Fallkonstellation, Herkunft, Verfahrensstand,
- vom Arbeitsmarkt in der Stadt (bei guter Lage höherer Zuzug von sozialhilfeunabhängigen Personen),
- von der Auslastung / Verfügbarkeit der Durchgangszentren, resp. der Plätze in anderen Gemeinden,
- vom verfügbaren Wohnraum.

In den letzten vier Jahren sind die Asyl-Zahlenbestände kontinuierlich zurückgegangen.

Zuzug von Personen des Asylbereichs in die Stadt Bern

Trotz gesamtschweizerisch rückläufiger Anzahl Asylsuchender nimmt die Zahl der in die Stadt Bern ziehenden Personen kontinuierlich zu – die Stadt wirkt somit als Anziehungspunkt.

Die Zahl der sozialhilfeabhängigen Personen im Asylbereich ist seit Jahren rückläufig. Bei den finanziell unabhängigen Personen variieren die Zahlen vornehmlich aufgrund von Änderungen des Aufenthaltsstatus (Jahresaufenthalt, Schweizerpass), wodurch sie nicht mehr in der Asylstatistik figurieren. Andere Personen sind wie-

ABBILDUNG SD.5

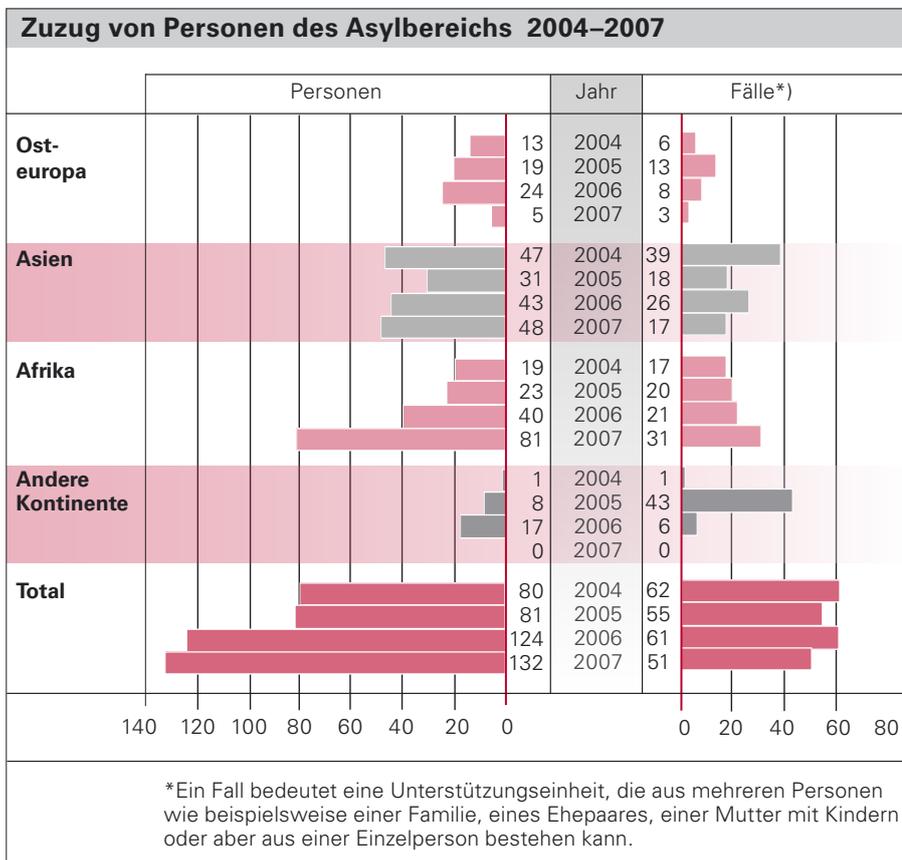


Abbildung SD.5 zeigt die Zuzugszahlen, Tabelle SD.II oben auf der nächsten Seite den Bestand, das heisst die tatsächlich anwesende Anzahl Personen, die Asyl suchen.

der weggezogen oder ausgereist. Die Zahlen der Sozialhilfebeziehenden (ein Teil davon ist nur teilunterstützt, soweit ihr Einkommen nicht Existenz sichernd ist) sind rückläufig, da die Fallzahlen im Asylbereich generell abnehmen und ein weiterer Teil dieser Personen Arbeit findet und damit von der Sozialhilfe abgelöst werden kann.

TABELLE SD.II

In der Stadt Bern wohnhafte Sozialhilfe-abhängige und -unabhängige Personen des Asylbereichs 2004–2007				
	2004	2005	2006	2007
Von Sozialhilfe Abhängige	430	403	375	250
Von Sozialhilfe Unabhängige	376	251	205	260
Total in Bern wohnhaft	806	654	580	510

Datenquellen: BSS, Kompetenzzentrum Integration, Statistik PGR-Kennzahlen

Je nach dem sind es mehr oder weniger ausländische Mitbewohnende

Die Stadtteile VI Bümpliz-Oberbottigen, III Mattenhof-Weissenbühl und V Breitenrain-Lorraine weisen in dieser Reihenfolge die höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile auf.

Etwas mehr als zehn Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung in Bern leben im Stadtteil II Länggasse-Felsenau. Fokussiert nur auf die Einwohnenden dieses Stadtteils, hat ein Sechstel der Menschen im Stadtteil II einen ausländischen Pass.

Noch deutlicher sind diese unterschiedlichen Anteile im Stadtteil I Innere Stadt: Drei Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung leben in diesem; nur auf die Einwohnenden der Inneren Stadt fokussiert hat ein Sechstel der Menschen im Stadtteil I Innere Stadt einen ausländischen Pass.

Die zentralen Einflussfaktoren auf den Bestand an Asylsuchenden, die in Bern wohnen

- Die bessere Arbeitsmarktlage, welche mehr Stellenantritte und Ablösungen von der Sozialhilfe begünstigt,
- Der Abbau von Hürden zum Arbeitsmarkt für Personen mit F-Bewilligung, welche ebenfalls mehr Stellenantritte ermöglicht,
- Die Möglichkeit der Umwandlung einer F-Bewilligung in eine Jahresaufenthaltsbewilligung nach neuen Kriterien, wodurch diese Personen nicht mehr in der Asylstatistik erscheinen,
- Der Gesetzesartikel, wonach Personen mit F-Bewilligung ihren Wohnsitz innerhalb des Kantons wählen können, sofern sie eine günstige Wohnung finden,
- Der Schweizerpass: Personen, welche die Bedingungen erfüllen, können die Einbürgerung beantragen,
- Heirat und damit verbundene Statusänderung bei der Aufenthaltsbewilligung.

ABBILDUNG SD.6

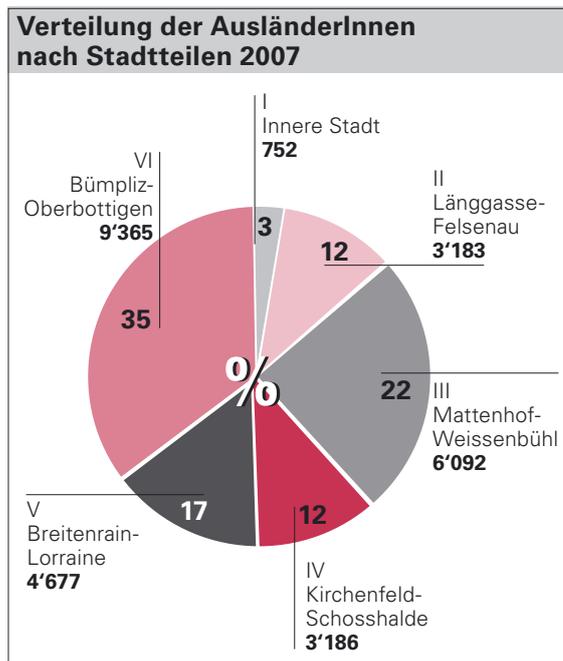
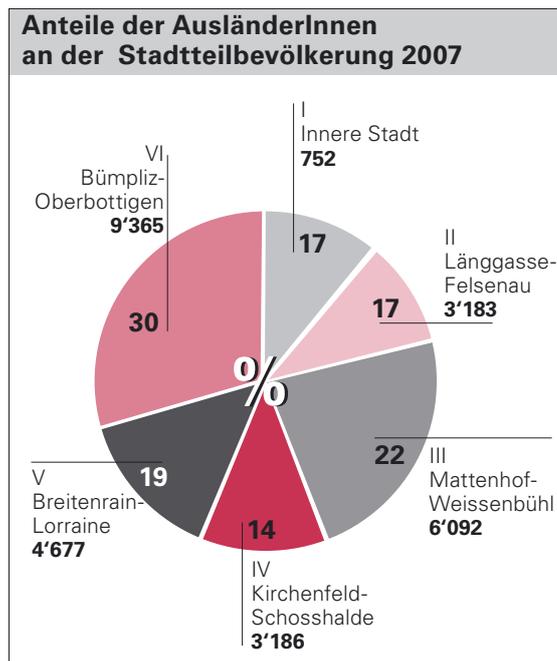


ABBILDUNG SD.7

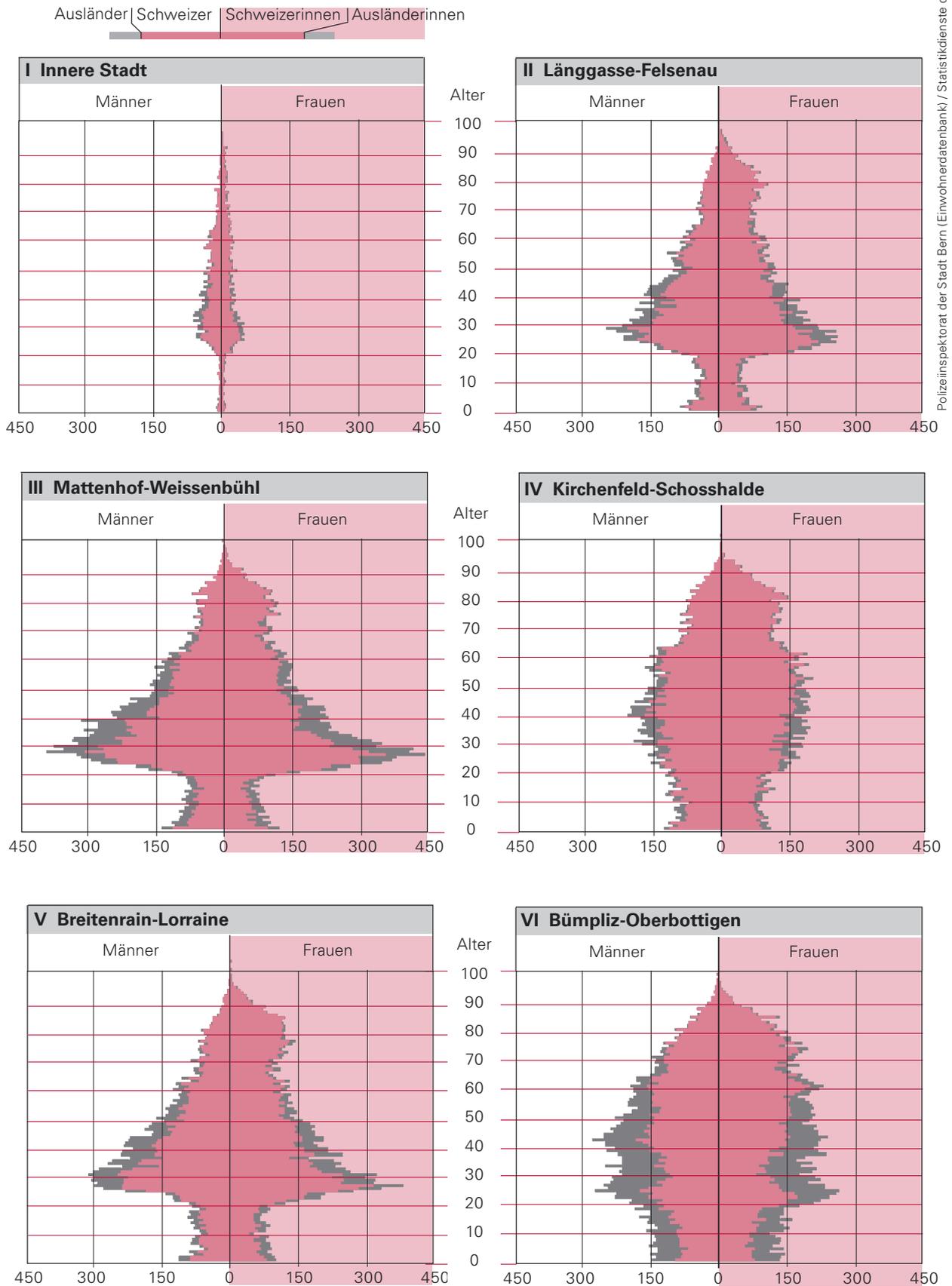


Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

«Von nordischen und westlichen Tannen»

ABBILDUNG SD.8

Altersaufbau der Wohnbevölkerung nach Stadtteilen, Geschlecht und Herkunft

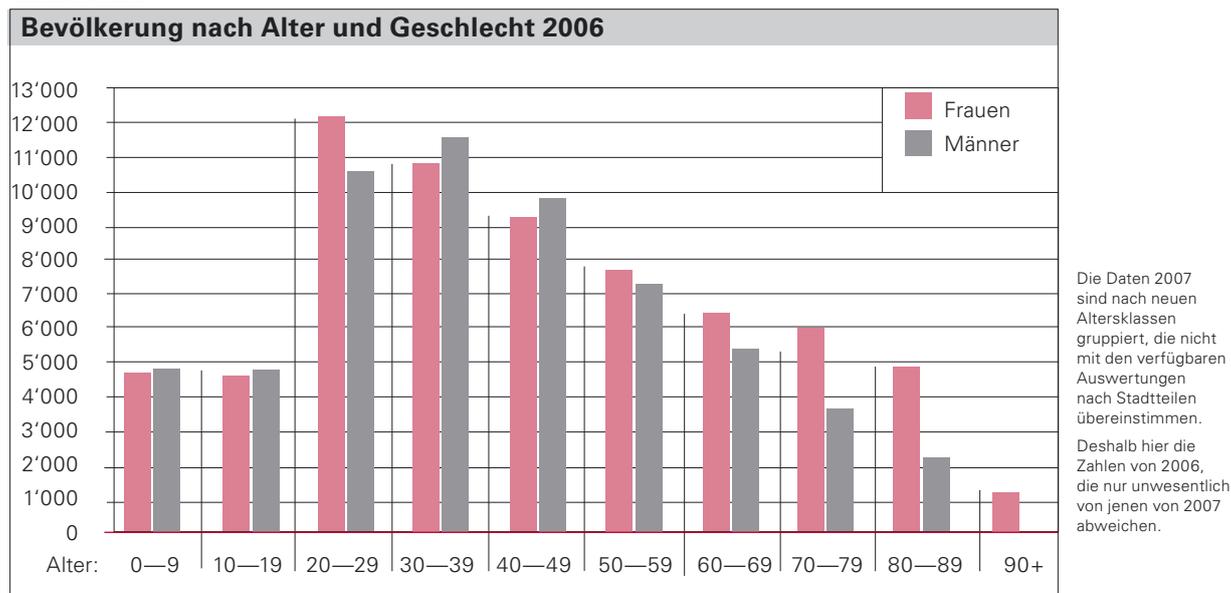


Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Strukturdaten

Der Altersaufbau der gesamtbernischen Wohnbevölkerung zeigt die Form einer Tanne [4, S.19]. Dies ist charakteristisch für eine Stadt mit relativ niedriger Geburtenrate, hohem Anteil an Erwerbstätigen und einem Rückgang bei den älteren Personen. Das Verhältnis von Frauen und Männern zeigt sich in der Stadt Bern bis ins Pensionsalter relativ ausgeglichen; ab dem 70. Altersjahr sind die Frauen deutlich in der Überzahl.

ABBILDUNG SD.9



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Abbildung SD.8 auf der vorhergehenden Seite zeigt bildlich, dass die Anzahl Personen und die Verteilung nach Altersgruppen in den sechs Stadtteilen sehr unterschiedlich ist: Von «schlanken Pappeln» bis zu «bauchigen Tannen» finden sich diverse Variationen. Allerdings ist der Stamm bei allen etwas dünn und die Kronen sind etwas krumm geraten.

Bernerinnen und Berner werden seit Jahren immer jünger

Das Durchschnittsalter der Stadtberner Bevölkerung sinkt in den letzten Jahren und beträgt heute 42 Jahre. Dies hängt damit zusammen, dass in Bern die 20 bis 39-jährigen Anzahl mässig die grösste Population ist. Begünstigt wird diese Entwicklung zusätzlich durch Wegzüge von Personen im Pensionsalter.

(Abb. SD.9)

Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung beträgt in der Schweiz 2006 21,7 Prozent [1 / S. 24]

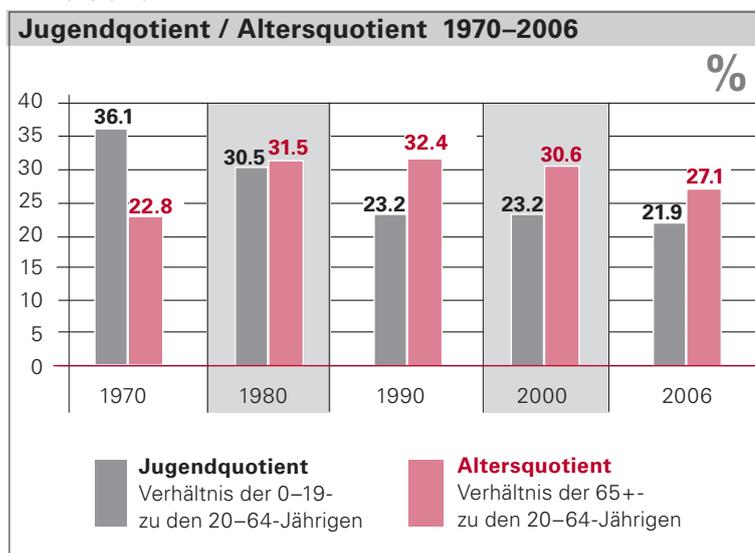
Das Durchschnittsalter der Schweizerbevölkerung in Bern beträgt knapp 44 Jahre und jenes der ausländischen 35 Jahre. [3 / S. 4]

Auffallend ist der deutlich höhere Frauenanteil bei den 20- bis 29-Jährigen sowie bei den über 70-Jährigen. In Bern ist dieser höhere Frauenanteil ausgeprägter als in der gesamten Schweiz.

Der Anteil der über 65-Jährigen in einem Stadtteil hängt auch vom Vorhandensein von Altersinstitutionen ab. Im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde ist gut jede fünfte Person über 65-jährig. Der Anteil älterer Menschen ist in diesem Stadtteil am höchsten. [3 / S. 6]

Weitere Ausführungen zur älteren Bevölkerung finden sich im Kapitel Handlungsfeld 4.

ABBILDUNG SD.10



Datenquelle: Eidg. Volkszählung 2000 / Statistikdienste der Stadt Bern

Alte und Junge verlieren Anteil an die «Mittelalterlichen»

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Minderjährigen kontinuierlich, aber nur leicht, um insgesamt 400 Personen abgenommen, was am langjährigen Geburtenrückgang und am jährlichen Wegzug von Familien mit Kindern liegt. Ebenso verringert sich der Anteil der Menschen über 65 Jahren, beispielsweise durch die Rückkehr von pensionierten Ausländern und Ausländerinnen ins Heimatland, oder durch den Umzug älterer Menschen in ein auswärtiges Altersheim. Hingegen steigt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung (20 bis 64-Jährige) auch 2006 leicht an. In den Stadtteilen zeigen sich überall ähnliche

Tendenzen, bis auf Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen, in dem der Anteil junger und älterer Menschen steigt und es weniger Personen mittleren Alters gibt.

Das Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen, der sogenannte Jugendquotient, nimmt seit den 1970er Jahren stetig ab. Das Verhältnis der über 65-Jährigen gegenüber den 20 bis 64-Jährigen, der sogenannte Altersquotient, nimmt in Bern seit den 1990er Jahren tendenziell ab (vgl. Abb. SD.10). Der Anteil älterer Menschen wird laut Statistikdiensten in Zukunft wieder steigen, weil die geburtenstarken Jahrgänge (sogenannte «Babyboom-Generation»), die ihrerseits weniger Kinder hatten, ins Pensionsalter kommen. Das Älterwerden dieser Generation geht einher mit einer demografischen Alterung.[4 / S. 41] Gesamtschweizerisch liegt der Altersquotient leicht tiefer bei 26 Prozent, der Jugendquotient deutlich höher bei 35 Prozent.

Das Bundesamt für Statistik [12] geht davon aus, dass das Bevölkerungswachstum der kommenden dreissig Jahre ausschliesslich bei den über 45-Jährigen gründet und dass das Wachstum umso stärker sein wird, je höher das Alter. Die Zahl der über 80-Jährigen nimmt beispielsweise gegenüber heute um mehr als das Zweieinhalbfache zu. Die Zahl der 0- bis 44-Jährigen jedoch geht zurück und jene der Kinder und Jugendlichen unter zwanzig sinkt um 15 Prozent. Schweizweit kann in den nächsten dreissig Jahren mit einer Verdoppelung des Altersquotienten gerechnet werden.

Abbildung SD.11 zeigt die rein rechnerische Bevölkerungsfortschreibung in der Stadt Bern bis zum Jahr 2025, aufgeteilt nach Geschlecht und Altersgruppen.

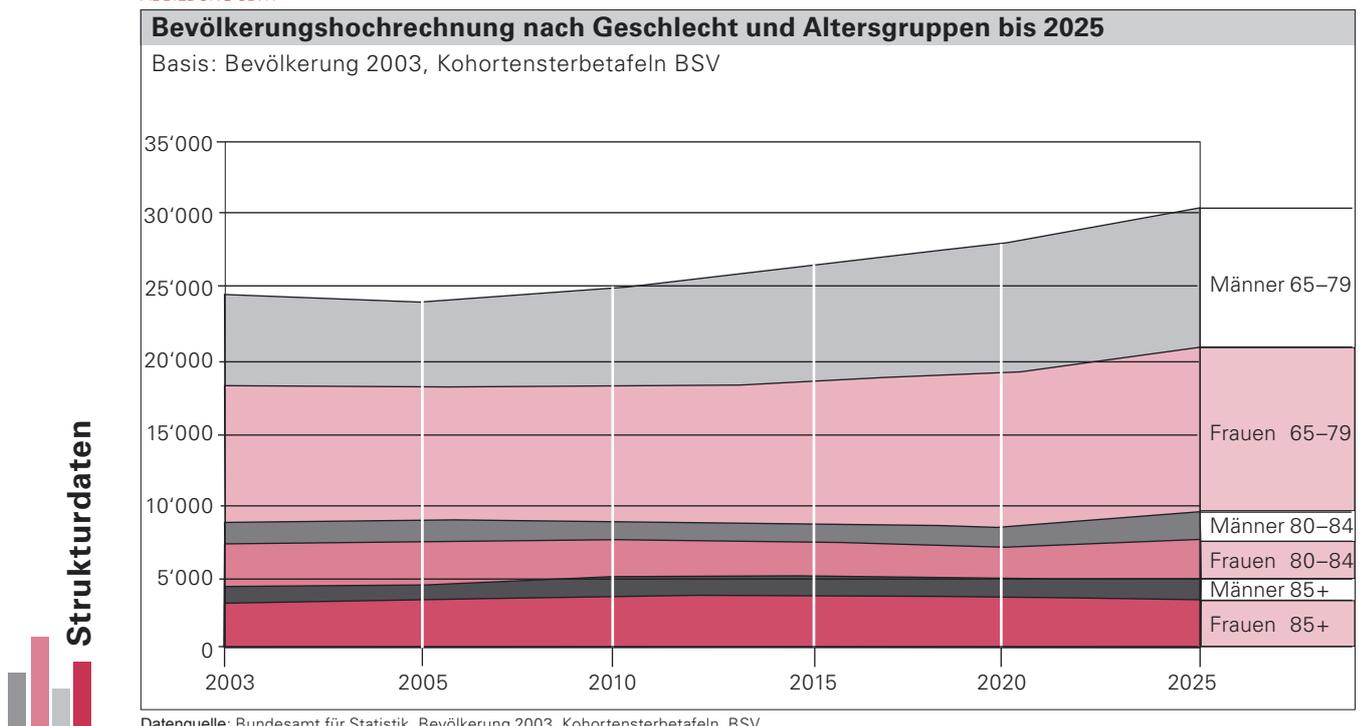
Das hohe Alter ist weiblich

Die wichtigsten Entwicklungen und längerfristig zu erwartende demografischen Veränderungen:

- Die Anzahl älterer Menschen ab 65 Jahren und hoch betagter ab 80 Jahren nimmt in den nächsten Jahren auch in der Stadt Bern zu.
- Der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung verbessert sich und damit kann in Zukunft mit einer steigenden Lebenserwartung gerechnet werden.
- Das Alter ist sehr individuell. Gleichaltrige Frauen und Männer zeigen in allen Bereichen enorme Unterschiede, und den typischen Rentner / die typische Rentnerin gibt es nicht.
- Bei den 75 bis 79-Jährigen sind sechzig Prozent weiblichen Geschlechts. Bei den über 80-jährigen Menschen sind gut zwei Drittel weiblich.
- Armut im Alter ist dank dem ausgebauten Sozialversicherungswesen kein grosses Thema. Schon eine geringe Reduktion der Ergänzungsleistungen der AHV würde aber rund einen Fünftel der Menschen über 65 Jahren in finanzielle Bedrängnis bringen.
- Die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen nimmt entsprechend der Zunahme der älteren Menschen und dem Anstieg der Lebenserwartung in Zukunft stark zu.
- Ein grosser Teil der geleisteten Pflege und Betreuung wird durch Angehörige – überwiegend Frauen – geleistet.
- Die in früheren Jahren eingewanderten Ausländerinnen und Ausländer aus Italien, Spanien, Portugal und den neuen südosteuropäischen Staaten kommen in den nächsten Jahren ins Pensionsalter. Viele von ihnen verfügen über wenig finanzielle Mittel und über einen schlechteren Gesundheitszustand als die Schweizer Bevölkerung.

(Im Kapitel «Handlungsfeld 4» wird das Thema Alter eingehend behandelt)

ABBILDUNG SD.11



Für die Bedarfsplanung im Altersbereich von Bedeutung ist die Anzahl der hochbetagten Personen. Der Gesundheitszustand wird sich bei einem namhaften Teil dieser Gruppe so weit verschlechtern, dass die Betroffenen in Folge körperlicher, sensorischer und/oder kognitiver Einschränkungen zunehmend medizinisch-pflegerische Leistungen und Hilfe zur Bewältigung des Alltags (Hausführung, Mobilität, Administration, usw.) benötigen werden.

Die Prognose für die nächsten gut zehn Jahre dürfte für die heute über 80-jährigen Personen eine grosse Zuverlässigkeit aufweisen. Gemäss einer Studie² zur Umzugsmobilität finden bei den heute über 75-Jährigen kaum mehr grössere Wanderbewegungen in die Stadt oder aus der Stadt hinaus statt. Jedoch ist aus methodischen Gründen die Prognose für Personen im Pensionsalter (65–79-Jährige) und bei den Hochbetagten (über 80) ab 2025 mit grossen Unsicherheiten behaftet und entsprechend vorsichtig zu interpretieren. Denn für die Personen, die heute ins Pensionsalter kommen, ist das Ausmass der Veränderungen durch Wanderbewegungen schwer abschätzbar. Jahrgänge, welche in zehn Jahren pensioniert werden, sind heute über 50-jährig und stehen vor entscheidenden Lebensereignissen, wie beispielsweise dem Auszug der Kinder, der Pensionierung oder der Rückkehr ins Heimatland nach der Pensionierung. Vergleichbare Vorbehalte sind für den rechnerisch prognostizierten Anstieg der Hochaltrigen zwischen 2020 und 2025 zu machen, da die betreffende Altersgruppe heute noch vor der Pensionierung steht und Veränderungen schwer vorauszu sehen sind³.

Ab 2010 steigt voraussichtlich die Anzahl der 65 bis 79-Jährigen. Wie gross dieser Anstieg sein wird, bleibt allerdings wegen der erwähnten Unsicherheiten bei den Wanderungsbewegungen unklar und hängt unter anderem von der Attraktivität der Stadt Bern als Wohnort ab (verfügbarer Wohnraum, Infrastruktur, usw.).

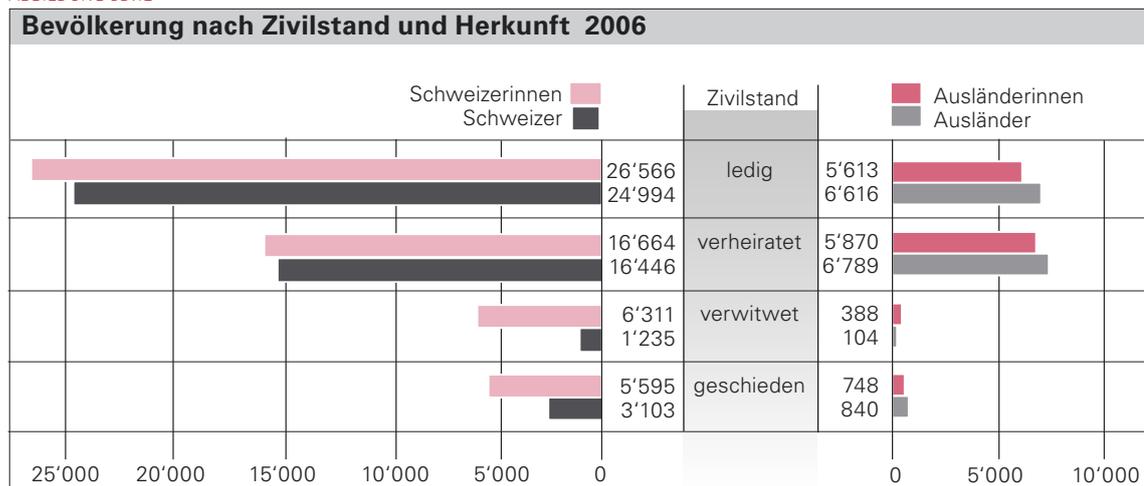
Ungebunden in Berns Gassen und Quartieren

In Bern leben – wie in den anderen grossen Schweizer Städten auch – gesamthaft mehr ledige, geschiedene und verwitwete, hingegen deutlich weniger verheiratete Personen. Die Entwicklung seit der Volkszählung 2000 zeigt, dass gut drei von zehn Schweizern und Schweizerinnen verheiratet sind.

Während die Schweizerinnen und Schweizer deutlich häufiger ledig als verheiratet sind, verhält es sich bei der ausländischen Bevölkerung seit Jahren anders. Ungefähr die Hälfte aller hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind verheiratet. Sie weisen auch einen höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen auf. [4 / S. 20].

Unter den Schweizer Frauen ist der Anteil der Verwitweten vier Mal höher, jener der Geschiedenen ein Drittel höher als bei den Männern. Gründe sind die längere Lebenserwartung der Frauen und die Tatsache, dass geschiedene Männer öfter wieder heiraten als geschiedene Frauen und dass das Alter der Männer in Partnerschaften generell höher ist [1 / S. 48, 50]. Die Stadt bietet allein erziehenden Frauen eine gute Infrastruktur mit kurzen Wegen zwischen Wohnort, Arbeitsplatz und Kinderbetreuungsangeboten.

ABBILDUNG SD.12



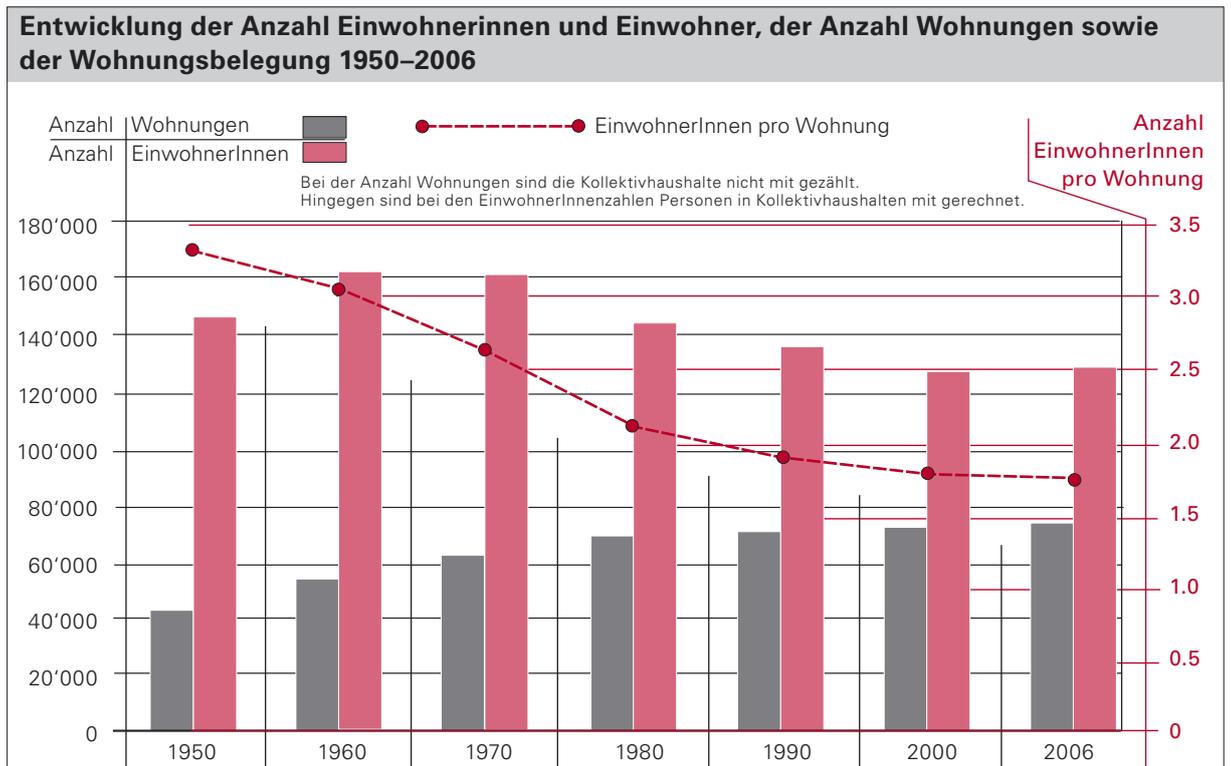
Datenquelle: Statistikdienste der Stadt Bern

² Landolt, M.: Wohnen und Umziehen im Alter. Eine sozialgeografische Untersuchung der Umzugsmobilität älterer Menschen im Raum Zürich. Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, Geografisches Institut.

³ Die Alterspyramide zeigt in der Stadt Bern für die Jahrgänge zwischen 1940 und 1945 eine markante Zunahme um rund 10%. Jüngere Jahrgänge weisen bis zur Generation der «Baby-Boomers» einermassen konstante Bevölkerungszahlen auf.

2. Wohnen

ABBILDUNG SD.13



Datenquelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählungen (Bauinspektorat der Stadt Bern) / Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank)

Kleine Wohnungen und Menschen mit Wünschen nach mehr Raum

Im Rahmen der eidgenössischen Volkszählung ist die Anzahl Wohnungen von 1990 bis 2000 um 1.9 Prozent gestiegen.

Seit Jahrzehnten nimmt die Wohnungsbelegung in der Stadt deutlich ab. Die Zahlen zeigen eine kontinuierliche Abnahme auf 1.78 Personen pro Wohnung im Jahr 2000. Das Stadtplanungsamt der Stadt Bern prognostiziert eine weitere Abnahme auf durchschnittlich unter 1.7 Personen. [7]

Nach Stadtteilen betrachtet liegt die Personenanzahl pro Wohnung im Jahr 2000 im Stadtteil I Innere Stadt mit durchschnittlich 1.4 Personen (2005: 1.3) am Tiefsten und im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen mit durchschnittlich 2 Personen am Höchsten, gefolgt vom Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde mit durchschnittlich 1.8 Personen. [6 / S. 6, 16]

Parallel dazu hat der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch in den letzten Jahren stetig, aber in abflachendem Mass zugenommen und liegt 2000 bei 44 m² pro Person (Bruttowohnfläche Volkszählung). Verglichen mit den Agglomerationsgemeinden liegt der Wohnflächenverbrauch in der Stadt Bern zwar noch tiefer, wird jedoch voraussichtlich weiter zunehmen [7].

Über 80 Prozent der Wohnungen werden im Mietverhältnis bewohnt. Der Anteil der im Wohneigentum genutzten Wohnungen nimmt mit der Wohnungsgrösse zu. [7]

ABBILDUNG SD.14

Wohnungsgrößen-Struktur nach Stadtteilen 2005					
	1 Zimmer	2 Zimmer	3 Zimmer	4 Zimmer	5+ Zimmer
Total Stadt Bern	8'556	16'821	28'273	13'717	6'222
I Innere Stadt	681	1'087	636	315	158
II Länggasse-Felsenau	1'628	2'547	4'377	1'673	712
III Mattenhof-Weissenbühl	2'170	4'302	6'406	2'524	1'095
IV Kirchenfeld-Schosshalde	1'072	2'398	4'247	3'202	2'261
V Breitenrain-Lorraine	1'997	3'900	5'642	2'181	860
VI Bümpliz-Oberbottigen	1'008	2'587	6'969	3'822	1'136
	10%				

Datenquelle: Eidg. Gebäude- und Wohnungszählungen / Bauinspektorat der Stadt Bern / Statistikdienste der Stadt Bern

Berns Neubauziffer⁴ liegt weit hinter anderen Städten zurück und es gibt einen grossen ungedeckten Bedarf an mehr Wohnraum. Um ein Bevölkerungswachstum entsprechend der regionalen Prognosen von rund 5.6 Prozent (zusätzlich 7'000 Einwohnende) bis ins Jahr 2020 zu ermöglichen und die Bedürfnisse für zusätzlichen Wohnraum zu decken, braucht es ein grösseres Wohnungsangebot. Dies soll einerseits über Verdichtungen und Umnutzungen bestehender, andererseits über das Bereitstellen neuer Wohnungen realisiert werden. [7 / S. 26]

Mit dem Grossprojekt in Brünnen im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen und den Wohnbauprojekten im Osten von Bern wird das Angebot an zusätzlichem Wohnraum erhöht (oder ist bereits erhöht worden).

Mit grossen Wohnungen in Neubauesiedlungen können auch die Bedürfnisse der Familien, die in der Stadt verbleiben möchten, besser gedeckt werden. Neubauesiedlungen lassen sich zudem kinderfreundlicher ausgestalten als einzelne Neubauten. [7 / S. 10]

Der Anteil an Kleinwohnungen beträgt in Bern (wie auch in anderen Städten) über 70 Prozent. Der Mangel an Grosswohnungen ist ein generelles Städteproblem.

Kleinwohnungen mit 1–3 Zimmern machen im Stadtteil I Innere Stadt vier Fünftel aller Wohnungen aus. Demgegenüber weisen im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde über 40 Prozent der Wohnungen vier oder mehr Zimmer auf. Dieser Stadtteil bietet die meisten Grosswohnungen an.

Die grössten Veränderungen im Sinne eines Rückgangs von Kleinwohnungen zu Gunsten von Grosswohnungen haben in den letzten Jahren in im Stadtteil I Innere Stadt und im Stadtteil II Länggasse-Felsenau stattgefunden.

⁴ Neubauwohnungen gemessen am Wohnungsbestand

Alleine Haushalten liegt im Trend

[4 / S. 43] Laut Volkszählung⁵ sind im Jahr 2000 über die Hälfte der gut 67'000 Privathaushalte⁶ Einpersonenhaushalte, rund ein Viertel Paarhaushalte ohne Kinder. Kinder gibt es in knapp einem Fünftel der städtischen Privathaushalte (mit Eltern oder einem Elternteil).

Nimmt man die gut 119'000 Personen, die in Privathaushalten leben als Bezugsgrösse, so beträgt der Anteil der allein Lebenden knapp ein Drittel. Gut ein Viertel lebt in einer Partnerschaft ohne Kinder. Ein weiteres Drittel lebt in einem Paarhaushalt mit Kindern (6% Alleinerziehende). Diese Zahlen aus der Volkszählung 2000 dürften sich heute noch deutlicher in Richtung Einpersonenhaushalt verschoben haben.

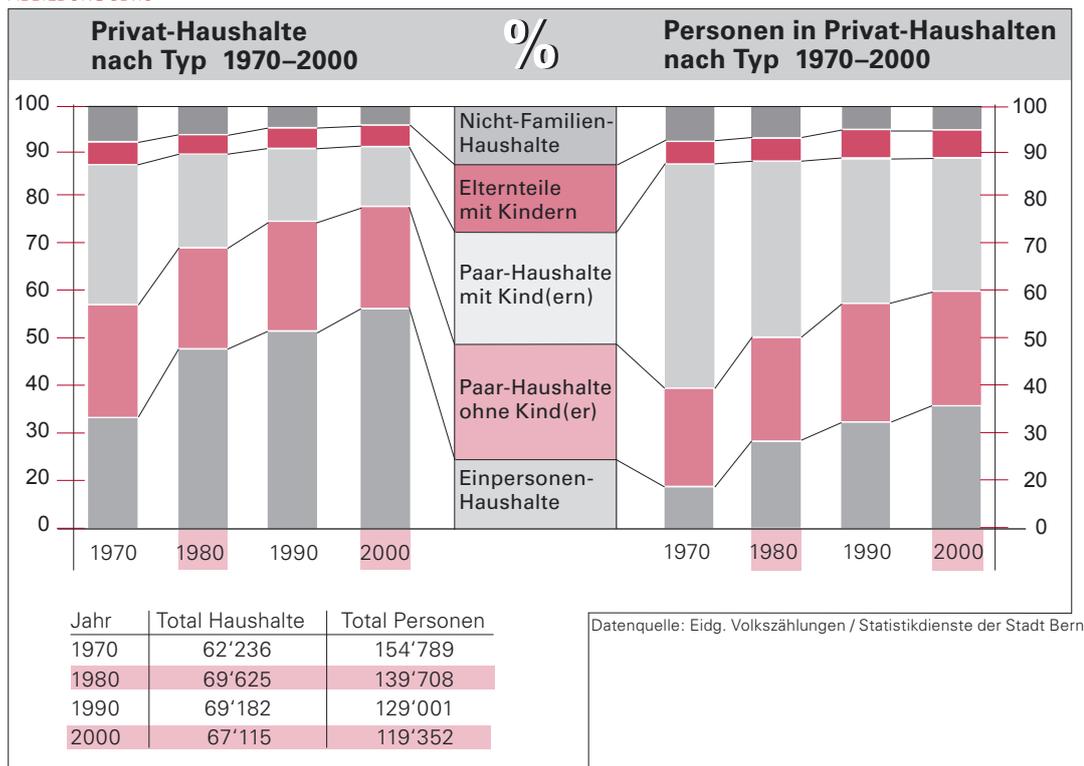
Betrachtet man die Entwicklung in den letzten Jahren, so hat vor allem die Zahl der allein Lebenden deutlich zugenommen. Beinahe halbiert hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Zahl der Familienhaushalte⁷ mit Kindern. Einer von 22 Haushalten besteht aus einem Elternteil und Kindern, wobei der Anteil der Alleinerziehenden in den letzten drei Jahrzehnten nicht stark gestiegen ist.

«Diese Veränderungen sind eine Folge des zunehmenden Wohlstands, der veränderten Lebensumstände (längere Ausbildung, spätere Heirat, mehr Scheidungen) und der abnehmenden Geburtenzahlen. In den Städten sind Veränderungen generell ausgeprägter, weil sich neue Entwicklungen meist zuerst bei der urbanen Bevölkerung abzeichnen und Wanderungsbewegungen diese Trends akzentuieren» [5 / S. 9]

Einpersonenhaushalte dominieren in allen Stadtteilen – ausser in einem

Einpersonenhaushalte machen mehr als die Hälfte der Privathaushalte aus. Gut vier von zehn Privathaushalten sind Familienhaushalte. Die Stadtteile III Mattenhof-Weissenbühl und VI Bümpliz-Oberbottigen zählen die meisten Haushalte. Nur im Stadtteil VI bestehen gemessen an der Gesamtzahl der Privathaushalte deutlich mehr Familien- als Einpersonenhaushalte. Den höchsten Anteil an Einpersonenhaushalten, gut zwei Drittel, hat Stadtteil I Innere Stadt. Hier macht die Einwohnerzahl gemessen an den anderen Stadtteilen nur drei Prozent aus. (Abb. SD.16, nächste Seite) Vgl. auch Kurzbericht «Eidg. Volkszählung 2000: Haushaltungen und Familien in der Stadt Bern» Statistikdienst [6]

ABBILDUNG SD.15

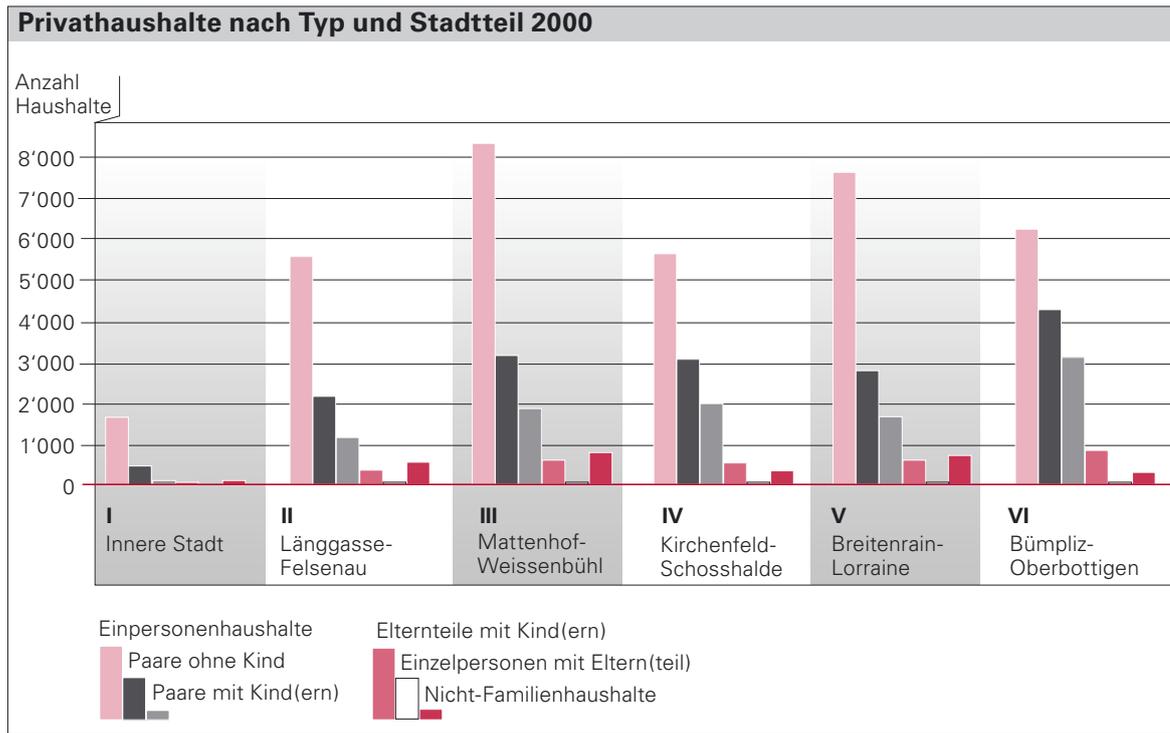


⁵ Die Zahlen zu den Haushaltungen stammen alle aus der Volkszählung 2000, weshalb bei den Erläuterungen nur die auffallenden Merkmale herausgegriffen werden.

⁶ Privathaushalte bestehen aus in der gleichen Wohnung zusammenlebenden Personen. Einen Privathaushalt bilden somit alle Angehörigen einer Familie und alle weiteren Personen, die bei ihr wohnen, beispielsweise bilden auch zusammenlebende sich nicht verwandte Personen einen einzigen Haushalt. Eine in einer Wohnung allein Lebende Person bildet ebenfalls einen Privathaushalt, einen sogenannten Einpersonenhaushalt.

⁷ Familienhaushalte = Paarhaushalte mit Kindern, Paarhaushalte ohne Kinder, Einelternhaushalte mit Kindern

ABBILDUNG SD.16



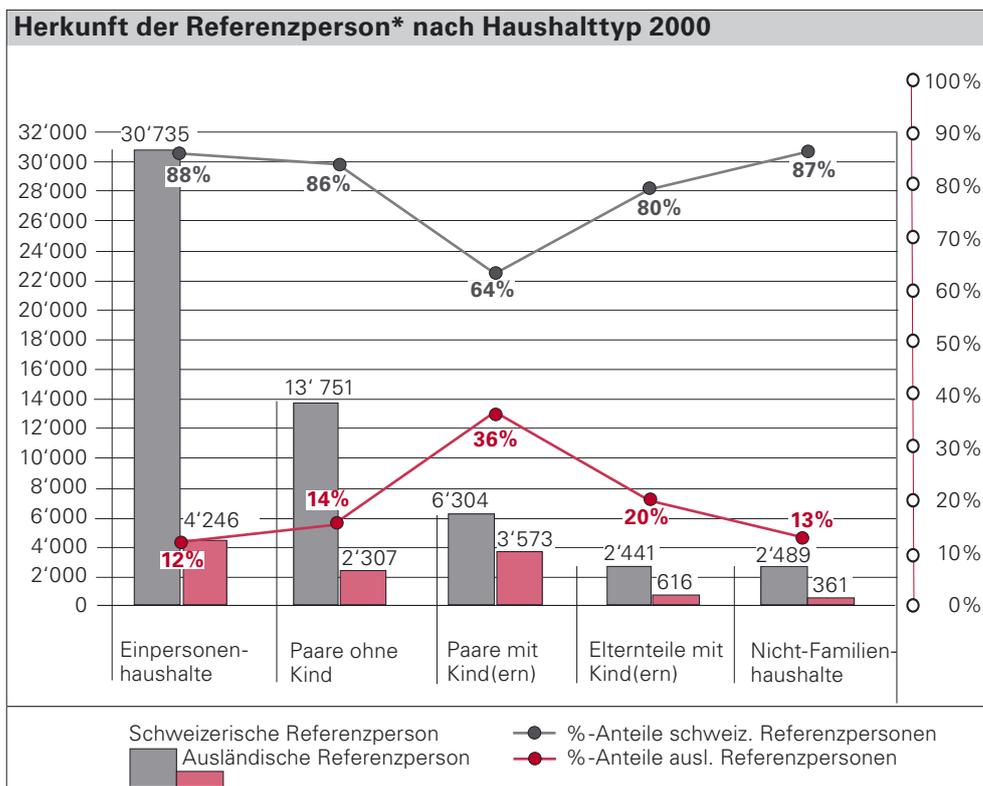
Datenquelle: Eidg. Volkszählung 2000

Allein leben vor allem Schweizerinnen und Schweizer

[6 / S. 2] Von den 67'000 Privathaushalten haben rund 80 Prozent eine Referenzperson mit schweizerischer

Nationalität. Bei Einpersonenhaushalten sowie Paaren ohne Kinder sind gegen neun von zehn Referenzpersonen schweizerischer Nationalität. Hingegen machen die Paarhaushalte mit Kindern bei den ausländischen Referenzpersonen einen Anteil von einem Drittel aus und bei den Elternteilen mit Kindern einen Fünftel.

ABBILDUNG SD.17



*In Paarhaushalten gelten stets beide Partner als Vorstand. In der Volkszählung wird zudem nach bestimmten Regeln in jedem Privathaushalt eine Referenzperson bestimmt. Die Anzahl Haushalte entspricht der Anzahl Referenzpersonen. [3, S. 2]

Datenquelle: Eidg. Volkszählung 2000

3. Familien, Kinder und Bildung

Frauen gebären später und weniger Kinder

2007 sind 1'298 Kinder, das heisst genau 1 Kind mehr geboren worden als im Jahr zuvor. Die Zahlen in Bern schwanken in den letzten Jahren zwischen 1'200 und 1'300 Neugeborenen. Durchschnittlich hat rund ein Viertel der Neugeborenen in Bern eine ausländische Staatsangehörigkeit. In der Schweiz insgesamt ist dieser Anteil gleich hoch.

Rund zwei Drittel aller Mütter sind bei der Geburt zwischen 25 und 34 Jahre alt. Schweizer Frauen unter 30 haben weniger Kinder als ausländische Frauen in diesem Alter. Diese Entwicklung ist typisch für die ganze Schweiz. Ausländerinnen bringen durchschnittlich mehr und früher Kinder zur Welt als Schweizerinnen. Diese werden häufig zwischen 30 und 34 Jahren Mutter, allerdings zeichnet sich in den letzten Jahren ab, dass auch Ausländerinnen immer später Kinder bekommen und sich damit dem schweizerischen Durchschnitt annähern.

Gemäss Bundesamt für Statistik [12] würde ein Anstieg der Kinderzahl in der Schweiz erfordern, dass der hohe Anteil kinderloser Frauen (25 Prozent) zurückgeht und Eltern wieder mehr als nur ein oder zwei Kinder haben. Aufgrund der aktuellen Trendentwicklung geht man davon aus, dass die mittlere Kinderzahl auf dem heutigen Niveau von 1.4 stabil bleibt. Szenarien zur weiteren Entwicklung, die schon nur einen längerfristigen Anstieg auf 1.65 beziehungsweise einen Rückgang auf 1.15 annehmen, würden einen deutlichen sozialen und kulturellen Wandel bedingen.

Die meisten Berner Kinder wachsen im Westen auf

Im Jahr 2007 leben rund 18'800 Personen unter 20 Jahren in Bern. Das sind knapp 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Davon machen die Jugendlichen 21 Prozent, Vorschulkinder 37 und Schulkinder 42 Prozent aus. der Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen ist mit Abstand der kinderreichste (vgl. Abb. SD.20).

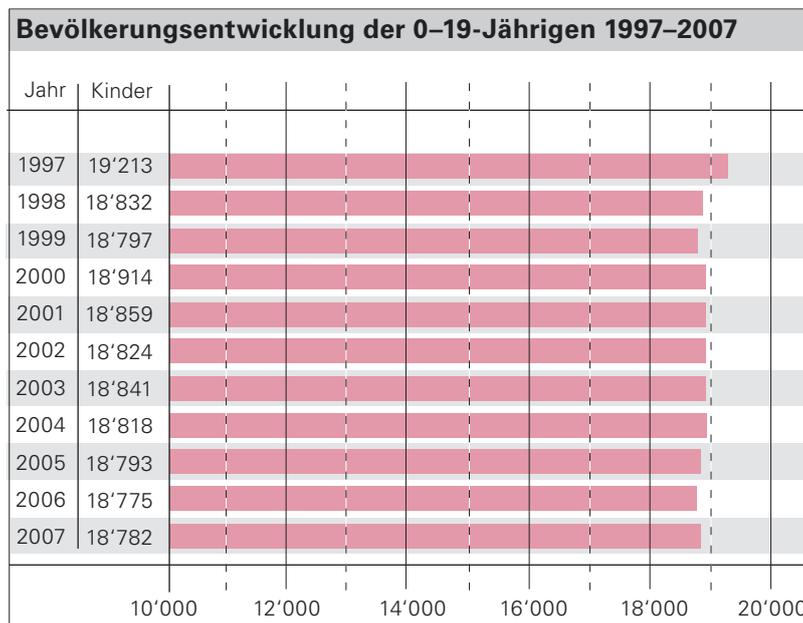
In Bern sind die jungen Menschen unter zwanzig Jahren verhältnismässig schwach vertreten. Die Entwicklung ist in den letzten zehn Jahren jedoch stabil geblieben. Im Zusammenhang mit der längerfristigen demografischen Entwicklung dürfte sich der Anteil der Kinder verringern.

Ausländische Kinder reden nicht immer wie die Eltern

Die folgenden Ausführungen beruhen auf Berichten des Bundesamts für Statistik [8] zur Lage von ausländischen Kindern und Jugendlichen in der Schweiz.

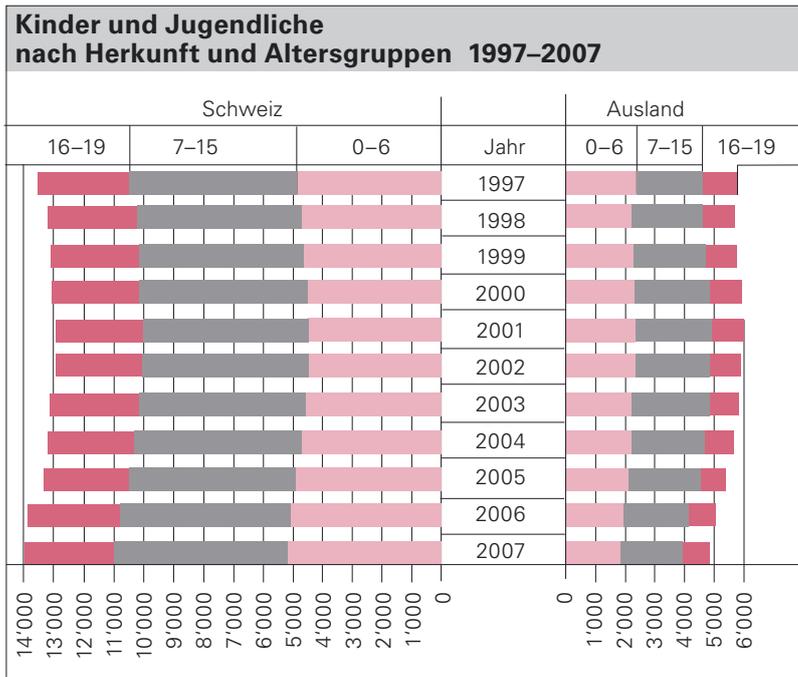
Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass sind heute grossmehrheitlich in der Schweiz geboren oder im Vorschulalter in die Schweiz gekommen. Die meisten gehören somit zur zweiten Ausländergeneration. Durch ihre Eltern und deren kulturelle und soziale Herkunft haben sie aber einen spezifischen «Migrationshintergrund», der sie in verschiedener Hinsicht von den Schweizer Jugendlichen gleichen Alters unterscheidet. Für ihre Integration ist zu beachten, dass die Mehrheit der Eltern keine schweizerische Landessprache als Muttersprache hat. Dies hat Konsequenzen für die Bezie-

ABBILDUNG SD.18



Datenquelle: Polizeinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

ABBILDUNG SD.19



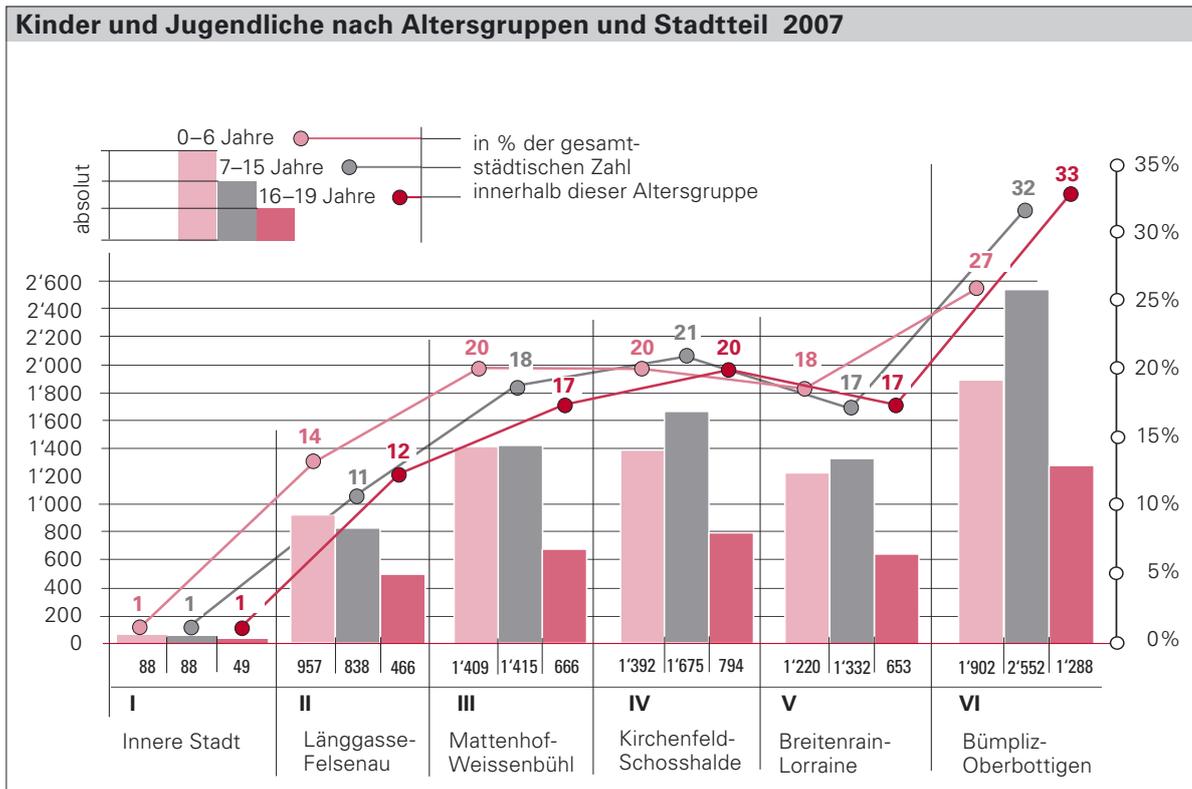
Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Ausländische Familien sind durchschnittlich grösser als Schweizer Familien. Die Eltern verfügen in der Regel über schlechtere berufliche Qualifikationen und geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind überdurchschnittlich oft in Tieflohnbranchen angestellt. Kinder aus Ausländerfamilien sind deshalb doppelt so häufig als Schweizer Kinder dem Risiko ausgesetzt, unter der Armutsgrenze zu leben und aufgrund ihrer Familienverhältnisse gegenüber Schweizer Kindern oft schlechter gestellt. Ausländische Kinder und Jugendliche absolvieren häufiger Ausbildungen, die nur Grundkenntnisse vermitteln und keinen Zugang zu weiterführenden Ausbildungen ermöglichen. In der Volksschule sind sie häufiger benachteiligt, werden zum Beispiel infolge sprachlicher Defizite besonderen Klassen oder Lehrgängen zugewiesen.

zung zwischen Eltern und Kindern, beispielsweise bei der Unterstützung beim Lernen und dem Erledigen von Schulaufgaben. Oft lernen sie die Landessprache erst in der Schule und im Umgang mit Gleichaltrigen. Diese Schwierigkeiten werden verstärkt durch das vergleichsweise tiefe Bildungsniveau vieler Eltern ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Das BFS kommt zum Schluss, dass Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Ausländer- und Asylpolitik eine Schlüsselrolle zukommt. Ihren Problemen und Bedürfnissen ist deshalb vermehrt Beachtung zu schenken.

ABBILDUNG SD.20



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Dazu die Ergänzungen des Bundesamts für Migration [8]: Ob ein Kind einen ausländischen oder schweizerischen Pass hat, wird immer weniger entscheidend, da die grosse Mehrheit in der Schweiz aufwächst und andererseits Schweizerkinder immer häufiger einen Migrationshintergrund haben. Es geht darum, die Fähigkeiten und Kompetenzen aller Kinder und Jugendlichen in der Schweiz in gleichem Masse zu fördern und soziale Ausgrenzung zu verhindern.

Immer mehr gebildete Bernerinnen und Berner

Bei der Volkszählung 2000 zeigen sich im Vergleich der 30-Jährigen mit den 60-Jährigen zwei wesentliche Erkenntnisse: Bei den Jüngeren nehmen einerseits die höheren Bildungsabschlüsse deutlich zu, andererseits nimmt die Zahl der Personen ohne Berufsabschluss oder nur mit obligatorischer Schulbildung ab. [4] Besonders deutlich zeigen sich diese Verschiebungen bei den Frauen. Zugenommen haben bei den Frauen vor allem die Hochschulabschlüsse. Das Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung steigt langsam an.

Im Vergleich zur über 15-jährigen Schweizer Bevölkerung verfügt die ausländische Bevölkerung im Jahr 2000 öfter über keine Berufsausbildung. Gegen die Hälfte (inklusive jenen ohne Ausbildung) nennt als höchsten Abschluss die obligatorische Schule. Es haben deutlich weniger ausländische Personen einen Berufsabschluss. Bei den universitären und Hochschulabschlüssen sind die Unterschiede nach Herkunft kleiner. In Bern leben überdurchschnittlich viele gut ausgebildete Ausländerinnen. Sie verfügen anteilmässig sogar häufiger über einen Hochschulabschluss als die Schweizerinnen (Bildungsstadt).

Bei den über 15-jährigen Schweizerinnen und Schweizern haben zwei von fünf einen Berufsabschluss. Dieser ist immer noch die meist verbreitete Ausbildung. Zwei Unterschiede bei den Geschlechtern fallen bei der Schweizer Bevölkerung auf: Der Anteil jener mit maximal einem obligatorischen Schulabschluss ist bei den Frauen fast doppelt so hoch wie bei den Männern.

Zweitens haben doppelt so viele Schweizer eine höhere Berufsbildung (Abschluss höhere Fachhochschule oder Universitäts-/Fachhochschulabschluss) als Schweizerinnen.

Das Bundesamt für Gesundheit [12] prognostiziert bei den Bevölkerungsszenarien einen starken Anstieg des Bildungsstandes. Der Anteil der 25 bis 46-jährigen Schweizerinnen und Schweizer mit einem Tertiärabschluss steigt demnach von heute 30 auf 44 Prozent, wobei der Anteil bei den Frauen von 19 auf 39 Prozent besonders stark zunimmt. Auf der anderen Seite geht der Anteil Personen ohne postobligatorische Ausbildung von heute 12 auf 5 Prozent zurück.

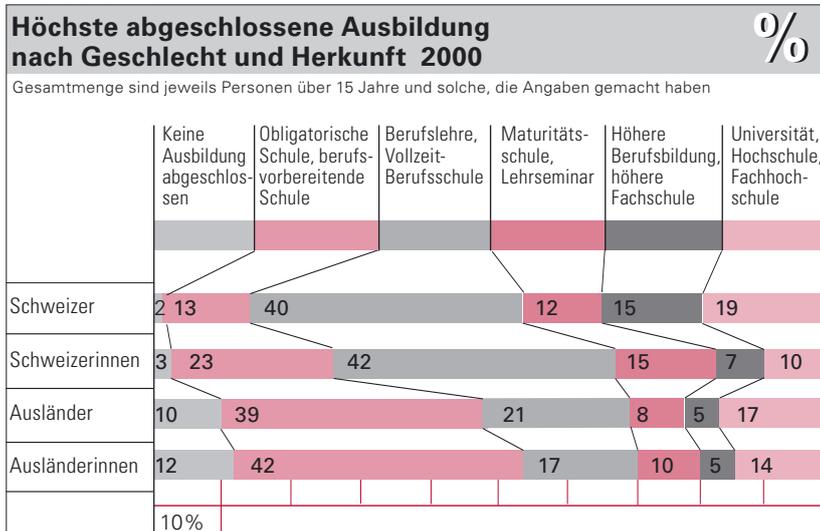
Berufsstand beeinflusst Quartiernahme

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf auf die Stadtteile zeigt eine gewisse Segregation. Im Stadtteil I Innere Stadt leben prozentual zu allen Stadtteilbewohnenden am meisten Kader- und/oder akademisch gebildete Personen. Im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen finden sich, verglichen mit den Anteilen in den anderen Stadtteilen, anteilmässig am meisten ungelernete Personen und am wenigsten Menschen in Kaderpositionen und/oder in akademischen Berufen. Im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde wohnen nominal weitaus am meisten Selbstständige und freiberuflich Tätige. (Abb. SD.22, nächste Seite)

Bern, die Stadt der Individualistinnen und Individualisten

In den Sozialraumanalysen 1990/2000 [10] finden sich ausführliche Unterlagen zu zwei Faktoren. Der *Soziale Status* wird mit den Variablen Stellung im Erwerbsprozess und der höchsten abgeschlossenen Ausbildung (Bildungsniveau) abgebildet⁸. Der Faktor *Lebensstil*⁹ bildet den Grad der Abweichung vom bürgerlichen traditionellen Lebensstil ab (als entweder traditionell oder individuell). So bildet der individualisierte Lebensstil in einem Quartier¹⁰ eine Zunahme von jüngeren Singles, oder das Vorhandensein moderner Familienmodelle infolge zunehmender Erwerbstätigkeit der Mütter ab.

ABBILDUNG SD.21



Datenquelle: Eidgenössische Volkszählung / Statistikdienste der Stadt Bern

⁸ Vgl. Abb. SD.21 zur Berufsausbildung bzw. Abb. SD.22 zu sozio-professionellen Kategorien

⁹ Der Lebensstilfaktor umfasst im Wesentlichen die Merkmale Familienstruktur, definiert durch die Haushaltformindikatoren wie: Anteil 35–44-jährige Frauen ohne Kinder, Anteil Personen unter 16 Jahren, Anteil 30–49-jährige Personen in Nichtfamilienhaushalten / Erwerbsstatus der Mütter / Anteil konfessionslose Personen u.a.

¹⁰ Die Werte der beiden Faktoren Sozialstatus und Lebensstil sind in den Sozialraumanalysen 1990/2000 für die 250 Volkszählungsquartiere der Stadt Bern in einem zweidimensionalen Raum, dem sogenannten Sozialraum, dargestellt worden.



ABBILDUNG SD.22

Anzahl und prozentuale Verteilung der Erwerbstätigen nach Stadtteilen und sozio-professionellen Kategorien 2000						
	Kader und akademische Berufe	Freie Berufe und Selbständige	Intermediäre* und qualifizierte Berufe	Ungelernte	Nicht zuteilbare Berufe	
Total Stadt Bern	9'761	5407	30'260	6'898	18'217	
I Innere Stadt	551	385	993	130	584	
II Länggasse-Felsenau	1'765	812	4'426	800	2'494	
III Mattenhof-Weissenbühl	2361	1'080	7'029	1'323	3'862	
IV Kirchenfeld-Schosshalde	2'139	1'327	4'967	764	3'392	
V Breitenrain-Lorraine	1'955	986	6'037	1'224	3'261	
VI Bümpliz-Oberbottigen	990	817	6'808	2'657	4'624	
	10%					

* intermediäre Berufe = berufliche Tätigkeiten ohne Hochschulabschluss-Voraussetzung, jedoch mit längerer Ausbildung als einer Berufslehre

Datenquelle: Eidgenössische Volkszählung, Statistikdienste der Stadt Bern

Bei der Volkszählung 2000 wiesen die Quartiere mit *individualisiertem Lebensstil und eher tiefem sozialem Status* mit einem Anteil von 40 Prozent die grösste Verbreitung auf. Auffallend ist dieses Muster im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen, in Teilen des Stadtteils V Breitenrain-Lorraine (in den Quartieren Lorraine und Breitenrain) und im Stadtteil III Mattenhof Weissenbühl (im Quartier Holligen).

Stark vergrössert hat sich die Anzahl Quartiere mit *individualisiertem Lebensstil und hohem Status*, welche in einem praktisch geschlossenen Ring um die «Aareschlaufe» liegen, aber auch im Stadtteil II Länggasse-Felsenau (in den Quartieren Muesmatt, Stadtbach, Länggasse und Neufeld) und im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl (in den Quartieren Monbijou und Weissenbühl).

Stark abgenommen hat die Anzahl Quartiere mit *traditionellem Lebensstil und tiefem Sozialstatus*. Sie finden sich an einzelnen meist peripher gelegenen Standorten. Quartiere mit tiefem Status aber zunehmend höherer Individualisierung finden sich vor allem noch im Westen und im Norden der Stadt.¹¹

Aufgewertete Quartiere erhöhen den Sozialstatus

In Bern zeigt sich in den zentral gelegenen Quartieren mehrheitlich eine Bewegung in Richtung einer höheren Sozialstruktur. Diese sogenannte Gentrifizierung¹² ist vornehmlich die Folge von Renovationen und Verbesserungen der Bausubstanz älterer Stadtquartiere. [9 / S. 6] [10 / S. 41]

Der höchste Soziale Status findet sich wie schon zehn Jahre zuvor im Gebiet Kirchenfeld-Gryphenhübeli (Stadtteil IV), gefolgt von der unteren Altstadt (Stadtteil I) sowie dem Altenberg (Stadtteil V).

Die grösste Differenz im Statusfaktor weist der Stadtteil V Breitenrain-Lorraine auf, in dem der Anteil der obersten sozio-professionellen Kategorien deutlich gestiegen ist (Gentrifizierungseffekt). Eine ähnliche, schwächer ausgeprägte Entwicklung zeigt sich auch in der Länggasse (Stadtteil II).

Die tiefsten Werte im Sozialstatus weisen neben Bethlehem die städtischen Quartiere Bümpliz, Stöckacker (beide Stadtteil VI) und Holligen (Stadtteil III) auf. [9]

Die grösste negative Abweichung im Status zeigt sich im Quartier der Grossüberbauung Kleefeld West (Stadtteil VI). Ähnliches gilt für die Grossüberbauungen Kleefeld Ost und Schwabgut, in geringem Mass für den Holenacker (alle Stadtteil VI). Einen Anstieg beim Sozialstatus verzeichnen die Grossüberbauungen Gäbelbach, Tscharnergut (beide Stadtteil VI) und Wittigkofen (Stadtteil IV). [10 / S. 43] Trotz einigen negativen Aspekten ist festzuhalten, dass der Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen den sozialen Status gehalten und zwischen 1990–2000 keine sogenannte Marginalisierung¹³ erlebt hat.

¹¹ Vertiefende Zahlen und Abbildungen hierzu finden sich in den Sozialraumanalysen 1990/2000 – Stadt Bern nach Quartieren der Statistikdienste der Stadt Bern 2006 [10 / S. 37]

¹² Gentrifizierung: Soziale, kulturelle, bauliche und kommerzielle Aufwertungen ehemals einfacher Arbeiterwohnquartiere im Rahmen von Sanierungen von Häusern zu Wohngebieten einer urbanen Mittelschicht

¹³ Marginalisierung: mit der Gentrifizierung einhergehende soziale, kulturelle und bauliche Abwertung der Arbeiterviertel am Stadtrand mit ihren Grossüberbauungen

4. Beschäftigte Bernerinnen und Berner

Arbeitsstätten und Beschäftigte

Nach der aktuellsten Betriebszählung¹⁴ 2005 gibt es in Bern gut 8'700 Arbeitsstätten im 2. und 3. Sektor¹⁵ mit rund 148'000 Beschäftigten. Damit hat sich die Beschäftigtenzahl auf dem Niveau der letzten Betriebszählung 2001 stabilisiert. Neun von zehn Personen arbeiten in Bern im Dienstleistungssektor, nur eine von zehn im Industriesektor. Die kontinuierliche Abnahme der Arbeitsstellen im Industriesektor und die parallele Zunahme im Dienstleistungssektor entsprechen auch der gesamtschweizerischen Entwicklung. Die öffentliche Verwaltung ist in Bern die zweitgrösste Arbeitgeberin, einzig das Gesundheits- und Sozialwesen generiert mehr Arbeitsplätze.

Während im Industriesektor nur ein Fünftel der Beschäftigten Frauen sind, ist das Geschlechterverhältnis im Dienstleistungssektor fast ausgewogen.

Detaillierte Zahlen sowie Vergleiche finden sich auf der Website des Statistikdienstes: www.statistik.bern.ch

In der Inneren Stadt wird am meisten gearbeitet

Die Beschäftigten-Intensität differiert stark unter den Stadtteilen. Im Stadtteil I Innere Stadt werden auch in der Betriebszählung 2005 die meisten Arbeitsstätten gezählt, gefolgt von jenen Gebieten (Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl) mit guter Zentrumsanbindung.

In Bezug auf die Verteilung der Beschäftigten arbeiten am meisten Menschen im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl. In den zwei Stadtteilen I und III arbeiten zusammen genommen mehr als die Hälfte aller in der Stadt Beschäftigten. [4 / S. 88]

Nach Wirtschaftssektoren betrachtet gilt der Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen als Hauptindustriestandort der Stadt mit der grössten Anzahl Arbeitsstätten im

¹⁴ Die Betriebszählung befasst sich mit den strukturellen Entwicklungen und Trends im 2. und 3. Wirtschaftssektor und beleuchtet somit die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Sie gibt Auskunft über die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten, deren Aufteilung nach Wirtschaftszweigen sowie über deren räumliche Verteilung.

¹⁵ Der 1. Wirtschaftssektor – Land- und Forstwirtschaft – wird im Rahmen der Eidgenössischen Betriebszählung ausgeklammert. / 2. Sektor = Industrie und Gewerbe / 3. = Dienstleistungen (z. B. Handel, öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen)

ABBILDUNG SD.24

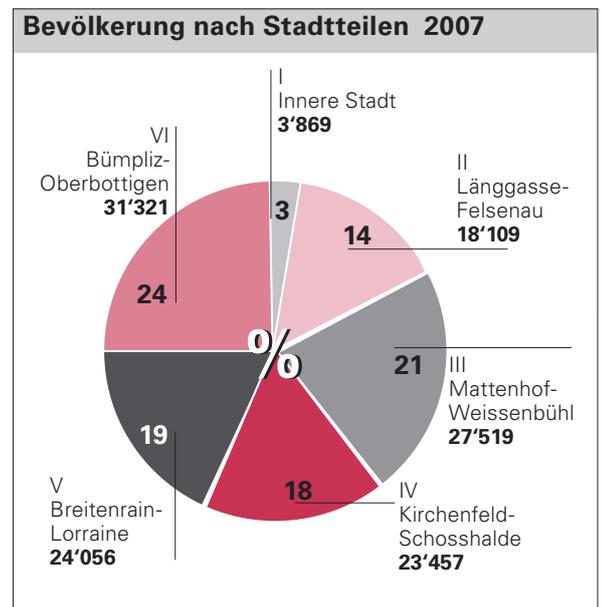


ABBILDUNG SD.23

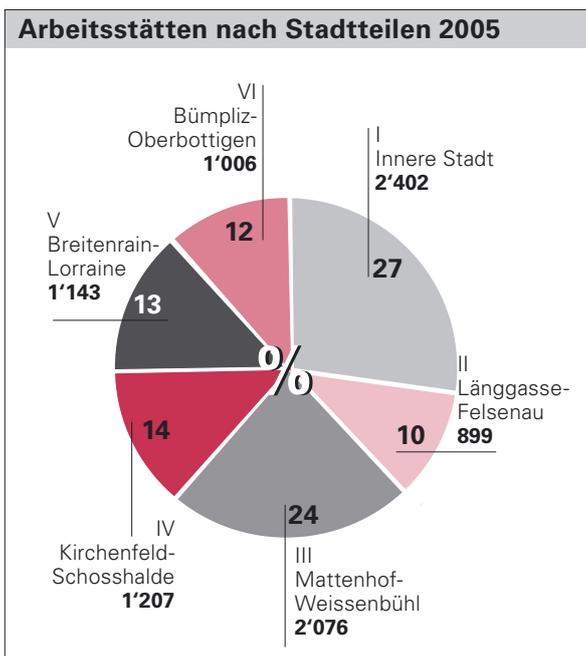
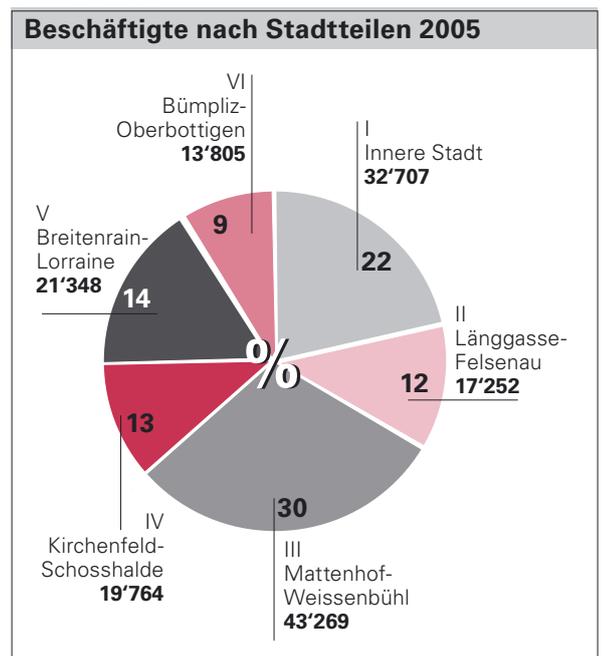


ABBILDUNG SD.25



Datenquelle: Bundesamt für Statistik, Eidg. Betriebszählung 2005 / Statistikdienste der Stadt Bern



2. Sektor. Weniger ausgeprägt, aber spürbar ist die An siedlung des Industriesektors im Stadtteil V Breitenrain-Lorraine.

Als Wohngebiete mit vergleichsweise wenigen Arbeits stätten bestätigt werden die Stadtteile II Länggasse-Fel senau und VI Bümpliz-Oberbottigen. Während im Stadt teil VI fast ein Viertel der Berner Bevölkerung wohnt, befinden sich hier nur Arbeitsstätten für ungefähr neun Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Andererseits steht dem Beschäftigtenanteil von zweiundzwanzig Pro zent in der Inneren Stadt eine Stadtteilbevölkerung von knapp drei Prozent gegenüber. Ähnliches gilt für den Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl, in welchem eben falls mehr Menschen arbeiten als wohnen.

Teilzeitlich Dienstleistungen Erbringen liegt im Trend

In den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der Teilzeit beschäftigten um fast 80 Prozent gestiegen, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten¹⁶ um knapp 10 Prozent zurückgegangen ist.

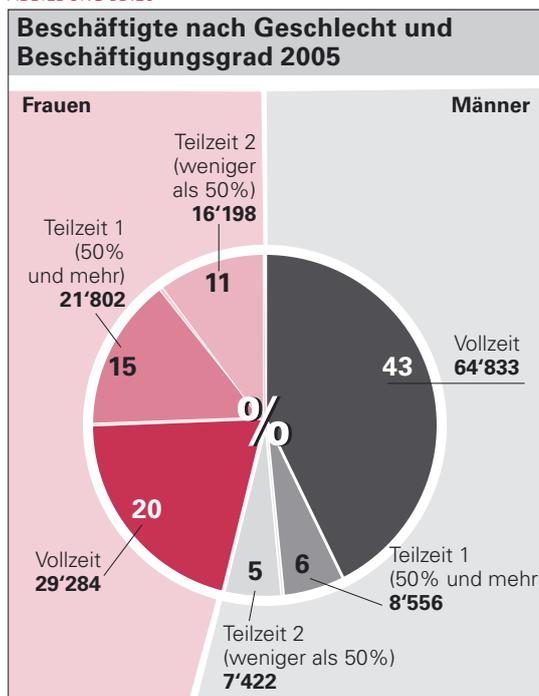
Knapp zwei Drittel aller beschäftigten Bernerinnen und Berner arbeiten Vollzeit. Von den teilzeitbeschäftigten Personen arbeiten 21 Prozent mehr als fünfzig und 16 Prozent weniger als fünfzig Prozent. Zwischen 2001 und 2005 haben sich die Vollzeitpensen um rund 2'500 reduziert, wobei diese Reduktion durch den Anstieg der Teilzeitpensen beinahe – auf die reine Beschäftigungs zahl bezogen – kompensiert wurde (Anstieg rund 4'100 Teilzeitstellen). Der Trend zur Teilzeitarbeit hält weiter an.

Im 3. Wirtschaftssektor kommt die Teilzeitbeschäfti gung etwa drei Mal häufiger vor als im 2., in welchem nur rund eine von sieben Personen kein Vollzeitpensum hat.

Mehr arbeitende Frauen – mehrheitlich Teilzeit

Die Entwicklung über die letzten zwanzig Jahre zeigt, dass die Zahl der beschäftigten Frauen um mehr als ein Viertel zugenommen hat und jene der Männer leicht gesunken ist. Der generell wachsende Stellenwert der Teilzeitarbeit in der Schweiz begünstigt die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen.

ABBILDUNG SD.26



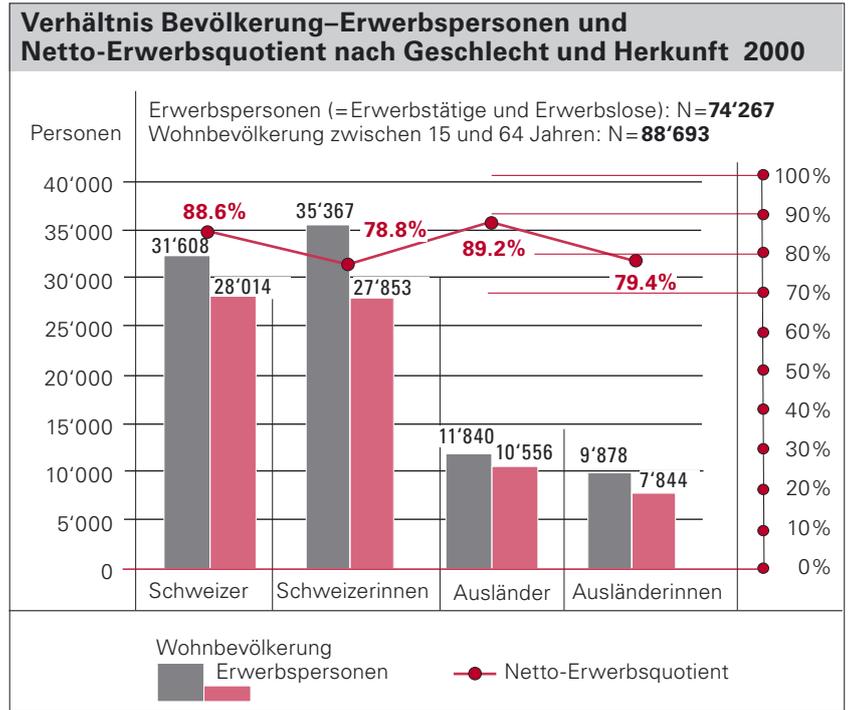
Datenquelle: Bundesamt für Statistik, Eidg. Betriebszählung 2005 / Statistikdienste der Stadt Bern

Im Jahr 2000 liegt der Anteil der Erwerbspersonen bei der über 15-jährigen Bevölkerung bei 79 Prozent bei den Frauen und 89 Prozent bei den Männern. Deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich auch 2005 bei den Arbeitspensen: Vier von fünf Männern sind Vollzeit beschäftigt, etwas mehr als die Hälfte der Frauen Teilzeit. Der Frauenanteil der insgesamt Beschäftigten ist seit der letzten Betriebszählung 2001 wieder leicht gestiegen und beträgt rund 45 Prozent, was rund 67'300 Frauen entspricht. Im gleichen Zeit raum ist die Anzahl beschäftigter Männer leicht zurück gegangen auf 80'800 Personen.

Das Bundesamt für Statistik [12] geht für die nächsten Jahre gesamtschweizerisch von einer insgesamt auf ho hem Niveau leicht rückläufigen Erwerbsbeteiligung der Männer aus. Parallel dazu haben die Frauen noch immer einen starken Nachholbedarf und werden ihre Erwerbs beteiligung erhöhen, vor allem im Teilzeitbereich. Die Hypothesen, welche die aktuelle Trendrichtung abbil den, gehen von einer weiteren Bildungsexpansion und einer wachsenden Zahl von Frauen aus, die Familie und Beruf verbinden wollen. Die fehlende Unterstützung für erwerbstätige Eltern und falsche ökonomische Anreize können sich negativ auf die Erwerbsbeteiligung auswir ken. Zunehmen wird sie, wenn Beruf und Familie besser miteinander verbunden werden, wenn die Immigration stärker ist und wenn Anpassungen im Bildungswesen und geeignete Anreize die Erwerbsbeteiligung insbe sondere älterer Menschen fördern.

¹⁶ Beschäftigte mit mindestens 90 Prozent der betriebsüblichen Zeit.

ABBILDUNG SD.27



Mehr Einwohnerinnen als Einwohner, mehr männliche als weibliche Erwerbspersonen

Die Stadt Bern weist mit 84 Prozent die höhere Nettoerwerbsquote¹⁷ auf als der Kanton Bern mit 82 Prozent und die Schweiz mit 80 Prozent. Ausländerinnen und Ausländer haben jeweils einen leicht höheren Quotienten. Gemäss Bundesamt für Statistik [12] werden gesamtschweizerisch trotz des Anstiegs der Erwerbsquote der Frauen auf 100 Erwerbspersonen¹⁸ immer mehr nicht erwerbstätige¹⁹ Erwachsene kommen. Heute sind im Schnitt 68 von 100 Erwerbspersonen erwerbstätig, in 40 Jahren werden es noch 59 sein. Die globale Erwerbsquote (unter Einbezug der 0 bis 20-Jährigen) geht von 56 auf 51 Prozent zurück.

Die Mehrheit der in Bern Erwerbstätigen wohnt auswärts

Die Stadt weist bei der Volkszählung 2000 rund 74'300 Erwerbspersonen aus. Insgesamt 148'500 Personen arbeiten in Bern. Davon sind etwas mehr als ein Drittel Erwerbstätige mit Wohn- und Arbeitsort in der Stadt. Die andern zwei Drittel – das sind über 94'000 Personen – pendeln in die Stadt zur Arbeit. Pendlerströme entstehen auch durch jene Erwerbstätigen mit Wohnort Bern und auswärtigem Arbeitsort. Sie machen etwas mehr als ein Fünftel der Stadtberner Erwerbstätigen aus.

¹⁷ Zur Berechnung wird die Anzahl Erwerbspersonen durch die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren dividiert.

¹⁸ Alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die entweder erwerbstätig oder erwerbslos sind (inklusive Lernende). Zu den Nichterwerbspersonen zählen unter anderem Pensionierte sowie Rentner und Rentnerinnen.

¹⁹ Erwerbstätig sind Personen, die während mindestens einer Stunde pro Woche einer im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung produktiven Gesamtrechnung nachgehen.

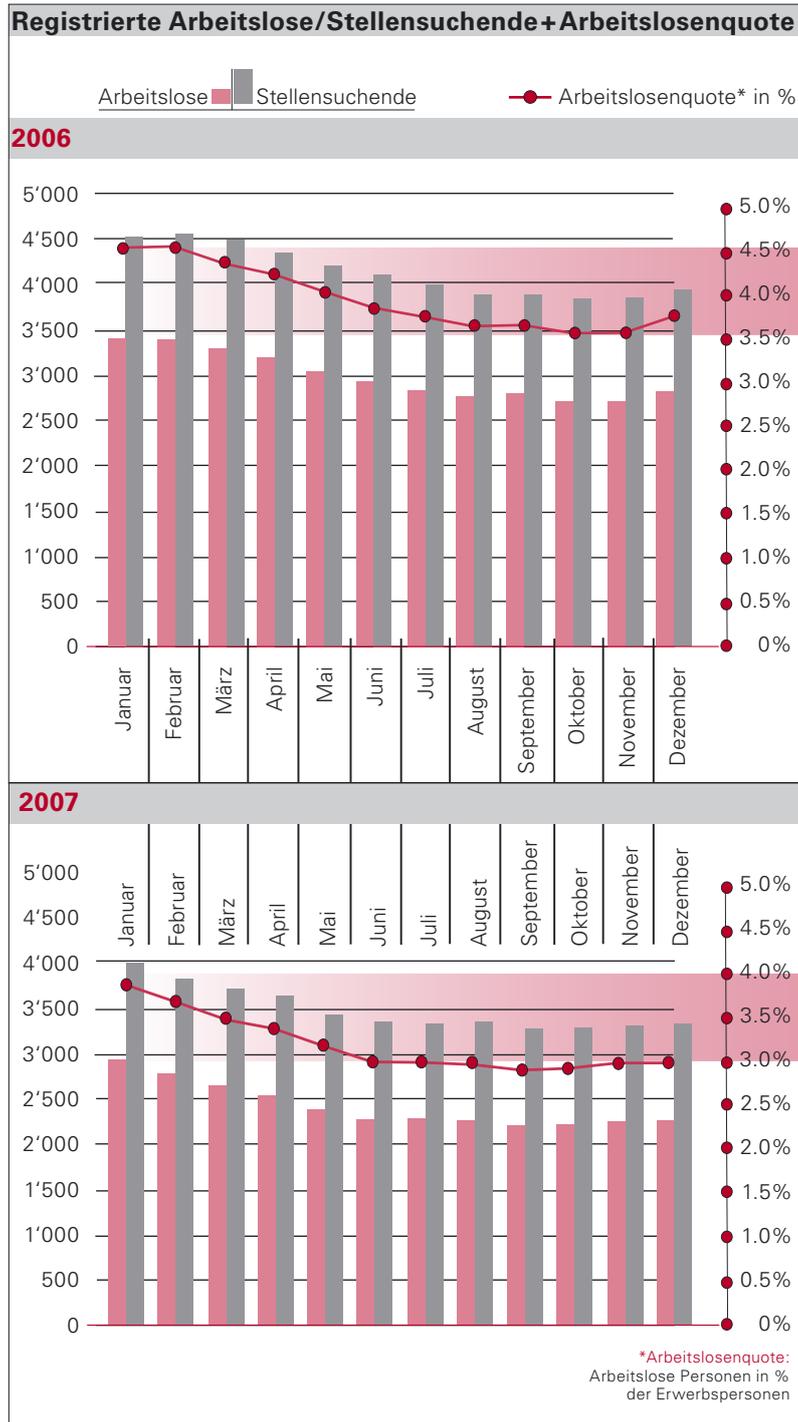
5. Ohne Arbeit/Soziale Hilfe

Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit²⁰ ist in der Schweiz markant zurückgegangen. Gesamtschweizerisch liegt die Arbeitslosenquote 2006 im Jahreschnitt noch bei 3.3 und sinkt 2007 auf 2.8 Prozent. Im Kanton Bern ist sie noch tiefer: 2006 2.5 und 2007 noch 2.0 Prozent.

In der Stadt liegt die Arbeitslosenquote jeweils über den schweizerischen und kantonalen Werten. 2006 liegt sie im Schnitt bei 4.0 Prozent und 2007 bei 3.2 Prozent. Zu beachten ist, dass fast zwei Drittel der Erwerbstätigen in der Stadt pendeln, das heisst auswärts wohnen. Werden diese arbeitslos, so werden sie nicht in der Stadt erfasst.

ABBILDUNG SD.28



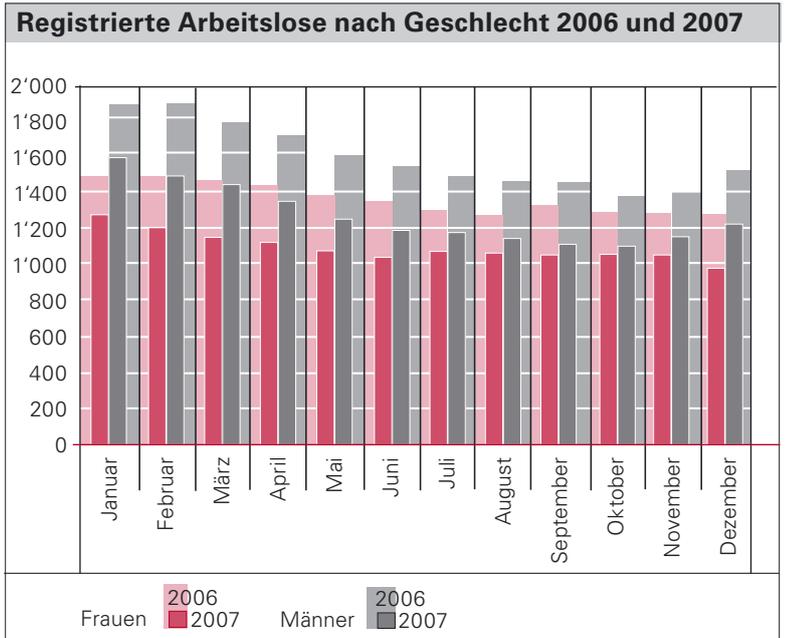
Datenquelle: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

²⁰ Als arbeitslos gelten Personen, die bei der RAV registriert, ohne Arbeit und sofort vermittlungsfähig sind.

Wie in der gesamten Schweiz hat sich auch in der Stadt Bern die Zahl der Stellensuchenden²¹ in den letzten zwei Jahren stark reduziert. Vorwiegend saisonal bedingt nimmt sie gegen Ende Jahr jeweils wieder leicht zu. Die Gesamtzahl der registrierten Stellensuchenden hat zwischen 2005 und 2007 um rund 1'200 Personen abgenommen.

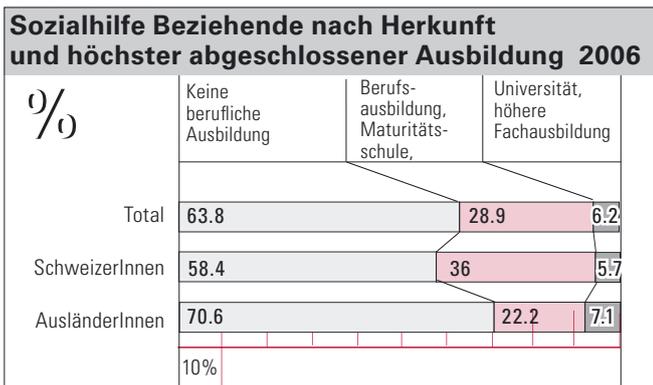
2007 beträgt die Zahl der Arbeitslosen pro Monat durchschnittlich 2'388 Personen, 2006 waren es durchschnittlich 2'981. Vertiefende Daten und Interpretationen finden sich im Kapitel Handlungsfeld 2.

ABBILDUNG SD.29



Datenquelle : Staatsekretariat für Wirtschaft, SECO / Statistikdienste der Stadt Bern

ABBILDUNG SD.30



Datenquelle: Standardauswertungen zur Sozialhilfestatistik / Gemeinde Bern 2006 (BFS)

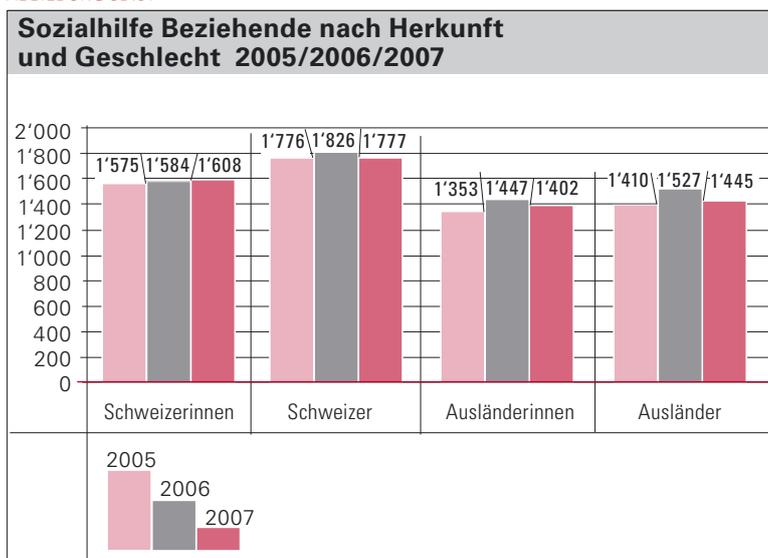
Das Sozialhilferisiko ist für Nicht-Ausgebildete hoch

Fast zwei von drei Sozialhilfebeziehenden ab achtzehn Jahren haben keine berufliche Ausbildung. Ausländerinnen und Ausländer sind wesentlich häufiger ohne Ausbildung als Schweizerinnen und Schweizer.

Das Sozialhilferisiko ist für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so hoch

Wie in anderen Städten (vgl. Abb. SD.34, Städtevergleich) ist das Sozialhilferisiko für Ausländerinnen und Ausländer in Bern doppelt so hoch wie für Personen mit Schweizer Bürgerrecht.

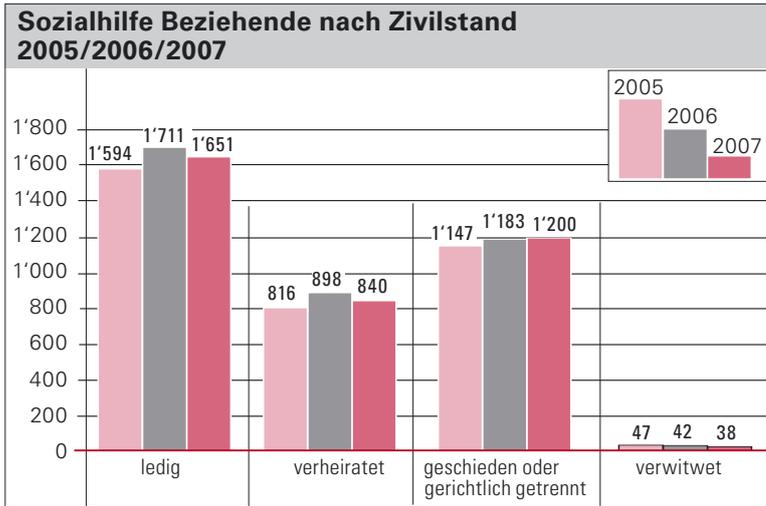
ABBILDUNG SD.31



Datenquelle : Sozialamt / Statistikdienste der Stadt Bern

²¹ Personen die bei der RAV registriert sind, unabhängig davon, ob sie arbeitslos sind oder nicht.

ABBILDUNG SD.32



Datenquelle: Jahresbericht / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 3

Das Sozialhilferisiko ist für Geschiedene höher

Ein Drittel der Fälle betrifft geschiedene oder gerichtlich getrennte Personen. Gut ein Fünftel der Sozialhilfebeziehenden sind verheiratet.

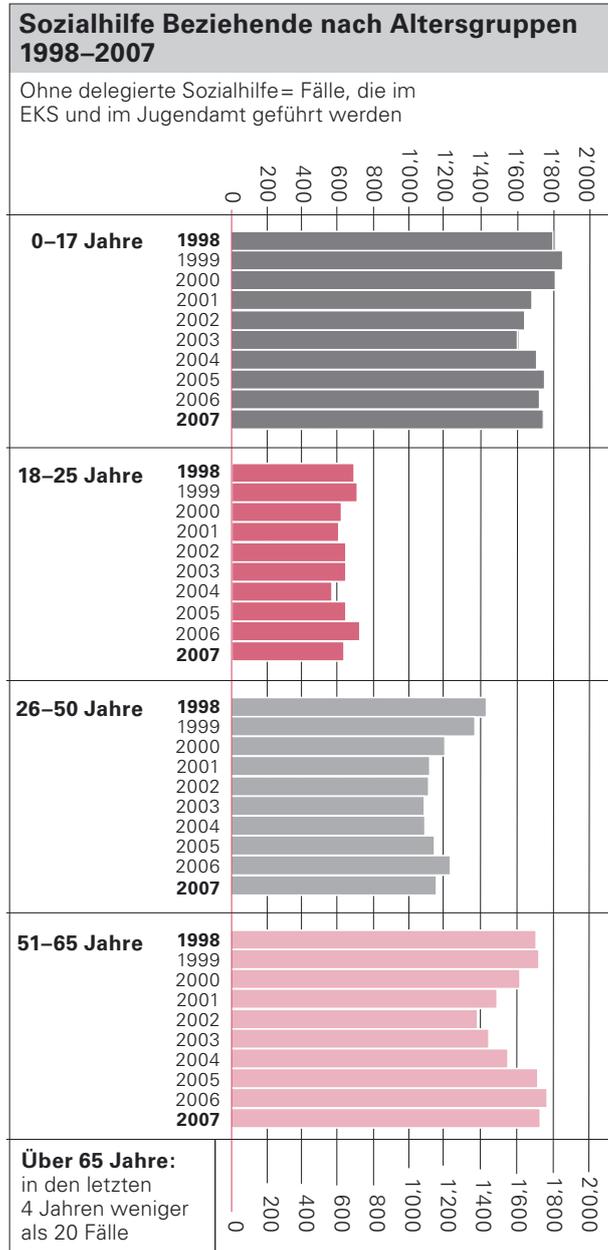
Das Sozialhilferisiko ist für Kinder besonders hoch

Die Anteile der Altersgruppen allein sagen noch nicht viel über das Sozialhilferisiko der einzelnen Altersgruppen aus. Massgebend ist die Zusammensetzung der Alterspyramide in der Bevölkerung. Die Betroffenheit einer Gruppe wird in der altersspezifischen Sozialhilfequote ausgewiesen. Das Risiko, auf Sozialhilfebezüge angewiesen zu sein, unterscheidet sich nicht nur bezogen auf die Haushaltstypen, sondern auch bezüglich der Altersgruppen deutlich.

Die Sozialhilfequote bei den *Personen unter 18 Jahren* ist in Bern, wie übrigens in allen Städten der Schweiz, am höchsten (vgl. Abb. SD.36, Städtevergleich). Mehrere Kinder in einem Haushalt erhöhen das Sozialhilferisiko beträchtlich. Die Lebenskosten für einen Haushalt mit Kindern werden durch die Kinderzulagen nur zu einem kleinen Teil mitfinanziert.

Bei den *18 bis 25-Jährigen* (vgl. Abb. SD.33) ist nach einem Anstieg in den letzten zwei Jahren 2007 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Hier haben intensivere Integrationsbemühungen und ein besseres wirtschaftliches Umfeld ihre Früchte getragen. Ein zentrales Problem bei dieser Gruppe sind die oftmals schlechten Schulabschlüsse, fehlende Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schulzeit und Abbrüche von Lehren oder weiterführenden Schulen. Die jungen Erwachsenen tragen ein überdurchschnittliches Sozialhilferisiko. Da diese erst am Anfang ihrer Erwerbstätigkeit stehen, ist eine gute und nachhaltige berufliche Integration entscheidend für ihre Eigenständigkeit und deshalb auch gesellschaftlich und wirtschaftlich eine Notwendigkeit. (Vertiefende Zahlen: Kapitel [Handlungsfeld 2](#))

ABBILDUNG SD.33



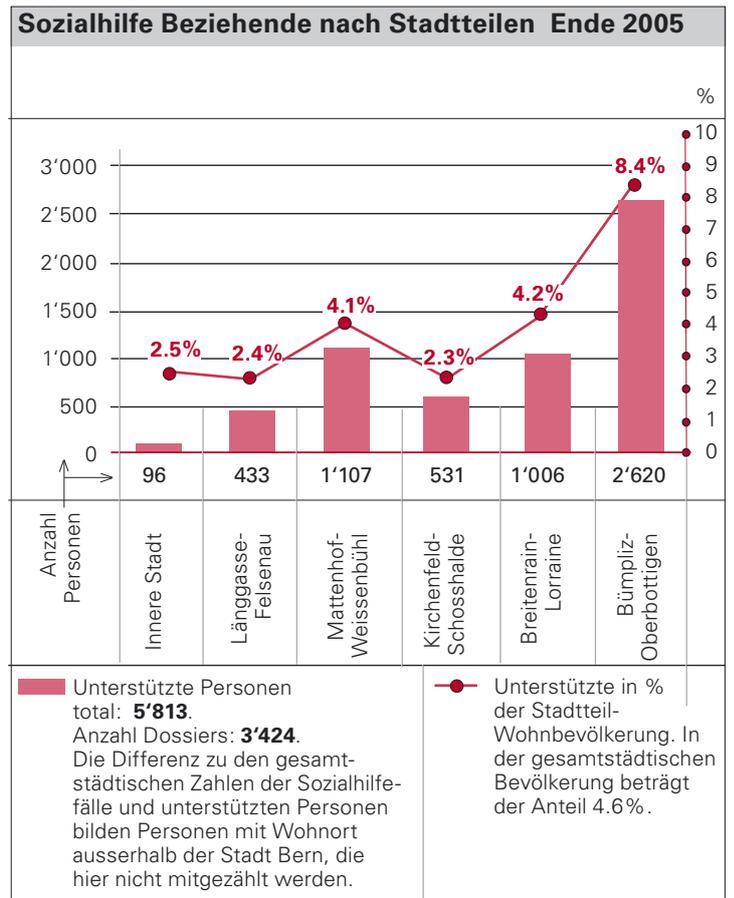
Datenquelle: Sozialdienst der Stadt Bern, interne Statistik

Die Gruppe der 26- bis 50-Jährigen hat in den Jahren 2003–2006 den grössten Zuwachs erfahren. Dies gilt in ähnlichem Masse auch für die Gruppe der 51- bis 65-jährigen Personen. Die Arbeitsmarktchancen der über 50-Jährigen sind nach wie vor schlecht, so dass nur vereinzelt mit einer Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt gerechnet werden kann. Zudem kommen bei dieser Altersgruppe vermehrt gesundheitliche Probleme dazu. Eine bereits lange dauernde Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit kann zu einer Chronifizierung der sozialen Probleme führen.

Viele Sozialhilfebeziehende wohnen im Westen von Bern

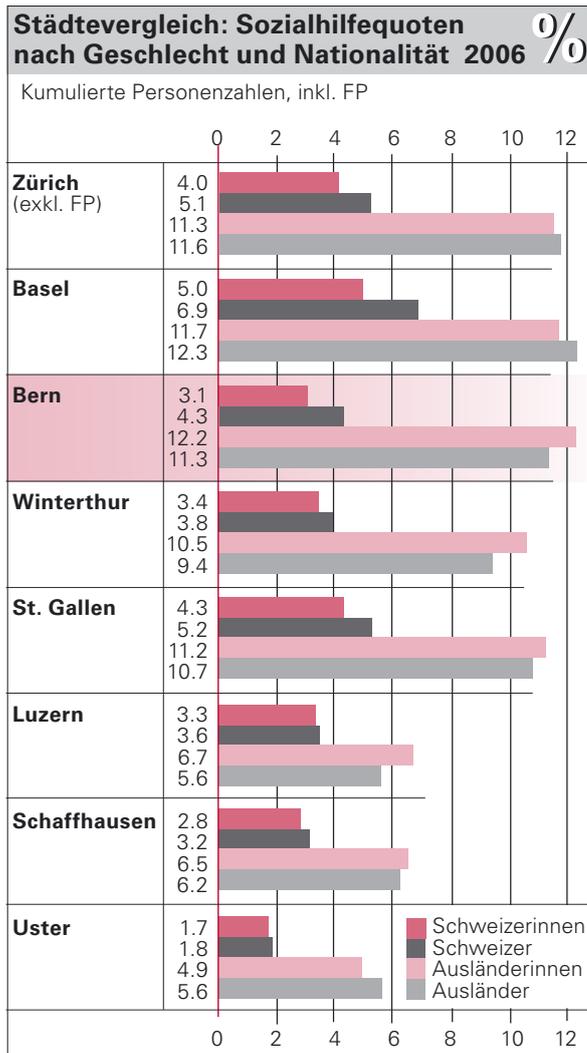
Weitaus am meisten Personen mit Unterstützung, sowohl nominal wie anteilmässig an der Wohnbevölkerung, wohnen in den Bezirken Bümpliz, Bethlehem und Stöckacker. Im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl mit den zweithöchsten Zahlen an Sozialhilfebeziehenden wohnen weitaus am meisten Sozialhilfebeziehende Personen im Bezirk Holligen, gefolgt vom Mattenhof. Am wenigsten unterstützte Personen finden sich im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde.

ABBILDUNG SD.33



Datenquelle: Eidg. Volkszählung 2000 / Statistikdienste der Stadt Bern

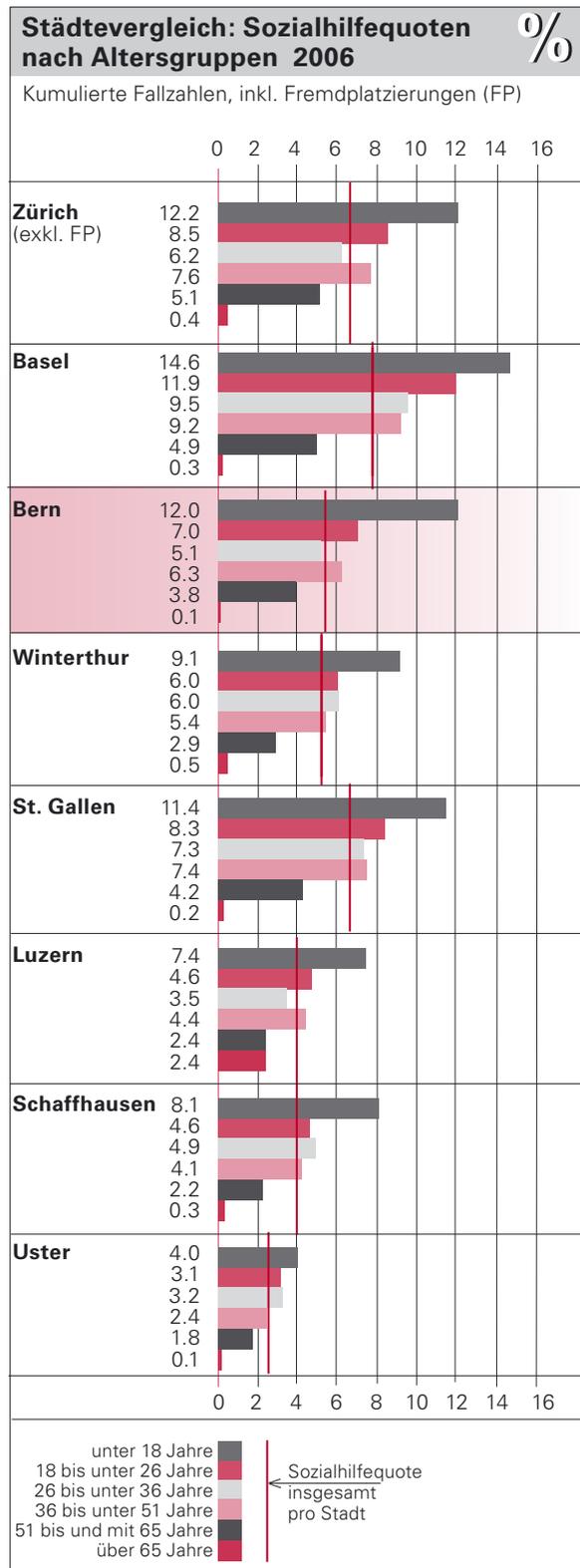
ABBILDUNG SD.34



Datenquelle: Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten Berichtsjahr 2006 [11]: Grafik 10 / S. 21

2006 beträgt der Anteil Ausländerinnen und Ausländer in der Sozialhilfe etwas weniger als 50 Prozent, jener in der Gesamtbevölkerung etwas mehr als ein Fünftel. Tieferes Ausbildungsniveau und oftmals mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache erschweren die Integrationsbemühungen und die Möglichkeiten, bezahlte Jobs zu erhalten. Im Durchschnitt haben ausländische Familien eine höhere Kinderzahl, was das Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden, zusätzlich erhöht.

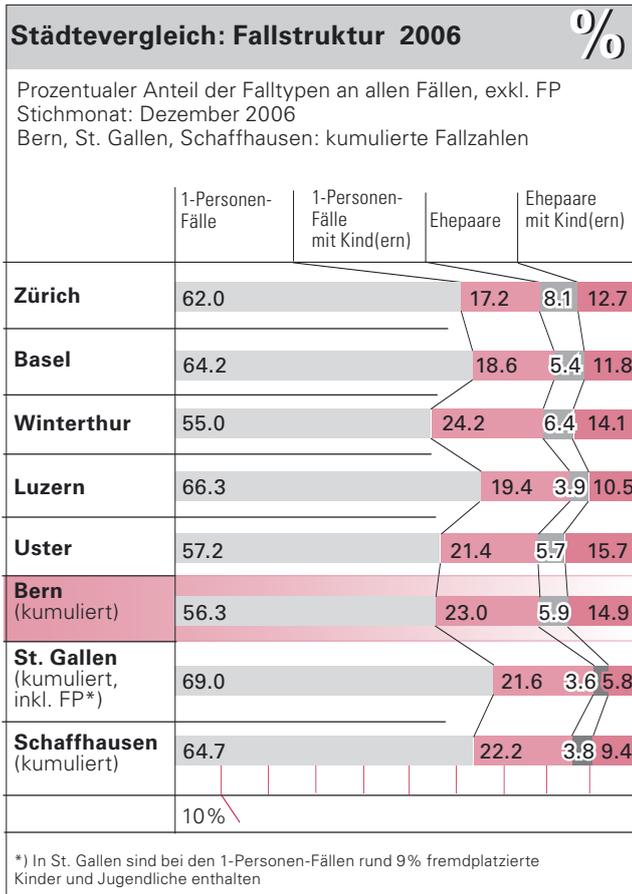
ABBILDUNG SD.35



Datenquelle: Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2006 [11]: Grafik 8 / S. 19

In den letzten Jahren ist das Augenmerk verstärkt auf die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen gerichtet worden. Für die Beratung und Betreuung dieser Gruppe sind in der Stadt Bern zusätzliche personelle Ressourcen investiert worden. Im Jahr 2007 ist in dieser Gruppe ein Rückgang von 93 Personen (12.7 Prozent) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hingegen ist die Gruppe der 51- bis 65-Jährigen seit 2003 tendenziell einem steigenden Sozialhilferisiko ausgesetzt.

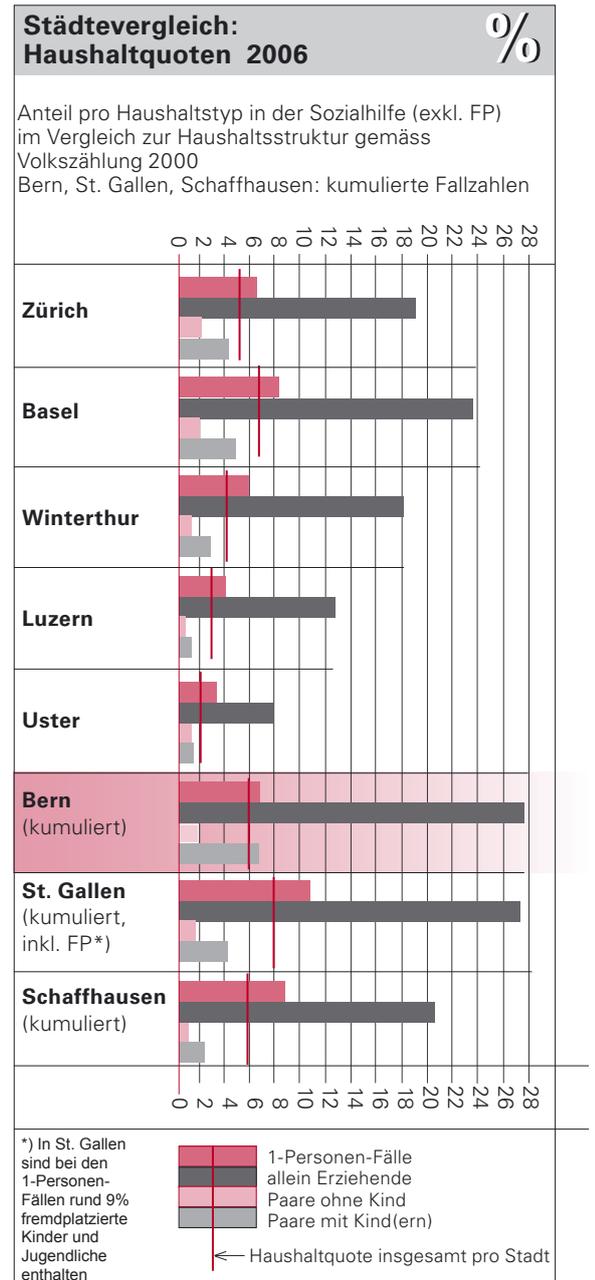
ABBILDUNG SD.36



Datenquelle: Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten Berichtsjahr 2006 [11]: Grafik 6 / S. 17

In Bern wird 2006 rund jeder vierte *Ein-Eltern-Haushalt* von der Sozialhilfe unterstützt. Dies gilt auch für Basel, St.Gallen und Schaffhausen.
Rund 80 Prozent aller Sozialhilfefälle in Bern können den *Ein-Personen-Fällen* und den *Allein-Erziehenden* zugeordnet werden.

ABBILDUNG SD.37



Datenquelle: Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten Berichtsjahr 2006 [11]: Grafik 6 / S. 17

Die *Haushaltsquote* gibt an, wie z. B. ein Ein-Personen-Haushalt in einer Stadt im Verhältnis zu allen Haushalten dieser Stadt Sozialhilfe bezieht. Ist die Quote hoch, ist das Sozialhilferisiko dieser Haushaltsgruppe gross, ist die Quote niedriger, eher klein.

Auch wenn die Gruppe der *Ein-Personen-Haushalte* mit Abstand den höchsten Anteil hat, ist das Risiko dieser Gruppe, Sozialhilfe zu beziehen, nicht annähernd so hoch wie jenes der allein Erziehenden. Für *Allein-Erziehenden-Haushalte* ist das Risiko, Sozialhilfe beziehen zu müssen, rund viermal so hoch wie das durchschnittliche Sozialhilferisiko.

Literaturverzeichnis

- [1] Bundesamt für Statistik; Demografisches Porträt der Schweiz 2007.
www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.102618.pdf
- [2] Statistikdienste der Stadt Bern; Jährliche Bevölkerungsstatistik
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/bevoelkerung/jaehrlich
Hinweis: Aufgrund einer Neuzuteilung einer Überbauung im Adressabgleich mussten die Zahlen in fünf Volkszählungsquartieren geändert werden (Meldung der Statistikdienste der Stadt Bern im April 2008). Diese Änderungen konnten nicht mehr in den Sozialbericht 2008 aufgenommen werden. Die Bestandeszahlen der sechs Stadtteile ändern sich wie folgt:
 – Innere Stadt: Neu 3'883 Personen (statt 3'869)
 – Länggasse-Felsenau: 18'109 Personen (gleich geblieben)
 – Mattenhof-Weissenbühl: Neu 27'519 Personen (statt 27'530)
 – Kirchenfeld-Schosshalde: Neu 23'457 Personen (statt 23'381)
 – Breitenrain-Lorraine: 24'056 Personen (gleich geblieben)
 – Bümpliz-Oberbottigen: Neu 31'321 Personen (statt 31'400)
 Gesamtstädtisch (Saldo) bleibt die Zahl 2007 gleich.
- [3] Statistikdienste der Stadt Bern; Die Wohnbevölkerung der Stadt Bern Ende 2006.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/kurzberichte
- [4] Statistikdienste der Stadt Bern; Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern; Berichtsjahr 2005; Ausgabejahr 2007.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/jahrbuch
- [5] Facts & figures. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern; Mai 2006.
www.bern.ch/stadtverwaltung/prd/gleichstellung/factsandfigures
- [6] Statistikdienste der Stadt Bern; Eidg. Volkszählung 2000: Haushaltungen und Familien in der Stadt Bern
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/kurzberichte
- [7] Stadtplanungsamt der Stadt Bern; Bauliche Stadtentwicklung Wohnen: Künftige Planungsstrategie zum Wohnungsbau.
www.bern.ch/leben_in_bern/wohnen/planen/aktuell/strategiewohnen/
- [8] Bundesamt für Statistik; Demos – Informationen aus der Demografie: Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass in der Schweiz; 2007.
www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ.Document.101934.pdf
- [9] Statistikdienste der Stadt Bern; Sozialraumanalysen 1990/2000 (Kurzbericht Region: Bern).
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/kurzberichte/kbsozraum
- [10] Statistikdienste der Stadt Bern; Sozialraumanalysen 1990/2000.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/statistik/veroeffentlichungen/berichte
- [11] Städteinitiative Sozialpolitik; Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten; Berichtsjahr 2006.
www.staedteinitiative.ch/de/pdf/KZB_2006.pdf
- [12] Bundesamt für Statistik; Bevölkerungswachstum und demografische Alterung: Ein Blick in die Zukunft / Bevölkerungsszenario für die Schweiz 2005–2050. Neuenburg. Juli 2006.

Gedankt sei namentlich Thomas Weber, Statistikdienste der Stadt Bern, für die Mitarbeit bei der Zusammenstellung und Kontrolle der Strukturdaten

Handlungsfeld 1 Frühförderung und Volksschule

Leitziel

Kinder und Jugendliche werden frühzeitig gefördert. Sie erfahren in den Volksschulen tatsächliche Chancengleichheit und erwerben eine gute Grundausbildung

Teilstrategien

Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Schulsozialarbeitskonzept 2003 [1]

Pädagogisches Konzept IVSB (Informatik Volksschule Stadt Bern) 2004 [2]

Konzept Frühförderung 2006 [4]

Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern – Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen März 2007 [5]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	38
Definitionen	38
Strukturdaten	38
Vorschulalter	40
A) Gesundheitsdienst	40
B) Mütter- und Väterberatung	42
C) Mütterzentrum / Familientreff	43
D) «MuKi-Deutsch» Mutter-Kind-Angebote	43
E) Spielgruppen	44
Schulalter (Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I)	45
F) Volksschule	45
G) Gesundheitsdienst – Schulsozialarbeit	48
H) Tagesschule	50
I) Ferieninseln	51
J) Aufgabenhilfe	51
Übergang Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II	52
Integrierte Angebote des Kantons	52
Volksschule	52
Fachfazit	53
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	54
Literaturverzeichnis	54

Einleitung

Das erste in der BSS-Strategie aufgeführte Handlungsfeld ist nicht wichtiger als andere einzustufen, und doch steht es nicht zufällig am Anfang, geht es doch um die jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner, die Kinder von der Geburt bis zum Schulaustritt. In den Kindern liegt die Zukunft – dennoch hängt heute der Schulerfolg immer noch massgeblich von der sozialen Herkunft ab. Die Stadt Bern sieht wesentliche Kernaufgaben in den Bereichen, welche die Bildung und die Gesundheit fördern: Angebote in der Zeit vor dem Kindergarteneintritt, Kindergarten und Volksschule. Hier hat die Stadt wesentlich mitzugestalten und zu investieren.

Definitionen

Vorschulalter:

bis zum Eintritt in den Kindergarten (meist mit 4 Jahren, manchmal auch mit 5)

Kindergarten:

gehört zur Volksschule, ist (noch) freiwillig

Volksschule:

obligatorische Schulzeit, 1. bis 9. Schuljahr

Primarstufe:

1. bis 6. Schuljahr

Sekundarstufe I:

7. bis 9. Schuljahr, einerseits Realschul- und andererseits Sekundarschulniveau

Sekundarstufe II:

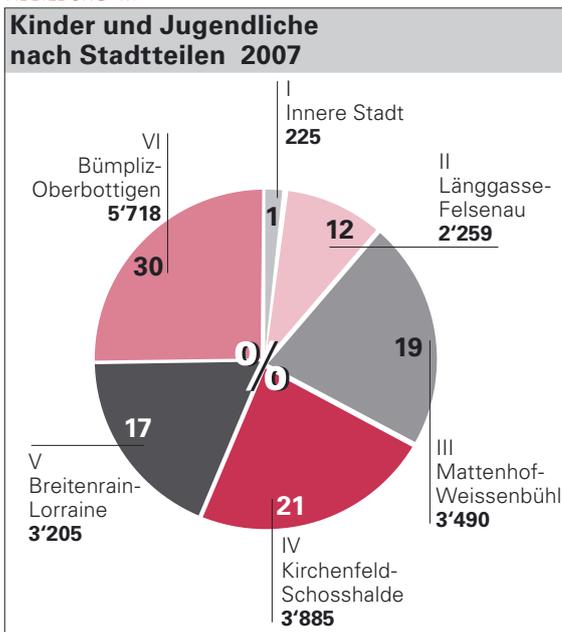
Berufsbildung und weiterführende Schulen (wie Gymnasien, Fachmittelschulen usw.)

Schulkreise:

die Stadt ist in 6 Schulkreise eingeteilt. Diese entsprechen mit kleinen Abweichungen den Stadtteilen.

Bern-West ist in zwei Schulkreise aufgeteilt: Bümpliz und Bethlehem.

ABBILDUNG 1.1



Datenquelle: Polizeiinspektorat Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Strukturdaten

Die längerfristige Entwicklung der Anzahl Kinder und Jugendlichen ist insgesamt stabil geblieben. Die Verteilung der Berner Bevölkerung nach Alter zeigt aber auch, dass verhältnismässig wenig junge Menschen unter zwanzig Jahren in der Stadt wohnen.

TABELLE 1.1

Altersgruppen der 0-19-Jährigen 2007				
	Altersgruppen			Total
	0-6	7-15	16-19	
männlich	3'549	3'990	1'982	
weiblich	3'419	3'908	1'934	
	6'968	7'898	3'916	=18'782

Datenquelle: Polizeiinspektorat Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Von den im Jahr 2007 rund 18'800 Kindern und Jugendlichen sind drei von vier schweizerischer Nationalität. Jedes Vierte hat eine ausländische Staatsbürgerschaft.

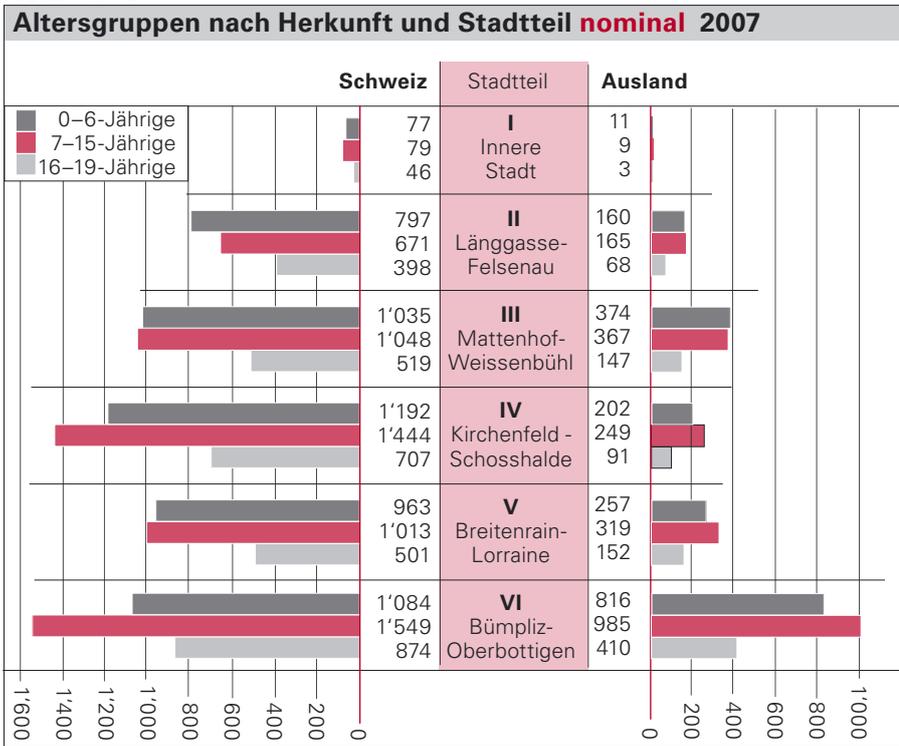
Gut 30 Prozent beträgt der Anteil Kinder und Jugendlicher im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen. Im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde leben am zweitmeisten Kinder, insgesamt neun Prozent weniger als im Stadtteil VI, aber annähernd gleich viele Kinder schweizerischer Nationalität wie im Stadtteil VI und viel weniger Kinder ausländischer Nationalität als im VI.

Bezogen auf die zahlenmässige Verteilung der Vorschulkinder in den Stadtteilen leben am meisten Schweizer

Vorschulkinder im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde, die meisten ausländischen Vorschulkinder dagegen im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen. Von den beiden anderen Altersgruppen lebt die Mehrheit unabhängig von der Herkunft im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen.

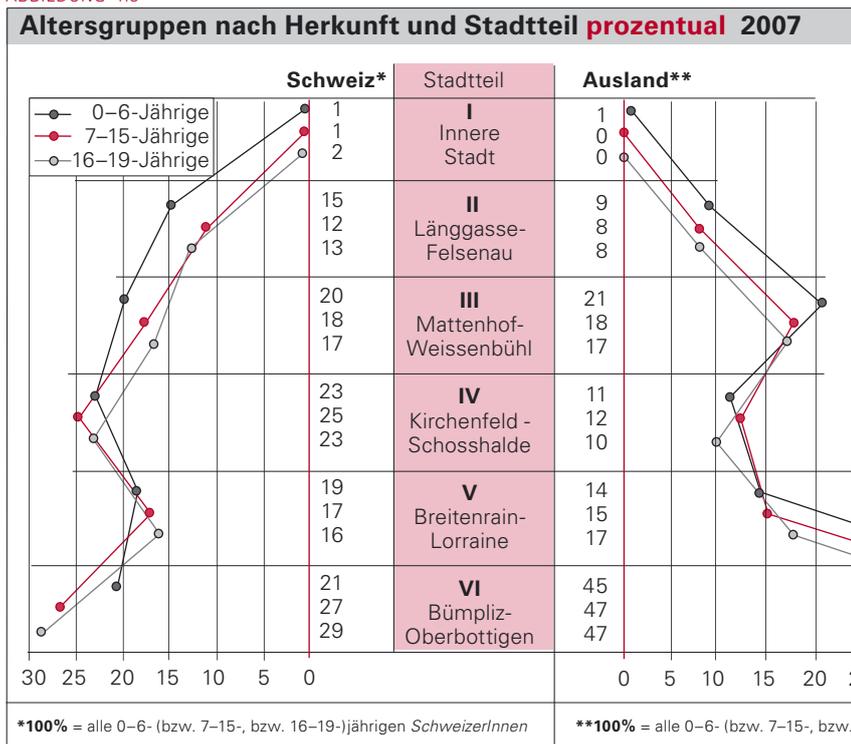
Abbildung 1.3 mit den prozentualen Verteilungen unter den Altersgruppen nach Stadtteilen zeigt, dass im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen von allen drei Altersgruppen gegen die Hälfte aller ausländischen Kinder lebt.

ABBILDUNG 1.2



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

ABBILDUNG 1.3



*100% = alle 0-6- (bzw. 7-15-, bzw. 16-19-)jährigen SchweizerInnen

**100% = alle 0-6- (bzw. 7-15-, bzw. 16-19-)jährigen AusländerInnen

Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Im Stadtteil III Mattenhof-Weissenbühl leben unabhängig von der Herkunft in allen Altersgruppen ähnlich grosse Anteile von Kindern und Jugendlichen (rund 18 Prozent).

In den Stadtteilen IV Kirchenfeld-Schosshalde und II Länggasse-Felsenau sind die Anteile der Schweizer Kinder deutlich grösser als jene der ausländischen Kinder.

Vorschulalter

A) Gesundheitsdienst

Zielvorgaben	
1 Kinder verfügen bei Eintritt ins Schulsystem über altersadäquate und ihrem Potential entsprechende sprachliche, motorische, kognitive und soziale Fähigkeiten	Frühförderungskonzept [4]
2 Förderangebote und eine anregende Umgebung als Basis für bessere schulische Chancen für Kinder aus Familien mit wenig eigenen Ressourcen	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [6] /Frühförderungskonzept [4]
3 Spezielle Förderprogramme (Sprache, Bewegung, Ernährung) in Kindertagesstätten (Kitas) und Spielgruppen Die verschiedenen Förderthemen werden gestaffelt angeboten	Frühförderungskonzept [4] Legislaturrichtlinien 2005–2008 [6]

Angebotsstrukturen

Der Gesundheitsdienst arbeitet dezentral in vier stadtteilbezogenen Teams:

Gesundheitsdienst Bern Nord
Viktoriastrasse 60

Gesundheitsdienst Bern Süd
Monbijoustrasse 11

Gesundheitsdienst Bern West
Frankenstrasse 1

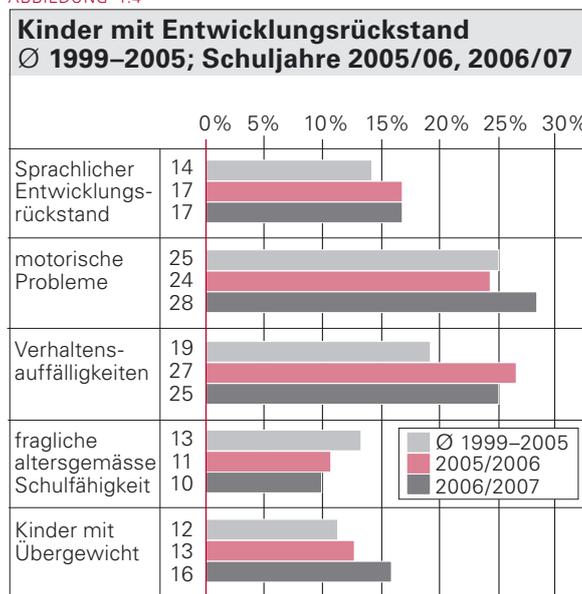
Gesundheitsdienst Bern Mitte
Monbijoustrasse 11

Der Gesundheitsdienst ist die zuständige Fachstelle für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens in der Stadt. Er befasst sich mit Gesundheitsvorsorge, -beratung und -information sowie mit Gesundheitsförderung und Prävention. Die Kernangebote bezüglich des Handlungsfelds 1 umfassen folgende Dienstleistungen:

- Schulärztliche Untersuchungen im Kindergarten, in der 4. und 8. Klasse
- Schulärztliche Spezialuntersuchungen (Schulbereitschaftsabklärung, Psychomotorik, Logopädie, medizinische Abklärungen), Schulärztliche Beratung, Läuseuntersuchungen
- Gesundheitsförderung im Vorschulalter
- Gesundheitsförderung und Präventionsprojekte in der Schule

Strukturdaten

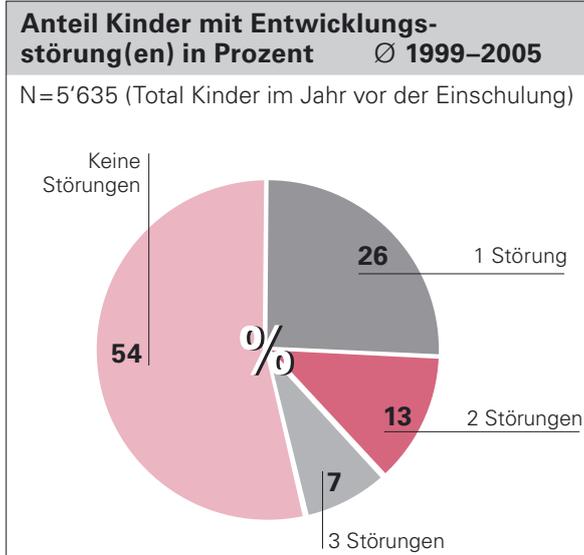
ABBILDUNG 1.4



Datenquelle: Gesundheitsdienst, Schulärztliche Statistik

In der Stadt Bern werden fünf verschiedene Entwicklungsstörungen unterschieden und der Anteil der betroffenen Kinder ausgewiesen. In den sechs Untersuchungsjahren sind bei über der Hälfte der untersuchten Kinder keine Entwicklungsstörungen festgestellt worden.

ABBILDUNG 1.5



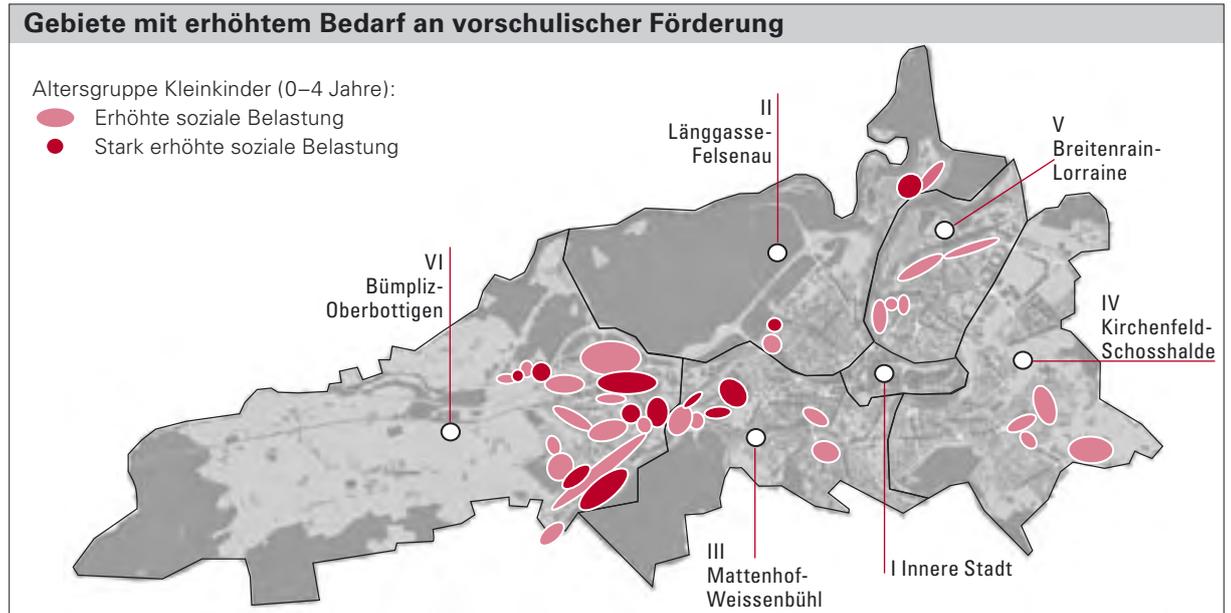
Datenquelle: Gesundheitsdienst, Schülärztliche Statistik

Kinder mit bildungsfernen Eltern mit oder ohne Migrationshintergrund sind durchwegs häufiger von Entwicklungsstörungen betroffen. Dieser Befund entspricht auch den Ergebnissen aus Literaturrecherchen.

Die Verteilung der Kinder mit Entwicklungsdefiziten über die ganze Stadt ist ungleich. Im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen beispielsweise sind bei den schulärztlich untersuchten Kindergartenkindern bei über einem Fünftel Sprachstörungen festgestellt worden, im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde sind es bei gut einem Zehntel. Der Stadtberner Durchschnitt beträgt in den genannten Erfassungsjahren rund acht Prozent.

Ungefähr die Hälfte aller Kinder mit Defiziten in der Sprache, Motorik oder dem sozialen Verhalten sind schweizerischer Nationalität. Der schulische Förderbedarf hängt eng zusammen mit soziodemographischen Faktoren (Anzahl ausländische Kinder, Anzahl arbeitslose Eltern, Anzahl geschiedene Eltern, Anzahl Familien in Einfamilienhäusern), wobei die Anzahl ausländischer Kinder bezogen auf die Gesamtkinderzahl in einem Quartier am einfachsten zu erheben ist. Die Zahl kann als ein zuverlässiger Indikator für das Vorhandensein unterschiedlichster sozialer Benachteiligungen in einem Quartier genommen werden und als «sozialer Belastungsfaktor» dienen, der Auskunft über die Notwendigkeit an unterstützenden bzw. fördernden Massnahmen gibt. Durch die Kombination der Gebiete mit hohem Kleinkinderanteil und solchen mit hoher sozialer Belastung resultieren folgende Brennpunkte mit vorschulischem Förderbedarf (Abb. 1.6):

ABBILDUNG 1.6



Datenquelle: Gesundheitsdienst, Frühförderungskonzept 2006, S. 13

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu den Zielthemen 1 und 2: Familien im Hausbesuchsprogramm (2008) – Start Projekt «Primano»

Das präventive Spiel- und Lernprogramm «schritt:weise-Opstapje» richtet sich an sozial benachteiligte Familien, sowohl an schweizerische als auch an Familien mit Migrationshintergrund. Es wird in den Quartieren Holligen (Stadtteil III), Bümpliz (VI) und Bethlehem (VI) angeboten und richtet sich an Eltern, deren Kind zu Beginn des Programms einhalb bis zwei Jahre alt ist und die es gerne in seiner Entwicklung unterstützen möchten. Das Programm dauert 18 Monate.

Zu Zielthema 3: Spielgruppen und Kindertagesstätten (Kitas) mit Fördermodul «Bewegung» 2008

Fördermodule werden in Spielgruppen und Kindertagesstätten der Pilotquartiere Wittigkofen (IV), Ausserholligen (III) und Bümpliz (VI) umgesetzt. Neun Spielgruppen und fünf angefragte Kitas machen am Fördermodul Bewegung mit.

Seit August 2007 läuft das Fördermodul Motorik (Motto: Lernen beginnt mit Bewegung!). In Zusammenarbeit mit Expertinnen der Bewegungsförderung prüften Kita-Teams und Spielgruppenleitende, ob Kinder ihre primären Bewegungsbedürfnisse ausleben und die notwendigen Bewegungserfahrungen machen können. Es haben Weiterbildungen für Spielgruppenleitende und Coachings für das Kita-Personal stattgefunden. Das Projekt Primano kann zudem die Anschaffung von notwendigem Fördermaterial unterstützen (Krabbel/Kletter/Rutsch-Elemente für Kleinstkinder, Sprossenwände, Material zum Schaukeln, Elemente für Bewegungsbaustellen usw.). In Eltern- und Eltern-Kind-Veranstaltungen entdecken Eltern neue Bewegungsmöglichkeiten, welche die Entwicklung der Kinder fördern und viel Spass machen. Wichtig wird die Auswertung der Erfahrungen mit Elternveranstaltungen sein (bezüglich Erreichbarkeit und Nachhaltigkeit), um diese anderen Veranstaltenden zugänglich zu machen.

B) Mütter- und Väter-Beratung

Dieses Angebot liegt im Verantwortungsbereich des Kantons; daher führt die Stadt keine Statistik.

Angebotsstrukturen

Die Mütter-Väter-Beratung Bern Stadt ist ein privatrechtlicher Verein, welcher im Auftrag des Kantons Bern die Beratungen organisiert und Dienstleistungen im sozial- und präventivmedizinischen Bereich anbietet. Alle Beratungen richten sich an Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern von null bis fünf Jahren. Angeboten werden sowohl Hausbesuche wie Beratungen an verschiedenen Standorten in den Quartieren.

TABELLE 1.1

Mütter- und Väterberatung: Standorte	
<i>Beratungsstelle:</i>	<i>Zugehörige Quartiere:</i>
II Länggasse:	Engeried, Neufeld, Stadtbach, Muesmatt, Aaregg
Rosfeld:	Tiefenau, Felsenau, Aaregg
III Holligen: Mattenhof:	Holligen Weissenbühl, Weissenstein, Monbijou, Sandrain
IV Kirchenfeld:	Gryphenhübeli, Brunnadern, Efenau, Murifeld, Schosshalde
V Breitenrain:	Beundenfeld, Altenberg, Spitalacker, Breitfeld, Lorraine, Innere Stadt
VI Bethlehem: Bümpliz:	Holenacker, Gäbelbach Oberbottigen, Stöckacker

C) Mütterzentrum/Familientreff

Zielvorgabe

4 Eltern von Kleinkindern werden in ihren Erziehungsbemühungen und bei der Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit unterstützt

Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [7]

Angebotsstrukturen

Mütterzentrum

Bern-West im Tscharnergut (Stadtteil VI)
über 120 Stellenprozente

Familientreff

Stadt Bern im Stadtteil IV (Muristrasse)
über 80 Stellenprozente*

*für professionelle Leitung und Administration

Die Zentren sind niederschwellige Anlaufstellen für Familien. Sie nehmen im Bildungsbereich für Eltern mit Kleinkindern eine wichtige Funktion ein. Der Treffpunkt hat folgende Angebote: Informationsvermittlung, unkomplizierte Kinderbetreuung, zielgruppengerechte Elternbildung, Arbeitsplätze für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger mit der Möglichkeit, Kleinkinder am Arbeitsplatz betreuen zu lassen sowie Einsatzplätze für erwerbslose Personen.

Leistungen nach Zielvorgabe

Zum Zielthema 4

Familientreff Stadt Bern im Stadtteil IV

Die rund 11'700 Besucherinnen und Besuchern zeigen, dass die Angebote des Familientreffs zielgruppengerecht erbracht werden. 490 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an 17 Kursen mit einer durchschnittlichen Dauer von 37 Stunden teilgenommen.

Mütterzentrum Bern-West im Tscharnergut im Stadtteil VI

Die Zahl der ein- und mehrmaligen Benutzenden des Mütterzentrums Bern West hat seit 2003 um über 50 Prozent auf 10'400 zugenommen. Im Mütterzentrum Bern-West arbeiten 16 Frauen mit Teilzeitpensen von fünf bis zehn Prozent in den verschiedenen Angeboten mit. Ihre Kinder werden während der Arbeitszeit betreut.

Entsprechend der unterschiedlichen Bedürfnisse werden im Mütterzentrum Bern West andere Schwerpunkte gesetzt als im Familientreff. Mehr als die Hälfte der Besucherinnen und Besucher des Mütterzentrums im Tscharnergut ist ausländischer Herkunft, während es im Familientreff knapp ein Drittel ist. Das Angebot in Bern West ist deshalb stark auf Integrationsangebote ausgerichtet. Eine wirkungsvolle Elternbildung geschieht stärker durch eine beispielhafte Vermittlung von erzieherischen Möglichkeiten im Alltag des Mütterzentrums als durch das Anbieten eines Erziehungskurses. So ist es dem Mütterzentrum gelungen, eine wichtige Zielgruppe anzusprechen, die mit den klassischen Elternbildungskursen kaum zu erreichen ist. Mit dem dadurch erstellten Durchbruch der häufig beobachteten Isolation von

(fremdsprachigen) Müttern mit ihren Kindern wird ein wirksamer Integrationsschritt getan. Beim Familientreff stehen hingegen eine breite Palette an Weiterbildungskursen für Eltern und die Unterstützung von Eigeninitiative im Vordergrund.

Sowohl das Mütterzentrum als auch der Familientreff bieten die Möglichkeit, sehr früh auf problematische Entwicklungen in mehrfach belasteten Familien aufmerksam zu werden und entsprechende Massnahmen einzuleiten.

D) Mutter-Kind-Angebote «MuKi-Deutsch»

Zielvorgaben

5 Fremdsprachige Kinder und ihre Eltern lernen Deutsch als Zweitsprache. Beim Kindergarteneintritt können sie sich in deutscher Standardsprache im Alltag verständigen.

MuKi-Deutsch (Deutschunterricht für Kinder und deren Mütter im Spielgruppenalter) sind flächendeckend einzuführen: (2 pro Jahr zusätzlich).

Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Legislaturrichtlinien 2005–2008 [6]

Angebotsstrukturen

Die Stadt führt mit finanzieller Unterstützung der Erziehungsdirektion des Kantons Bern in verschiedenen Quartieren Deutschkurse für Mutter und Kind, sogenannte MuKi-Deutschkurse durch. Ausführungen finden sich in der Broschüre «Ich lerne Deutsch – und mein Kind auch, Deutschkurse für anderssprachige Mütter und ihre Kinder von 3 bis 5 Jahren»

www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/schule

TABELLE 1.II

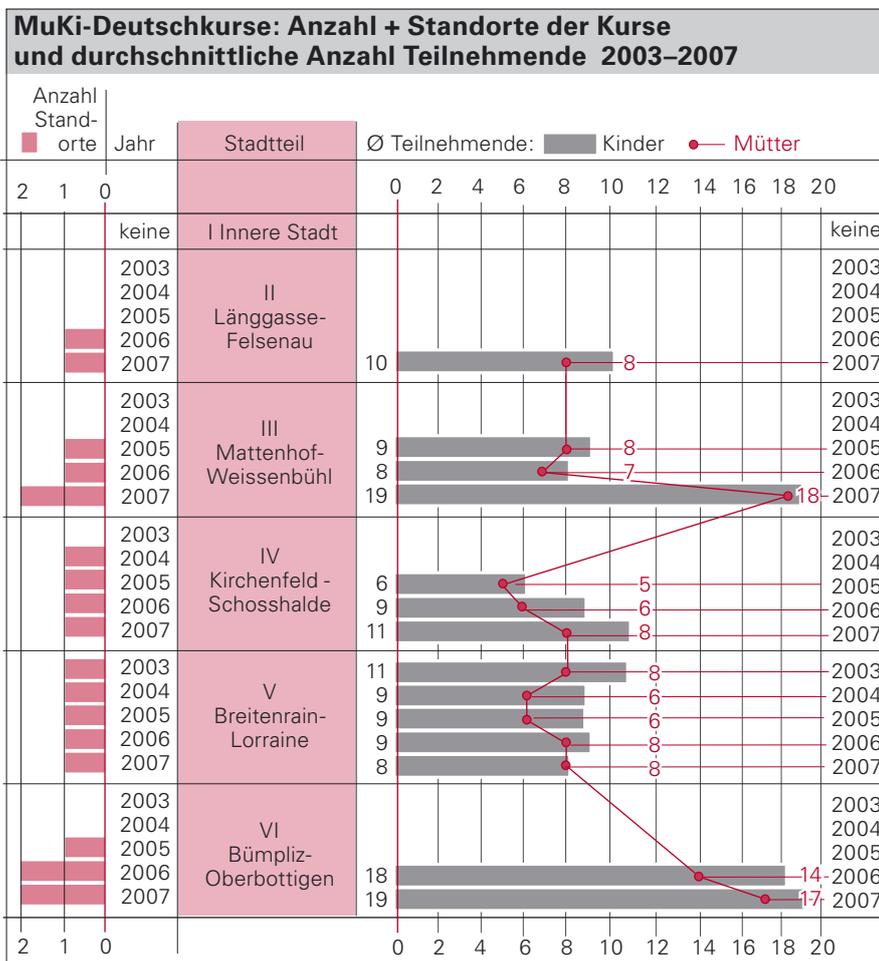
Entwicklung der Mutter-Kind-Angebote (MuKi)		
Schuljahr	Standort	Stadtteil
2003/04	Quartierzentrum Wylerhuus	Breitenrain-Lorraine V
2004/05	Quartierzentrum Wylerhuus Quartierzentrum Wittigkofen	Breitenrain-Lorraine V Kirchenfeld-Schosshalde IV
2005/06	Quartierzentrum Wylerhuus Quartierzentrum Wittigkofen Kirchgemeinde Bümpliz Kirchgemeinde Steigerhubel	Breitenrain-Lorraine V Kirchenfeld-Schosshalde IV Bümpliz-Oberbottigen VI Mattenhof-Weissenbühl III
2006/07	Quartierzentrum Wylerhuus Quartierzentrum Wittigkofen Kirchgemeinde Bümpliz Kirchgemeinde Steigerhubel Treff Untermatt Kirchgem. Heiligkreuz Tiefenau	Breitenrain-Lorraine V Kirchenfeld-Schosshalde IV Bümpliz-Oberbottigen VI Mattenhof-Weissenbühl III Bümpliz-Oberbottigen VI Länggasse-Felsenau II
	Schulhaus Breitfeld Quartierzentrum Wittigkofen Schulhaus Bümpliz Höhe Schulhaus Steigerhubel Schulhaus Brunnmatt Schulhaus Tscharnergut Kirchgem. Heiligkreuz Tiefenau	Breitenrain-Lorraine V Kirchenfeld-Schosshalde IV Bümpliz-Oberbottigen VI Mattenhof-Weissenbühl III Mattenhof-Weissenbühl III Bümpliz-Oberbottigen VI Länggasse-Felsenau II

Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, interne Statistik

E) Spielgruppen

Ausführungen zu den gut 20 Spielgruppen in der Stadt Bern finden sich im Kapitel Handlungsfeld 3 sowie unter: www.kinderbetreuung.bern.ch

ABBILDUNG 1.7



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, interne Statistik

Schulalter (Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I)

F) Volksschule

Zielvorgaben	
6 Die Stadt schafft für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft, Sprache, Behinderung, Religion, Nationalität und Quartier gleiche schulische Chancen	Schulreglement 2006 [8] Bildungsstrategie 2004–2008 [3]
7 Systematische Sprachförderung für Kinder mit Sprachdefiziten: im Kindergarten und in der Schule	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [6] Bildungsstrategie 2004–2008 [3]
8 Elterninformationen / Die Eltern sind über das bernische Schulsystem informiert. Sie kennen die Rechte und Pflichten. Kommunikation mit fremdsprachigen Eltern	Bildungsstrategie 2004–2008 [3] Legislaturrichtlinien 2005–2008 [6]
9 Schulversuch Basisstufe: Erprobung und Evaluation	Bildungsstrategie 2004–2008 [3]
10 Die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler der Volksschulstufe auf Klassen- und Schulhausebene ist verbindlich. Schülerinnen- und Schülerräte sind verwirklicht.	Bildungsstrategie 2004–2008 [3]
11 Aufgrund der neuen kantonalen Verordnung über die besonderen Massnahmen (BMV) erstellt die Stadt Bern ein eigenes Integrationskonzept. Dieses geht vom Grundsatz aus, dass alle Schülerinnen und Schüler wenn immer möglich und sinnvoll in den Regelklassen integriert werden und dort die bestmögliche Förderung und Begleitung erhalten.	Projektauftrag der Direktion BSS

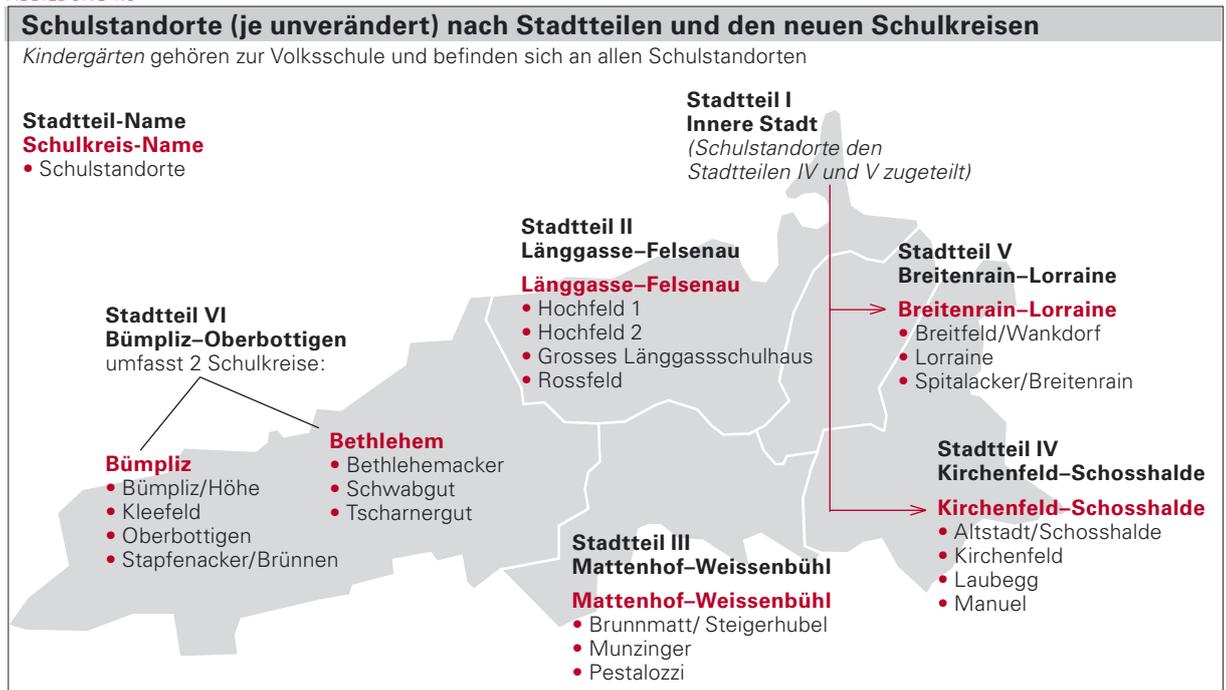
Angebotsstrukturen

Die Stadt Bern hat Kindergarten und Volksschule gemäss Reglement vom 30. März 2006 über das Schulwesen organisiert [8].

Seit August 2007 sind die Schulen in sechs Schulkreisen gegliedert (vorher 18). Die Schulkommissionen sind für die strategische, die Schulleitungen für die operative

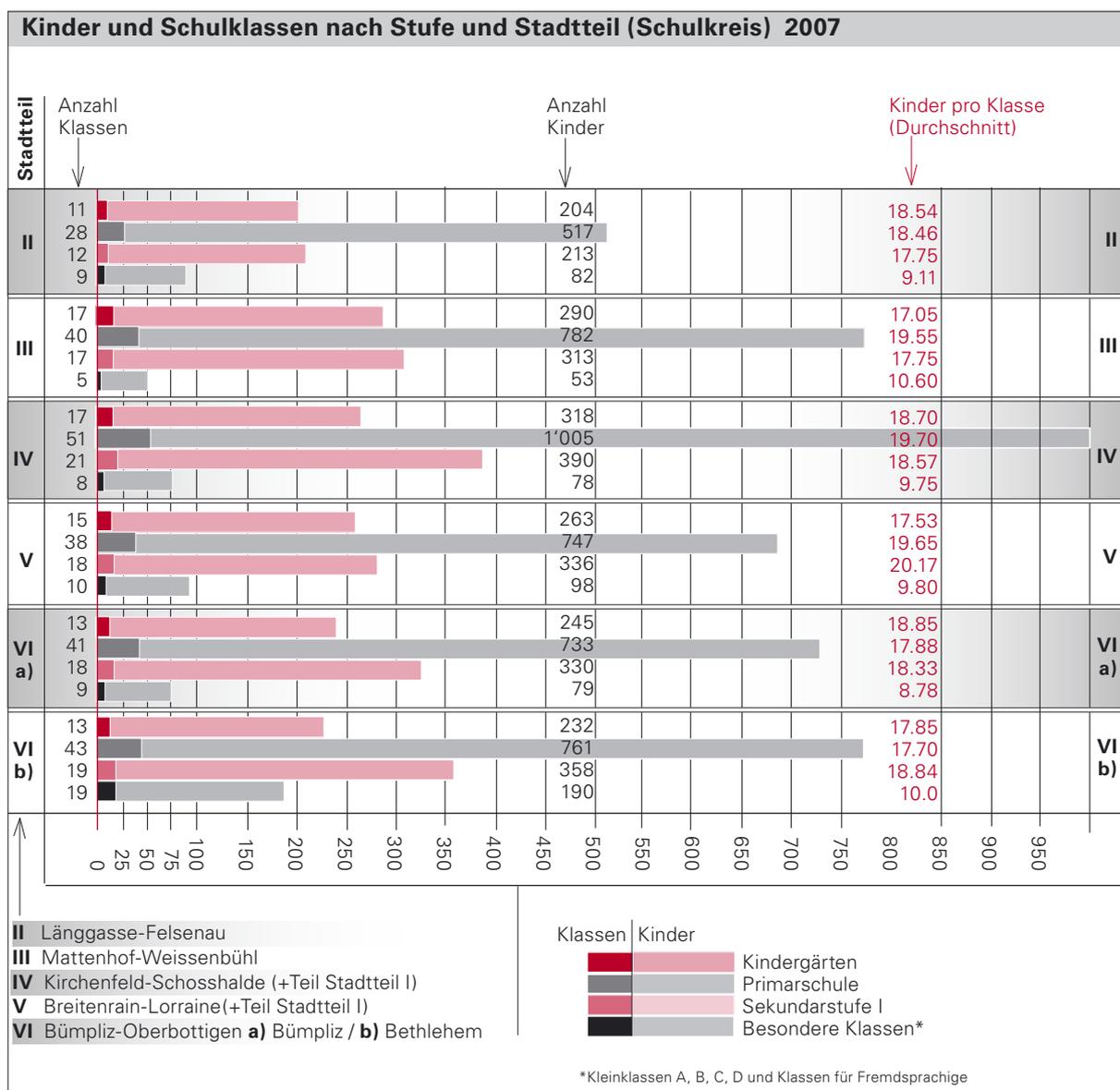
Führung der Schulen zuständig. Diese Führungsstrukturen entsprechen dem Prinzip der geleiteten Schule. Der Bereich Kleinklassen- und Spezialunterricht ist zentral organisiert und hat eine eigene Schulkommission. Die Kindergärten sind je einem Schulstandort zugeteilt.

ABBILDUNG 1.8



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern / Details: www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/schule

ABBILDUNG 1.9



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 6: Chancengleichheit

Es handelt sich hier um ein übergeordnetes Ziel, dem alle anderen Zielsetzungen und Massnahmen untergeordnet sind. Alle Arbeiten der Schule sind auf dieses Ziel auszurichten. In der Schweiz ist dieses Ziel bei weitem nicht erreicht. Viele Studien belegen, dass gerade in der Schweiz Herkunft und soziales Umfeld für die schulische Laufbahn eine Rolle spielen. Schritte zur Verbesserung sollen im Kanton Bern mit der Umsetzung des Artikels 17 des Volksschulgesetzes (Integrationsartikel) sowie mit der Frühförderung erreicht werden können. Systemische Fehler wie Selektion während der obligatorischen Schullaufbahn können von der Stadt nicht autonom korrigiert werden, da die Volksschule auf kantonalem Recht basiert.

Zu Zielthema 7: Systematische Sprachförderung

Kindergarten: Der Förderunterricht «DaZ» (Deutsch als Zweitsprache) wird aufgrund der Klassengrösse und des Anteils fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler einer Klasse auf Antrag hin vom kantonalen Schulinspektorat bewilligt. Die Stadt selber hat hier nur indirekt Einflussmöglichkeit. Die Anzahl Förderlektionen korrespondiert mit dem Anteil ausländischer Kinder. Eine Aufschlüsselung nach Schulkreisen gibt es nicht. Wichtig ist hier die Systematisierung der Förderung. Mithilfe eines Sprachstandsanalyseinstrumentes, das gegenwärtig entwickelt wird, soll der Bedarf besser erkannt und gezielter abgedeckt werden.

Deutsch für Fremdsprachige in der Volksschule ist ebenfalls ein Angebot, für welches das Schulinspektorat die Mittel zuweist. Der Förderunterricht findet in der Gruppe statt. Die einzelnen Schulstandorte haben vom Schulinspektorat Kontingente zugewiesen bekommen.

Im Rahmen der Umsetzung des Integrationsartikels wird die Stadt ab 2009 einen Lektionenpool erhalten und zuständig sein für eine bedarfsgerechte Verteilung auf die Schulstandorte. Sie wird dafür einen stadteigenen Verteilungsfaktor (Sozialindex) anwenden.

Zu Zielthema 8: Elterninformation

Die Information der Eltern ist eine besondere Herausforderung, da viele Eltern nicht erreicht werden können. Mit Elternabenden für Fremdsprachige zu drei wichtigen Themen der Schülerinnen- und Schülerlaufbahn und eines Films auf DVD in zehn Sprachen sollen die Informationen möglichst niederschwellig an die Eltern gelangen.

Es finden für diese Zielgruppen sechs spezielle Elternabende zu drei Themen statt: Schuleintritt, Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I, Berufswahlvorbereitung. Kursorte: Pestalozzi-Schulhaus und Schwabgut. Die erste von vier DVD ist seit Januar 2007 verfügbar. Sie thematisiert den Kindergarteneintritt. Es sollen noch drei weitere DVD zum Schuleintritt, zum Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I und zur Berufswahlvorbereitung folgen.

Zu Zielthema 9: Basisstufe

Seit Beginn des Schuljahrs 2005/2006 ist im Schulkreis Bümpliz/Höhe (Stadtteil VI) eine Klasse ins Entwicklungsprojekt zur Flexibilisierung des Schuleintrittsalters (Schulversuch «Basisstufe») der Erziehungsdirektion des Kantons Bern eingebunden. Erste Rückmeldungen der Schule und der Eltern sind durchwegs positiv. Die Teilnahme am Pilotversuch ist für die Eltern und die Kinder freiwillig. Die Stadt Bern und die Gemeinde Köniz haben eine gemeinsame Begleitgruppe gebildet.

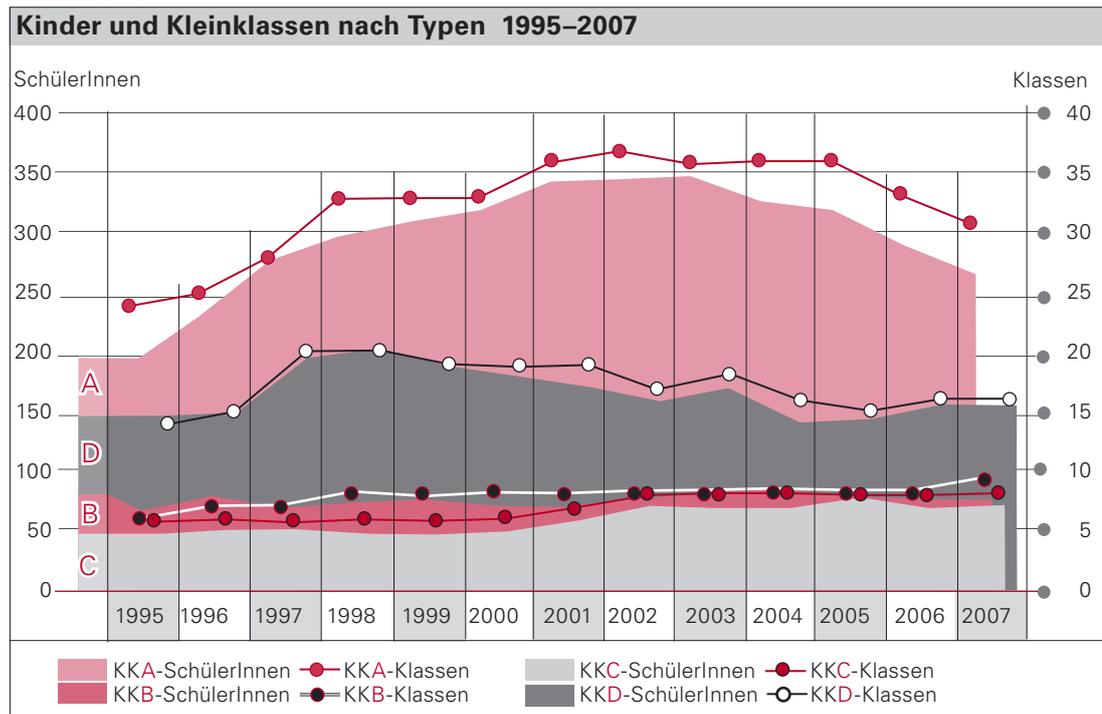
Zu Zielthema 10: Mitwirkung

Gestützt auf das Schulreglement hat die BSS 2008 eine Direktionsverordnung in Kraft gesetzt, welche die Schülerinnen- und Schülermitwirkung in den Schulen regelt.

Zu Zielthema 11: Integrationskonzept

Gemäss Auftrag der BSS erarbeitet eine Projektgruppe ein Integrationskonzept für die Stadt mit dem Ziel, möglichst alle Kinder, sofern sinnvoll, in Regelklassen zu unterrichten. Damit soll eine deutliche Reduktion der Kleinklassen (heute 56) erreicht werden.

ABBILDUNG 1.10



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, Interne Statistik / Stand: September 2007

Zu Ziel 11: Kleinklassen

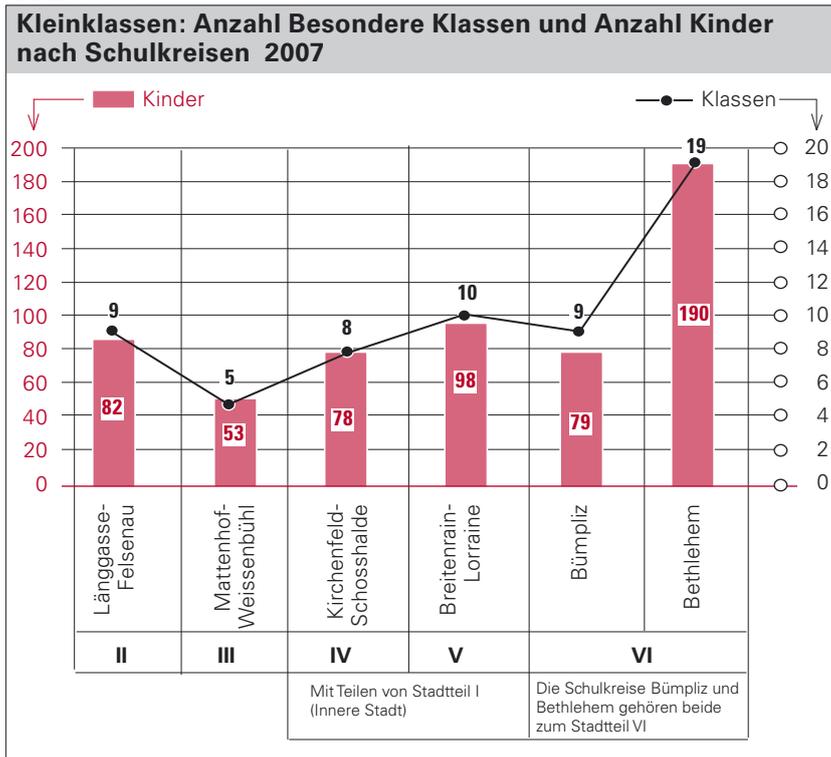
Begriffserklärungen:

- KKA** für Kinder mit Lernbehinderungen oder komplexen Lernstörungen.
- KKB** für Kinder, die wegen Schul- oder Verhaltensschwierigkeiten einer besonderen Betreuung bedürfen. Der Unterricht richtet sich grundsätzlich nach dem Lehrplan der Regelklassen.

- KKC** Für Kinder mit körperlichen Behinderungen, Sinnesschädigungen sowie Sprachstörungen. Der Unterricht richtet sich grundsätzlich nach dem Lehrplan der Regelklassen.
- KKD** Einschulungsklassen: für Kinder mit partiellen Entwicklungsverzögerungen. Das Pensum des ersten Schuljahres wird auf zwei Jahre verteilt. Nachher Einschulung in 2. Regelklasse.

Rund sieben Prozent der Schülerinnen und Schüler der Stadt lernen in einer Kleinklasse.

ABBILDUNG H1.11



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, Interne Statistik / Stand September 2007

Die beiden Schulstandorte Länggasse (Stadtteil II) und Schwabgut (Stadtteil VI Bethlehem) weisen eine hohe Konzentration an Kleinklassen aller Typen aufweisen, weil in diesen Klassen Schulkinder aus der gesamten Stadt aufgenommen werden.

Noch sind die Kleinklassen unterschiedlich auf die Schulkreise verteilt. Mit der Umsetzung des Integrationskonzepts wird sich dies ändern. In allen Schulkreisen werden Einschulungsklassen (KKD) angeboten, in welchen das Pensum des ersten Schuljahres auf zwei Jahre verteilt wird.

Die Anzahl der Kleinklassen hat in den vergangenen dreizehn Jahren kontinuierlich zugenommen. Diese Entwicklung wird mit der Umsetzung des Integrationskonzepts (Art. 17 VSG) gestoppt. Heute sitzen Schülerinnen und Schüler in den Kleinklassen, die nicht dahin gehören. Mit der integrativen Schule werden Kinder und Jugendliche wenn immer möglich und sinnvoll, in Regelklassen integriert und die Anzahl Kleinklassen in der Stadt Bern wird reduziert werden.

Die heutigen KKD, die so genannten Einschulungsklassen, werden voraussichtlich ab 2012 durch die Basisstufe abgelöst, sofern deren Einführung beschlossen wird.

Mit der Umsetzung des Integrationsprojekts wird der Anteil der Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen wesentlich reduziert. Die Schulen werden diese Schulkinder vermehrt in die Regelklassen integrieren müssen.

G) Gesundheitsdienst – Schulsozialarbeit

Zielvorgabe

12 Ungünstige soziale Entwicklungen von Kindern, die sich in der Schule manifestieren werden frühzeitig erkannt.

Primärprävention: Förderung von sozialen Lebenskompetenzen.

Sekundäre Prävention: Früherfassung von Problemen. SchülerInnen werden bei kritischen Lebenslagen unterstützt.

In Zusammenarbeit mit Lehrpersonen werden soziale Lernprozesse gefördert

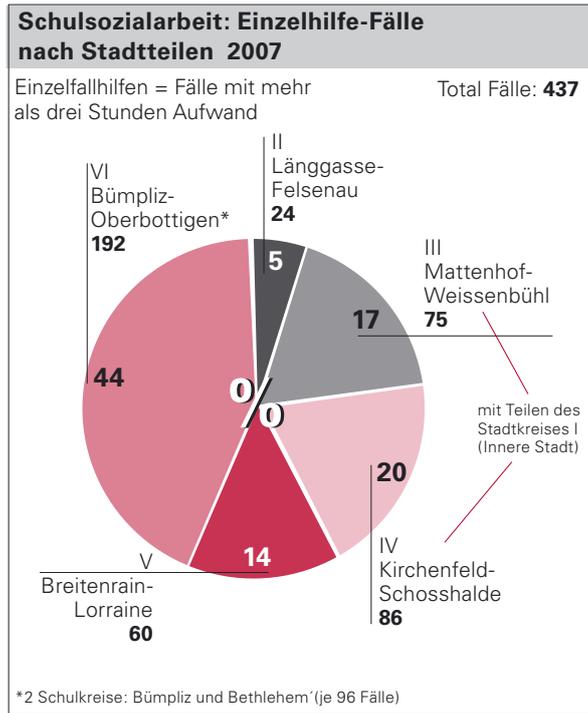
Schulsozialarbeitskonzept [1]

Angebotsstrukturen

Angaben zu den Angeboten des Gesundheitsdienstes sind im vorangehenden Kapitel erläutert worden.

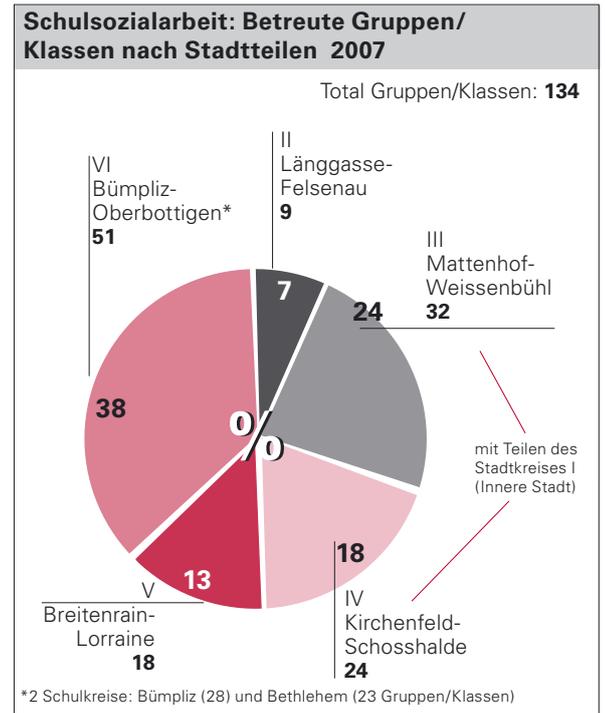
Die Schulsozialarbeit ist ein Angebot des Gesundheitsdienstes. Sie arbeitet flächendeckend schulkreisbezogen und hat Angebote in allen Schulkreisen. Weitere Angaben über Angebot und Ansprechpersonen finden sich unter Schulsozialarbeit [1].

ABBILDUNG 1.12



Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Statistik SSA (promossa)

ABBILDUNG 1.13



Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Statistik SSA (promossa)

Leistungen nach Zielvorgabe

Zu Zielthema 12: Prävention: Versorgungsgrad und Verteilung der Schulsozialarbeit (SSA) in den Schulen

Im September 2006 ist der flächendeckende Ausbau gemäss den Vorgaben des Konzepts Schulsozialarbeit abgeschlossen worden. Im Jahre 2007 wird erstmals während eines ganzen Jahres mit vollständigem Bestand gearbeitet.

Die Standortschulen mit integrierter Schulsozialarbeit weisen aktuell einen durchschnittlichen Versorgungsgrad von 92 Stellenprozenten pro 1'000 Schüler und Schülerinnen auf, diejenigen mit zentraler Schulsozialarbeit einen solchen von 53 Stellenprozenten. Es hat sich gezeigt, dass vor allem bei den grösseren Schulen die Belastung der dort tätigen Schulsozialarbeitenden sehr gross ist. Es läuft eine externe Evaluation. Sie wird Auskunft geben über Versorgung, Abläufe, Zielgruppenerreichung und Zufriedenheit mit dem Angebot. Durchschnittlich verfügt die Volksschule der Stadt über 73 Stellenprocente pro 1'000 Schüler und Schülerinnen.

Die Einzelfallarbeit findet vorrangig bei den Jugendlichen der 5. bis 9. Klasse statt, Kinder der 1. bis 4. Klasse werden weniger und Kindergartenkinder nur ganz selten beraten. Das dürfte zu einem grossen Teil darauf zurückzuführen sein, dass es bei jüngeren Kindern tatsächlich weniger soziale Probleme gibt. Weitere Gründe können auch sein, dass die jüngeren Kinder schlechter erfasst werden, weil sie sich nicht selber melden, den Standort der Schulsozialarbeit oft nicht allein erreichen können und das Angebot nicht immer kennen.

Themen der Schulsozialarbeit sind bis heute gewaltfreie Konfliktbewältigung, Mobbing, Verbesserung des Klassenklimas, Integration von Aussenseitern und Aussenseiterinnen sowie Sexualität. Es werden auch genderspezifische Projekte angeboten.

Die starke Zunahme der Klassen- und Gruppenarbeiten ist – nebst der Ermöglichung dieses Angebotes durch den personellen Ausbau – auch darauf zurückzuführen, dass die zentralen Schulsozialarbeitenden vermehrt über Präsenzzeitfenster in den Schulhäusern verfügen und durch die Nähe am Schulgeschehen häufiger mit Gruppenthemen konfrontiert werden. Die Arbeit mit ganzen Klassen ist bei allen Schulsozialarbeitenden ausdrücklich erwünscht, da sie effizient ist und präventiv wirkt.

H) Tagesschule

Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die einzelnen Angebote. Vergleiche zur familienergänzenden Betreuungssituation finden sich im Kapitel Handlungsfeld 3.

Leistungen nach Zielvorgabe

Zu Zielthema 13: Tagesschulen

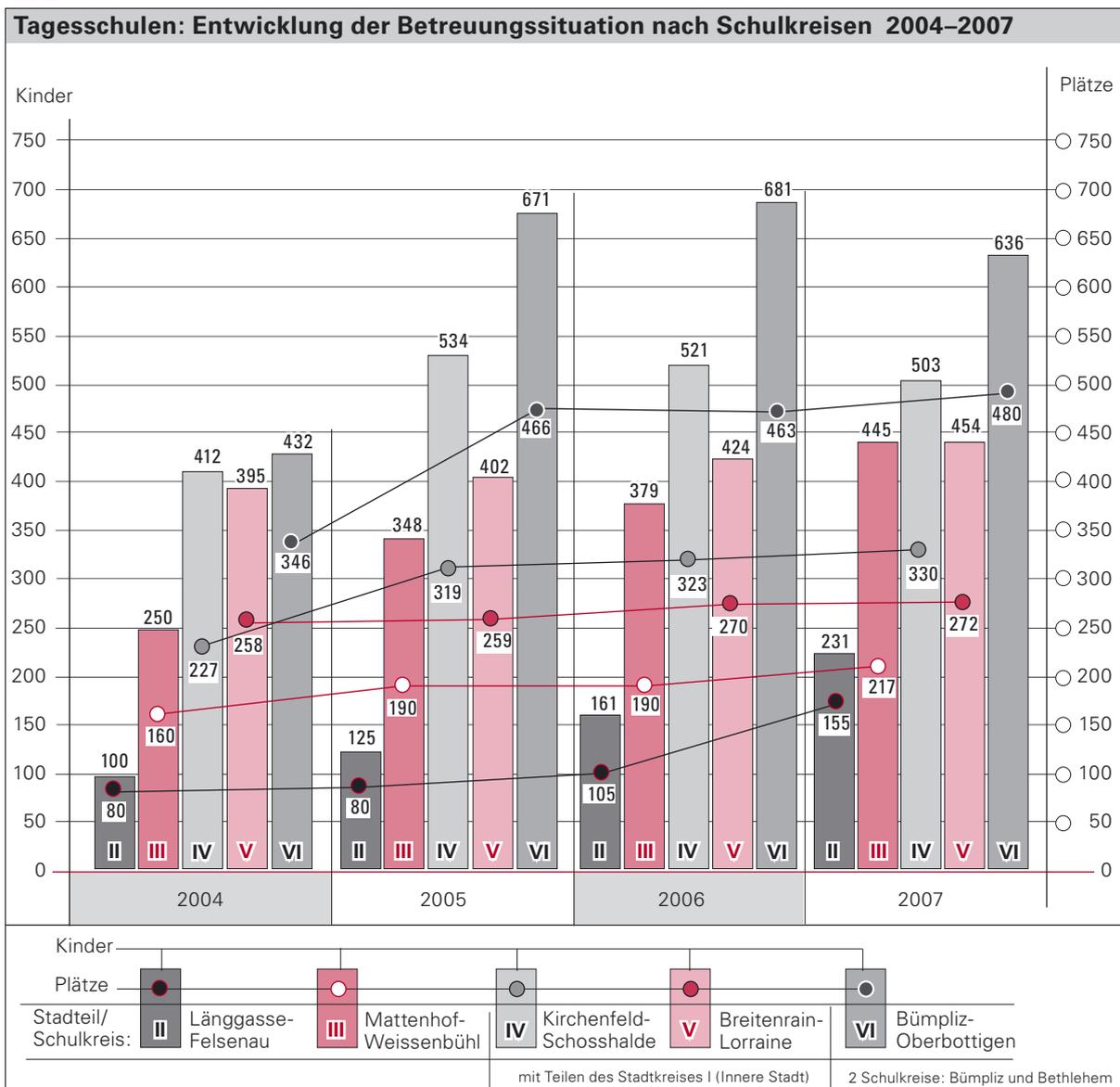
Seit 1982 werden in der Stadt Tagesschulen sukzessive eingeführt und weiter entwickelt. Seit April 2007 ist das Angebot flächendeckend. Tagesschulen sind ein schulgängendes Angebot und deshalb organisatorisch den Schulen angegliedert. Am Schulstandort Oberbottigen ist mangels genügender Nachfrage noch keine Tagesschule eröffnet worden. Die Eltern können ihren Betreuungsbedarf selber bestimmen. In den Jahren des sukzessiven Aufbaus ist das Angebot jährlich um etwa 6 bis 7 Prozent gewachsen. Es ist davon auszugehen, dass dieses Wachstum (Ausbau) sich in Zukunft verlangsamen wird, da der Aufbau grundsätzlich abgeschlossen ist. Ab August 2008 ist das Angebot Tagesschule als Rechtsanspruch im Volksschulgesetz verankert.

Zielvorgabe
13 Tagesschulen: Ausbau und Weiterentwicklung. Sie sind koordiniert mit den Angeboten an familienergänzender Kinderbetreuung. «Lernort Schule» als Ganztagesbetrieb.
Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Angebotsstrukturen

Tagesschulen sind ein integrativer Bestandteil der Volksschule und bieten den Familiensystemen eine bedarfsgerechte, umfassende Tagesbetreuung der Kindergarten- und Schulkinder. In der Stadt gibt es ein flächendeckendes Angebot von Tagesschulen.

ABBILDUNG 1.14



Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, FeK-Statistiken

ABBILDUNG 1.15

Ferieninseln: Entwicklung der Standorte 2005–2007												
	2005			2006			2007					
	Sportwoche	Frühling	Sommer	Herbst	Sportwoche	Frühling	Sommer	Herbst	Sportwoche	Frühling	Sommer	Herbst
II Länggasse-Felsenau												
III Mattenhof-Weissenbühl												
IV Kirchenfeld-Schosshalde												
V Breitenrain-Lorraine												
VI Bümpliz-Oberbottigen												
effektive Anzahl Kinder:	482			512			553					

Datenquelle: Jahresberichte / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

I) Ferieninseln

Zielvorgabe
14 Sicherstellung der familienergänzenden Betreuung in den Schulferien. «Ferieninseln» stellen Tagesstrukturen sicher.
Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Angebotsstrukturen

Während den Schulferien bieten die Ferieninseln Betreuung und erlebnisreiche Ferientage in geregelten Tagesstrukturen. Die Angebote stehen allen Kindergarten- und Schulkindern der Unterstufe offen. Tagesschulkin- der haben bei Nachfrageüberschuss den Vorrang, weil die Tagesschulen in den Schulferien geschlossen sind.

Leistungen nach Zielvorgabe

Ferieninseln sind ein wichtiges ergänzendes Angebot zu den Tagesschulen, welche in den Schulferien geschlossen sind. Da die Volksschule 13 Wochen unterrichtsfreie Zeit beinhaltet, ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler von erwerbstätigen Eltern auch während dieser Zeit ein Betreuungsangebot haben.

Die Belegungsdauer pro Kind schwankt zwischen einem halben Tag und mehreren Wochen. Insgesamt sind im Rahmen eines zweijährigen Versuchs neun Kinder mit einer Behinderung betreut worden.

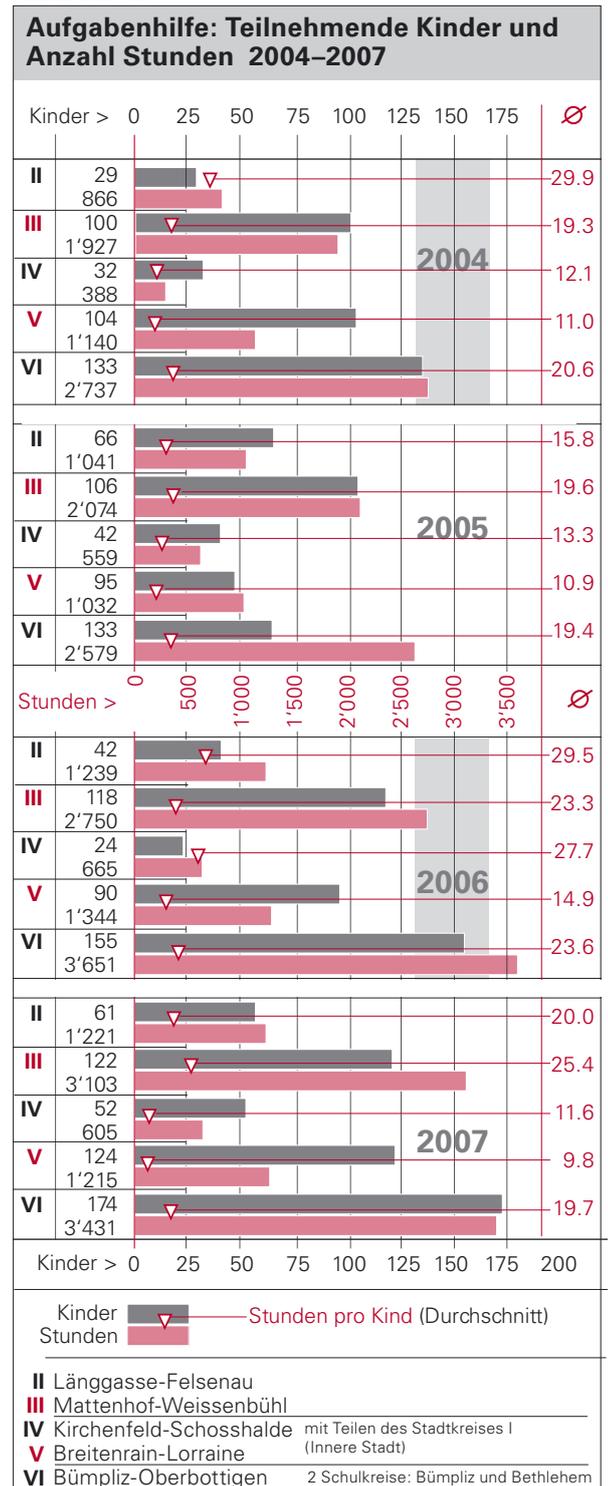
J) Aufgabenhilfe

Zielvorgabe
15 Aufgabenhilfe wird in Tagesschulen, Tagesheimen, Horten oder durch spezielle Hilfe angeboten
Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Angebotsstrukturen

Aufgabenhilfe wird gemäss Leistungsvertrag mit der Stadt vom Gemeinnützigen Verein der Stadt Bern angeboten. Es steht ihm ein Pool von ungefähr 80 Betreu-

ABBILDUNG 1.16



Datenquelle: Jahresberichte / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

enden zur Verfügung. Aufgabenbetreuung wird auch in den Tagesschulen angeboten. Aufgabenhilfe geht auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ein, unterstützt sie bei den Hausaufgaben und fördert die Integration und das Erlernen der deutschen Sprache. Die Lehrpersonen der Schulen bestimmen, wann ein Kind Aufgabenhilfe benötigt. Diese Kinder werden in Kleingruppen bei der Erledigung der Hausaufgaben betreut und unterstützt.

Leistungen nach Zielvorgabe

Die Gesamtzahl betreuter Kinder ist in den letzten vier Jahren einen Drittel gewachsen und umfasst 2007 gut 530 Kinder, die Aufgabenhilfe beziehen (vgl. Abb. 1.16).

Die Anzahl Stunden nimmt in derselben Zeitspanne um über 10 Prozent zu und umfasst 2007 gut 9'500 Stunden Aufgabenhilfe. Die Nachfrage nach Aufgabenhilfe ist trotz gut ausgebauten Tagesschulstrukturen, in denen Kinder und Jugendlichen bei der Erledigung der Aufgaben unterstützt werden, gestiegen.

Übergang Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II

Das Thema wird im Kapitel Handlungsfeld 2 vertiefend erläutert.

Integrierte Angebote des Kantons

Mentoringangebote wie «incluso» und «Kamäleon» unterstützen Jugendliche bei der Berufswahl. Diese beiden Angebote sind Teil des «Junior Coaching» der kantonalen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und von der Stadt mitfinanziert.

Neu führt der Kanton ein Case Management «Take off» ein für Jugendliche, die während der Sekundarstufe I und II Begleitung und Förderung benötigen. Zielgruppe sind insbesondere Jugendliche, die am Ende der obligatorischen Schullaufbahn keine Anschlusslösung haben.

(Zielvorgaben und Leistungszahlen finden sich im Kapitel Handlungsfeld 2).

Volksschule

Zielvorgabe
16 Schnittstelle Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II: Berufswahlvorbereitung. Prozess der Berufsfindung wird systematisch gemacht.
Bildungsstrategie 2004–2008 [3]

Angebotsstrukturen

Die Berufswahlvorbereitung ist im Lehrplan enthalten und damit eine verbindliche Aufgabe der öffentlichen Schule. Die Schulen sind verpflichtet, Berufswahlkonzepte zu entwickeln. Die kantonale Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung bietet ab der 7. Klasse Begleitmassnahmen auf der Basis von Standortbestimmungen in den Klassen und für einzelne Schülerinnen und Schüler an.

Leistungen nach Zielvorgabe

Zu Zielthema 16: Schnittstelle Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II

Das Schulinspektorat des Kantons Bern und die BSS haben für das Controlling der Schulen in der Stadt Bern 2007–2009 die Berufswahlvorbereitung als Schwerpunktthema festgelegt. Das Schulinspektorat verlangt von allen Schulen ein aktuelles Berufswahlkonzept.

ABBILDUNG H1.17

Schulaaustretende ohne Anschlusslösung, nach Herkunft und Schultyp 2003–2007						
Jahr	Aus-tretende total	ohne Anschluss-lösung in % aller Aus-tretenden	davon			
			austret. Aus-länderInnen in % aller austret. Aus-länderInnen	Realklas-sen-Austret. in % aller Realklas-sen-Austret.	Kleinklas-sen-Austret. in % aller Kleinklas-sen-Austret.	Sek.-Klas-sen-Austret. in % aller Sek.-Klas-sen-Austret.
2007	745	53 7.1	24 18.6	33 9.5	7 15.2	13 3.3
2006	686	54 7.9	29 26.4	29 10.1	10 16.7	15 4.4
2005	674	34 5.0	17 11.9	18 5.3	8 21.6	8 4.1
2004	761	68 8.9	33 22.0	47 12.6	7 14.6	14 4.2
2003	701	89 12.7	39 33.3	44 17.4	19 33.9	29 8.3

Bezugsgrösse für die prozentuale Verteilung ist jeweils das Gesamt des betrachteten Schultypus (z. B.: Realklasse-Personen ohne Lösung (33) in Bezug zu allen Realklassen-AbgängerInnen (348))

Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, Interne Statistiken

TABELLE 1.III

Schulaustretende nach Schultyp					
Jahr	Gesamt- zahlen	davon Aus- länderIn	Total Real- Austretende	Total Sek.- Austretende	Total Kleinkl.- Austretende
2003	701	117	253	392	56
2004	761	150	374	339	48
2005	674	143	341	296	37
2006	686	110	286	340	60
2007	745	129	348	351	46

Datenquelle: Schulamt der Stadt Bern, Interne Statistiken

Zu Zielthema 16: Anzahl Schulaustretende ohne Anschlusslösung und Unentschlossene / Suchende nach Schultypus

Zwischen fünf und zehn Prozent aller Schulaustretenden finden keine direkte Anschlusslösung oder haben sich noch nicht entschieden. Unter diesen Unentschlossenen respektive Suchenden sind überproportional viele Realschülerinnen und -schüler vertreten. Dies zeigt auf, dass der Status Sekundarschülerin und Sekundarschüler oder Realschülerin und Realschüler für Laufbahnfragen sehr entscheidend ist. Schülerinnen und Schüler mit dem Status «Real» haben geringere Chancen auf eine direkte Anschlusslösung.

Der Prozentsatz der Stellensuchenden hat in den letzten vier Jahren tendenziell abgenommen. Dies lässt sich durch die konjunkturelle Entwicklung, aber auch durch die Anstrengungen zur Schaffung von neuen Lehrstellen erklären. Der Anteil an Schulaustretenden ausländischer Herkunft, die keine Anschlusslösung hat, nimmt in den letzten fünf Jahren kontinuierlich ab. Die geringsten Chancen auf eine Lehrstelle haben Schülerinnen und Schüler des Schultypus Kleinklasse.

Fachfazit

Früherfassung und frühe Förderung sind sehr wichtig, um Defizite in der kindlichen Entwicklung auszugleichen und Chancengleichheit zu erreichen. Die Stadt hat entsprechend gehandelt und Massnahmen ergriffen.

Vorschulbereich

(Vgl. [4]). Schwerpunkte der Frühförderung werden in den Bereichen Sprache, Bewegung, Sozialverhalten und Ernährung gesetzt. In der Stadt Bern besteht ein Grundangebot an Kindertagesstätten für Vorschulkinder (Kitas), an Spielgruppen, an Beratungsangeboten für Eltern sowie ein Pilotprojekt «Primano», durch welches die Umsetzung der Massnahmen im Frühförderungsbe- reich sichergestellt werden kann.

Spielgruppen und Kitas konkurrenzieren sich nicht und spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Vorschulkinder. Kitas sind primär Angebote für die Familien und gewährleisten eine umfassende Betreuung, Förderung und Sozialisation der Kinder. Sie tragen bei zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei den Spielgruppen stehen die Kinder im Fokus. Sie dienen primär der Förderung und Sozialisation.

Der Zugang zu diesen Angeboten ist für einen Teil der Bevölkerung nicht niederschwellig genug oder nicht finanzierbar. Es ist belegt, dass Kinder bildungsferner Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund, welche Förderung besonders nötig hätten, schlecht erreicht werden. In diesem frühen Kindesalter kann sich die Freiwilligkeit zur Inanspruchnahme von Angeboten besonders erschwerend auswirken. Ein Teil der wichtigsten Zielgruppen nutzt die Angebote zu wenig. Mit dem Projekt «Primano» wird die Frühförderung systematisch umgesetzt durch Massnahmen in den drei Bereichen Zuhause (durch Hausbesuchsprogramm), im Quartier (durch Vernetzung von Eltern und Förderungsangeboten und zuweisenden Institutionen) sowie in Kitas und Spielgruppen (mit Fördermodulen zu den erwähnten Schwerpunktthemen und Elternarbeit).

Volksschule

Die Stadt Bern hat über die kantonalen Vorgaben hinaus sehr viel eigene Mittel in die Volksschule investiert. So hat sie insbesondere während der letzten 15 Jahre sukzessive die Tagesschulen flächendeckend ausgebaut und flächendeckend Schulsozialarbeit eingeführt. Kulturvermittlung, Gesundheitsförderung, Aufgabenhilfe oder Ferieninseln sind weitere Beispiele für das städtische Engagement im Volksschulbereich. Alle diese Massnahmen dienen der optimalen Förderung der Schülerinnen und Schüler und tragen zur Herstellung der Chancengleichheit bei.

Im Volksschulbereich bestehen sozialräumliche Organisationseinheiten, die innerhalb der kantonalen und städtischen Vorgaben einen gewissen Gestaltungsspielraum haben. Die Verteilung der Ressourcen basiert auf einem von der Stadt Bern definierten Sozialindex. Basis dafür sind die Kinder ohne Schweizerpass (ausländische Kinder). Da sehr viele ausländische Familien eingebürgert werden, ist dieser Faktor den veränderten Strukturen anzupassen.

Nach wie vor spielen Geschlecht und sozioökonomische Herkunft für die Schullaufbahn von Schülerinnen und Schülern eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt das stark selektive Schulsystem. Bereits bei Schuleintritt besteht eine erste Hürde mit der Frage der Schulreife. Eine weitere schwierige Hürde stellt der Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I (Sekundar- oder Realschule) dar. Hier findet eine starke Selektion statt. Studien belegen, dass Lehrpersonen geringere Erfolgserwartungen gegenüber Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund haben.

Die Segregation in Kleinklassen, welche oft auch der Entlastung der Regelklassen und nicht nur der individuellen Förderung der betroffenen Schülerinnen und Schülern dient, ist ebenfalls eine Form von Separation. Sie lässt sich auf Grund von Forschungsergebnissen nicht mehr in diesem Ausmass legitimieren. Die Separation auf der Sekundarstufe I bedeutet eine wichtige Vorentscheidung für die Berufswahl und die weitere Laufbahn der Jugendlichen. Schülerinnen und Schüler mit Real- oder Kleinklassenstatus haben deutlich mehr

Schwierigkeiten, nach der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung zur Erreichung eines Bildungsabschlusses auf der Sekundarstufe II zu finden.

Die Stadt Bern verfügt über durchlässige Modelle auf der Sekundarstufe I (Durchlässigkeit in den Niveaufächern Deutsch, Französisch und Mathematik). Einer integrativeren Schule förderlich ist das Schulmodell 4 (Zusammenarbeit gemäss Modell Twann, ohne selektionierte Klassen).

Ausblick

- Spielgruppenangebote sind zu erweitern und stärker von der öffentlichen Hand zu subventionieren, eventuell mit einkommensabhängigen Tarifen (subjektorientierte Finanzierung).
- Der Fokus ist verstärkt auf die Erfassung der Zielgruppen zu richten, konkret auf Familien mit Migrationshintergrund und bildungsferne oder sozial benachteiligte Familien.
- Der Sozialindex ist neu zu definieren. Der heute angewandte Sozialindex bildet die aktuellen Strukturen zu wenig ab.
- Einführung der Basisstufe und Einführung von jahrgangsgemischten Klassen.
- Verbindlichkeit der Elternmitarbeit erhöhen (zum Beispiel Lernverträge abschliessen).
- Die Schulsozialarbeit ist als Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden zu konzipieren. Kurzfristig müssen die Ressourcen in der Stadt Bern ausgebaut werden.
- Förderung der integrative(re)n Schule: Die Stadt erarbeitet ein Integrationskonzept, welches der Segregation entgegenwirkt und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler innerhalb der Regelklassen ins Zentrum rückt. Ziel ist eine deutliche Reduktion der Kleinklassen.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- | | |
|-----|---|
| [1] | Schulsozialarbeitskonzept. Oktober 2003.
www.bern.ch/leben_in_bern/bildung/kindergarten/schulsozialarbeit |
| [2] | Pädagogisches Konzept IVSB. Förderung der ICT-Kultur an den Schulen der Stadt Bern.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/schule/konzeptivsb |
| [3] | Bildungsstrategie der Stadt Bern. Bildungspolitische Leitlinien und Massnahmen. 2004–2008.
www.bern.ch/leben_in_bern/bildung |
| [4] | Frühförderungskonzept. Massnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder. 2006.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/gsd/fruefoerderung |
| [5] | Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern. Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen. März 2007.
www.bern.ch/leben_in_bern/persoennesliches/familie/kinderbetreuung/grundlagen/kibe_bericht_07 |
| [6] | Gemeinderat. Legislaturrichtlinien 2005–2008. Lebensqualität in Bern. Impulse für Bern.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/Legislaturrichtlinien |
| [7] | Jahresberichte. Produktgruppen-Rechnung Band 2, BSS
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2 |
| [8] | Reglement über das Schulwesen.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/recht/dateien/430.101 |

Handlungsfeld **2** Arbeit und Bildung

Leitziel

Jugendlichen und Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter steht ein Ausbildungs-, Beschäftigungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung

Teilstrategien

Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit – Strategien und Massnahmen 2005–2009 [1]

Bildungsstrategie 2004–2008 [2]

Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe BIAS: Konzept 2005 [3]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	56
Definitionen	56
Abklärung: Personen mit Sozialhilfebezug	56
Qualifizierung Jugend: Jugendliche und Junge Erwachsene ohne Abschluss auf Sekundarstufe II	58
Qualifizierung Erwachsene: ALV-Beziehende	63
Vermittlung: Sozialhilfe-Beziehende	64
Fachfazit	65
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	66
Literaturverzeichnis	66

Einleitung

Die Stadt Bern verfügt über eine breite Palette von Angeboten für Erwerbslose, wobei die berufliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität hat. Aufgrund der in den letzten Jahren besorgniserregend hohen Zahl an Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, haben verschiedene Stellen spezielle Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit ergriffen. Diesen Schwerpunkt mit Ziel der erfolgreichen beruflichen und sozialen Integration besonders der Jugendlichen widerspiegeln auch in die nachfolgenden Ausführungen.

Auf der Internetseite des Kompetenzzentrums Arbeit (KA) stehen Informationen und Dokumente zum herunterladen bereit:

www.kompetenzzentrum-arbeit.ch

Definitionen

Sekundarstufe I:

7. bis 9. Schuljahr, Realschul- und Sekundarschulniveau

Sekundarstufe II:

Berufsbildung und weiterführende Schulen (wie Gymnasien, Fachmittelschulen usw.)

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB):

Arbeitsmarktliche Massnahme gemäss Gesetz über die Arbeitslosenversicherung (ALVG).

Zielgruppe: arbeitslose Personen mit ALV-Bezug.

Auftraggeber: beco – Berner Wirtschaft.

Zuweisende Stelle: Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Motivationssemester (Semo):

Arbeitsmarktliche Massnahme gemäss ALVG.

Zielgruppen: Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 bis 25 Jahren mit ALV- oder Sozialhilfebezug oder mit Ausweis F.

Auftraggeber: beco – Berner Wirtschaft.

Zuweisende Stellen: Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV), Sozialdienste der Region Bern-Mittelland, Asylkoordinationen

Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS):

Massnahmen zur beruflichen und/oder sozialen Integration von arbeitslosen Personen mit Sozialhilfebezug gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz.

Zielgruppe: Arbeitslose Personen ab 18 Jahren mit Sozialhilfebezug.

Auftraggeberin: Kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion, GEF (Steuerkonzept); Sozialamt BSS (Umsetzung).

Zuweisende Stelle: Sozialdienst der Stadt Bern.

Abklärung: Personen mit Sozialhilfebezug

Zielvorgaben	
<p>1 Die Abklärungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote für junge Erwachsene in der Sozialhilfe sind um mindestens einen Drittel bis maximal die Hälfte erhöht</p> <p>Abklärung der Arbeits- und Arbeitsmarktfähigkeit resp. der Vermittelbarkeit der KlientInnen</p> <p>Erarbeitung der Integrationsbeurteilung und</p> <p>Veranlassung der geeigneten Integrationsmassnahme KA-intern oder Abgabe von Empfehlungen an die zuweisenden Sozialarbeitenden zuhanden der weiteren Fallführung (KA-extern)</p>	<p>Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4]</p> <p>BIAS-Konzept 2005 [3]</p>
<p>2 Personen mit ALV-Bezug (Zuweisungen RAV):</p> <p>Durchführung von Standortbestimmungen in den Fachbereichen «Gastro/Hauswirtschaft», «Haustechnik/Reinigung», «Holz/Bau/Landschaftspflege» und «Administration» zuhanden der zuweisenden Personalberatenden RAV</p>	<p>Leistungsauftrag</p> <p>beco – Berner Wirtschaft</p>

Zielgruppe

Ausbildungs- und arbeitslose Personen mit Sozialhilfe- oder ALV-Bezug; Zuweisungen durch Sozialdienst Stadt Bern und RAV.

Angebotsstrukturen

Das *Kompetenzzentrum Arbeit (KA)* gliedert sich in vier Sektionen und unterstützt Jugendliche und Erwachsene bei der Integration in die Arbeitswelt. Die *Sektion Abklärung* ermöglicht Stellensuchenden, realistische (berufliche) Perspektiven zu entwickeln. Die Angebote richten sich an Stellensuchende, die beim Sozialdienst der Stadt oder beim regionalen Arbeitsvermittlungszentrum RAV gemeldet sind.

Die Anstrengungen des KA bedingen eine Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft. Von dieser Partnerschaft profitieren alle: die (Lehr-)Stellensuchenden, die Betriebe und die Gesellschaft.

Engagement für Sozialhilfeempfangende:

- Stellenvermittlung: Vermittlung von qualifizierten Berufsleuten
- Arbeitspraktika: Praktikumsplätze für Stellensuchende
- Soziale Integration: stunden- und tageweise Einsätze

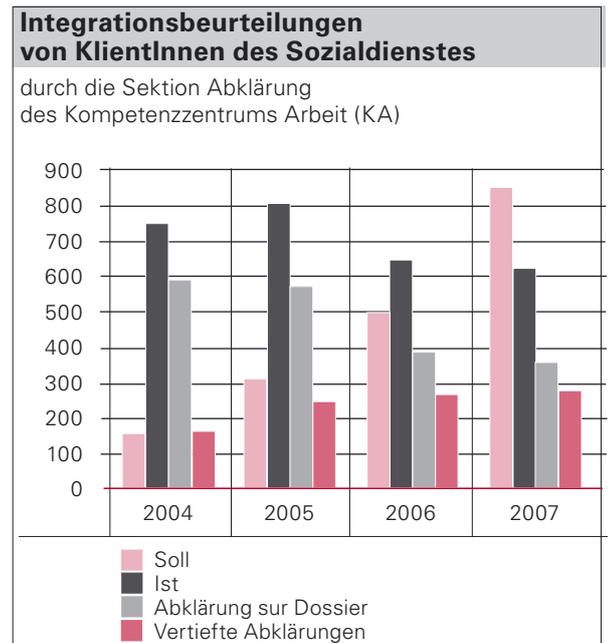
Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 1: Personen mit Sozialhilfebezug

Die Sektion Abklärung des KA ist für Personen zuständig, welche durch das Intake des Sozialdienstes Bern zugewiesen worden sind. Das KA erarbeitet eine Integrationsbeurteilung von diesen Personen und bestimmt die geeigneten Massnahmen, die für eine erfolgreiche berufliche und/oder soziale Integration nötig sind. Dies geschieht aufgrund der Anmeldeunterlagen («Abklärung sur Dossier») oder weitergehender Abklärungen (5 Grundtypen «vertiefte Abklärung»)

Um teure Fehlzusweisungen – und dadurch Massnahmenabbrüche – an die knappen Integrationsplätze zu minimieren, ist eine möglichst treffsichere Integrationsbeurteilung unabdingbar. Sie gewährleistet, dass die Teilnehmenden der für sie am besten geeigneten Massnahme zugeführt werden, und dass das Platzangebot optimal bewirtschaftet wird.

ABBILDUNG 2.1



Datenquelle: Jahresberichte / Produktgruppen-Rechnung / Band 2 / BSS

Abbildung 2.1 zeigt, dass die effektiven Zuweisungen des Sozialdienstes (Ist) 2006 die geplanten Kapazitäten (Soll) deutlich übersteigen. Dies ist Ausdruck der nicht planbaren Fallentwicklung beim Sozialdienst. Der Wegfall von Arbeitsstellen mit einfache(re)n Anforderungen im ersten Arbeitsmarkt, sowie die Zunahme von Klientinnen und Klienten mit Mehrfachproblematik als Folge lang anhaltender Arbeitslosigkeit stellen höhere Anforderungen an die Erstellung einer realistischen Integrationsbeurteilung und haben zu einem Anstieg der «verlängerten Abklärungen» geführt.

Seit März 2007 werden junge Erwachsene unmittelbar nach der Dossiereröffnung beim Sozialdienst in die Kurzabklärung «MiniMax» aufgeboden mit dem Ziel, ohne Zeitverlust die nachhaltige und rasche Ablösung von der Sozialhilfe zu realisieren (Arbeitstätigkeit) oder anzubahnen (berufliche Grundbildung). Sozialdienst und KA machen den Klientinnen und Klienten unmissverständlich klar, dass der Sozialhilfebezug keine Dauerlösung ist, sondern eine zeitlich begrenzte Überbrückungsmassnahme mit dem Ziel der Wiedererlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit.

Zu Zielthema 2: Siehe Abb. 2.9, Seite 63

Qualifizierung Jugend: Jugendliche und Junge Erwachsene (15–25-Jährige) ohne Abschluss auf Sekundarstufe II

Zielvorgaben	
3 Schnittstelle Sekundarstufe I und Sekundarstufe II: Begleitung von Jugendlichen. Fachliche Unterstützung von Kind und Eltern.	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4] Bildungsstrategie [2]
4 Die Abklärungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote für junge Erwachsene in der Sozialhilfe sind um mindestens einen Drittel bis maximal die Hälfte erhöht	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4]
5 Die Quote der ausbildungs- und arbeitslosen Jugendlichen/ jungen Erwachsenen ist maximal so hoch wie die gesamte durchschnittliche Arbeitslosenquote.	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4] Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit 2005–2009 [1]
6 Die Jugendarbeitslosenquote bei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund ist wesentlich reduziert.	Legislaturrichtlinien 2005–2008:[4]
7 Die Lehrstellenschaffung wird durch aktives Lehrstellenmarketing gefördert (Initiierung von Lehrbetriebsverbänden im Bereich der 2jährigen Grundbildung)	Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005–2009 [1]
8 Das städtische Ausbildungsangebot wird erhöht und zielgruppenspezifisch optimiert	Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit 2005–2009 [1] Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4]

Angebotsstrukturen

Das *Kompetenzzentrum Arbeit (KA)* gliedert sich in vier Sektionen und unterstützt Jugendliche und Erwachsene bei der Integration in die Arbeitswelt. Die Sektion *Qualifizierung Jugend* erbringt Leistungen für Menschen zwischen 15 und 25 Jahren. Die Angebote werden im Auftrag der Stadt Bern, des beco – Berner Wirtschaft und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern durchgeführt.

Die Anstrengungen des KA bedingen eine Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft. Von dieser Partnerschaft profitieren alle: die (Lehr-)Stellensuchenden, die Betriebe und die Gesellschaft.

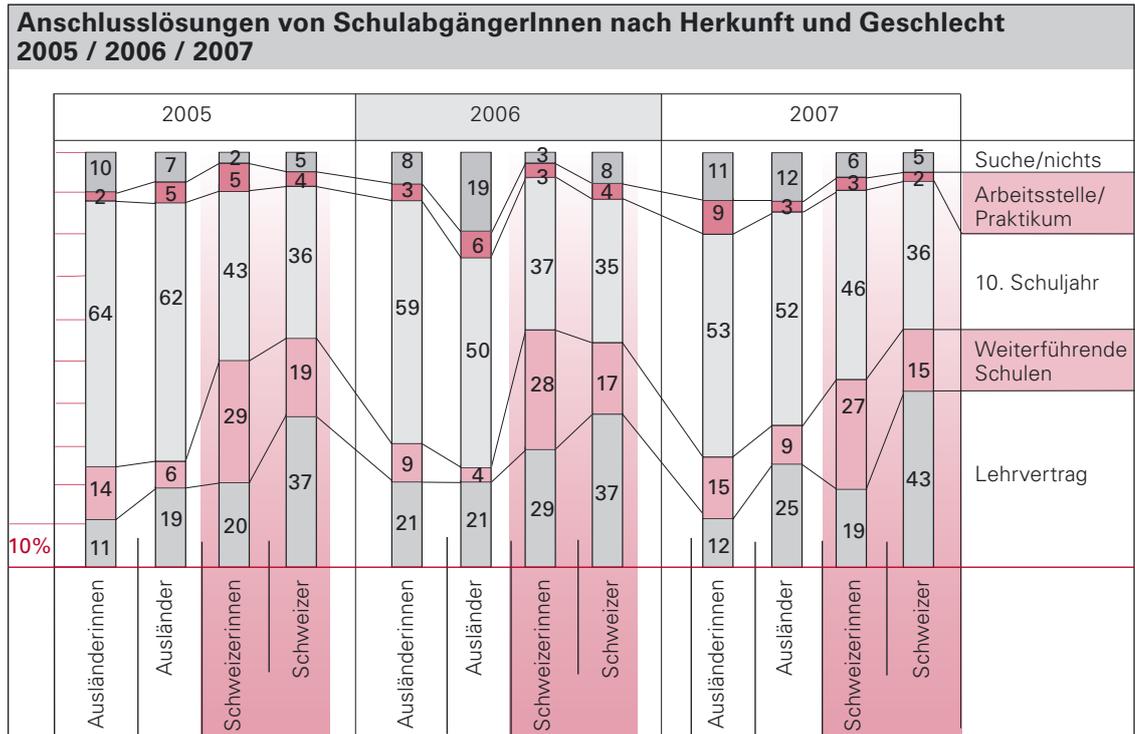
Engagement für Lehrstellensuchende:

- «inizio»: Lehrstellen für Jugendliche mit speziellem Förderbedarf
- Motivationssemester «to do»: Stageplätze für Jugendliche ohne Lehrstelle
- Lehrstellennachweis LENA: Verzeichnis der offenen Lehrstellen

Die *Berufswahlvorbereitung* ist eine verbindliche Aufgabe im Lehrplan der *Volksschule*. In der Volksschule der Stadt Bern bestehen Angebote, auf die nachfolgend verwiesen wird. Es besteht ein Leistungsvertrag zwischen der Stadt (BSS) und dem BIZ Bern-Mittelland der Erziehungsdirektion des Kantons Bern (ERZ). Dadurch kann jungen Menschen an der Schnittstelle zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II der Übergang von der Volksschule in die Berufswelt erleichtert werden.

- Mentoringprojekt «incluso»: für junge Frauen aus der Stadt mit Migrationshintergrund, die bei der Berufswahl individuelle Begleitung durch Coaching benötigen
- Mentoringprojekt «Kamäleon»: für Jugendliche mit schwierigen Voraussetzungen aus dem Stadtteil VI.

ABBILDUNG 2.2



Datenquelle: Kantonale Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung / Schulamt der Stadt Bern

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 3: Anschlusslösungen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern

Die Schnittstelle Sekundarstufe I / Sekundarstufe II ist wichtig und wird im Kapitel Handlungsfeld 1 als bedeutendes Element der Chancengleichheit gewürdigt.

Schweizerische Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden tendenziell eher eine Lehrstelle. Am Schwierigsten ist das Finden einer Lehrstelle für Ausländerinnen.

Weiterführende Schulen werden vor allem von schweizerischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern besucht. Zu untersuchen sind die Gründe: Erklärbar wäre dies einerseits damit, dass finanzielle Konsequenzen eine Rolle spielen können. Andererseits verbaut die Chancengleichheit in der Volksschule den Nichtschweizerinnen und Nichtschweizern den Zugang zu weiterführenden Schulen.

Abbildung 2.2 zeigt, dass überproportional viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein berufsvorbereitendes Schuljahr (10. Schuljahr) absolvieren, wobei die Ausländerinnen und Ausländer übervertreten sind. Hier besteht die Gefahr, dass die Jugendlichen nach der Absolvierung des 10. Schuljahres ohne Anschlusslösung dastehen. Das vom Kanton geplante Case Management sollte in Zukunft Abhilfe schaffen. Die vom Kanton eingeführte Kostenpflicht für berufsvorbereitende Schuljahre scheint den Zulauf zu diesem berufsvorbereitenden Angebot nicht gemindert zu haben. Dieses Zwischenjahr

ist auf Grund des bestehenden Lehrstellenmangels für viele eine notwendige Überbrückung.

Massnahmen im Rahmen des geplanten Case Managements werden bereits im 7. Schuljahr einsetzen und sicher stellen, dass an den Nahtstellen zwischen Volksschule – beruflicher Grundbildung – Arbeitsstelle möglichst keine Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr «abtauchen» können, ohne über einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu verfügen.

Zu Zielthema 3: Schulabgängerinnen und -abgänger, die keine Anschlusslösung haben

In Abbildung 2.3 sind nur jene Jugendlichen berücksichtigt, die gar keine Lösung, d. h. «nichts» haben. Die «Stellensuchenden» ohne Anschlusslösung sind hier nicht mit erfasst (vgl. Abbildung 1.17 im Handlungsfeld 1, dort sind sie mitgezählt).

Abbildung 2.3 macht deutlich, dass es nicht gelingt, allen Schülerinnen und Schülern eine Anschlusslösung zu gewährleisten. Am meisten gefährdet sind die Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen, wobei dort die Zahlen auch am stärksten schwanken.

Am ehesten finden Sekundarschülerinnen und -schüler eine Anschlusslösung. Die Zahlen bleiben mit Ausnahme der Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen ziemlich konstant, dies obschon die konjunkturelle Lage wie auch die Anstrengungen für mehr Lehrstellen tendenziell zu einer Entlastung führen sollten.

ABBILDUNG 2.3

SchulabgängerInnen ohne Anschlusslösung, nach Geschlecht 2003–2007												
	Realstufe				Sekundarstufe				Kleinklassen-Status A/B			
	männl.		weibl.		männl.		weibl.		männl.		weibl.	
	nominal	%	nominal	%	nominal	%	nominal	%	nominal	%	nominal	%
2003	5	3.7*	9	7.6	3	1.4	1	0.6	8	33.3	5	15.6
2004	6	3.0	11	6.3	1	0.6	3	1.9	2	5.9	0	0.0
2005	5	2.5	3	2.1	3	2.1	1	0.7	1	4.0	0	0.0
2006	5	3.0	1	0.8	1	0.6	2	1.1	8	21.6	1	4.3
2007	8	4.0	4	2.7	1	0.5	3	1.8	1	3.3	1	6.3

* überall in Prozent der betrachteten Gruppe
(Lesebeispiel 2003: Realstufe/männlich/nominal = 5 = 3.7% aller männl. Realstufe-Absolventen)

Datenquelle: Kantonale Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung / Datenbearbeitung Schulamt der Stadt Bern

**Zu den Zielthemen 4 und 5:
Junge arbeitslose Erwachsene**

Das KA bietet im Auftrag des beco – Berner Wirtschaft für die Region Bern-Mittelland Motivationssemester an; seit Mai 2005 (nur KA) respektive seit Januar 2006 (alle Motivationssemester im Kanton) können neben den RAV auch die Sozialdienste junge Erwachsene ohne Abschluss auf Sekundarstufe II zuweisen.

Das Platzangebot für Jugendliche und junge Erwachsene (15–25-Jährige) im Motivationssemester ist seit 2003 verdreifacht respektive seit 2005 verdoppelt worden. Die Einführung von städtischen Angeboten («inizio», NIP, «Dock-In»; vgl. Abschnitt «Vermittlung») ab 2006, welche das Motivationssemester ergänzen, haben zu

einer deutlichen Erhöhung der Anschlusslösungen für ausbildungslose Jugendliche und junge Erwachsene geführt (Abbildung 2.7).

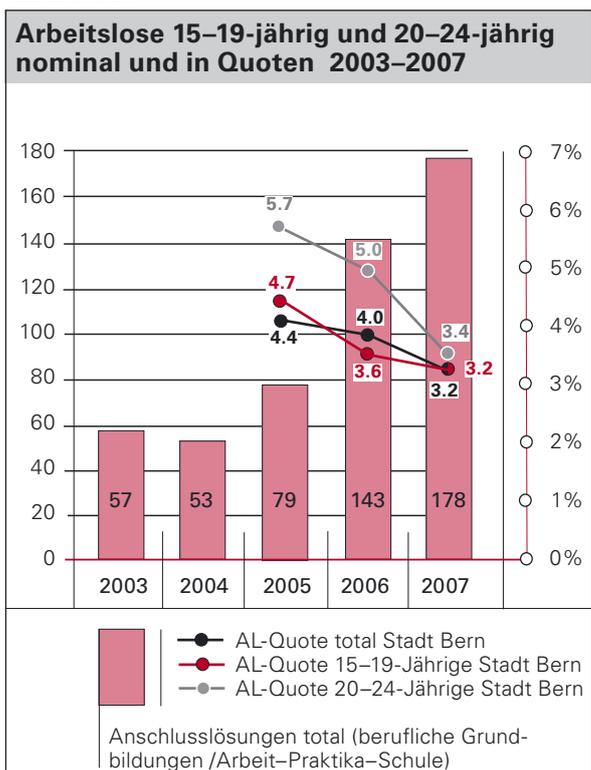
15- bis 19-Jährige: Als Folge der Angebotsaufstockung fällt die städtische Arbeitslosenquote der 15 bis 19-Jährigen ausbildungslosen Jugendlichen 2006 erstmals seit langer Zeit unter die gesamtstädtische Arbeitslosenquote. Während die Gesamtarbeitslosigkeit 2007 markant zurückgeht, können die 15 bis 19-Jährigen weniger stark von der ausgezeichneten Wirtschaftslage profitieren. Dies hängt mit der unverändert angespannten Lage auf dem Lehrstellenmarkt zusammen, der geringen Rückläufigkeit der Schulaustritte, sowie der grossen Anzahl Jugendlicher in Brückenangeboten, die zusätzlich auf den Lehrstellenmarkt drängen. Im Alterssegment der 15 bis 19-Jährigen liegt die Arbeitslosenquote in Bern deutlich über dem entsprechenden gesamtschweizerischen Durchschnittswert (2007: 2.4 Prozent).

20- bis 24-Jährige: Auch im gesamtschweizerischen Vergleich fällt der Rückgang der städtischen Arbeitslosenquote im Alterssegment der 20 bis 24-Jährigen, die vom Wirtschaftsaufschwung überproportional profitieren, deutlich aus. Es handelt sich dabei um Personen, die in der Regel eine berufliche Grundbildung abgeschlossen haben und an der Schwelle zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt stehen.

zu Zielthema 6: Arbeitslosenquote Jugendlicher mit Migrationshintergrund

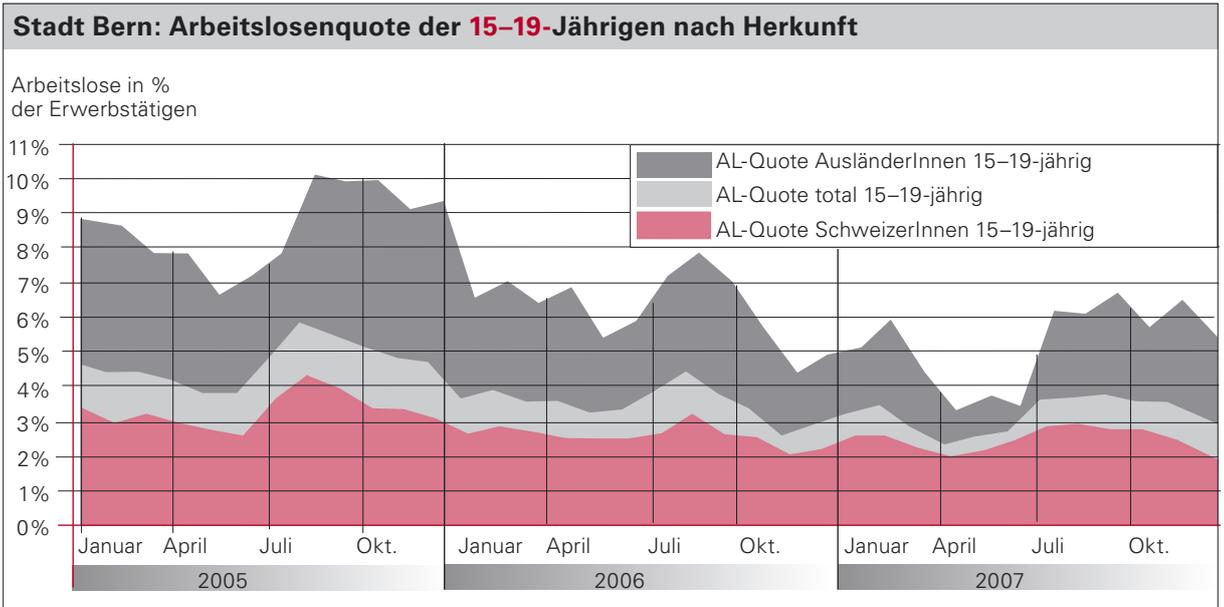
15- bis 19-Jährige: Zwischen Ende 2005 und Ende 2007 nimmt die Arbeitslosenquote der ausbildungslosen Ausländerinnen und Ausländer deutlich ab (–3.8 Prozentpunkte) und fällt im Vergleich mit der Arbeitslosenquote der ausbildungslosen Schweizerinnen und Schweizer (–1 Prozentpunkt) höher aus. Allerdings geht der erneute Anstieg der Arbeitslosenquote im Sommer 2007 hauptsächlich zu Lasten der ausländischen Jugendlichen.

ABBILDUNG 2.4



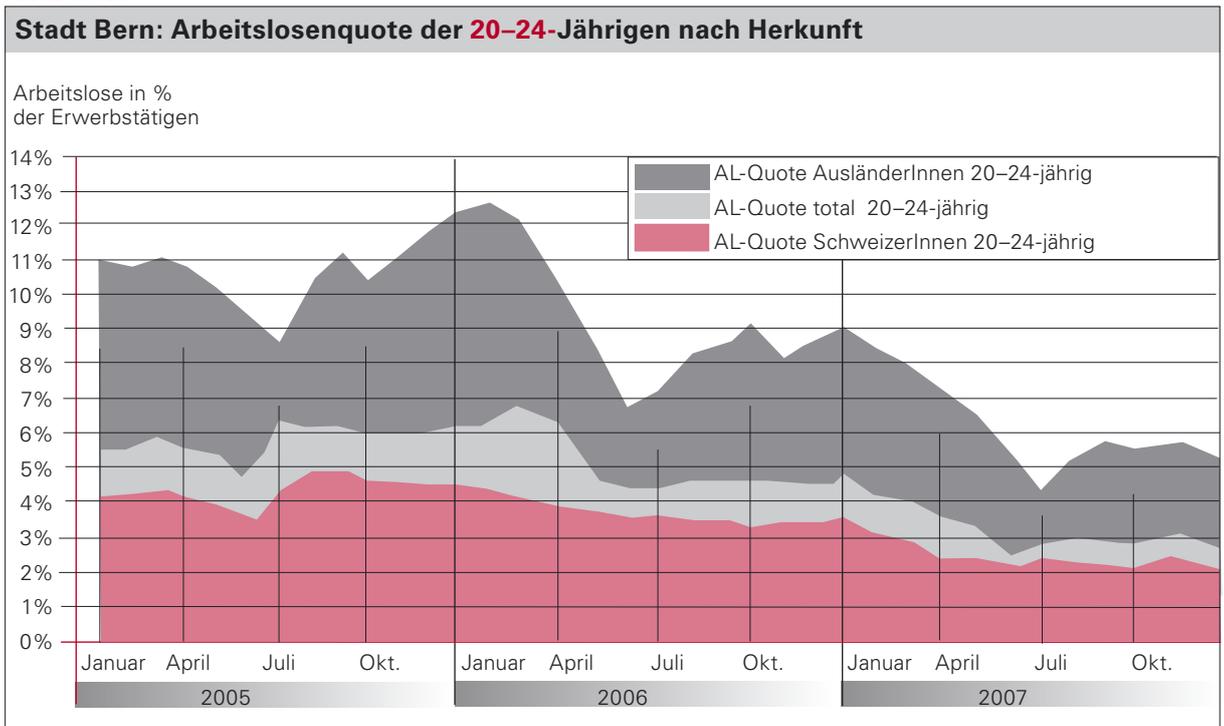
Datenquelle: Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS

ABBILDUNG 2.5



Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, Monatsdaten seco / Statistikdienste der Stadt Bern

ABBILDUNG 2.6

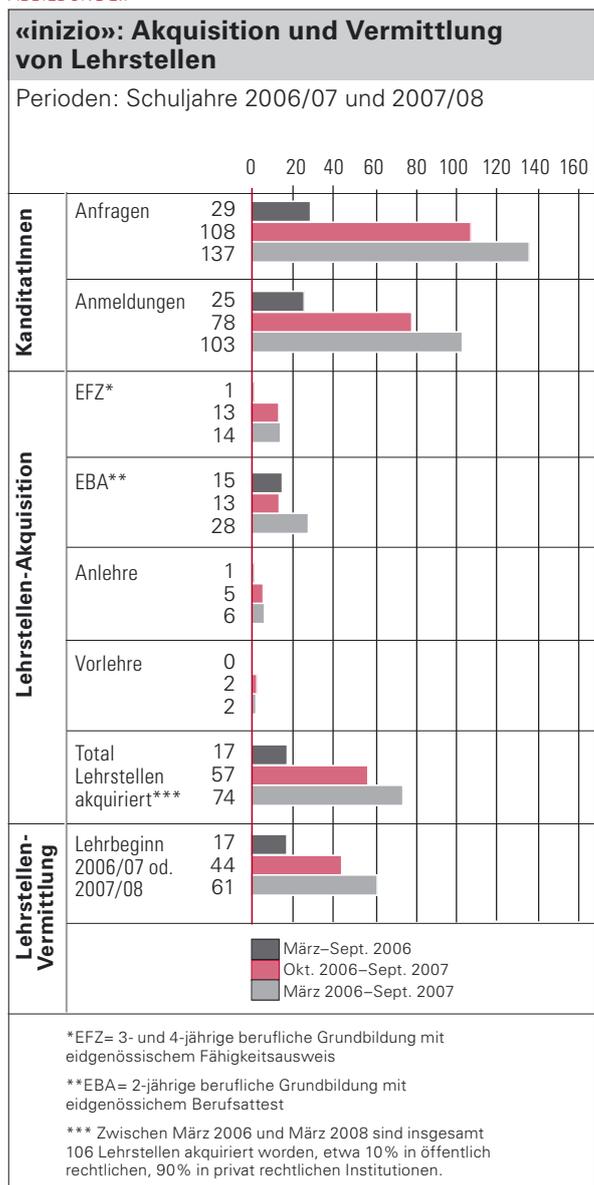


Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, Monatsdaten seco / Statistikdienste der Stadt Bern

20- bis 24-Jährige: Im selben Zeitraum nimmt die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer (–6.6 Prozentpunkte) noch deutlicher ab als diejenige der Schweizerinnen und Schweizer (–2.4 Prozentpunkte). Der Rückgang der gesamtstädtischen Arbeitslosenquote hängt massgeblich mit der erfreulichen Entwicklung bei den 20 bis 24-Jährigen Ausländerinnen und Ausländer zusammen.

Die Schwierigkeiten an der ersten Schwelle (von der Schule zur Ausbildung) erweisen sich als deutlich konjunkturrestienter als diejenigen an der zweiten Schwelle (von der Ausbildung zur Arbeit). Ausländische Jugendliche sind im Lehrstellenmarkt gegenüber schweizerischen Jugendlichen deutlich benachteiligt – deutlicher, als dies nach Ausbildungsabschluss an der zweiten Schwelle der Fall ist.

ABBILDUNG 2.7



Quelle: Sozialamt der Stadt Bern / interne Statistik

Zu Zielthema 7: Lehrstellen

Aus vorangehender Abbildung geht hervor, dass der Ausbildungslosigkeit der 15 bis 19-Jährigen besonderes Augenmerk zu schenken ist. Ein besonderer Bedarf an Lehrstellen ergibt sich zunehmend für schulleistungsschwächere Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Das von Bund und Kanton unterstützte Pilotprojekt in-izicio akquiriert deshalb gezielt Lehrstellen im Bereich der neuen «Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest, EBA» sowie in Berufen (EFZ), deren Anforderungen auch von Absolventinnen und Absolventen der Realschule erfüllt werden können.

Neben der Akquisition von Lehrstellen unterstützt in-izicio Lehrbetriebe bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen, begleitet Lehrbetriebe und Lernende während der Ausbildung und unterstützt die Jugendlichen bei der Suche einer Arbeitsstelle im Anschluss an die Ausbildung. In-izicio ist somit an der ersten und der zweiten Schwelle aktiv und leistet einen Beitrag sowohl zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit Jugendlicher als auch der Arbeitslosigkeit junger Erwachsener.

Ergänzend zu den vorstehend aufgeführten Massnahmen werden für junge Erwachsene mit Sozialhilfebezug weitere, niederschwellige Angebote geführt: Das «Niederschwellige Integrationsprogramm (NIP)» richtet sich an Personen mit unklaren Integrationsperspektiven, die in allen Massnahmen gescheitert und faktisch über die Sozialhilfe «berentet» sind. Das Coachingprogramm bezweckt die Stärkung der Selbstverantwortlichkeit als Voraussetzung für weiterführende Massnahmen zur beruflichen und/oder sozialen Integration. Das Arbeitstrainingsprogramm «Dock-In» richtet sich an Personen, die über einen Zeitraum mit kontinuierlich steigender Arbeitstätigkeit an die Anforderungen einer beruflichen Grundbildung herangeführt werden.

ABBILDUNG 2.8

Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung

Art der Ausbildung	2005		2006		2007	
	Gesamtstadt	Davon BSS	Gesamtstadt	Davon BSS	Gesamtstadt	Davon BSS
Vorlehre	3	2	5	5	3	3
Attest- und Anlehren	3	0	6	4	9	6
Grundbildung	119	73	141	89	174	120
Total Lernende	125	77	152	98	186	129
Total Praktika	58	47	128	115	176	164

Datenquelle: FPI, Personalamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Zu Zielthema 8: Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung

Im Jahr 2004 bietet die Stadtverwaltung 117 Lernenden einen Ausbildungsplatz. In den letzten drei Jahren werden kontinuierlich mehr als die geforderten zehn Prozent zusätzliche Ausbildungs- und Praktikplätze mit unterschiedlichen Anforderungen für verschiedene Zielgruppen angeboten.

Qualifizierung Erwachsene: ALV-Beziehende

Zielvorgaben

9 Rasche und nachhaltige Integration in den ersten Arbeitsmarkt (Programme zur vorübergehenden Beschäftigung, PvB)

Leistungsauftrag beco – Berner Wirtschaft

Angebotsstrukturen

Das *Kompetenzzentrum Arbeit (KA)* gliedert sich in vier Sektionen und unterstützt Jugendliche und Erwachsene bei der Integration in die Arbeitswelt. Die *Sektion Qualifizierung Erwachsene* erbringt Leistungen für Menschen, die durch die regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV zugewiesen werden. Die Angebote werden im Auftrag des beco – Berner Wirtschaft bereitgestellt.

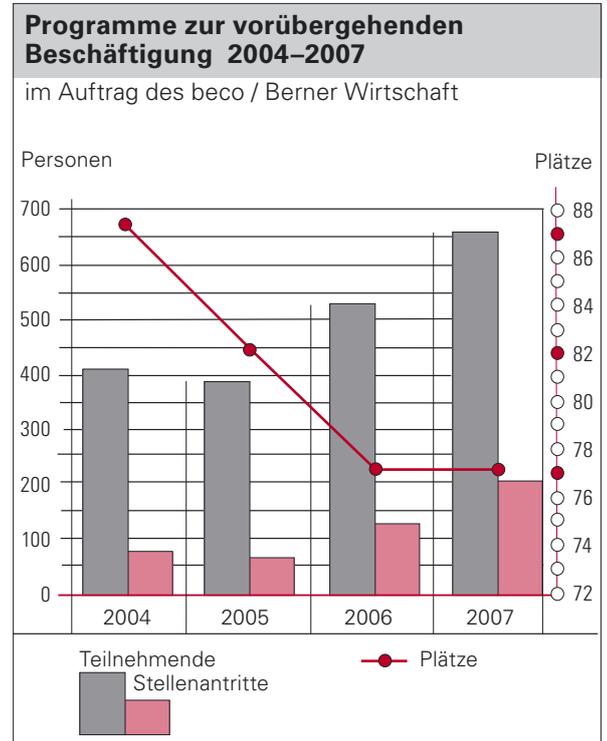
Leistungen nach Zielvorgaben

Zu den Zielthemen 9 (und 2): Integration in den Arbeitsmarkt

Seit Mitte der 1990er-Jahre liegt die Zuständigkeit für die Beschaffung und Ausgestaltung der notwendigen und geeigneten «Arbeitsmarktlichen Massnahmen» für versicherte Arbeitslose beim Kanton; die Gemeinden haben bezüglich Inhalt und Menge der Massnahmen keine Kompetenzen mehr. Die Stadt (Sozialamt / KA) ist im Bereich der «Beschäftigungsprogramme» (PvB) Auftragnehmerin des Kantons und sichert sich auf diesem Weg eine beschränkte Einflussnahme auf die kantonale Arbeitsmarktpolitik.

Seit 2006 teilt der Kanton die PvB neu in drei Elemente ein mit je unterschiedlichen Zielsetzungen und verschiedener Dauer:

ABBILDUNG 2.9



- «*Standortbestimmung*» zu Handen der zuweisenden Personalberatenden RAV (10 Tage, kein Vermittlungsauftrag)
- «*Qualifizierung mit integrierter Weiterbildung*» (drei Monate, kein Vermittlungsauftrag)
- «*Berufliche Integration*» (zwei Monate, Unterstützung bei Stellensuche und -bewerbung).

Gleichzeitig ist die Anzahl der Teilnehmenden – trotz reduziertem Platzangebot – massiv erhöht worden. Dass die Anzahl Stellenantritte im Verlaufe der Massnahme gegenüber 2005 verdreifacht werden konnten, hängt – neben der besseren Wirtschaftslage – mit dem neuen Element «Berufliche Integration» zusammen, aus welchem 2006 42 Prozent und 2007 46 Prozent der Teilnehmenden direkt in eine Festanstellung im ersten Arbeitsmarkt übertreten konnten.

Vermittlung: Sozialhilfe-Beziehende

Zielvorgaben	
10 Die Abklärungs- Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote für junge Erwachsene in der Sozialhilfe sind um mindestens einen Drittel bis die Hälfte erhöht.	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [4]
11 Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS): Erhöhung und Spezifizierung des Platzangebotes für arbeitsmarktfähige (berufliche Integration) und nicht arbeitsmarktfähige (soziale Integration) KlientInnen	Kantonales BIAS–Steuerkonzept BIAS–Konzept 2005 Stadt Bern [3]
12 Ausbau des Vermittlungsangebotes im Bereich der beruflichen Integration in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft; Etablierung der Lohn- und Einarbeitungszuschüsse als Anreizsystem	Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005–2009 [1]
13 Die Stadt finanziert bedarfsgerecht und subsidiär zusätzliche Aktivitäten im Bereich berufliche und soziale Integration	Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005 – 2009 [1]

Angebotsstrukturen

Das *Kompetenzzentrum Arbeit (KA)* gliedert sich in vier Sektionen und unterstützt Jugendliche und Erwachsene bei der Integration in die Arbeitswelt. Die *Sektion Vermittlung* vermittelt Menschen, die beim Sozialdienst der Stadt gemeldet sind, in folgende Angebote:

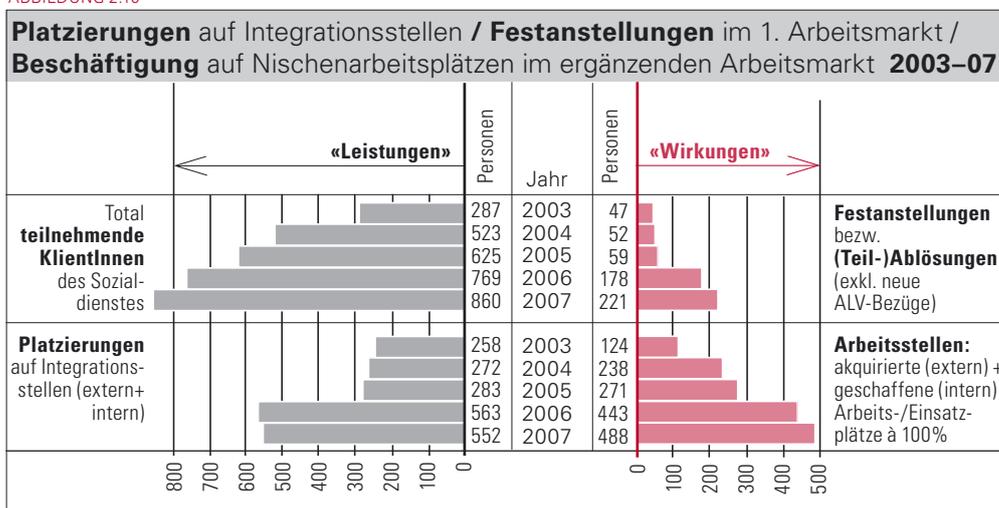
- «Dock-in» (Arbeitstraining und Coaching für junge Erwachsene mit Integrationsschwierigkeiten)
- NIP: für junge Erwachsene mit unklaren Integrationsperspektiven
- «MiniMax»: für Erwachsene ohne anerkannten Berufsabschluss
- Standortbestimmung
- Qualifizierung mit integrierter Bildung
- Berufliche Integration (Jobtimum / plus Angebote für Sozialhilfeempfangende)

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthemen 10 bis 13: Vermittlungsangebote für Personen mit Sozialhilfebezug

Im Rahmen der institutionellen Sozialhilfe stellt der Kanton der Stadt eine lastenausgleichsberechtigte Finanzierung für die Führung von 112 Jahresplätzen (bis 2005) respektive von 144 Jahresplätzen (ab 2006) zur Verfügung. Anstelle von Arbeitsplätzen in eigenen Programmen führt die Stadt ihre Integrationsmassnahmen im Bereich der Sozialhilfe seit 1997 grösstenteils in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, mit Nonprofit-Organisationen (NPO) und Verwaltungen. Dank diesem unter dem Namen «Arbeit statt Fürsorge» bekannten Integrationsmodell kann das lastenausgleichsberechtigte Angebot effizient bewirtschaftet und einer jährlich steigenden Anzahl Klientinnen und Klienten des Sozialdienstes zur Verfügung gestellt werden (vgl. Platzierungen

ABBILDUNG 2.10



Datenquelle: Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS

auf Integrationsstellen). Aus dieser Tätigkeit resultieren jährlich zwischen 82 (2003) und 221 (2007) Festanstellungen im ersten Arbeitsmarkt, welche – je nach Arbeitsvertrag – zur teilweisen oder vollständigen Ablösung von der Sozialhilfe geführt haben.

Zusätzlich zu den Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt stellt das KA in eigenen Betrieben, sowie in Zusammenarbeit mit NPO, eine steigende Anzahl an Nischenarbeitsplätzen im ergänzenden, zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung. Dies ist im Rahmen der neuen SKOS-Richtlinien für jene Klientinnen und Klienten von Bedeutung, die kurz- oder mittelfristig nicht (mehr) vermittelbar, jedoch – wenn auch in unterschiedlichem Ausmass – arbeitsfähig sind und durch eine Arbeitstätigkeit einen Beitrag zur sozialen Integration zu leisten haben. Zwischen 2003 (124 Arbeitsplätze) und 2007 (488) kann somit eine jährlich steigende Anzahl von Arbeitsplätzen im ersten oder im ergänzenden Arbeitsmarkt auf Dauer besetzt werden.

Dank dem neuen kantonalen BIAS-Steuerkonzept (seit 2006) und dem bedarfsgerecht und subsidiär erfolgten Ausbau der Angebote im Rahmen der städtischen «Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit» können sowohl die Integrationsstellen als auch die Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt ab 2006 deutlich erhöht werden.

Die strukturellen Veränderungen im Arbeitsmarkt sowie verschiedene Entwicklungen im Bereich der Arbeitslosen- und Invalidenversicherungs-Gesetzgebung haben dazu geführt, dass die Sozialhilfe für immer mehr Menschen während einer immer längeren Zeit zur existenzsichernden Institution wird.

Verbesserungen dieser Situation sind nur in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft möglich. Es gilt deshalb, baldmöglichst neue Formen der Zusammenarbeit für Personen zu realisieren, die Gefahr laufen, auf Dauer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu bleiben. Zu diesen Formen gehören die Einführung von Lohnergänzungsmodellen sowie der Aufbau von Sozialfirmen.

Fachfazit

Die Konjunkturlage hat einen massgeblichen Einfluss auf die Erfolge von Arbeits- und Integrationsmassnahmen. Die Umsetzung der vom Gemeinderat bewilligten Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit zeigt Wirkung. So ist die Jugendarbeitslosigkeit der 15- bis 19-jährigen dank guter Konjunktur und geeigneter Integrationsangebote zurückgegangen. Insbesondere die Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen hat vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Die Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt durch das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) haben zwischen 2003 - 2007 um das Fünffache zugenommen. Die berufliche Integration bleibt ein prioritäres Thema. Für die Vermittlung von

Personen in Arbeitsstellen, Praktika, Einsatzplätze und Lehrstellen wird die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Stadt systematisch gepflegt. Es besteht eine gute und breite Vielfalt an Angeboten zur beruflichen und sozialen Integration, deren Wirkung belegt ist. Ein Problem bleiben diejenigen Arbeitslosen, die trotz guter Konjunkturlage nicht vermittelt werden können und eine intensive Begleitung brauchen. Dabei handelt es sich um Personen, die beim Sozialdienst gemeldet sind und in der Regel mit Mehrfachproblematiken (Langzeitarbeitslose, mangelnde Ausbildung, gesundheitliche Probleme) belastet sind (vgl. auch Kapitel [Handlungsfeld 5](#)).

Einfachste Jobs für Personen ohne Ausbildung und fehlende Fachkenntnisse sind auf dem Arbeitsmarkt rar. Wenig anspruchsvolle Arbeiten fallen zunehmend weg. Die Investition in den Sozialstellenpool der Stadt und in die Nischenarbeitsplätze des KA ermöglicht eine Tagesstruktur, fördert die soziale Integration durch Arbeit und zahlt sich aus.

Ein Schwerpunktthema setzt die Stadt bei der Jugendarbeitslosigkeit. Auf allen drei politischen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) aber auch in der Wirtschaft besteht Konsens, dass die Schnittstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II zu einer Nahtstelle gemacht werden muss. Ebenfalls ein anerkanntes Ziel ist, dass alle Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen sollen. Auf Grund dieser gemeinsamen Zielsetzung sind in den letzten drei Jahren verschiedene Massnahmen zur Verbesserung des Übergangs von der obligatorischen Schule in den postobligatorischen Bereich ergriffen worden. Die Volksschule kann hierzu mit der Berufswahlvorbereitung einen wichtigen Beitrag leisten. Die Stadt Bern hat die Erarbeitung eines Berufswahlkonzepts auf der Sekundarstufe I für die Jahre 2007–2009 zu einem Schwerpunkt gemacht. Die Berufswahlvorbereitung hat bereits im 7. Schuljahr zu beginnen und dauert während der ganzen Sekundarstufe I an.

Die Tendenz der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, im Anschluss an die obligatorische Schulzeit ein 10. Schuljahr anzuhängen, ist problematisch und genau zu beobachten. Der Mangel an Lehrstellen macht diese Wahl nachvollziehbar. Zudem können gewisse Bildungsdefizite ausgeglichen und damit die Berufsaussichten erhöht werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass die obligatorische Schulzeit indirekt auf zehn Jahre erweitert wird. Speziell ist darauf zu achten, dass Schülerinnen und Schüler nach dem 10. Schuljahr nicht ohne Anschlusslösung dastehen. Da öffentliche 10. Schuljahre kantonale Angebote sind, kann die Stadt dies nicht allein sicher stellen.

Das Angebot an Begleit- und Unterstützungsmassnahmen ist gut. Verbesserungsfähig sind die Koordination, die Bekanntheit dieser Angebote und das Erkennen, welches für welche Schülerin, welchen Schüler, das Richtige ist. Noch finden zu viele Jugendliche nicht die passende Lösung. Diesbezüglich wird das neue Konzept des Kantons mit der Einführung eines Case Managements eine

Verbesserung bringen. Bei der Berufswahlvorbereitung wird vom Grundsatz ausgegangen, dass in erster Linie die Eltern für die Begleitung ihrer Kinder zuständig sind. Auch wenn deren Möglichkeiten hierbei sehr variieren, wird als Minimum das Interesse der Eltern gefordert. Die kantonale Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung tritt dort in Aktion, wo diese Begleitung nicht gewährleistet ist. Die Zusammenarbeit der Lehrpersonen mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung ist ein entscheidender Faktor. Als letzte Massnahme kommt das Case Management ergänzend zur Anwendung. Bedeutsam ist dabei, dass die Begleitung auch während der Berufsbildung weitergeht, längstens bis zum Stellenantritt nach Abschluss der beruflichen Grundbildung (Projekt «inizio» des KA). Mentoringprogramme wie «incluso» und «Kamäleon» im Rahmen des Junior Coaching sind zusätzliche wichtige Unterstützungs- und Begleitangebote mit dem Ziel, Benachteiligungen von Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen ausgleichen zu helfen. •

Ausblick

- Die Laufbahnen sind zunehmend individueller, weshalb die persönlichen Ressourcen und Kompetenzen noch differenzierter zu erfassen und gezielt weiter zu entwickeln sind. Individuelle Massnahmen sind früher und systematischer zu ergreifen und über allfällige Nahtstellen hinweg sicher zu stellen.
- Die kantonalen Bestrebungen zur Verbesserung der Nahtstelle Sekundarstufe I und II sind weiterzuführen. Die Volksschule hat hier ihren Teil der Verantwortung weiterhin wahrzunehmen, eventuell noch zu intensivieren.
- Das Case Management «Take off» wird ein wesentliches neues Instrument sein.

- Mentoringangebote sind wichtige und wertvolle Massnahmen, welche die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen auszugleichen helfen. Sie gilt es auch in Zukunft weiterzuführen und deren Finanzierung zu sichern.
- Regelmässige Kontakte und Austauschmöglichkeiten zwischen der Schule, Lehrpersonen und der Wirtschaft dienen der Klärung der gegenseitigen Erwartungen und zum Abbau von Schwellen.
- Der Integration der Asylsuchenden ist mit geeigneten Mitteln besonders Rechnung zu tragen (vgl. Handlungsfeld 5).
- Die Erweiterung des bestehenden Anreizmodells zur Akquisition von Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft (Einarbeitszuschüsse) Richtung Teillohnmodell ist zweckmässig und wird weiter verfolgt.
- Das Motivationssemester für ausbildungslose Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre ist beizubehalten und durch «Zubringerangebote» für langzeitarbeitslose Jungerwachsene zu ergänzen.
- Das Einstellen von ausländischen Arbeitskräften ist auf Arbeitgeberseite oft mit dem Problem der Vergleichbarkeit der ausländischen mit den schweizerischen Berufs- und Ausbildungsabschlüssen verbunden. Chancengleichheit für Stellensuchende mit im Ausland erworbenen Qualifikationen wird erreicht, wenn vermehrt geeignete Instrumente zur Vergleichbarkeit bereitgestellt werden.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- | | |
|-----|--|
| [1] | Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit. Strategien und Massnahmen 2005–2009.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/soza/kompetenzzentrum |
| [2] | Bildungsstrategie der Stadt Bern. Bildungspolitische Leitlinien und Massnahmen 2004–2008.
www.bern.ch/leben_in_bern/bildung |
| [3] | Neukonzeption Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS). 10. Mai 2005.
www.gef.be.ch/site/gef_soa_neukonzeption_beschaeftigungs_integrationsangebot_bias.pdf |
| [4] | Gemeinderat. Legislaturrichtlinien 2005–2008. Lebensqualität in Bern. Impulse für Bern.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/Legislaturrichtlinien |

Handlungsfeld 3 Familie und Kinderbetreuung

Leitziel

Familien können ein bedarfsgerechtes Angebot nutzen: Familienergänzende Kinderbetreuung, Ferien- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sowie offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.¹

Teilstrategien

Konzept für eine Kindergerechte Stadt; Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen, 2. Auflage 2002 [1]

Part – Jugendpolitisches Konzept 2002 [2]

Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern – Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen März 2007 [3]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	68
Strukturdaten	68
Tagesbetreuung	69
Kinder- und Jugendförderung	74
Fachfazit	77
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	78
Literaturverzeichnis	78

¹Da in das Handlungsfeld 3 neben der Tagesbetreuung auch die Angebote für Freizeit und Ferien sowie die offene Arbeit mit Kindern und die Offene Jugendarbeit einfliessen, ist dies als Bestandteil des Leitziels abzubilden. In der Strategie steht nur: «Familien können ein flächendeckendes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung nutzen».

Einleitung

In der Stadt Bern besteht ein gut ausgebautes, vielfältiges Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter und für Schulkinder. Für die Angebote Tagesstätten für Kinder und Jugendliche (Kitas, altersgerechte Einrichtungen und Tagis) und Tageseltern ist das Jugendamt zuständig, für die Angebote Tagesschulen und Ferieninseln das Schulamt. Ausführungen zu letzteren finden sich vornehmlich im [Handlungsfeld 1](#). Es besteht trotz dem vergleichbar guten Angebot generell ein Mangel an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten, in einigen Stadtteilen speziell.

Neben der familienergänzenden Betreuung finden Kinder und Jugendliche eine Vielzahl von Freizeitangeboten. Diese bieten neben Spass und spielerischen Aktivitäten Möglichkeiten zur Förderung der Integration, zur Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten oder für das Erleben und Pflegen von Sozialkontakten, vor allem unter den Kindern.

Angebote und Massnahmen, die speziell auf das Thema Integration und Partizipation ausgerichtet sind, werden im [Handlungsfeld 6](#) ausgeführt. Erläuterungen zur ambulanten und stationären Kinder- und Jugendhilfe finden sich im [Handlungsfeld 5](#).

Strukturdaten

Kinder und Jugendliche in der Stadt

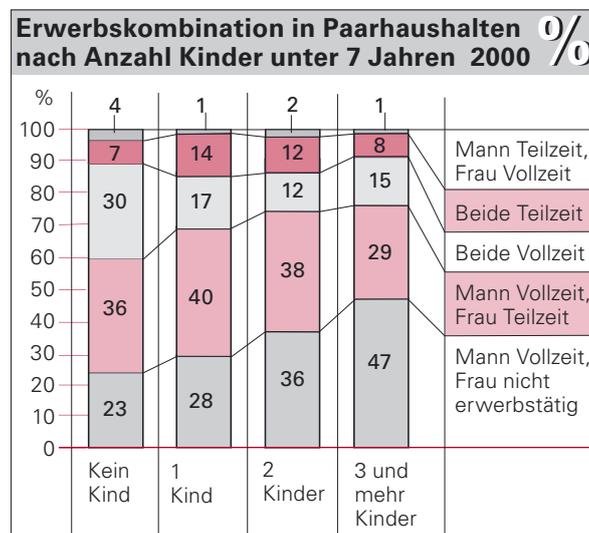
Die Entwicklung der Anzahl Kinder in der Stadt Bern ist in den letzten zehn Jahren weitgehend stabil geblieben. Wie im Kapitel zu den Strukturdaten dargestellt ist, sind in den letzten Jahren jährlich zwischen 1'200 und 1'300 Kinder zur Welt gekommen. 2007 leben rund 18'800 Kinder und Jugendliche in der Stadt, davon sind 37 Prozent Vorschulkinder, 42 Prozent Schulkinder und 21 Prozent Jugendliche zwischen 16 bis 19 Jahren.

Im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen wohnt annähernd ein Drittel aller unter 20-Jährigen. Nach Herkunft betrachtet lebt knapp die Hälfte aller minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer im Stadtteil VI. Auch gut ein Viertel aller Schweizer Kinder lebt in diesem Stadtteil.

Annähernd gleich viele Schweizerkinder wohnen im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde, wobei hier der Anteil an Kindern ausländischer Herkunft gering ist.

Im Rahmen von familienergänzenden Angeboten können Entwicklungsdefizite bei Kindern früh erkannt und dank Frühförderung positiv beeinflusst werden. Laut Gesundheitsdienst der Stadt Bern ist erwiesen, dass der Anteil Ausländerkinder bezogen auf die Gesamtkinderzahl in einem Quartier das Vorhandensein unterschiedlichster sozialer Benachteiligungen anzeigt. Deshalb setzt der Gesundheitsdienst hier besondere Förderangebote für Kleinkinder und – in Tagesstätten – für Vorschulkinder um. So erfassten die schulärztlichen Untersuchungen bei einem Fünftel der Kinder im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen bei der Einschulung Defizite im Sprachbereich, während dies im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde nur bei einem Zehntel der Kinder der Fall war (vgl. [Handlungsfeld 1 Vorschulbereich](#)).

ABBILDUNG 3.1



Datenquelle: Eidgenössische Volkszählung 2000
Datenbearbeitung «facts and figures» 2006 [4] S. 31

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wie im Kapitel Strukturdaten zur Erwerbstätigkeit von Frauen ausgeführt wird, arbeiten Frauen mehrheitlich Teilzeit, wobei die Weiterführung oder Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach der Familiengründung wesentlich vom Vorhandensein familienergänzender Angebote abhängt. In beinahe 90 Prozent der Haushalte mit Kindern leben ein oder zwei Kinder. Am häufigsten sind Ein-Kind-Familien. Weniger als ein Zwanzigstel aller Privathaushalte sind bei der Volkszählung 2000 Eltern-Haushalte.

TABELLE 3.1

Vorschul- und Schulkinder 2003–2007					
Jahr >	2003	2004	2005	2006	2007
Vorschulkinder (0–6-Jährige)	6'744	6'877	6'926	6'920	6'968
Schulkinder (7–15-Jährige)	8'148	8'062	7'978	7'955	7'898
Total	14'892	14'939	14'904	14'875	14'866

Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) / Statistikdienste der Stadt Bern

Der Grad der Erwerbstätigkeit der Frauen hängt stark mit der Anzahl Kinder zusammen: Bei der Volkszählung 2000 arbeiten in Familien mit einem Kind im Schnitt 72 Prozent der Frauen zumindest Teilzeit, bei jenen mit zwei Kindern sind es noch knapp zwei Drittel der Frauen. Von Familien mit drei oder mehr Kindern ist es noch gut die Hälfte. Je mehr Kinder eine Familie hat, umso grösser wird der Anteil der Paare mit traditioneller Arbeitsteilung. (vgl. [Strukturdaten-Teil](#))

In Familien mit Kindern steigt auch der Anteil der Männer, die Teilzeit arbeiten.

Der Wegzug von Familien mit Kindern in die Agglomerationen hält seit Jahren an. Eine familienfreundliche Wohnumgebung, grosse Familienwohnungen und gut ausgebaute Schul-, Betreuungs- und Freizeitangebote können sich positiv auf die Standortwahl Stadt Bern auswirken. [5]

Tagesbetreuung

Zielvorgaben	
1 In der Stadt Bern gibt es vielfältige und bedarfsgerechte familienergänzende Betreuungsangebote: Stadtteilbezogen für Kleinkinder.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6]
2 Durch die Schaffung von neuen Plätzen wird eine Reduktion der Wartelisten und eine Verkürzung der Wartezeit angestrebt. <ul style="list-style-type: none"> • Es werden jährlich 40 neue Plätze in Kitas, Tagis und Kinderhäusern insgesamt geschaffen. • Mind. 20 davon für Kinder unter 3 Jahren • Die Wartezeit auf einen Platz in einer Tagesstätte (Kita/Tagi) beträgt höchstens 9 Monate. 	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [7] Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6]
3 Die Information der Bevölkerung wird aktiv betrieben Die Stadt Bern bietet eine zentrale Informationsmöglichkeit für interessierte Eltern an: Info Jugendamt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6]
4 Kinder im Vorkindergartenalter in der Entwicklung eines positiven Selbstwertgefühls stärken und Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder verbessern.	Pilotprojekt Frühförderung Primano

Angebotsstrukturen

Städtisch geführte *Kindertagesstätten (Kitas)* (11) sowie privat geführte, von der Stadt mitfinanzierte Kitas (20) bieten 2007 eine umfassende ganzjährige Tagesbetreuung von Montag bis Freitag für Kinder bis zum Kindergarten- bzw. Schuleintritt an. Für die städtischen Kindertagesstätten gilt eine Mindestbetreuung von 40 Prozent.

Städtisch geführte *Tagesstätten für Schulkinder (Tagis)* (9) sowie privat geführte, von der Stadt mitfinanzierte Tagis (2) bieten eine ganzjährige Tagesbetreuung von Montag bis Freitag für schulpflichtige Kinder an. Für die städtisch geführten Tagesstätten gilt eine Mindestbetreuung von 60 Prozent.

Städtisch geführte *altersgemischte Einrichtungen* (4) bieten dieselben Betreuungsangebote wie die Kitas und die Tagis an. In den altersdurchmischten Einrichtungen werden Klein- und Schulkinder betreut. Dadurch entfällt ein Wechsel von der Kita ins Tagi.

In gut 20 *Spielgruppen* der Stadt Bern werden Kleinkinder ab etwa drei Jahren bis zum Kindergarteneintritt in konstanten Gruppen durch eine ausgebildete Spielgruppenleiterin oder einen Spielgruppenleiter betreut. Die Eltern haben dadurch auch die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Von der familienergänzenden Tagesbetreuung unterscheiden sich

die Spielgruppen in der Dauer der Betreuung, welche in der Regel nicht täglich und höchstens drei Stunden pro Tag dauert.

Die Interessengemeinschaft (IG) Spielgruppen Bern setzt sich für die Unterstützung und Förderung von Spielgruppen in der Stadt ein. Die Fach- und Kontaktstelle der IG bietet zudem Beratungs- und Weiterbildungsangebote an. Die Stadt unterstützt sie finanziell. Die Spielgruppen haben eine hohe Bedeutung im Bereich der Frühförderung. Rund 10 Spielgruppenleiterinnen sind denn auch am Frühförderungsprojekt Primano der Stadt Bern beteiligt.

Tagesschulen (18): Die Tagesschulen sind ein Angebot der Volksschulen. Sie bieten eine umfassende Tagesbetreuung während 39 Wochen im Jahr an. Die Tagesschulen beinhalten Mittagessen, Freizeitaktivitäten sowie Aufgabenhilfe. Eine Anmeldung ist für einzelne Betreuungseinheiten möglich. Vier Betreuungseinheiten pro Tag stehen zur Auswahl (Vgl. [Handlungsfeld 1](#))

Ferieninseln: Die Ferieninseln sind ein schulergänzendes Angebot der Volksschule. Da Tagesschulen während der Schulferien geschlossen sind, stellen die Ferieninseln eine wichtige Ergänzung des Betreuungsangebots dar. Während elf Wochen werden Kinder bis zum Alter von zwölf Jahren betreut. (Vgl. [Handlungsfeld 1](#))

Aufgabenhilfe ist ein schulergänzendes Angebot. (Vgl. Kapitel **Handlungsfeld 1**)

Tageseltern: Die Tageseltern bieten Säuglingen, Kleinkindern sowie Schulkindern eine Betreuung an. Sie nehmen einzelne Kinder in ihre private Wohnung auf, betreuen und verpflegen sie. www.tageselternbern.ch

Horte: Die Horte waren während der Schulzeit jeweils nachmittags geöffnet und boten Freizeitbeschäftigung sowie Unterstützung bei den Hausaufgaben an. Das Angebot ist durch die Tagesschulen ersetzt worden. Seit August 2007 verfügt die Stadt über ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen und keine Horte mehr.

Mittagstische: Die Kinder verbrachten die Mittagszeit unter Aufsicht und erhielten eine warme Mahlzeit. Dieses Angebot ist 2007 durch die Tagesschulen ersetzt worden. Liste: www.kinderbetreuung.bern.ch

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 1: Betreuungssituation

Im Vergleich zu anderen Deutschschweizer Städten ist der Betreuungsgrad in der Stadt Bern sowohl bei den Vorschul- wie Schulkindern hoch.

Die Platzzahl bei den Kindertagesstätten und den Tagesschulen ist kontinuierlich weiter ausgebaut worden. Problematisch dabei ist, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) die neu geschaffenen Plätze aus finanziellen Gründen seit 2004 nur

noch beschränkt zum Lastenausgleich zulässt. Die nicht ermächtigen Kosten gehen voll zu Lasten der Stadt. Die 2006 deutlich gesunkene Anzahl betreuter Schulkinder hängt mit dem Wegfall von Hortplätzen zusammen, welche in der Folge durch Tagesschulbetreuungen abgelöst worden sind.

Der Anstieg der betreuten Kinder ist neben dem Platzausbau darauf zurück zu führen, dass in den Kitas immer mehr Kinder teilzeitlich betreut werden.

Zu Zielthema 1: Betreuungssituation: Entwicklung des Betreuungsgrads

TABELLE 3.II

Betreuungsgrad*					
	2003	2004	2005	2006	2007
Vorschule:	19%	20%	20%	21%	23%
Schule:	24%	32%	35%	33%	35%

* Betreuungsgrad=Gesamtzahl betreute Kinder im Verhältnis zur Gesamtzahl Kinder. Betreute Kinder auf städtisch finanzierten Plätzen in Tagesstätten, d. h. städtisch geführte und privat geführte, von der Stadt mitfinanzierte Institutionen (Tagi, Kita), plus Kinder in Tagesschulen und bei Tageseltern

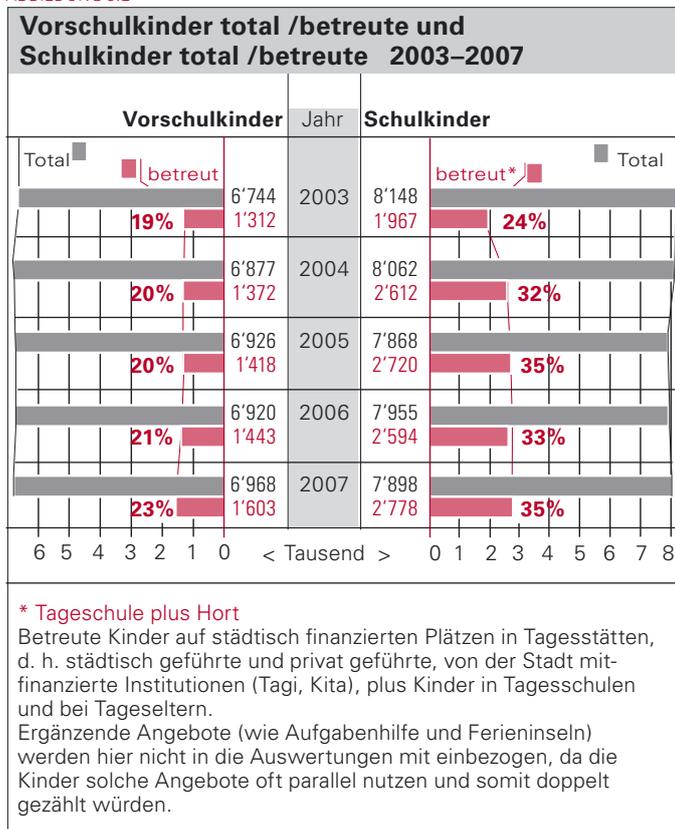
Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Obwohl der Betreuungsgrad bei den Vorschulkindern seit 2003 um rund zwanzig Prozent gestiegen ist, sind die Wartelisten auf einen Platz nicht kürzer geworden. Der Bedarf an familienergänzender Betreuung ist nach wie vor steigend.

Grund dafür ist u.a. der wirtschaftliche Druck auf Familien, über zwei Einkommen zu verfügen. Zudem ermöglicht die positive wirtschaftliche Situation Eltern vermehrt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Nicht zuletzt erkennen immer mehr Eltern den direkten Nutzen der

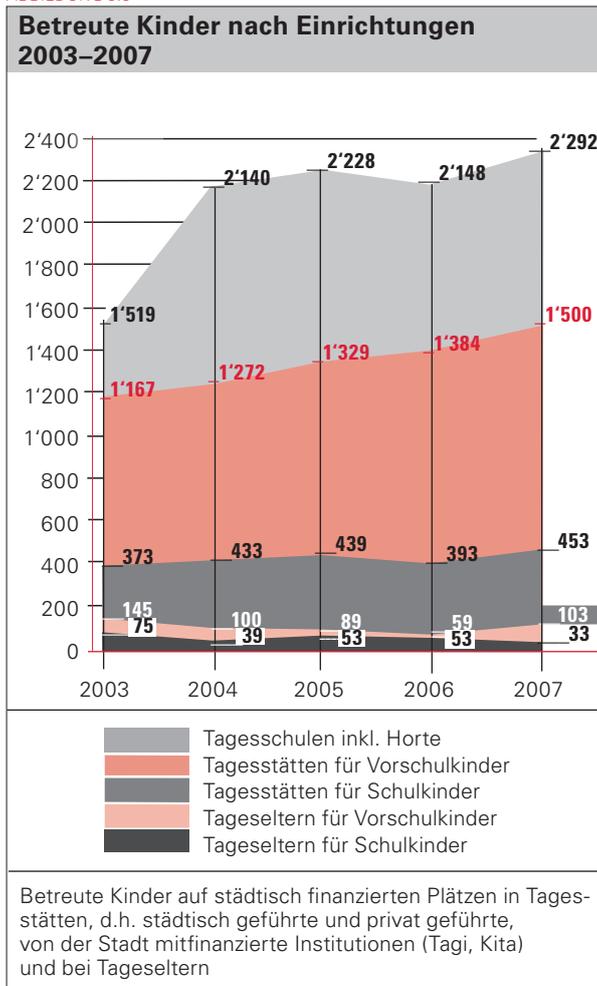
Betreuung für ihre Kinder bezüglich (Früh-)förderung, Integration, Aneignung sozialer Kompetenzen sowie regelmässiger Kontakte mit Gleichaltrigen.

ABBILDUNG 3.2



Datenquelle: Polizeiinspektorat der Stadt Bern (Einwohnerdatenbank) Statistikdienste der Stadt Bern / Schulamt: Jahresberichte

ABBILDUNG 3.3



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik
Schulamt der Stadt Bern, Tagesschulstatistik

Zu den Zielthemen 1 und 2: Betreuungssituation und Wartelisten

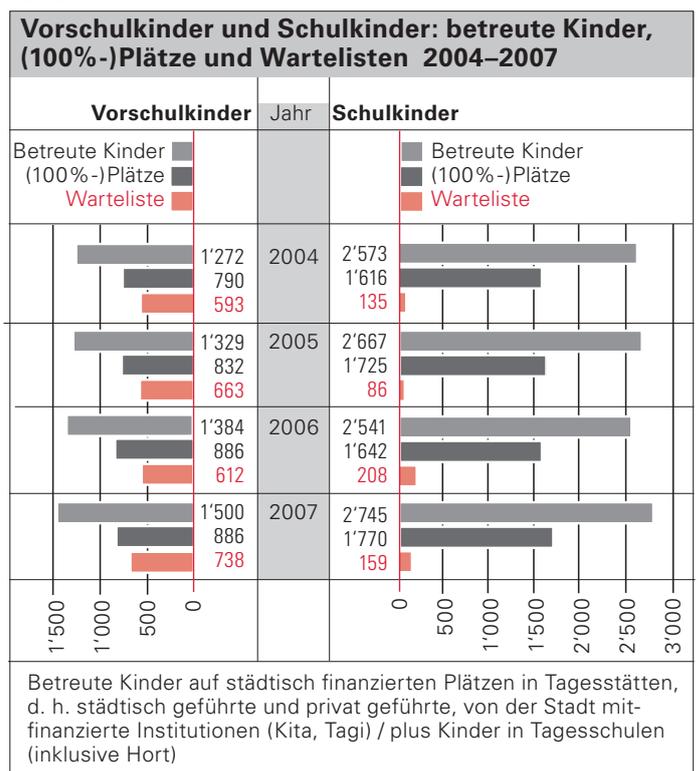
Im Frühjahr 2007 warten mehr Vorschulkinder denn je auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Davon sind über vier Fünftel unter drei Jahre alt oder noch ungeborn. Die Wartezeit ist in der Regel deutlich länger als die angestrebten maximal neun Monate. Das weist darauf hin, dass das Bedürfnis der Familien nach familienergänzender Tagesbetreuung stark zugenommen hat.

Die Stadt Bern verfügt seit August 2007 über ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulstrukturen. Tageschulen haben die Horte und Mittagstische abgelöst. Die Stadt Bern hat hier wichtige Pionierarbeit geleistet. In keiner anderen Schweizer Stadt existiert ein so gut ausgebautes Netz. Tageschulen sind schulgänzende Angebote und befinden sich örtlich nahe der Schule. Daneben sind Tagesstätten für Schulkinder vorwiegend Kindern mit erhöhtem Bedarf an Förderung und Betreuung vorbehalten.

Für Schulkinder, die auf einen Platz in einer Tagesstätte warten, ist die Situation deutlich besser als bei den Vorschulkindern. Dank des stark ausgebauten Tagesschulangebots bestehen nur noch kurze Wartelisten mit insgesamt rund 25 bis 35 Kindern. Ein Platz kann in der Regel innert drei Monaten gefunden werden. Ziel ist, für Tageschulen keine Warteliste zu haben, sondern ein bedarfsgerechtes Angebot bereit zu stellen.

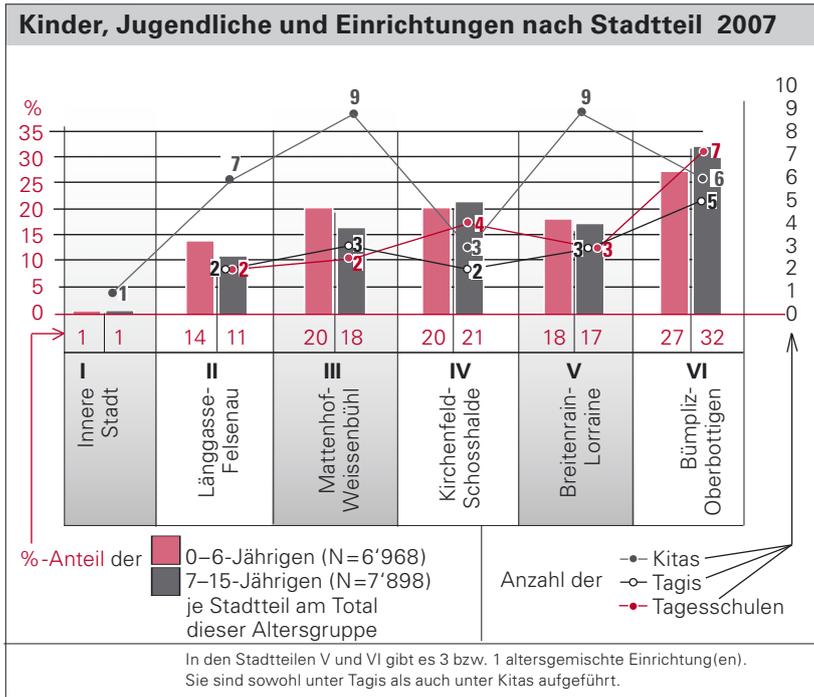
Die Nachfrage nach Betreuung von Vorschulkindern durch Tageseltern steigt seit 2007 deutlich.

ABBILDUNG 3.4



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

ABBILDUNG 3.5



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik / Statistikdienste der Stadt Bern

Zu Zielthema 1: Betreuungssituation nach Stadtteilen

In den Stadtteilen III Mattenhof-Weissenbühl (9 Betriebe) und IV Kirchenfeld-Schosshalde (10 Betriebe) ist der Anteil privater Kitas, die nicht von der Stadt mit finan-

ziert werden, sehr hoch. In diesen Betrieben wird eine grosse Anzahl Kinder betreut, die nicht Wohnsitz in der Stadt Bern haben.

Im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen mit dem höchsten Kinderanteil gibt es – abgesehen vom Stadtteil I Innere Stadt – am wenigsten Kitas. Die Nachfrage nach Kitaplätzen ist hier deutlich geringer als in den anderen Stadtteilen. Ein wesentlicher Grund ist der hohe Ausländeranteil. Ausländische berufstätige Eltern bevorzugen oft günstigere Lösungen wie Betreuung durch die Grosseltern, oder sie organisieren andere Verwandte zur Betreuung.

Die Warteliste bei den Kitas umfasst 738 Kinder. In Abbildung 3.6 sind nur 711 Kinder erfasst, weil die restlichen bei der Anmeldung noch nicht in der Stadt wohnen, aber zuziehen wollen.

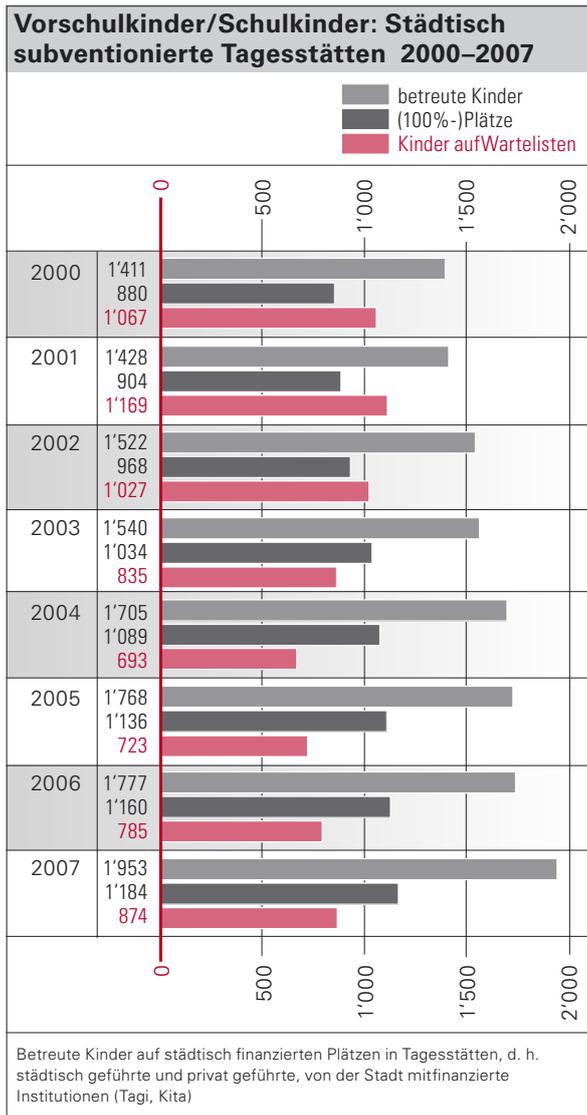
Nicht repräsentativ sind die Zahlen im Stadtteil I Innere Stadt. Hier werden sehr viele Kinder betreut, die nicht im Stadtteil selber wohnen. Beim Vergleich der betreuten Vorschulkinder mit der Gesamtzahl der im jeweiligen Stadtteil lebenden Kinder zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem hohen Anteil in den Stadtteilen II Länggasse-Felsenau und V Breitenrain-Lorraine und dem tiefen in den Stadtteilen IV Kirchenfeld-Schosshalde und VI Bümpliz-Oberbottigen. Abgesehen vom Stadtteil I Innere Stadt werden im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde am wenigsten Kinder betreut. Dort ist die Warteliste im Verhältnis zu den anderen Stadtteilen am längsten und verdeutlicht die unterdurchschnittliche Versorgung in diesem Stadtteil. Im Stadtteil VI mit den meisten Vorschulkindern werden prozentual am zweitwenigsten Kinder betreut. Die Warteliste ist im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen absolut und im Verhältnis kurz. Der Stadtteil II Länggasse-Felsenau weist bei den Vorschulkindern den höchsten Betreuungsgrad aus. Das hängt mit der Zentrumsnähe des Stadtteils zusammen. Viele Kinder aus anderen Quartieren werden hier betreut. Gut versorgt mit Einrichtungen ist der Stadtteil V Breitenrain-Lorraine.

ABBILDUNG 3.6

	I	II	III	IV	V	VI
Vorschulkinder	88	957	1'409	1'394	1'220	1'900
Schulkinder	88	836	1'415	1'693	1'332	2'534
Betreute Kinder*						
Vorschule	71	357	282	185	424	297
Schule	1	334	517	568	580	778
Betreuungsgrad*						
Vorschule	81%	37%	20%	13%	35%	16%
Schule	1%	40%	37%	34%	44%	31%
Anzahl Kinder auf Warteliste						
Kita:	25	102	153	135	175	121
Tagi	0	35	20	34	45	39
Total	25	137	173	169	220	160
Ungedekte Nachfrage**						
Kita	35%	29%	54%	73%	41%	41%
*Betreute Vorschul- und Schulkinder in Tagesstätten, Tageschulen und bei Tageseltern	I Innere Stadt	II Länggasse-Felsenau	III Mattenhof-Weissenbühl	IV Kirchenfeld-Schosshalde	V Breitenrain-Lorraine	VI Bümpliz-Oberbottigen
**Verhältnis Anzahl betreute Kinder/Anzahl Kinder auf Warteliste						

Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

ABBILDUNG 3.7



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Zu Zielthema 1: Betreuungssituation: Städtisch subventionierte Institutionen für Vorschulkinder / Schulkinder

Tagesstätten für Vorschul- und Schulkinder können eine engere Begleitung auch für Kinder mit erhöhtem Betreuungs- und Förderungsbedarf anbieten.

Das Platzangebot ist seit 2000 um rund 34 Prozent erhöht worden. Die Anzahl der betreuten Kinder ist im gleichen Zeitraum um über 38 Prozent angestiegen. Dies bestätigt den Trend zur vermehrten Teilzeitbetreuung. Trotz der starken Erhöhung der Platzzahl sind die Wartelisten seit 2004 wieder länger.

Zu Zielthema 2: Ausbau: Anzahl neu geschaffene Plätze in städtisch subventionierten Institutionen für Vorschulkinder / Schulkinder

Seit 2006 sind aus finanziellen Gründen – der Kanton lässt neue Plätze in der Stadt nur noch teilweise zum Lastenausgleich zu – jährlich nur noch 20 neue Plätze geschaffen worden. Diese kommen ausschliesslich Kindern unter drei Jahren zu Gute.

Der geringe Platzausbau im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen widerspiegelt die bereits erwähnte relativ geringe Nachfrage. Der Ausbau von Plätzen in Tagesstätten für Schulkinder ist gering, weil die Tagesschulen flächendeckend angeboten werden. Die Tagesstätten für Schulkinder bieten eine engere Begleitung vor allem für Kinder mit erhöhtem Betreuungs- und Förderungsbedarf. Sie ergänzen damit in idealer Weise die Tagesschulen. Jüngere Schulkinder, sowie Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Bedarf an Förderung und Betreuung (fremdsprachige Kinder und Jugendliche sowie solche mit Bildungs- und Verhaltensdefiziten), haben bei frei werdenden Plätzen in Tagesstätten Vorrang.

ABBILDUNG 3.8

Kitas / Tagis: Neu geschaffene Plätze 2003–2007

Stadtteile		I	II	III	IV	V	VI	Total/Jahr
I Innere Stadt	Vorschulkinder		25.75	14.5	10	13.5	1	
	Schulkinder			0.75				
II Länggasse-Felsenau	2003 Total	0	25.75	15.25	10	13.5	1	65.5
III Mattenhof-Weissenbühl	Vorschulkinder		2	14.5	15	7	2	
	Schulkinder			5		8		
IV Kirchenfeld-Schosshalde	2004 Total	0	4	19.5	15	15	2	55.5
V Breitenrain-Lorraine	Vorschulkinder		15	19.5	2	10		
	Schulkinder							
VI Bümpliz-Oberbottigen	2005 Total	0	15	19.5	2	10	0	46.5
	Vorschulkinder			2	10	14	1	
	Schulkinder							
	2006 Total	0	0	2	10	14	1	27
	Vorschulkinder		7	10	5		1	
	Schulkinder							
	2007 Total	0	7	10	5	0	1	23
Total/Stadtteil		0	51.75	66.25	42	52.5	5	217.5

Total 2003–2007 ganze Stadt

Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Die Umwandlung von Tagesstätten für Schulkinder in altersgemischte Einrichtungen wird in Stadtteilen mit entsprechendem Bedarf vorangetrieben. Hier entfällt der Wechsel von Kita zu Tagi bei Schuleintritt.

Zu Zielthema 2: Ausbau: Wartezeiten

In Zukunft werden Erhebungen zur Wartezeit und zum Anteil Kinder unter zwei Jahren in Kitas erfolgen.

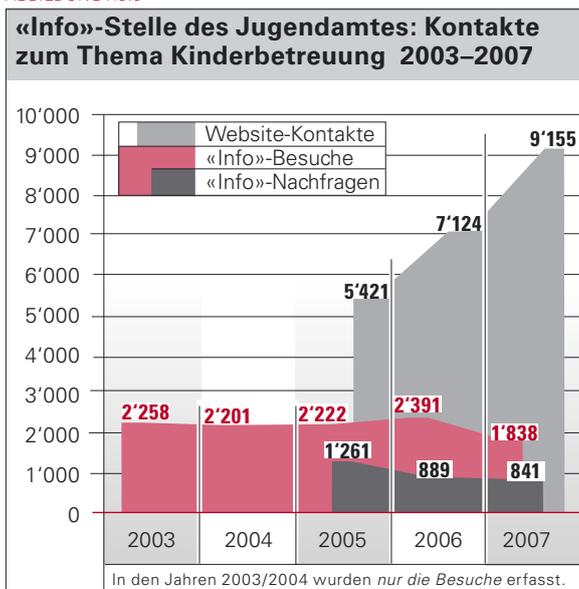
Zu Zielthema 3: Information: Zentrale Infostelle

Zentrale Anlaufstelle für Fragen im Zusammenhang mit familienergänzender Tagesbetreuung ist die Informationsstelle des Jugendamts an der Predigergasse 4a. Sie informiert persönlich, telefonisch und auf einer gut ausgebauten, aktuellen Internetseite.

www.bern.ch/leben_in_bern/persoennes/kinderberatung/jugendamt

Während persönliche Besuche in der Informationsstelle tendenziell abnehmen, wird das Internet als Informationsinstrument immer mehr genutzt. Dies bestätigt die Bedeutung dieser Informationsplattform. Entsprechend wichtig ist die Pflege von Websites, die aktuell und in-

ABBILDUNG H3.9



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, Interne Statistik

formativ sein müssen und auf denen möglichst viele Dienstleistungen im Sinne von E-Government verfügbar sein sollen.

Kinder- und Jugendförderung

Zielvorgaben	
5 Die Einrichtungen der offenen Arbeit mit Kindern und der offenen Jugendarbeit werden quartier- und bedürfnisorientiert weiter entwickelt. Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Die Freizeitgestaltung für vielfältiges soziales Lernen steht im Zentrum.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6]
6 Stationäre Angebote: Erhaltung und Schaffung von Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten für Kinder in den Quartieren. Förderung der Verwurzelung in den Quartieren, Verbesserung der Lebenssituation.	Leistungsvertrag DOK
7 Förderung von Spiel- und Begegnungsraum. Mit Aktionen Spielmöglichkeiten aufzeigen. Soziale Integration der Kinder und ihrer Erwachsenen unterstützen.	Leistungsvertrag DOK
8 Fäger / Ferien- und Freizeitangebote Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6]

Angebotsstrukturen

Offene Jugendarbeit in den Stadtteilen: In allen Stadtteilen ausser im Stadtteil I Innere Stadt gibt es Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (Treffe), wobei die Versorgungsdichte unterschiedlich ist. Es wird zwischen Schülerinnen- und Schülertreffs (Segment bis 16-Jährige), Jugendtreffs (bis etwa 20-Jährige) und Jugendbüro (Informationsangebot, Unterstützung bei Bewerbungen, usw.) unterschieden. In diesen Stadtteilen wird auch mobile (aufsuchende, sozialraumorientierte) Jugendarbeit in unterschiedlicher Intensität angeboten. Die Stadt hat mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit (TOJ) eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

Spezialangebote mit stadtteilübergreifender Ausrichtung sind die Kontaktstelle für ausländische Jugendliche und der Mädchentreff Punkt 12. Zielgruppe sind grundsätzlich Jugendliche von 12 bis 20 Jahren.

Offene Jugendarbeit mit regionaler Ausprägung (Gaskessel): Jugendliche ab 16 und junge Erwachsene bis 25 Jahre organisieren sich weit gehend selbst im institutionellen Rahmen und engagieren sich vor allem im jugendkulturellen Bereich. Betont wird hier der ressourcenorientierte Ansatz der Jugendarbeit wie auch das Übungsumfeld für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement.

Offene Jugendarbeit in den Stadtteilen

Der Trägerverein für die offene Jugendarbeit TOJ bietet im Auftrag der BSS offene Jugendarbeit in drei Leistungsgruppen an:

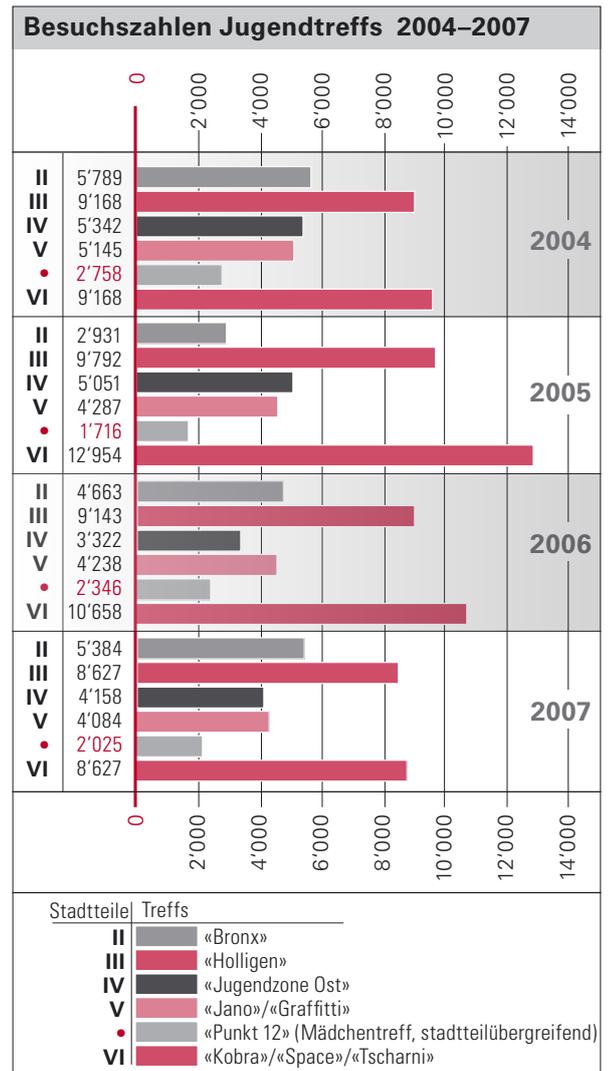
- **Animation/Begleitung:** In jedem Stadtteil stehen quartier- und bedürfnisorientierte Begegnungsorte und /oder Anlaufstellen für Jugendliche bereit. Die Erreichbarkeit der Angebote ist durch regelmässige Betreuungspräsenz von mindestens fünfzehn Stunden während fünfundvierzig Wochen pro Jahr sichergestellt. Im Zentrum steht die aktive Freizeitgestaltung von Jugendlichen als Ausgangspunkt für vielfältiges und soziales Lernen. Der TOJ bietet grundsätzlich Hilfe zur Selbsthilfe an und richtet sich sozialräumlich aus.
- **Information/Beratung:** Jugendliche, Eltern und weitere Personen aus ihrem sozialen Umfeld werden in Krisensituationen sowie bei persönlichen Anliegen und Fragen im Sinne einer niederschweligen Erstberatung unterstützt. Bei spezifischen Problemen erfolgt Weitervermittlung an entsprechende Fachstellen und -personen.
- **Entwicklung/Fachberatung:** Der TOJ setzt sich für die Förderung von geeigneten Rahmenbedingungen für Anliegen Jugendlicher ein. Er arbeitet deshalb eng mit dem Jugendamt der Stadt und weiteren Behörden und Institutionen zusammen. Er unterstützt und berät diese bei der Entwicklung von Konzepten, in Konfliktsituationen und bei jugendpolitischen Anliegen.

Offene Arbeit mit Kindern in den Stadtteilen: In allen Stadtteilen, ausser im Stadtteil IV Kirchenfeld-Schosshalde bestehen Angebote der offenen Arbeit mit Kindern. Unterschieden werden Spielplätze (Längmuur, Schützenweg) und Treff- oder Atelierangebote, sowie mobile Angebote in den Stadtteilen. Zielgruppe sind Kinder ab etwa 6 bis 12 Jahren.

Temporäre offene Arbeit mit Kindern in Quartieren: Die gesamtstädtisch arbeitende Fachstelle bietet temporäre Einsätze an, bei denen lokale Gruppierungen (Eltern, Interessengruppen, Schulen, Quartierkommissionen usw.) Unterstützung und Zusammenarbeit für die Verbesserung der Spielsituation der Kinder suchen. DOK und Jugendamt handeln jeweils Projektaufträge aus.

Die Stadt hat mit dem Dachverband für offene Arbeit mit Kindern (DOK) eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

ABBILDUNG 3.10



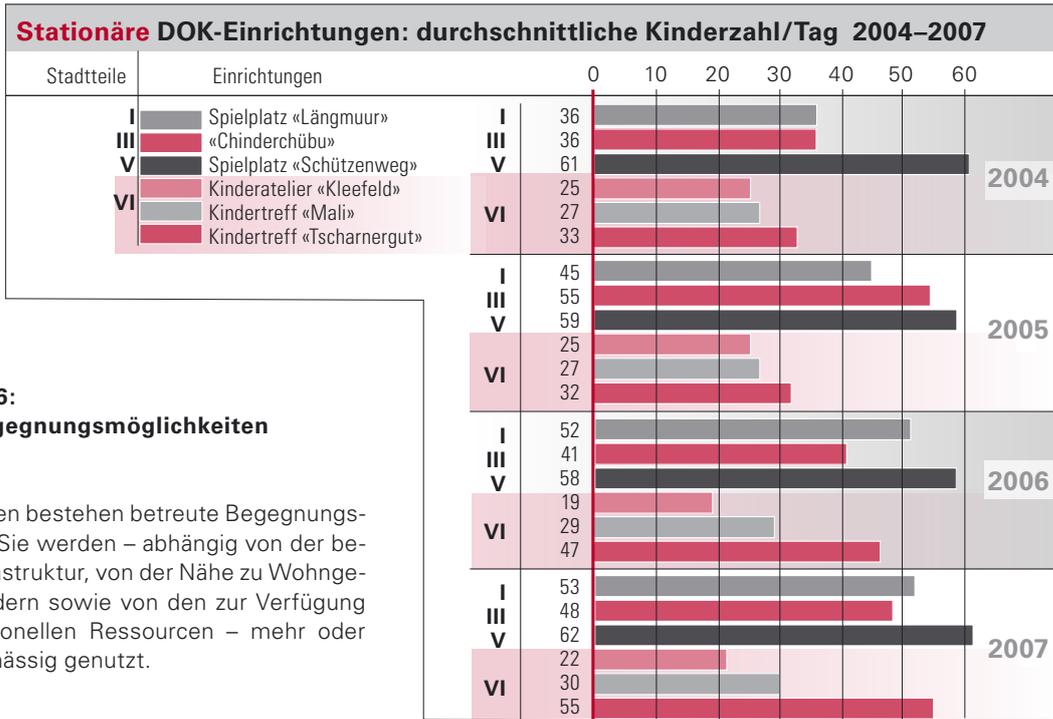
Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 5: Offene Jugendarbeit/Jugendtreffs

Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher ist in den letzten drei Jahren, abgesehen vom Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen, auf einem hohen Niveau stabil geblieben. An Bedeutung gewinnt die aufsuchende Jugendarbeit, eine Unterstützungsarbeit, die in der jeweiligen unmittelbaren Lebenswelt und im Umfeld der Jugendlichen geleistet wird. Durch diese Methode erfassen die Jugendarbeitenden Bedürfnisse der Jugendlichen in ihrem sozialen Kontext, fördern die Kommunikation zwischen Jugendlichen und ihrem sozialen Umfeld und vermitteln bei Konflikten. In gemeinsamer Absprache mit dem Jugendamt können örtliche Schwerpunkte der aufsuchenden Jugendarbeit festgelegt werden wie zum Beispiel im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen. Das erklärt den Rückgang bei den Besuchenden in den Treffpunkten.

ABBILDUNG 3.11

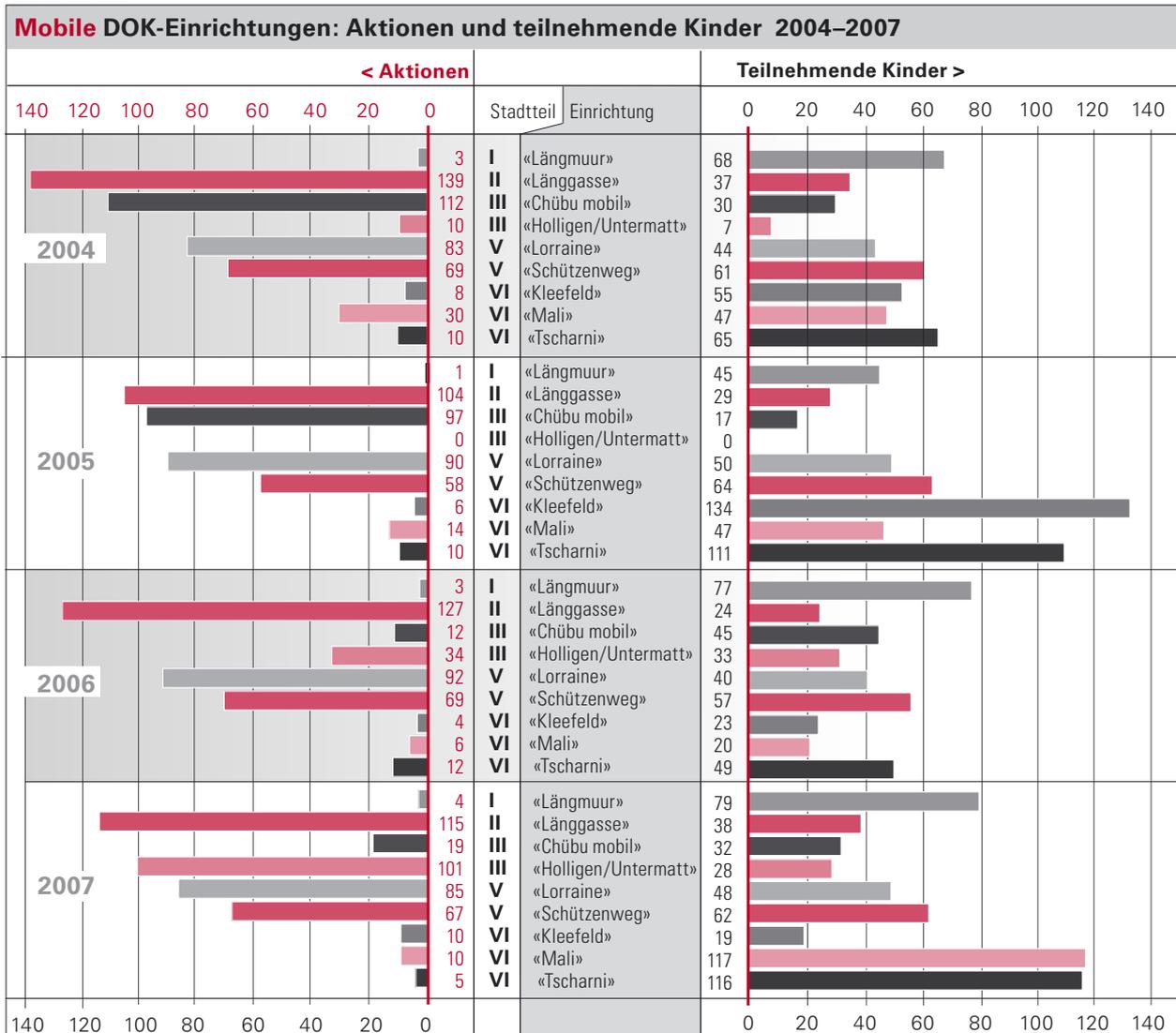


Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Zu Zielthema 6: Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten für Kinder

In den Quartieren bestehen betreute Begegnungs-orte des DOK. Sie werden – abhängig von der bestehenden Infrastruktur, von der Nähe zu Wohngebieten von Kindern sowie von den zur Verfügung gestellten personellen Ressourcen – mehr oder weniger regelmässig genutzt.

ABBILDUNG 3.12



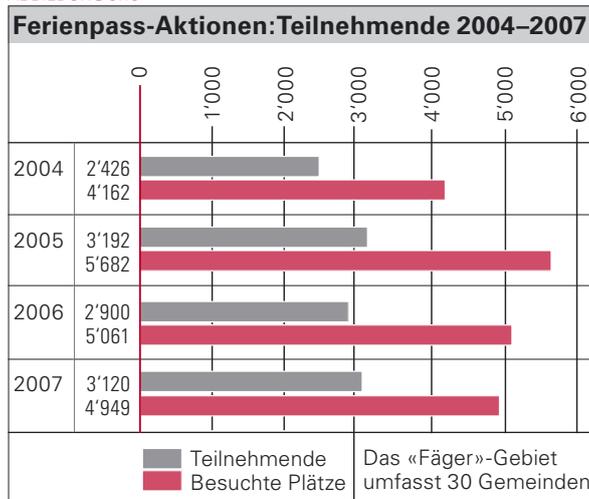
Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

**Zu Zielthema 7:
Förderung von Spiel- und Begegnungsraum**

Im Auftrag der Stadt fördert der DOK Spiel- und Begegnungsraum vor allem mit mobilen Aktionen in den Quartieren, zusammen mit Institutionen der offenen Arbeit mit Kindern (Abb. 3.12). In verschiedenen Quartieren gibt es Angebote, welche ausschliesslich mobil arbeiten, das heisst die bestehenden öffentlichen und privaten Spielplätze bespielen oder Gruppierungen bei der Errichtung neuer Spiel- und Begegnungsorte unterstützen (Begegnungszonen, Wohnumfeldverbesserungen, Verbesserung von Schulplätzen, usw.).

Seit 2003 leitet der DOK im Auftrag des Jugendamts die mobilen Einsätze in den Quartieren zur Verbesserung der Spiel- und Wohnumfeldsituation von Kindern. Unterstützt werden auch Elterngruppen. Beispiele: Kiesgrube im Weissenstein mit Kindern nutzen, auf der Engehalsinsel Mithilfe bei der Organisation von Spielanlässen, in der Weidmatt Unterstützung bei der Verbesserung der Spielsituation der Kinder, Spielangebote in den Sommerferien im Gäbelbach, Einbindung der Kinder ins Thunplatzfest. Dabei wird immer auf vorhandene Ressourcen und bestehende Planungen in den Quartieren gebaut. Oft werden die vorhandenen Initiativgruppen auch nach Projektende unterstützt, um die Nachhaltigkeit zu pflegen.

ABBILDUNG 3.13



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Zu Zielthema 8: Ferien- und Freizeitaktionen mit dem Ferienpass «Fäger»

Der «Fäger» bietet Kindern und Jugendlichen zwischen fünf und sechzehn Jahren aus der Stadt und der Region Bern während den Schulferien, aber auch während der Schulzeit, ein buntes Programm an Kursen, Workshops, Sport, Abenteuern, Besichtigungen usw. an. Das Programm ist unter www.faeager.ch abrufbar.

Fachfazit

Familienergänzende Betreuung

Familienergänzende Betreuung beinhaltet die Angebote Kindertagesstätten für Vorschulkinder (Kita), Kindertagesstätten für Schulkinder (Tagi), Tagesschulen und Ferieninseln. Diese Betreuungsangebote sind heute in breitesten Kreisen anerkannt und gefordert. Familienergänzende Betreuung leistet zusätzlich einen Beitrag zur Integration von Familien mit Migrationshintergrund, zum sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sowie zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Familien mit bildungsfernem Hintergrund.

Die Stadt verfügt im schweizerischen Vergleich über eine gute Versorgung in allen Stadtteilen. Allerdings übersteigt die Nachfrage das Angebot. Seit 2001 ist ein starker Ausbau mit über 300 neuen Plätzen erfolgt. Die Nachfrage ist in dieser Zeit überproportional gestiegen, weshalb die Warteliste nicht abgebaut werden konnte. Die nicht gedeckte Nachfrage nach Betreuungsangeboten konzentriert sich vor allem auf den Vorschulbereich. Mit dem flächendeckenden Ausbau der Tagesschulen hat sich der Nachfragedruck auf die Tagesstätten für Schulkinder vermindert. Im Bereich Tagi und Tagesschulen bestehen keine Doppelspurigkeiten: die Angebote ergänzen sich, sie konkurrenzieren sich nicht. Tagesschulstrukturen genügen nicht allen Familien, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Tagesstätten sind insbesondere für Kinder mit speziellen Bedürfnissen eine Alternative.

Kinder- und Jugendförderung

Ferien- und Freizeitangebote sowie die offene Arbeit mit Kindern sind weitgehend bedarfsgerecht ausgebaut. In Stadtteilen mit wenigen Einrichtungen wird mit mobiler Arbeit und temporären Spielangeboten unter Miteinbezug der Bevölkerung reagiert. Die Organisationsstruktur des Dachverbands für die offene Arbeit mit Kindern DOK entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen.

Der Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern TOJ hat effiziente und zeitgemässe Strukturen. Die Kapazitäten der offenen Jugendarbeit sind aber sehr knapp. Es besteht Nachholbedarf. Die räumliche Infrastruktur ist, von Ausnahmen abgesehen, ungenügend. Einzelne Stadtteile verfügen über zu wenig personelle Ressourcen, um auf wechselnde Problemlagen in sozialen Brennpunkten reagieren zu können. Die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in den vergangenen Jahren gestiegen und nimmt weiterhin zu. Angesichts dieser demografischen Entwicklung braucht es in Zukunft vermehrt zielgruppen- und stadtteilspezifische Angebote für diese Jugendlichen.

Ausblick

- Die Stadt Bern ist als Familienstadt besser zu positionieren.
- Die Vorteile der Stadt Bern für Familien wie gut ausgebauter Tagesbetreuung, kurze Wege, gut ausgebauter öffentlicher Verkehrsnetz, differenzierte soziale und schulische Einrichtungen usw. sind besser zu kommunizieren.
- Die Lage der Familien in der Stadt, die für sie bestehenden Angebote und die für die städtische Familienpolitik relevanten Handlungsfelder sind in einem ersten Familienbericht zu analysieren, der auch Massnahmen vorschlägt und Empfehlungen abgibt (in Bearbeitung).
- Die Betreuungskette von Geburt bis Schulaustritt ist sicherzustellen.
- Der Ausbau der Kita-Plätze muss intensiviert werden, damit es nicht noch schwieriger wird, Fälle von hoher sozialer Dringlichkeit zu platzieren.
- Tagesstätten sind Kernstrukturen zur Zielerreichung. Der Ausbau dieses Angebots hat nachfragegerecht und nach Stadtteilen und Altersgruppen (primär Kleinkinder) differenziert zu erfolgen.
- Die Wirtschaft profitiert stark von der Tagesbetreuung. Sie ist intensiver in die Verantwortung einzubeziehen. Kooperationen sind zu fördern.
- Die Tagesschulen sind ab Mitte 2008 im Volksschulgesetz geregelt. Der Ausbau in der Stadt Bern hat bedarfsgerecht zu erfolgen. Das heutige städtische Angebot der Ferieninseln ist für viele berufstätige Eltern als Ergänzung zur Tagesschule notwendig. Ferienangebote sind deshalb in einem nächsten Schritt als integrierter Bestandteil des Tagesschulangebotes kantonal zu regeln und weiter auszubauen.
- Die Einrichtung von Ganztageschulen kann einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Chancengleichheit und zum sozialen Ausgleich leisten. Die Stadt wird mit einem Pilotversuch starten.
- Wegen der hohen Integrationswirkung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund mit geeigneten Massnahmen zu erhöhen.
- Für die Zukunft ist eine gemeinsame sozialräumliche Orientierung von DOK, TOJ und der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit VBG, notwendig. Zukünftig hat sich eine Trägerschaft an den aktuellen Anforderungen zu orientieren, eine bessere Nutzung der Ressourcen und Infrastrukturen zu gewährleisten und eine bedarfsgerechte Flexibilisierung der Angebote zu ermöglichen.
- Die Zunahme der Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfordert ein zielgruppenorientiertes und stadtteilspezifisches Angebot in der offenen Jugendarbeit mit mehr mobiler Arbeit.
- Die Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei bezüglich der Spielplätze und Freiflächen für Kinder ist noch weiter zu intensivieren.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- [1] Konzept für eine kindergerechte Stadt. Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen 1999
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/kinder/beratung/jugendamt/kinderkonzept_1999_PDF1.pdf
- [2] Das jugendpolitische Konzept des Gemeinderates der Stadt Bern (part)
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/kinder/part/p_a_r_t_konzept.pdf
- [3] Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern – Bestandesaufnahme, Zielsetzungen und Massnahmen. März 2007.
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/familie/kinderbetreuung/grundlagen
- [4] Facts & figures. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern. Mai 2006.
www.bern.ch/stadtverwaltung/prd/gleichstellung/factsandfigures
- [5] Bauliche Stadtentwicklung Wohnen. Künftige Planungsstrategie zum Wohnungsbau. 2007.
www.bern.ch/leben_in_bern/wohnen/planen/aktuell/bernlebenslage.2008-03-13.6217456284
- [6] Jahresbericht 2006. Produktgruppen-Rechnung, Band 2, BSS
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2
- [7] Gemeinderat. Legislaturrichtlinien 2005–2008. Lebensqualität in Bern. Impulse für Bern
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/Legislaturrichtlinien

Handlungsfeld **4** Alter

Leitziel

Ältere Menschen haben ein ihren individuellen Bedürfnissen entsprechendes Wohnangebot. Die Selbständigkeit wird gefördert.

Teilstrategien

Alterskonzept 2000 [1]

Umsetzungsberichte Alterskonzept 2001 [2] und 2004 [3]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	80
Definitionen	80
Strukturdaten	80
Wohnen im Alter	81
Ambulante Angebote im Alter	84
Fachfazit	86
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	86
Literaturverzeichnis	86

Einleitung

Die Stadt sieht ihre Kernaufgabe im Bereitstellen von bedarfsgerechten ambulanten und stationären Angeboten für ältere Menschen, die beim Wohnen, zum Erhalt der Selbständigkeit und bei der Gesundheitsförderung und -erhaltung sowie zum Sicherstellen von Pflegeleistungen Unterstützung brauchen.

Die schweizerische Bevölkerung hat weltweit eine der höchsten Lebenserwartungen bei Geburt, und die Werte sind in den letzten Jahren ununterbrochen weiter gestiegen. Die Wissenschaft definiert die Lebenszeit nach dem 55. Altersjahr als Alter. Im Schnitt gehört der Mensch so gesehen 25 Jahre lang zu den «Alten». Das Alter und Altern wird dementsprechend unterschiedlich erlebt und gelebt. Mit gezielten Massnahmen wird ein positives Bild des Alters in der Bevölkerung gefördert und die Partizipation älterer und alter Menschen in allen Lebensbereichen angestrebt.

Die Thematik der Integration und Partizipation von älteren Menschen wird im **Handlungsfeld 6** (Integration und Partizipation) behandelt. Integration und Partizipation im Alter hat positive Auswirkungen auf die Lebensqualität und fördert den Erhalt der Selbständigkeit.

Definitionen

Alter

Das Alter ist kein Zustand, sondern ein Prozess von der Geburt bis zum Tod. Personen mit dem gleichen kalendarischen Alter können verschiedene Bedürfnisse haben und sich im funktionalen (Gesundheit) und psychologischen (Selbsteinschätzung) Alter wesentlich voneinander unterscheiden. Die Sozialversicherungsgesetzgebung bezieht sich zum Beispiel beim Eintritt ins Pensionsalter auf das kalendarische Alter. Aber auch für statistische Zwecke ist es üblich, auf das kalendarische Alter abzustellen. Hingegen ist bei der Wahl der geeigneten Wohnform vor allem das funktionale und psychologische Alter zu berücksichtigen. Die Alterspolitik der Stadt Bern zielt sowohl auf die aktiven, gesunden Seniorinnen und Senioren (Prävention, Gesundheitsförderung, Integration und Partizipation), wie auch auf die hochaltrigen, pflegebedürftigen Menschen (Wohn- und ambulante Unterstützungsangebote).

Altergerechtes Wohnen

bedeutet ein weitgehend selbständiges Wohnen in behindertengerechtem Wohnraum mit der Möglichkeit, jederzeit sofort externe oder interne Hilfe anzufordern.

Betreutes Wohnen

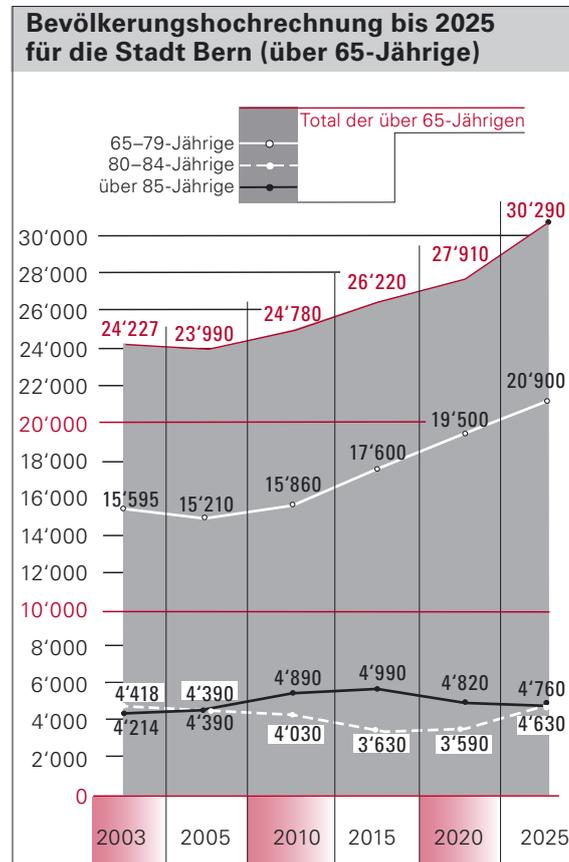
ist zwischen selbständigem Wohnen zu Hause und Wohnen im Pflegeheim angesiedelt. Diese Wohnform bietet verschiedene Dienstleistungen an, die individuell und bedarfsgerecht bezogen werden können. Eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes und zusätzlicher Pflegebedarf können schneller und besser aufgefangen werden als im altersgerechten Wohnen.

Strukturdaten

Im Strukturdatenteil finden sich Darstellungen und Erläuterungen zur demografischen Entwicklung allgemein.

In konkreten Zahlen sehen die Prognosen bis 2025 wie folgt aus (gerundet):

ABBILDUNG 4.1



Datenquelle: Statistikdienste der Stadt Bern
Datenbearbeitung: Alters- und Versicherungsamt

Bis zum Jahr 2020 wird mit einer in etwa konstanten Anzahl der Hochbetagten (über 80-Jährigen) gerechnet. Danach ist mit einer Zunahme dieser Bevölkerungsgruppe zu rechnen. Ab 2010 steigt voraussichtlich die Anzahl der 65-79-Jährigen.

Für die Planung besonders wichtig sind Voraussagen, wie viele Personen in Zukunft effektiv auf Pflege und Betreuung angewiesen sind, weil sie in Folge körperlicher, sensorischer und/oder kognitiver Einschränkungen nicht mehr in der Lage sind, den normalen Alltag selbständig zu bewältigen. Dabei darf Pflegebedürftigkeit nicht mit dem Bedarf an institutionellen Pflege- und Betreuungsdienstleistungen gleichgesetzt werden. Nach wie vor wird ein sehr grosser Teil der Betreuung und Pflege durch Angehörige – überwiegend Frauen – geleistet. Dennoch wird auch in diesen Fällen oft auf professionelle Unterstützung zurückgegriffen, sei dies Spitex oder seien dies Entlastungsangebote wie Tagesheime oder Temporärbetten.

Ob die Annahme eines gleich bleibenden Anteils an Betreuungsleistungen durch Angehörige zutrifft, ist fraglich, da in Zukunft eher weniger Personen bereit oder in der Lage sein werden, ihre Eltern oder Schwiegereltern

zu pflegen oder zu betreuen. Dies hängt unter anderem auch damit zusammen, dass in Folge der Mobilität heutiger Generationen Kinder zunehmend weit entfernt von ihren Eltern wohnen.

Wohnen im Alter

Zielvorgaben	
1 Bern hat ein den individuellen Bedürfnissen der älteren Menschen entsprechendes Wohnangebot	Legislaturziele 2005–2008
2 Vielfältiges und differenziertes Angebot an Wohnformen innerhalb eines Heimkomplexes	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
3 Die Bewohnerinnen und Bewohner können aus einem Wohnungsangebot auswählen, das sich an ihren Bedürfnissen orientiert	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
4 Gäste- und Ferienzimmer im Heim werden angeboten	Alterskonzept 2000 [1] 1. Bericht zur Umsetzung 2001 [2]
5 Ausbau der Angebote in der stationären Langzeitpflege für Personen mit erheblichem Pflegebedarf: In der Stadt Bern gibt es 200 zusätzliche Pflegeheimplätze für pflegebedürftige Personen	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [5] Alterskonzept 2000 [1] 2. Bericht zur Umsetzung 2004 [3]
6 Bei allen Heimen ist der Sanierungsbedarf erhoben. Mindestens 400 Heimplätze sind saniert	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [5]
7 Das Angebot an betreutem und altersgerechtem Wohnen ist ausgebaut	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [5]
8 Angebote für Personen mit besonderen Bedürfnissen bestehen	Alterskonzept 2000 [1] 1. Bericht zur Umsetzung 2001 [2]

Angebotsstrukturen

TABELLE 4.1

Städtische Stationäre Altereinrichtungen Ende 2007	
Stadtteil / Agglomeration	Plätze
Innere Stadt und Osten	683
Länggasse–Felsenau	418
Mattenhof–Weissenbühl	231
Breitenrain–Lorraine	490
Bern West	323
Kühlewil	176
Bremgarten	20
Total	2'341

Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, Interne Statistik

Rund drei Viertel dieser Heimplätze stehen allen offen, das heisst, die Finanzierung ist auch für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) gesichert. Die Aufteilung der Anzahl Heimplätze nach Stadtteilen

hat für die Alterspolitik nur eine geringe Bedeutung. Wegen der unterschiedlichen demografischen Entwicklungen können in einzelnen Stadtteilen Über- und Unterangebote entstehen. Diese zu beheben, wäre eine kostspielige Angelegenheit, würde es doch bedeuten, dass in einzelnen Quartieren Pflegeheime abgebaut und in anderen neue erstellt werden müssten. Die Alterspolitik der Stadt Bern setzt auf die Bereitschaft der Betroffenen, beim Heimeintritt in ein anderes Quartier zu ziehen.

Ende 2007 leben rund 2'340 Personen in Alters- und Pflegeheimen der Stadt Bern; dies sind 60 Personen mehr als im Vorjahr. Somit lebt ein Zehntel der über 65-Jährigen Personen und rund ein Viertel der über 80-Jährigen in einer Altersinstitution.

Die Stadt geht von einem Bedarf von 2'500 Betten aus, die durch die Schaffung von 200 Heimplätzen erreicht werden dürfte. Somit steht für knapp ein Drittel der insgesamt rund 8'800 Hochbetagten ein Bett in einer Alteinrichtung in der Stadt Bern zur Verfügung (inklusive Kühlewil).

TABELLE 4.II

Angebote in Domicilheimen mit öffentlichem Auftrag Ende 2007				
Stadtteil	Pflegeheim- plätze	Betreutes Wohnen	Altersgerech- tes Wohnen	Ferien- betten
Innere Stadt und Osten	143	---	104	9
Länggasse–Felsenau	42	25	---	1
Mattenhof–Weissenbühl	190	58	---	3
Breitenrain–Lorraine	156	---	57	2
Bern West	241	80	81	5
Total	772	163	242	20

Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, Interne Statistik

Der Verein Domicil gewährleistet im Auftrag der Stadt das öffentlich-rechtlich mitfinanzierte Angebot an Pflegeheimen. Der Bettenbelegungsgrad in den Domicil-Heimen beträgt 98 Prozent und ist damit konstant hoch.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu den Zielthemen 1–4: Vielfältige Heimangebote

Die Bevölkerung der Stadt Bern kann aus einem vielfältigen Angebot an Wohnmöglichkeiten und den individuellen Bedürfnissen entsprechend auswählen. 74 Prozent aller Plätze in Pflegeheimen der Stadt Bern können auch genutzt werden, wenn die Betroffenen Ergänzungsleistungen beziehen und / oder der Heimaufenthalt über Zuschüsse nach Dekret mitfinanziert werden muss. Mit zahlreichen privaten Pflegeheimen in der Stadt Bern, aber auch in der Region, hat die Stadt Verträge abgeschlossen, mit denen die Stadt die vereinbarten Tarife garantiert. Auf diese Weise stehen mehr Heime im «Wahlrecht» der weniger bemittelten Personen. Die Verträge erhöhen ausserdem Transparenz sowie Rechtssicherheit und entfalten eine kosten senkende Wirkung.

Zu den Zielthemen 5 (1 und 3):

In den nächsten Jahren ist die Stadt Bern bestrebt, das Angebot an Pflegeheimplätzen zu erhöhen. Dies im Hinblick auf die mutmasslich längerfristige Zunahme der pflegebedürftigen Personen.

Die vor vier Jahren geplante Erhöhung um 200 Heimplätze muss um 106 auf Total 306 Plätze erhöht werden: Zusätzlich zur Schaffung von 200 Heimplätzen wird die Stadt den mit den Sanierungen einhergehenden Bettenabbau von 26 Plätzen in Kühlewil, sowie jenen im Bürgerheim und -spital von 80 Plätzen kompensieren. Von den total 306 zu schaffenden Heimplätzen sind 279 Plätze bereits konkret in Planung oder im Bau (vgl. Abb. 4.2).

Zu den Zielthemen 6 (1 und 3):

Die Sanierung der Pflegeheime ist angelaufen und wird in den nächsten Jahren weiter intensiviert. Dadurch wird einerseits die Bausubstanz erhalten und kann andererseits besser auf die veränderten individuellen Bedürfnisse der pflegebedürftigen Personen (Einerzimmer, eigene Nasszellen) in der Stadt Bern eingegangen werden.

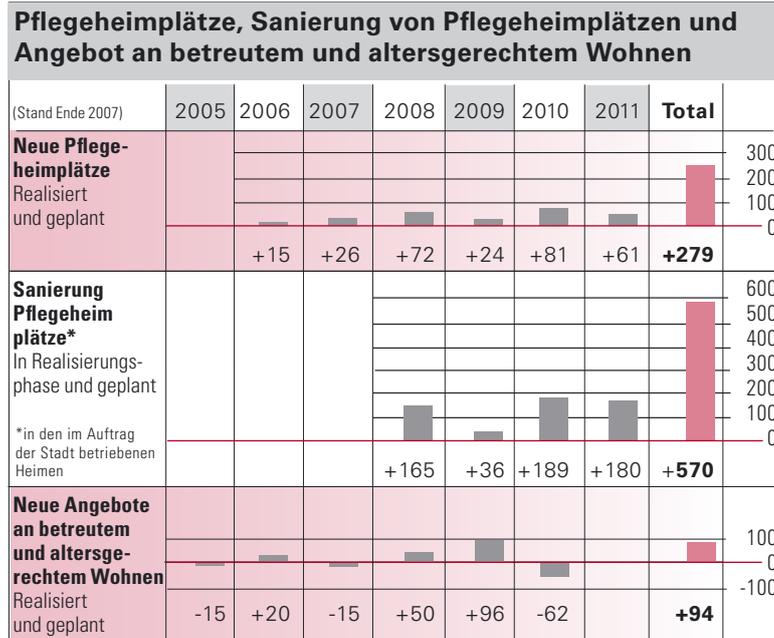
TABELLE 4.III

Anzahl Privatheime mit Vertrag mit der Stadt Bern über die Aufnahme von Personen über Zuschüsse nach Dekret 2004–2007				
2004	2005	2006	2007	
9	16	20	27	

Datenquelle: BSS / Alters- und Versicherungsamt, Interne Statistik

Erläuterungen zur Finanzierung finden sich im Kapitel-Handlungsfeld 5.

ABBILDUNG 4.2



Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, Interne Statistik

**Zu den Zielthemen 7 (1, 3 und 6):
Zukünftige Entwicklungen und Anpassungen
der Angebote**

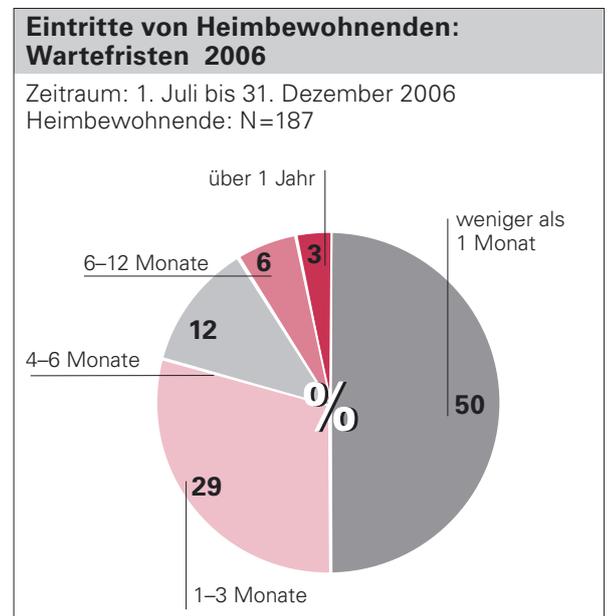
Im Zuge der Sanierungen und Umbauarbeiten der im Auftrag der Stadt betriebenen Pflegeheime, Wohnheime und Alterssiedlungen gibt es zum Teil Verlagerungen zwischen den verschiedenen Wohnformen. Während auf der einen Seite mehr Pflegeheimplätze geschaffen werden, gibt es andererseits punktuell einen moderaten Abbau des altersgerechten oder betreuten Wohnens. Dies ist zum Beispiel im Jahr 2010 der Fall. Grundsätzlich wird aber auch hier eine Erhöhung der Plätze angestrebt. Vor allem im privaten Bereich werden in den nächsten Jahren neue Plätze für das altersgerechte und betreute Wohnen geschaffen.

Wartefristen vor einem Heimeintritt

Das Alters- und Versicherungsamt hat im zweiten Halbjahr 2006 erstmals eine Umfrage bei den Sozialdiensten der Spitäler und den öffentlichen Pflegeheimen gemacht, um die Wartefristen bis zu einem Heimeintritt zu eruieren. Das Ergebnis zeigt, dass die durchschnittliche Wartefrist bei Platzierungen durch die Sozialdienste 19 Tage betragen hat. (Die Umfragen bei den Sozialdiensten und den Heimbewohnenden sollen im Jahr 2008 wiederholt werden)

Die Umfrage bei den öffentlichen Pflegeheimen zeigt folgendes Bild:

ABBILDUNG 4.3



Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, interne Statistik

Die Wartefrist von 19 Tagen wird von den Sozialdiensten der Spitäler als zu lang eingeschätzt. Die Ergebnisse der Befragung der Heimbewohnenden zeigen, dass rund vier Fünftel innert drei Monaten in ein Heim einziehen können, aber ein Fünftel länger als vier Monate und teilweise über ein Jahr auf einen Platz warten muss. Deshalb ist es wichtig, dass der geplante Ausbau der verschiedenen Wohnformen zügig realisiert wird.

Ambulante Angebote im Alter

Zielvorgaben	
9 Förderung und Erhaltung des körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens, damit Personen ihr Leben so lange als möglich und sinnvoll im angestammten Umfeld weiterführen können	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
10 Spitexdienste werden soweit ausgebaut, als dies zur vollumfänglichen Deckung der steigenden Nachfrage nötig ist	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [5]
11 Ein Angebot für präventive Hausbesuche ist eingerichtet	Legislaturrichtlinien 2005–2008 [5]
12 Ernährung im Alter: Beratung, Mittagstisch, Mahlzeitendienst	Alterskonzept 2000 [1] 2. Bericht zur Umsetzung 2004 [3]

Angebotsstrukturen

Der Verein **Spitex Bern** bietet pflegerische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen an¹. Ab Januar 2008 werden die pflegerischen Leistungen an 365 Tagen im Jahr und während 24 Stunden pro Tag erbracht, die hauswirtschaftlichen Leistungen während 52 Wochen im Jahr und in der Regel an fünf Wochentagen.

Die Stadt hat mit Spitex Bern einen Leistungsvertrag abgeschlossen. Dieser gewährleistet, dass auch Menschen Spitex beziehen können, welche die notwendigen Dienstleistungen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können.

Ambulante Pflegeleistungen durch Spitex beziehen in Bern rund 2'000 Personen im Pensionsalter, was einem Anteil von 8.5 Prozent der über 65-jährigen Bevölkerung entspricht.

Der Anteil der über 80-jährigen Personen, die Pflegeleistungen durch Spitex beziehen, beläuft sich auf 1'350 Personen oder 15 Prozent der hochbetagten Bevölkerung in Bern.

¹ Pflegeleistungen - nach ärztlicher Verordnung ausgeführt - werden durch die Krankenkassen bezahlt. Für Menschen, welche die erforderlichen hauswirtschaftlichen Leistungen nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bezahlen können bietet der öffentlich finanzierte Verein Spitex Bern vergünstigte Tarife an.

TABELLE 4.V

Leistungsangebot der Pro Senectute Region Bern	
Im Auftrag der Stadt	Im Auftrag des Kantons (GEF) und des Bundes (BSV)
Lieferung von Mahlzeiten nach Hause	<i>Sport/Bewegung</i> Gesundheitsorientierte, integrationsfördernde Sport- und Bewegungsangebote sowie spezielle Sportanlässe
Anbieten von Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige und deren Begleitung	<i>Bildung/Kultur/Interessenpflege</i> Integrationsfördernde Bildungs- und Kulturangebote, Angebote zur Interessen- und Gemeinschaftspflege sowie Veranstaltungen <i>Sozialberatung/Unterstützung</i> Sozialberatung von Einzelnen und von Gruppen sowie finanzielle Unterstützung und Sachhilfe <i>Dienstleistungen/Entlastungsangebote</i> Aufgaben, die der Erhaltung der Selbständigkeit im Alltag, dem Verbleiben im eigenen Zuhause und der Entlastung der Angehörigen dienen, speziell in den Bereichen Administration, Wohnen, Mobilität und Entlastung.

Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt

TABELLE 4.IV

Spitex Bern: Betriebe 2007		
Stadtteil	Spitex-Bezeichnung	Adresse
IV	Wittigkofen–Elfenau	Marienstrasse 8, 3005 Bern
IV	Ostring–Schosshalde	Marienstrasse 8, 3005 Bern
V	Spitalacker	Beundenfeldstrasse 26, 3000 Bern 25
V	Wankdorf	Beundenfeldstrasse 26, 3000 Bern 25
V	Lorraine–Wyler	Beundenfeldstrasse 26, 3000 Bern 25
II	Länggasse Nord	Mittelstrasse 9, 3012 Bern
II	Länggasse Süd	Mittelstrasse 9, 3012 Bern
IV	Sulgenbach–Kirchenfeld	Marienstrasse 8, 3005 Bern
III	Fischermätteli	Könizstrasse 19a, 3008 Bern
VI	Bümpliz Süd	Mühledorfstrasse 5, 3018 Bern
VI	Bümpliz Nord	Mühledorfstrasse 5, 3018 Bern
VI	Bethlehem	Mühledorfstrasse 5, 3018 Bern

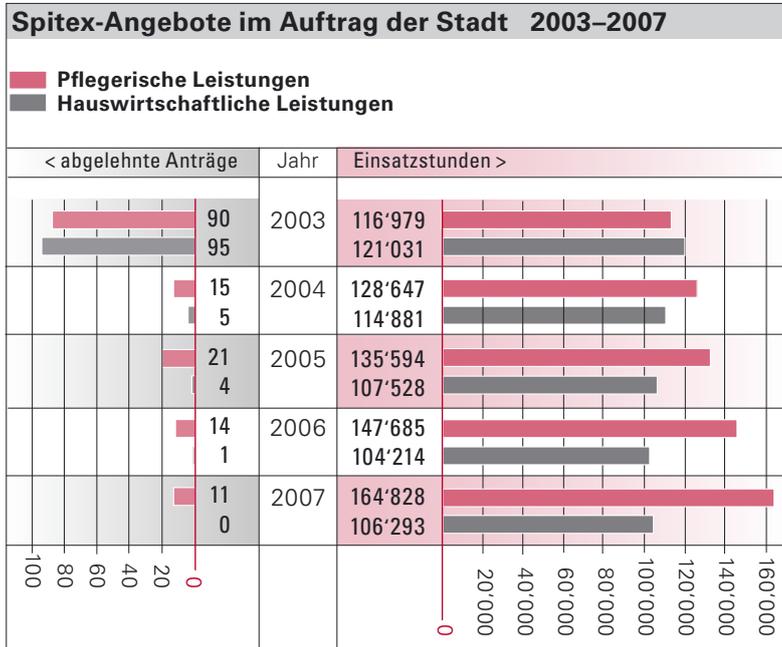
Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt

Pro Senectute Region Bern unterhält seinen Standort im Campus Muristalden. Die Leistungen werden – falls nötig – mittels Hausbesuchen vor Ort erbracht. Die Stadt Bern hat mit Pro Senectute eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Gestützt darauf bietet Pro Senectute diverse Leistungen an (vgl. Tab. 4.V).

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu den Zielthemen 10 (und 9): Pflegerische und hauswirtschaftliche Leistungen von Spitex

ABBILDUNG 4.4



Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, interne Statistik

Zu Zielthemen 10 (9 und 12)

Die Anzahl der pflegerischen Einsatzstunden musste in den letzten Jahren aus folgenden Gründen stetig ausgebaut werden:

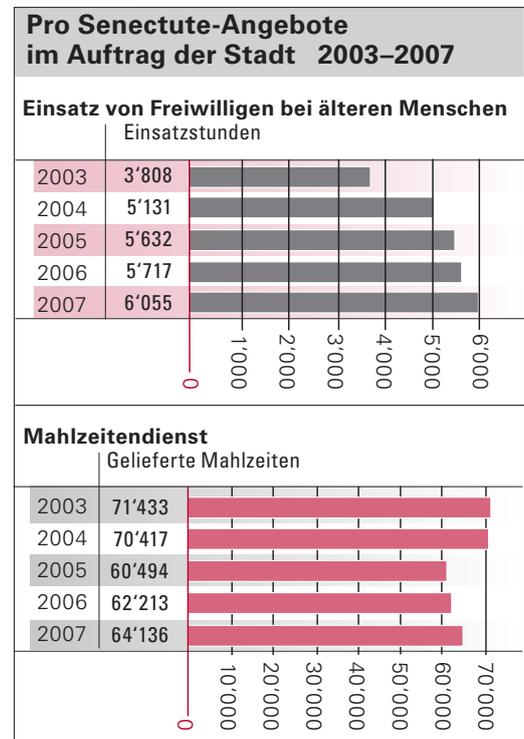
- kürzere Aufenthaltsdauer in Spitälern
- höheres Eintrittsalter ins Pflegeheim
- umfassendere Dienstleistungen

Die Zahl der abgelehnten Aufträge ist ein Indikator dafür, ob die Nachfrage das Angebot weiterhin übersteigt. Da diese Zahl in den letzten Jahren stark abgenommen hat, kann davon ausgegangen werden, dass sich Angebot und Nachfrage bei der öffentlichen Spitex in der Stadt Bern heute ungefähr die Waage halten (vg. Abb. 4.4).

Die kontinuierliche Abnahme hauswirtschaftlicher Einsatzstunden der öffentlichen Spitexdienste ist ein schweizweit zu beobachtendes Phänomen. Mit Einführung einer Bedarfsabklärung auch für hauswirtschaftliche Einsatzstunden sind diese überall stark zurückgegangen. Einerseits werden weniger Leistungen verordnet und die betroffenen Haushalte zu mehr Eigenarbeit ermuntert und aktiviert; andererseits beauftragt ein Teil der Klientschaft für einfache Arbeiten Haushalthilfen und Reinigungsinstitute. Seit Anfang 2007 wird der bisherige Abwärtstrend gebrochen und es ist daher möglich, dass sich die Anzahl Einsatzstunden in Zukunft stabilisieren oder wieder leicht erhöhen wird.

Zu den Zielthemen 9 und 12: Einsatz von Freiwilligen / Mahlzeitendienst von Pro Senectute

ABBILDUNG 4.5



Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt, interne Statistik

Dank der Betreuung und Begleitung durch Freiwillige haben ältere Menschen eher die Möglichkeit, so lange wie möglich und allenfalls mit Unterstützung der Freiwilligen

in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben. Das Angebot der Pro Senectute konnte in den letzten Jahren stetig ausgebaut werden.

Die gelieferten Mahlzeiten sind im Jahr 2005 stark zurück gegangen, weil die Kundschaft mit der Qualität unzufrieden war. Nachdem Pro Senectute die Lieferfirma gewechselt hat, haben die Mahlzeitenlieferungen wieder zugenommen.

Zu Zielthema 11: Präventive Hausbesuche

Die Stadt plant seit Jahren die Einführung des Präventionsprojektes «präventive Hausbesuche» (EIGER) zur Erhaltung der Selbständigkeit im Alter. Das Projekt erfuhr verschiedenste Änderungen bezüglich Zuständigkeit und Trägerschaft. Neu heisst das Projekt «Gesundheitsprofilverfahren» und wird direkt durch den Kanton finanziert. Die Einführung in der Stadt Bern ist aufgrund der Verzögerungen für das Jahr 2008 geplant. Ergänzend zu diesem Angebot bietet Spitex Bern seit 2007 Gesundheitsberatungen für Menschen ab 55 Jahren an. Dadurch werden die Selbständigkeit im Alter und die Lebensqualität gefördert.

Fachfazit

Die strategische Ausrichtung der Alterspolitik, wie sie im Jahr 2000 festgelegt wurde, ist nach wie vor aktuell. In der Stadt Bern besteht ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Angebot an Wohnformen, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden orientieren. Für Menschen, bei denen spezifische Anforderungen an Pflege und Betreuung bestehen (Demenz, Sucht, psychische Erkrankungen), werden separate Wohngruppen bereit gestellt. Die Pflege zu Hause wird an 7 Tagen pro Woche und während 24 Stunden pro Tag garantiert. Sie ist auch kurzfristig erhältlich.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung besteht Handlungsbedarf, damit die Angebote auch in Zukunft in ausreichendem Mass vorhanden sein werden. Die erforderlichen Schritte sind eingeleitet und werden nachfolgend kurz erläutert:

Ausblick

- Durch pflegerische und hauswirtschaftliche Leistungen zu Hause sowie Mahlzeitenlieferungen ist es älteren Menschen möglich, so lange wie gewünscht und sinnvoll in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Diese Angebote sind im Umfang der steigenden Nachfrage auszubauen. Hier ist für die Zukunft von einem grösseren finanziellen Mehrbedarf auszugehen. Dieser dürfte durch die neue Finanzierung der Pflege, wie sie sich auf Bundesebene abzeichnet, noch akzentuiert werden. Dabei geht es um eine Kostenverschiebung von den Betroffenen zur öffentlichen Hand.
- Dank Entlastungsangeboten, wie zum Beispiel Temporärbetten in Pflegeheimen und Plätzen in Tagesheimen, wird es Angehörigen ermöglicht, einen grossen Anteil der notwendigen Pflege und Betreuung zu übernehmen. Die Wertschätzung der Gesellschaft gegenüber diesem Engagement sollte durch geeignete Massnahmen erhöht werden. Ausserdem sind die Angehörigen besser über die zahlreichen bestehenden Entlastungsangebote zu informieren.
- Mit einer Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung kann der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung verbessert werden. Als Folge davon wird die Langzeitpflege erst zu einem späteren Zeitpunkt oder gar nicht benötigt.
- Die verschiedenen Wohnmodelle im Alter werden in Zusammenarbeit mit privaten Anbieterinnen und Anbietern ausgebaut. Dabei muss speziell darauf geachtet werden, dass beim altersgerechten und betreuten Wohnen ein ausreichendes Grundangebot besteht, dessen Preise innerhalb der bei den Ergänzungsleistungen zur Anwendung gelangenden Maximalbeträge liegen.
- Die in den letzten Jahren eingeleitete bauliche Sanierung der öffentlichen Pflegeheime wird weitergeführt. Das Gleiche gilt für den Ausbau der Heimplätze um 200 Einheiten. Beide Vorhaben nehmen mit Blick auf den grossen Kapital- und Raumbedarf sowie die langen Entscheidungswege sehr viel Zeit in Anspruch.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- [1] Alterskonzept. Strategiepapier für die künftige Alterspolitik der Stadt Bern.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/av/alterspolitik/alterskonzept
- [2] Bericht Alterskonzept, Strategiepapier für die künftige Alterspolitik der Stadt Bern: Stand der Umsetzung nach einem Jahr. 2001.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/av/alterspolitik/alterskonzeptbericht
- [3] Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat i.S. Alterskonzept der Stadt Bern; zweiter Bericht zur Umsetzung 2004.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/av/alterspolitik/2._bericht_umsetzung_alterskonzept_2004.pdf
- [4] Jahresbericht. Produktgruppen-Rechnung Band 2, BSS
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2
- [5] Gemeinderat. Legislaturrichtlinien 2005–2008. Lebensqualität in Bern. Impulse für Bern.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/Legislaturrichtlinien/view?searchterm=Legislaturrichtlinien*

Handlungsfeld 5 Schutz und Unterstützung

Leitziel

Einwohnerinnen und Einwohner, die Hilfe oder Schutz brauchen, werden unterstützt, begleitet und in ihrer Autonomie gestärkt.

Teilstrategien

Konzept Obdach 2001 [4]

Schlossmatt – Kompetenzzentrum Jugend und Familie 2007 [5]

Pinto – Prävention, Intervention, Toleranz; Konzept 2007 [6]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	88
Definitionen	88
Erwachsenen- und Kinderschutz	88
Ambulante Kinder- und Jugendhilfe	92
Stationäre Kinder- und Jugendhilfe	95
Asylbereich	96
Ambulante Sozialhilfe	97
Beiträge zur Existenzsicherung und Heimfinanzierung für Rentnerinnen und Rentner	100
Wohn- und Obdachlosenhilfe	101
Pinto, Hilfsangebote für Personen, die vorwiegend im öffentlichen Raum leben	103
«Xenia» Beratungsstelle für Frauen aus dem Sexgewerbe	103
Inkassodienst des Sozialamts	104
Fachfazit	106
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	108
Literaturverzeichnis	108

Einleitung

Zahlreiche Dienststellen der BSS bieten mit unterschiedlichen Angeboten Schutz und Unterstützung mit folgenden Zielen: Einwohnerinnen und Einwohnern in Not oder solchen, die gefährdet sind, den nötigen Schutz und genügend Unterstützung zu gewähren, damit sie wieder ein selbständiges Leben führen können.

Definitionen

Personen des Asylbereichs in der Zuständigkeit der Stadt Bern:

Im Verfahren stehende, vorläufig Aufgenommene, rechtskräftig Abgelehnte (nur bis Ende 2007).

Personen mit Erwachsenen- oder Kinderschutz:

Erwachsene und Kinder, die wegen fehlender oder eingeschränkter Urteilsfähigkeit nicht mehr in der Lage sind, ihre persönlichen, administrativen und finanziellen Angelegenheiten selbstständig zu erledigen.

Wohnkompetenz:

Fähigkeit, selbstständig die notwendigen Verrichtungen des täglichen Lebens zu bewältigen, Konfliktsituationen ohne Gewaltanwendung auszutragen, sowie der Verwahrlosung und Vereinsamung zu entgehen.

Sozialhilfe:

Der Bereich der öffentlichen individuellen Sozialhilfe umfasst persönliche und wirtschaftliche Hilfe für bedürftige Personen.

Ein Fall/ein Dossier kann beinhalten:

Eine Person, Eine Person mit Kind/Kindern, Ehepaar ohne Kind, Ehepaar mit Kind/Kindern, Fremdplatzierungen (=längere stationäre Aufenthalte)

Erwachsenen- und Kinderschutz*

Zielvorgaben	
<p>1 Selbst- oder Fremdmeldungen über Schwächezustände bei erwachsenen Personen werden abgeklärt und erforderliche Massnahmen oder Hilfestellungen werden eingeleitet. Mit vormundschaftlichen Massnahmen wird für eine adäquate Hilfestellung und Betreuung für Erwachsene, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu versorgen, gesorgt. Für Kinder, die sich selbst gefährden oder wegen fehlender Sorge der Eltern gefährdet sind, wird gesorgt</p>	Zielvorgaben aus dem ZGB [1] Jahresberichte PGR / Band 2 / BSS [7]
<p>2 Der Wille des Erblassers wird respektiert. Die Nachlässe sind für die Erben gesichert.</p>	Gesetz ZGB [1]
<p>3 Getrennt lebende Eltern können ihr Besuchsrecht gegenüber ihren Kindern wahrnehmen. Nicht verheiratete Eltern erhalten Unterstützung im Wahrnehmen ihres Rechts auf gemeinsame elterliche Sorge. Regelung der Vaterschaft und des Unterhalts</p>	Zielvorgaben aus dem ZGB [1] Jahresberichte PGR / Band 2 / BSS [7]
<p>4 Die Opfer von häuslicher Gewalt werden kurz nach der Intervention durch die Polizei beraten, begleitet und optimal vernetzt. Opfern, die sich selber melden, wird in gleicher Weise geholfen.</p>	Opferhilfegesetz [8] Massnahmen Kanton

Angebotsstrukturen

Die Angebote im Erwachsenen- und Kinderschutz richten sich nach den Vorgaben des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Die vom Gemeinderat eingesetzte Erwachsenen- und Kinderschutzkommission (EKSK) entscheidet selbstständig und eigenverantwortlich über

den gesamten Erwachsenenschutz und den zivilrechtlichen Kinderschutz. Sie überträgt die strukturelle Ausgestaltung und die Aufgabe der Qualitätssicherung dem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz.

*Der Erwachsenen- und Kinderschutz ist seit Januar 2008 der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) zugeteilt.

Die Dienstleistungen umfassen Angebote wie:

- Abklärung von Gefährdungsmeldungen
- Errichtung von erwachsenen- und kinderschutzrechtlichen Massnahmen wie zum Beispiel Vormundschaften, Beistandschaften und Berratschaften
- Betreuung, Begleitung und Unterstützung sowie finanzielle Absicherung von Kindern und Erwachsenen, die unter einer Massnahme stehen
- Regelung des Besuchsrechts und Erteilen der gemeinsamen elterlichen Sorge
- Testamentshinterlegung und -eröffnung, Sicherung der Nachlässe, Erbensuche und -vertretung

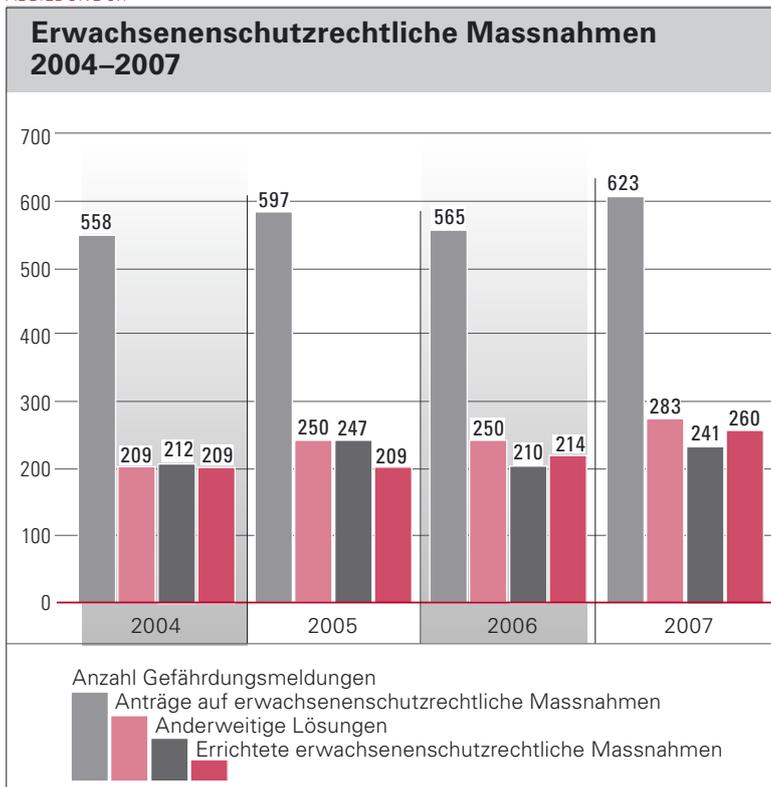
Die Dienstleistungen werden hauptsächlich von den Mitarbeitenden des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz erbracht. In über 500 einfacheren Betreuungsfällen sind zudem ehrenamtlich tätige private Mandatstragende (Primas) eingesetzt. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit anderen städtischen Ämtern, vor allem mit dem Jugendamt, welches im Auftrag der Erwachsenen- und Kinderschutzkommission die Gefährdungsmeldungen über Kinder abklärt.

Leistungen nach Zielvorgaben

**Zu Zielthema 1:
Anzahl Abklärungen und Art der Errichtung von erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen**

Die Zahlen der letzten Jahre zeigen einen steten Anstieg der Fälle im Erwachsenenbereich. Da die Errichtung einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme

ABBILDUNG 5.1

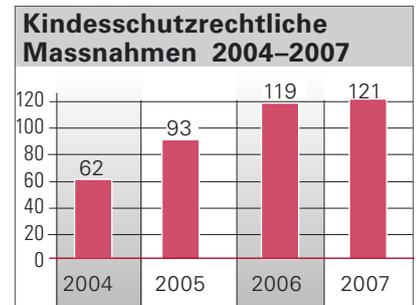


Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, Interne Statistik (KISS)

ein Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet, wird primär versucht, andere Lösungen zu finden. Dies gelingt in gut der Hälfte der Fälle. Immer öfter jedoch weisen die gemeldeten Personen bereits so grosse Defizite auf, dass nur noch die Errichtung einer Beistandschaft in Frage kommt. Es ist aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme von Beistandschaften zu rechnen. Zunehmend müssen beistandschaftliche Abklärungen für Menschen aus anderen Kulturen vorgenommen werden. Das ist sprachlich und kulturell eine grosse Herausforderung für die Mitarbeitenden, kennt doch kaum eine andere Kultur die Form der Beistandschaft. 2006 sind erste Informationsveranstaltungen abgehalten worden, mit dem Ziel, Ansprech- und Schlüsselpersonen aus verschiedenen Kulturkreisen zu finden, welche bereit sind, Vermittlungsarbeit zu übernehmen oder allenfalls auch Beistandschaften zu führen.

**Zu Zielthema 1:
Gefährdungsmeldungen und kinderschutzrechtliche Massnahmen**

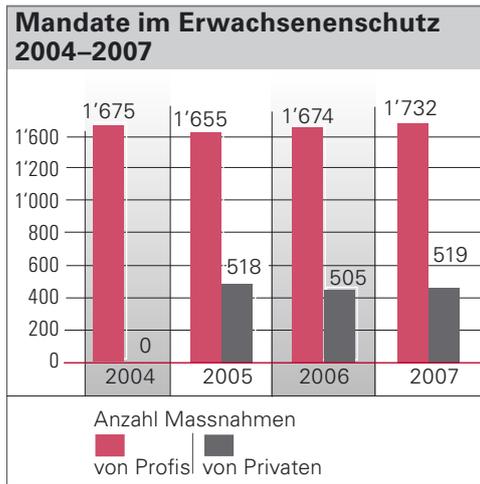
ABBILDUNG H5.2



Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

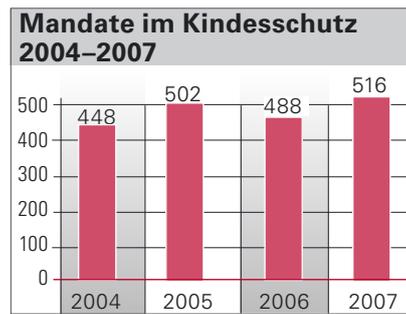
Aufgrund der Zunahme von schwierigen Familienverhältnissen mit Überforderung der Eltern in der Kinderbetreuung sowie der Scheidungen müssen immer mehr Beistandschaften für Kinder und Jugendliche errichtet werden. Kultur- und Sprachprobleme, aber auch Abwehrhaltung gegen jede Integration können diese Form der Hilfe erschweren. Immer mehr junge Menschen kurz vor, oder ab Volljährigkeit, sind nicht in der Lage, ihre finanziellen oder administrativen Angelegenheiten selbständig zu erledigen. Das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz hat 2007 eine Projektstelle «Begleitung zur Befähigung» aufgebaut, die zum Ziel hat, diese jungen Menschen kurze Zeit professionell zu begleiten, um so eine Beistandschaft zu vermeiden.

ABBILDUNG 5.3



Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik (KISS)

ABBILDUNG 5.4



Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik (KISS)

ersten drei Monaten ihrer Tätigkeit von professionellen Sozialarbeitenden begleitet, um sie auch zur Betreuung komplexer Fälle zu befähigen.

Vormundschaftliche Massnahmen sorgen für eine adäquate Hilfestellung und Betreuung von gefährdeten Kindern. Die Zunahme von Fällen wirkt sich auch auf die laufenden Mandate aus. Die Betreuung und Unterstützung von Kindern und ihren Eltern ist sehr zeitintensiv und läuft oft über mehrere Jahre.

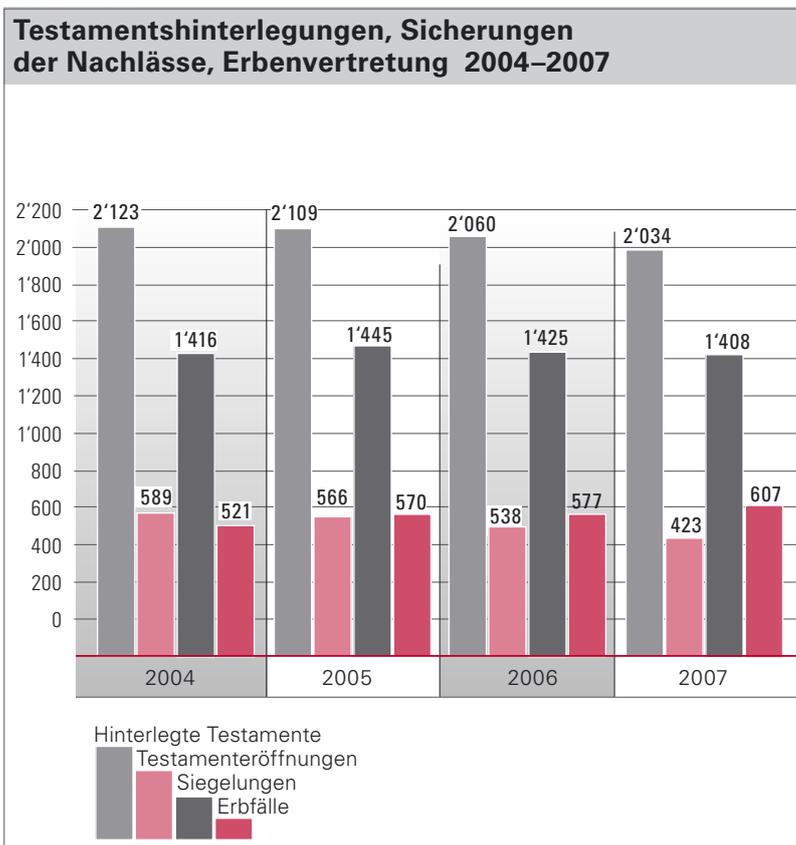
Zu Zielthema 2:

Anzahl Testamentshinterlegungen, Sicherungen der Nachlässe, Erbenvertretung

Im Todesfall werden die Hinterbliebenen von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter des Siegelungsdienstes kontaktiert. Der Nachlass wird erfasst und kontrolliert. Die Zahl der Siegelungen richtet sich nach der Zahl der Todesfälle. Es ist zudem Aufgabe des Erbschaftsamts, die Interessen von Erben zu vertreten, die ihre Rechte

nicht selber wahrnehmen können: in den letzten Jahren haben diese Vertretungen und damit die Erbensuche zugenommen, da immer mehr Erben unbekannt oder auslandsabwesend sind. Aufgrund der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung, zum Beispiel aufgelöste Familienstrukturen, grössere Mobilität, muss mit einer Zunahme von Vertretungen von Erben und von Erbensuche gerechnet werden.

ABBILDUNG 5.5



Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

Zu Zielthema 2

TABELLE 5.I

Vertretungsbeistandschaften bei Kindern 2004–2007				
	2004	2005	2006	2007
Vertretungsbeistandschaften	433	440	402	369

Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

Das Vermögen des Kindes wird bei Scheidung der Eltern oder bei Tod eines Elternteils gesichert. Die Nachlässe werden für minderjährige Erben gesichert. Durch das Siegelungsprotokoll wird der Nachlass gesichert. Die Interessen von minderjährigen Kindern werden durch die Errichtung einer Beistandschaft, die das Erbschaftsamt führt, wahrgenommen.

Zu Zielthema 3

TABELLE 5.II

Regelungen zu Besuchsrecht und gemeinsamer elterlicher Sorge 2004–2007				
	2004	2005	2006	2007
Sorgenrechtsvereinbarungen	125	143	152	152

Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

Seit der Inkraftsetzung des neuen Eherechts 2005 ist es unverheirateten Eltern möglich, sich in die elterliche Sorge zu teilen. Von diesem Recht machen immer mehr Eltern Gebrauch. Die Gerichte ordnen nach einer Scheidung vermehrt Beistandschaften für die Kinder an, da sich die Eltern nicht selber über das Besuchsrecht einigen können. Diese Mandate sind sehr zeitintensiv.

Zu Zielthema 3

TABELLE 5.III

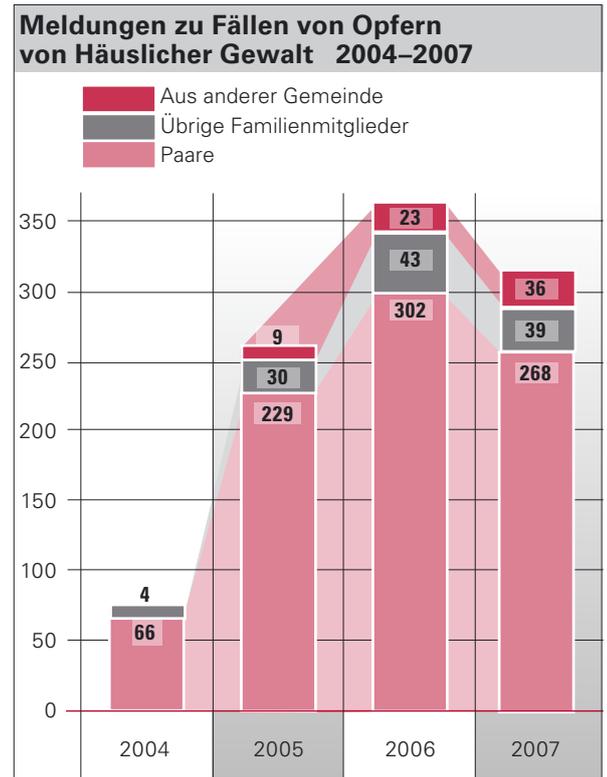
Regelung der Vaterschaft und des Unterhalts 2004–2007				
	2004	2005	2006	2007
Unterhaltsverträge	183	142	164	142
Anerkennungen von Vaterschaften	308	331	312	320

Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

Jedes Jahr muss in über 300 Fällen überprüft werden, ob der Vater sein Kind offiziell auf dem Zivilstandsamt anerkannt hat. Ist die Vaterschaft bestritten, wird für das Kind eine Vertretungsbeistandschaft errichtet. Die Zahl der Unterhaltsverträge ist rückläufig, weil unverheiratete Eltern vornehmlich die gemeinsame elterliche Sorge wählen und auf Unterhaltsverträge verzichten. Ziel ist und bleibt es jedoch, einen existenzsichernden Unterhalt für das Kind zu garantieren.

Zu Zielthema 4

ABBILDUNG 5.6



Datenquelle: Erwachsenen- und Kinderschutz, interne Statistik

Seit 2004 läuft das Pilotprojekt «Koordinationsstelle für häusliche Gewalt» (KHG). Die Zunahme der Zahlen ist einerseits auf das erstmalige Erfassen solcher Fälle zurückzuführen. Andererseits wächst die Zahl der Hilfesuchenden mit zunehmendem Bekanntheitsgrad der Stelle. Die Koordinationsstelle nimmt sowohl bei Fällen von häuslicher Gewalt zwischen Ehepaaren als auch zwischen Familienmitgliedern Kontakt mit den Opfern auf. Die Opfer aktiv zu kontaktieren und durch die Niederschwelligkeit der Koordinationsstelle zur Hilfesuche zu animieren, ist erreicht worden. Da sich Anfragen um Unterstützung aus den umliegenden Gemeinden häufen, ist beim Kanton beantragt worden, die Ausdehnung der Dienstleistungen auf die Region finanziell zu unterstützen.

Ambulante Kinder- und Jugendhilfe

Zielvorgaben	
5 Gefährdung von Kindern und Jugendlichen wird durch rechtzeitige Beratung und Begleitung vorgebeugt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [9]
6 Bei Gefährdung und fehlender Sorge der Eltern werden Minderjährige durch Massnahmen wirksam geschützt. In Krisensituationen wird ihnen, ihren Eltern und andern Bezugspersonen kompetent geholfen.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [9]
7 Bei der Platzierung von Kindern und Jugendlichen in Familienpflegeplätzen und bei der Vorbereitung von Adoptionen wird umfassend informiert und abgeklärt, beraten und vermittelt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [9]

Angebotsstrukturen

Das Jugendamt klärt im Auftrag der Erwachsenen- und Kinderschuttkommission (EKSK) Gefährdungsmeldungen über Kinder ab. Die ambulante Kinder- und Jugendhilfe ist in folgenden Bereichen zuständig:

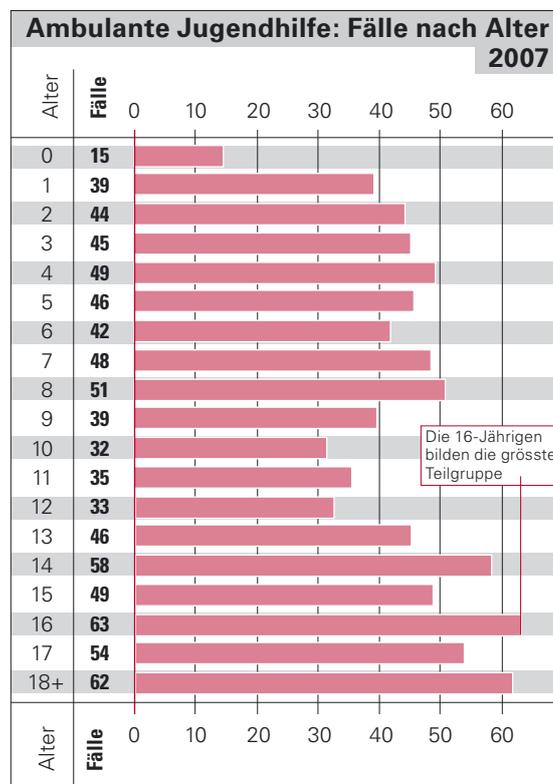
Kinderschutz: Abklärungen Gefährdungsmeldungen, wenn nötig Antragsstellung für vormundschaftliche Massnahmen an die EKSK

Präventive Sozialarbeit: Beratung, Begleitung und Vermittlung von Informationen, Einleiten präventiver Massnahmen, Besuchsrechtsregelungen, u. a. Massnahmenfinanzierungen subsidiär über die Sozialhilfe

Gutachten zu Adoption, Kinderzuteilung u. a.

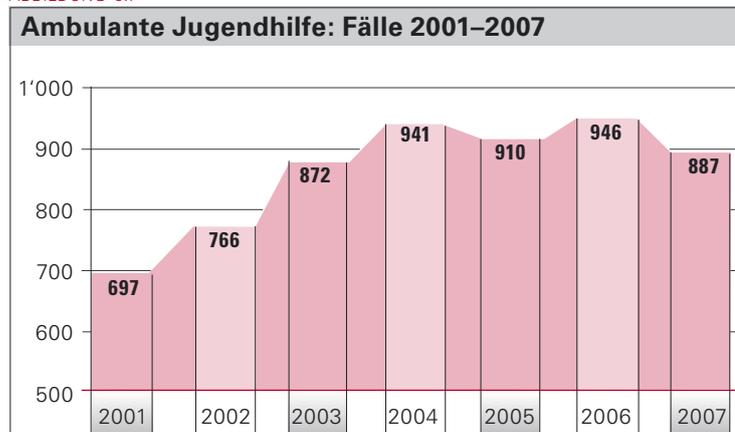
Familienpflege: Fallbezogene Pflegeplatzabklärung, Beratung, Begleitung und Bewilligung

ABBILDUNG 5.8



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

ABBILDUNG 5.7



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Leistungen nach Zielvorgaben

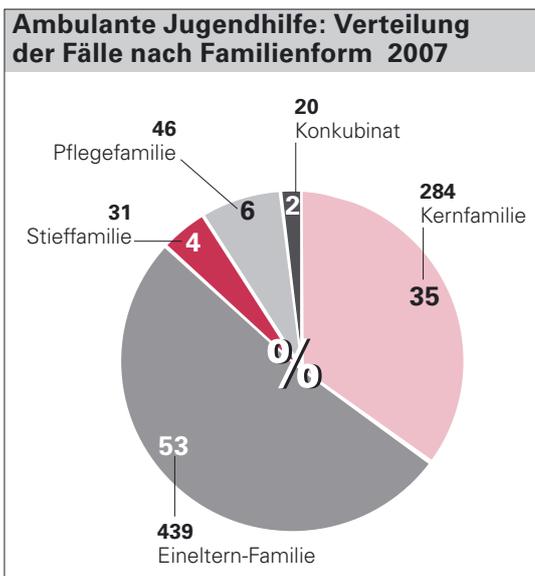
Zu den Zielthemen 5 und 6: Entwicklung der Anzahl Fälle

Seit 2004 sind die Fallzahlen auf hohem Niveau stabil. Sie bewegen sich um die 900 Fälle (+/-5 Prozent). (Abb. 5.7)

Bei 960 Stellenprozenten Sozialarbeit ergibt dies eine durchschnittliche Fallbelastung von 92 Fällen auf 100 Prozent. Problematisch ist, dass die Fälle immer komplexer werden und der Zeitaufwand pro Fall stark steigend ist. Die relativ starke Zunahme vor 2004 kann unter anderem mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der damit verbundenen höheren Arbeitslosigkeit (existenzbedrohende Auswirkungen auf die Familien führen vermehrt zu Konfliktherden) erklärt werden.

Nach *Nationalität* betrachtet sind von den insgesamt 887 Fällen 60 Prozent Schweizer Kinder und 40 Prozent Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft. Gut ein Fünftel der ausländischen Kinder stammt aus Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal), ein Fünftel aus den neuen südosteuropäischen Staaten. Rund ein Achtel stammt aus Afrika.

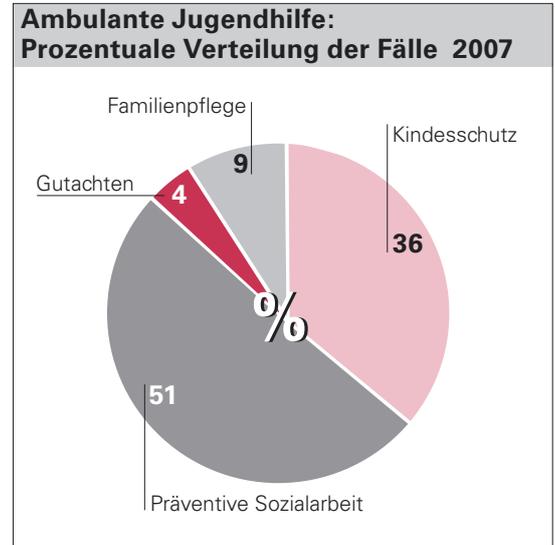
ABBILDUNG 5.9



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Die *Familienform* der Alleinerziehenden ist mit gut der Hälfte aller Fälle etwa gleich hoch vertreten wie im Vorjahr. Da die Ein-Eltern-Haushalte in der Stadt nur fünf Prozent und jene der Familien mit Kindern rund dreissig Prozent der Privathaushalte ausmachen, sind überdurchschnittlich viele Einelternfamilien betroffen (Vgl. Kapitel Strukturdaten).

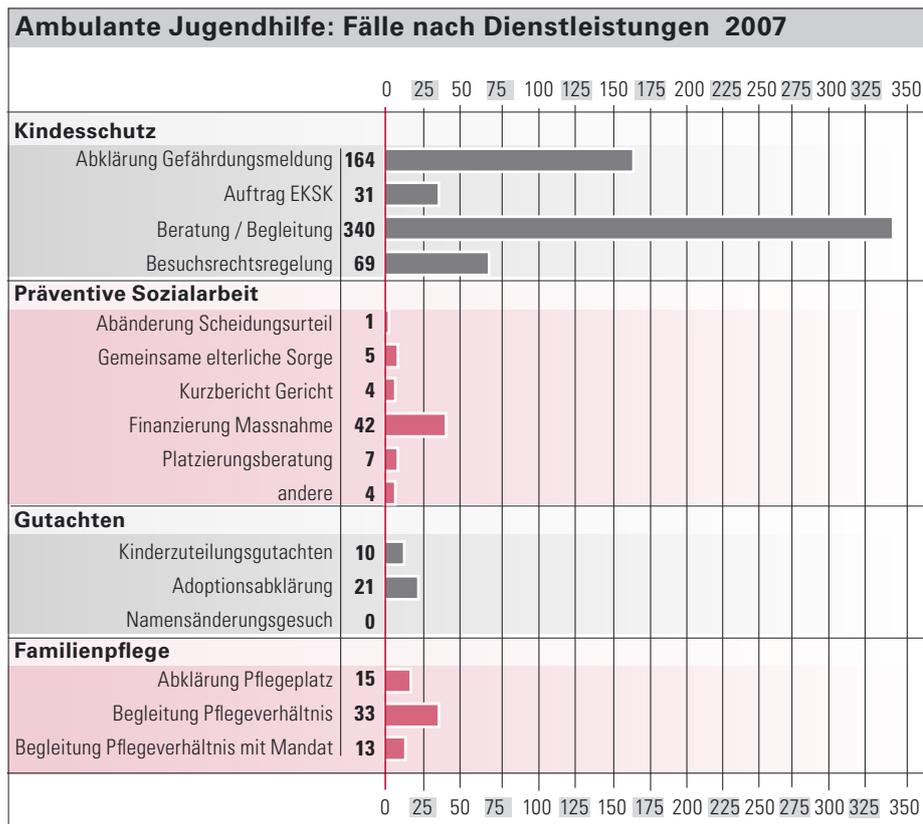
ABBILDUNG 5.10



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Die Hälfte aller Fälle in der ambulanten Jugendarbeit fallen im Bereich der *präventiven Sozialarbeit* an, gut ein Drittel sind *Kinderschutzfälle*. Die Zahl der Gefährdungsmeldungen ist in den letzten Jahren mit Schwankungen leicht steigend.

ABBILDUNG 5.11



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

**Zum Zielthema 6:
Gefährdungsmeldungen**

2007 werden von den Gefährdungsmeldungen ein Fünftel der Fälle von der Polizei, je ein Sechstel von EKS, KHG und Kindergärten/Schulen gemeldet. Es ist ein Rückgang der Gefährdungsmeldungen von 211 auf 164 zu verzeichnen, infolge Rückgang der Meldungen durch die Polizei. Hier scheint sich die Arbeitsweise der KHG auszuwirken.

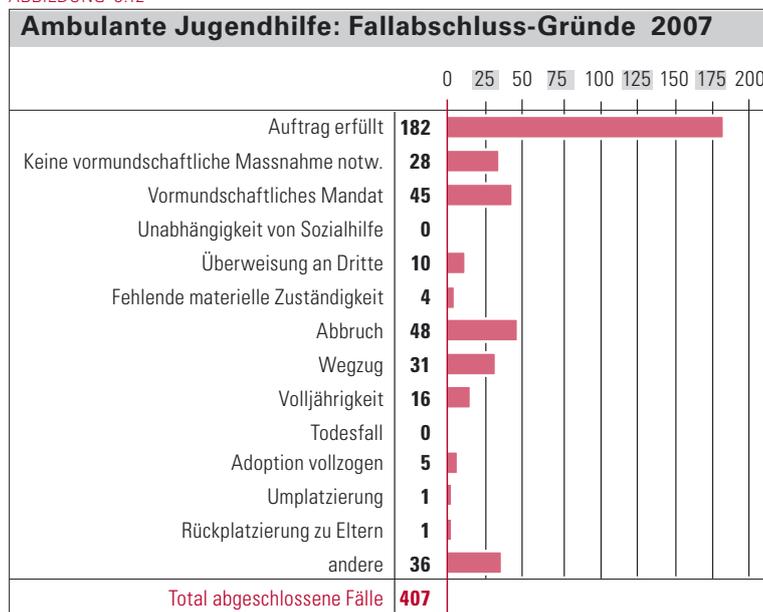
**Zum Zielthema 7:
Platzierungen**

Von den insgesamt 146 Platzierungen im Jahr 2007 werden gegen ein Viertel in ein Wohnheim eingewiesen und knapp ein Fünftel einer Tagesstätte oder -schule zugewiesen. Fünfzehn Prozent werden in einer Pflegefamilie platziert. Andere Lösungen machen jeweils weniger als zehn Prozent aus.

Die Anzahl Platzierungen nimmt um ein Viertel ab. Dies könnte auf den Ausbau der Projekte für Familienbegleitung zurück zu führen sein.

Nach wie vor werden nur vereinzelt Platzierungen in nicht subventionierten oder ausserkantonalen Institutionen durchgeführt.

ABBILDUNG 5.12



Datenquelle: Jugendamt der Stadt Bern, interne Statistik

Stationäre Kinder- und Jugendhilfe

Zielvorgaben	
8 NAG und KINOSCH: Kurzfristige Notaufnahme soll stabilisieren und die Reintegration in die Herkunftsfamilie oder den Eintritt in eine geeignete Nachfolgeeinrichtung vorbereiten.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]
9 Wohngemeinschaft Alpenegg: Junge Mütter werden befähigt, die Sorge für ihr Kind zu übernehmen.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]
10 «Hängebrücke»: Mit festen Tagesstrukturen sollen Kinder und Jugendliche befähigt werden, ihre Schwierigkeiten zu bewältigen, in die Schule zurückzukehren oder andere sinnvolle Perspektiven zu entwickeln.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]

Die «Hängebrücke» figuriert im Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz). Das Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt wird mit Leistungsvertrag direkt durch den Kanton finanziert.

Angebotsstrukturen

Das *Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt* unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien in sozialen, familiären und persönlichen Notlagen und in Belastungssituationen mit stationären Krisenhilfe- und Wohnangeboten, Tagesstruktur und Familienbegleitung.

Im *Kinder- und Jugendheim Schlossmatt* und in der *Wohngemeinschaft Schöneegg* wohnen über 30 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 7 und 20 Jahren, welche in ihrer persönlichen, sozialen und schulischen/beruflichen Entwicklung gefährdet sind und deren Familien nicht genügend Halt bieten können.

In der *Wohngemeinschaft Alpenegg* für Mutter und Kind werden junge Mütter betreut, welche mit der bevorstehenden Geburt ihres Kindes oder mit ihrem Kleinkind überfordert sind. Die Wohngemeinschaft bietet Platz für 4 Frauen mit ihren Kindern. Die Mütter können kürzere Zeit (Geburt und 2 bis 3 Monate danach) oder länger dort bleiben.

Die *Kindernotaufnahmegruppe Kinosch* im Kinder- und Jugendheim Schlossmatt und die *Notaufnahmegruppe für Jugendliche NAG* nehmen Kinder und Jugendliche auf, die akut gefährdet und deren psychische Stabilität und physische Integrität bedroht sind. Kinosch und NAG haben je sechs Plätze. Der Aufenthalt dauert in der Regel nicht länger als 3 Monate. Kinosch ist für Kinder zwischen 7 und 13 Jahren. In der NAG werden Jugendliche ab 14 Jahren aufgenommen.

Die *Familienbegleitung* unterstützt Familien, die mit der Bewältigung des Alltags überfordert sind. Die Intensität und Dauer der Familienbegleitung zur Stärkung der Erziehungsverantwortung richtet sich nach den Bedürfnissen der Familie. 2007 werden rund 25 Familien begleitet.

Die *Tagesstruktur «Hängebrücke»* hat 15 Plätze und richtet sich an Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren, deren Schulabschluss oder Ausbildungsweg gefährdet und deren familiäres und soziales Netz wenig tragfähig ist. Durchschnittlich sechs Monate nehmen die Jugendlichen diese erweiterte Tagesstruktur in Anspruch. Das Angebot umfasst unter anderem Schulunterricht in Kleingruppen, Berufswahl, praktische Tätigkeiten in Werkstatt und Haushalt, Projekte zur Förderung der Lebenskompetenzen oder Familiengespräche.

Asylbereich

Zielvorgaben	
Sicherstellung der Grundbedürfnisse/Existenzsicherung; Beratung; Integrationsmassnahmen. Ziel ist die soziale und berufliche Eingliederung in die Gesellschaft, die finanzielle Selbständigkeit, die Hilfe zur Selbsthilfe	<p>Gesetze, inkl. Verordnungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylgesetz [10] • Ausländergesetz [11] • Kant. Sozialhilfegesetz [3]
11 Finanzielle Unterstützung im Sinne von Existenzsicherung (Grundbedarf und situationsbedingte Leistungen) von sozialhilfeabhängigen Asylsuchenden	<p>Rahmen- und Leistungsverträge Kanton:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützungsbereich, POM • Integrationsbereich, POM und GEF
12 Umfassende und adäquate Beratung/Begleitung in allen Lebenslagen resp. Zuweisung an Fachstellen (Bereiche Wohnen, Gesundheit, Kinder, Familie, Arbeit, Bildung, Tätigkeit, Bewilligungen, allg. Rechtsfragen, allg. Integrationsfragen u. ä).	<p>Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS</p>
13 Tagesstruktur / Bereitstellung von Beschäftigungsprogrammen mit dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen (Wieder-)eingliederung sowie dem Erhalt/der Förderung der Gesundheit und der persönlichen Ressourcen / Integration	

Angebotsstrukturen

Im Juli 2007 sind die Koordinationsstelle Integration und die Asylkoordination zum Kompetenzzentrum Integration zusammengeführt worden. Anlass dafür sind die Revisionen des Asyl- und Ausländergesetzes und die damit verbundene neue Ausrichtung der Bundespolitik auf die Integration der vorläufig Aufgenommenen. Die Angebote des Asylbereichs richten sich einerseits nach den Vorgaben des Kantons und des Bundes, dies hauptsächlich im Bereich der Existenzsicherung. Andererseits bestimmen die städtische Politik sowie der Bedarf der Asylsuchenden die Dienstleistungen, vor allem im Bereich der Integrationsmassnahmen, der Beratung und der Beschäftigungsprogramme. Die Stadt legt Wert auf Integration, Frühförderungsmassnahmen und Tagesstruktur.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 11: Existenzsicherung

Existenzsicherung durch situationsbedingte Leistungen, Integrationsmassnahmen (sozial und beruflich): Mit den Klientinnen und Klienten wird gemäss Unterstützungsweisung ein Finanzplan ausgearbeitet und gegebenenfalls angepasst.

Zu Zielthema 12: Beratung / Begleitung

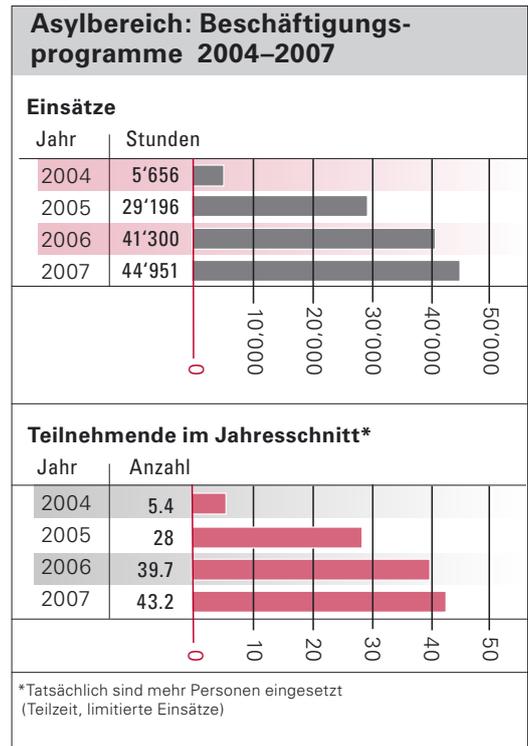
Mit den Klientinnen und Klienten wird ein Ziel- und Massnahmenplan erarbeitet, durchgeführt und periodisch ausgewertet. Die Unterstützung erstreckt sich über alle Lebenslagen. Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe sowie die finanzielle Selbständigkeit.

**Zu Zielthema 13:
Tagesstruktur / Beschäftigungsprogramme
(eigene Programme)**

Das Kompetenzzentrum Integration führt im gemeinnützigen Bereich in Zusammenarbeit mit öffentlichen Organisationen eigene Beschäftigungsprogramme durch. Ziel ist einerseits die berufliche Eingliederung; dafür kann so ein Programm die erste Stufe sein. Andererseits ist ein erheblicher Teil der Asylsuchenden nicht in der Lage, auf Grund ihrer psychischen und physischen Verfassung sowie ihrer Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Diese Personen sollen eine sinnvolle Tagesstruktur erhalten mit dem Ziel des Erhalts/ der Förderung der Gesundheit und der persönlichen Ressourcen.

Im Rahmen der Neuorganisation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme im Asylbereich im Kanton Bern ist seit 2005 die Finanzierung besser. Dadurch ist es der Stadt möglich, kostenneutral zu arbeiten, das Angebot regional anzubieten und auszubauen. Die Angebote sind ein wichtiger Bestandteil der städtischen Asylpolitik.

ABBILDUNG 5.13



Datenquellen: Jahresbericht, Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

Ambulante Sozialhilfe

Zielvorgaben	
14 Sicherung des Existenzminimums für Personen, bei denen alle anderen Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [7]
15 Wiedereingliederung der Personen mit Sozialhilfe durch berufliche und soziale Integrationsmassnahmen. Erste Priorität hat die Integration der Sozialhilfeempfangenden in den ersten Arbeitsmarkt	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [7]
16 Junge Erwachsene: Ablösequote ist höher als bei den übrigen Sozialhilfeempfangenden	Ambulante Sozialhilfe

Angebotsstrukturen

In der Stadt Bern werden die gesetzlichen Aufgaben schweremässig durch die Bereiche Sozialdienst und Inkassodienst wahrgenommen. Die delegierte Sozialhilfe ist vorhergehend erläutert worden.

Die Leistungen des Sozialdienstes umfassen:

- *Information und Vermittlungen:* Die Sozialarbeitenden sichern den Kontakt mit anderen Behörden wie Arbeitslosenkasse, Invalidenversicherung, Ausgleichskassen, Steuerverwaltung, usw. und vermitteln Kontakte zu anderen Institutionen wie Beratungsstellen, Kirchgemeinden, usw.

- *Beratung und Gespräche:* Die Sozialarbeitenden beraten in persönlichen, finanziellen und allgemeinen rechtlichen Fragen. Sie helfen der Klientschaft, Rechte und Ansprüche gegenüber andern Amtsstellen, Arbeitgebenden, Versicherungen usw. wahrzunehmen.
- *Finanzielle Unterstützung:* Wenn alle anderen finanziellen Hilfsquellen wie Versicherungen, Lohn Guthaben, Arbeitslosenkasse und Vermögen ausgeschöpft sind, werden Sozialhilfeleistungen erbracht.

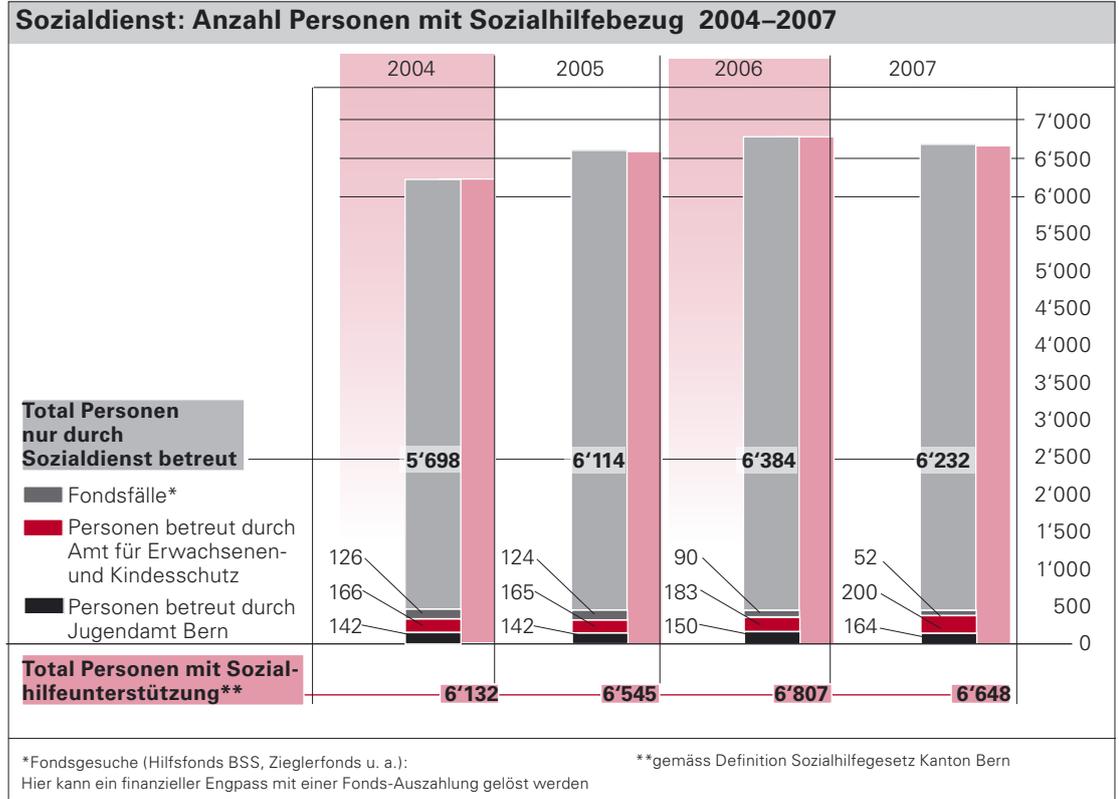
Die personellen Ressourcen im Sozialdienst umfassen 80 Vollzeitstellen, davon werden 25 Prozent beim Intake und 75 Prozent bei den Beratungen eingesetzt.

Strukturdaten

Anzahl Personen mit Sozialhilfebezug

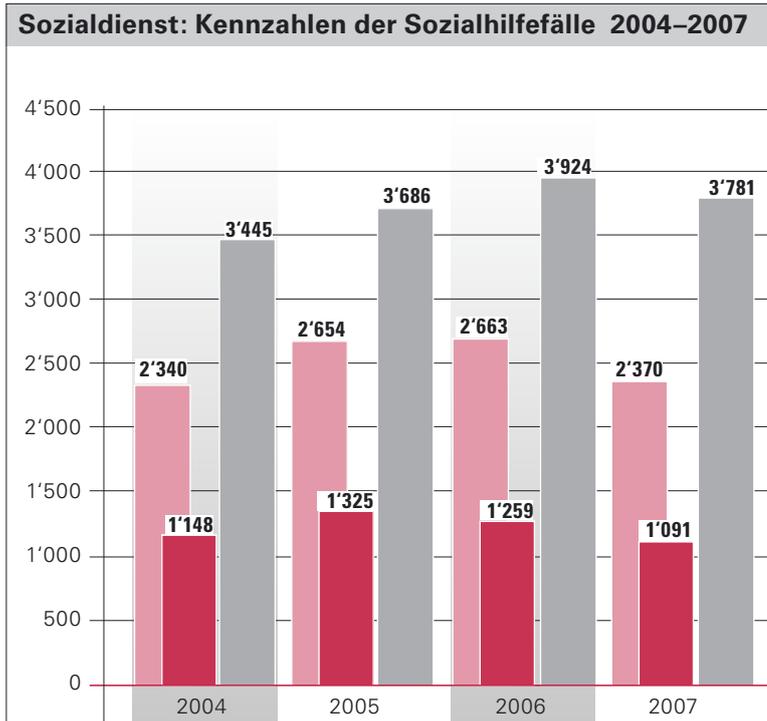
Die Verbesserung der Wirtschaftslage in den letzten Jahren schlägt nun auch im Sozialhilfebereich durch; es ist eine leichte Entspannung spürbar. Auch die verstärkten Anstrengungen im Bereich der beruflichen und sozialen Integration zeigen Wirkung. Weitere Ausführungen zur sozialen Lage finden sich im Kapitel [Strukturdaten](#).

ABBILDUNG 5.14



Datenquelle: Jahresbericht / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 3

ABBILDUNG 5.15

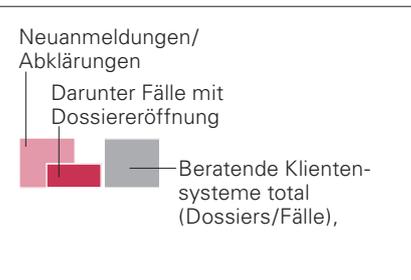


Datenquelle: Jahresbericht / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthemen 14–16:

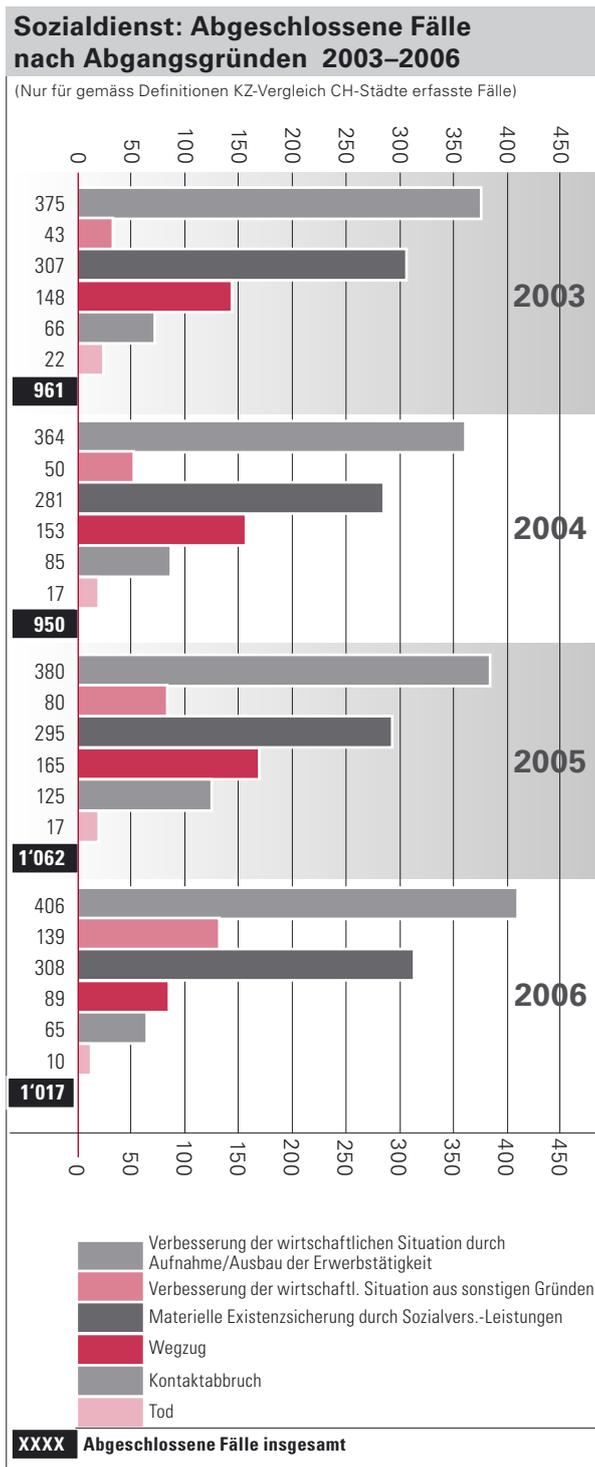
Die Sozialhilfequote ist von 5.3 Prozent (2006) auf 5.1 Prozent (2007) zurückgegangen. Erfreulicherweise hat der Anteil an jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe ebenfalls abgenommen (um knapp 13 Prozent, was 93 Personen entspricht). Zahlen zu der Ablösequote junger Erwachsener: [Seite 94](#)



**Zu Zielthemen 14 und 15:
Zugänge und Anzahl Fälle beim Sozialdienst**

Pro Jahr werden zwischen 2'200 und 2'600 Anträge auf Sozialhilfe gestellt. Dabei wird bei rund 45 Prozent der Gesuche ein neuer Fall eröffnet. Bei rund einem Viertel dieser eröffneten Fälle handelt es sich um Personen, die schon früher einmal Sozialhilfe in Bern bezogen haben.

ABBILDUNG 5.16



Schutz und Unterstützung

Datenquelle: Jahresbericht / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

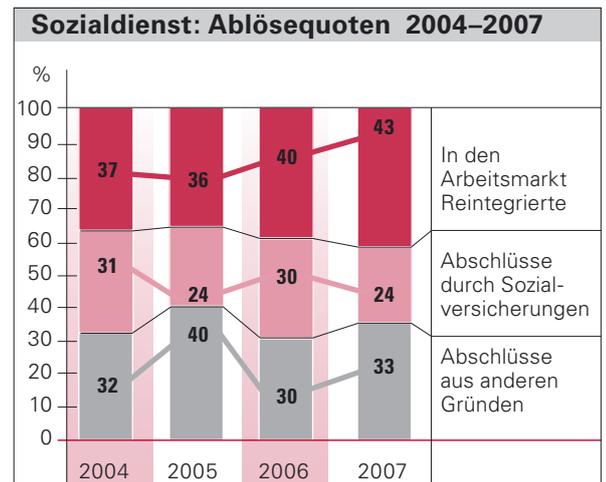
Die Zahl der Antragsabklärungen durch das Intake ist 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent zurückgegangen. Erstmals ist gegenüber dem Vorjahr eine Fallabnahme zu verzeichnen. Zudem sind mehr Fälle vom Sozialdienst abgelöst worden, was zu einem niedrigeren Fallbestand geführt hat (insgesamt drei Prozent unter dem Vorjahresniveau).

Zu Zielthema 15: Ablösegründe

Seit 2005 werden jährlich rund 1'000 Personen vom Sozialdienst abgelöst. Im Jahre 2007 sind es 1'101. Insgesamt werden 2007 im Verhältnis zum Total an Dossiers 30 Prozent abgelöst, was einer Verbesserung von drei Prozent entspricht.

Die wichtigsten Ablösungsgründe sind «Erwerbstätigkeit», «Sozialversicherungen» und «sonstige wirtschaftliche Verbesserung». Im Kennzahlenbericht der Stadt werden diese drei wichtigsten Gründe jährlich ausgewiesen. Es zeigt sich folgende Entwicklung:

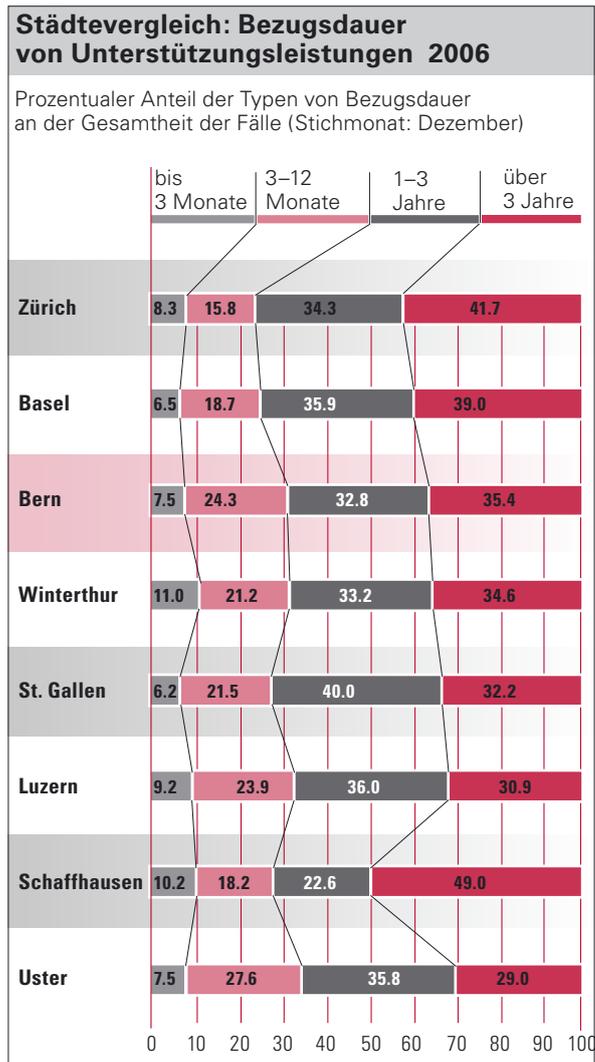
ABBILDUNG 5.17



Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

Die Ablösequote «Reintegrierte in den Arbeitsmarkt» kann 2007 gegenüber dem Vorjahr auf 43 Prozent aller abgeschlossenen Fälle verbessert werden. Dennoch verbleiben die Fälle nach wie vor länger in der Sozialhilfe. Bei mehr als einem Drittel aller Fälle handelt es sich um Langzeit-Arbeitslose mit schlechter beruflicher Qualifikation. Tendenziell können in den letzten zehn Jahren mehr Fälle infolge Erwerbstätigkeit abgelöst werden, gleichzeitig weniger infolge der Existenzsicherung durch Leistungen der Sozialversicherungen.

ABBILDUNG 5.18



Datenquelle: Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten Berichtsjahr 2006 / S.14

Zu Zielthema 15: Verteilung der Bezugsdauer

Eine durchschnittlich schnellere Ablösung vom Sozialdienst ist nach wie vor nicht realisiert. Der Bestand an Langzeitfällen im niederschweligen Bereich ist unverändert hoch. Rund ein Drittel der Fälle wird länger als drei Jahre unterstützt. Dies zeigt, dass Klientinnen und Klienten dieser Gruppe auch in einem wirtschaftlich positiven Umfeld schlecht abgelöst werden können. Hier sind beispielsweise auch die sogenannten «Sozialrentner / Sozialrentnerinnen» zu finden. Als Folge der strukturellen Veränderungen im Arbeitsmarkt gibt es zuwenig Stellen für schlecht ausgebildete Personen.

¹Zuschüsse nach Dekret sind eine besondere Sozialhilfeleistung, die Rentnerinnen und Rentner gestützt auf das kantonale Dekret vom 16. Februar 1971 (866.1) beziehen können. Sie gelangen subsidiär zu den Ergänzungsleistungen zur Ausrichtung. Es handelt sich in gewisser Weise um eine Ergänzungsleistung zu den Ergänzungsleistungen

Beiträge zur Existenzsicherung und Heimfinanzierung für Rentnerinnen und Rentner

Zielvorgabe

17 Sicherung des Existenzminimums für Rentnerinnen und Rentner

Aufgabe jeder Gemeinde

Angebotsstrukturen

Nach dem Grundsatz der sozialen Sicherheit soll jedem Einwohner und jeder Einwohnerin der Lebensunterhalt angemessen gewährleistet werden. Ergänzungsleistungen schliessen finanzielle Lücken, falls die Renten der Sozialversicherungen das Existenzminimum nicht decken. Das Alters- und Versicherungsamt (AVA) strebt die Sicherung des Existenzminimums der Stadtberner Rentnerinnen und Rentner an.

Verfügen Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, um die Heimrechnungen zu bezahlen, haben sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Sie reichen aus, um den Heimaufenthalt, die Krankenkassenprämie, sowie gewisse persönliche Auslagen zu finanzieren. Ein allfällig vorhandenes Vermögen wird dabei ebenfalls berücksichtigt. Ein Teil davon muss für die Finanzierung des Heimaufenthaltes ausgegeben werden.

Bei einem Aufenthalt in einem privaten Heim können trotz Ergänzungsleistungen Finanzierungslücken entstehen. Das AVA hat daher mit verschiedenen privaten Heimen Tarifverträge abgeschlossen. Der bei der Bemessung der Ergänzungsleistungen nicht berücksichtigte Teil der Tagesansätze wird in diesen Heimen über Zuschüsse nach Dekret¹ finanziert. Damit soll allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation der Aufenthalt in einem einfachen und zweckmässigen privaten Heim ermöglicht werden.

Leistungen nach Zielvorgabe

Zu Zielthema 17: Anzahl Personen

TABELLE 5.IV

	2006	2007
Ergänzungsleistungen Existenzsicherung zur IV	2'296	2'283
Ergänzungsleistungen Existenzsicherung zur AHV	2'792	2'838
Ergänzungsleistungen Finanzierung Heimaufenthalt	1'287	1'260
Zuschüsse nach Dekret Finanzierung Aufenthalt private Heime	117	151
Anzahl private Heime mit einem Tarifvertrag	24	26

Datenquelle: Alters- und Versicherungsamt der Stadt Bern, Interne Statistik

Die Anzahl Personen, welche zur Existenzsicherung oder zur Heimfinanzierung auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, hat sich kaum verändert. Die Zunahme der Zuschüsse zur Finanzierung von Aufenthalten in

privaten Heimen ist die Folge der eher knappen Zahl an öffentlichen Heimplätzen und der systematischen Zusammenarbeit mit den privaten Heimen.

Wohn- und Obdachlosenhilfe

Zielvorgaben	
18 Jede Person hat bei Notlagen Anspruch auf ein Obdach.	Konzept Obdach 2001 [4]
19 Obdachlosigkeit ist durch präventive Massnahmen möglichst zu verhindern.	Konzept Obdach 2001 [4]
20 Oberstes Ziel: Reintegration in Wohnfähigkeit, Vermittlung sozialer Netze und Wiedereingliederung in die Arbeitswelt.	Konzept Obdach 2001 [4]
21 Ziel ist, nicht mehr Notschlafbetten anzubieten, sondern Institutionen für betreutes Wohnen und Angebote für begleitetes Wohnen mit Beratung zur Förderung der Selbständigkeit.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [7]
22 Personen mit beeinträchtigter Wohnkompetenz können möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben. Bei Risikopersonen, die nicht bei anderen Institutionen vernetzt werden können, werden Kontrollkontakte durchgeführt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [7]

Angebotsstrukturen

Menschen mit Wohnproblemen, insbesondere obdachlose Personen, werden beraten und betreut. Es gibt folgende Wohnangebote.

Niederschwelliges Wohnen: notschlafstellenähnliche Einrichtungen (Mehrbettzimmer) mit minimaler Betreuung.

Begleitetes Wohnen: Die Klienten und Klientinnen wohnen in eigenen oder durch den Verein untervermieteten Wohnungen. Die Klientinnen und Klienten werden nur sporadisch begleitet.

Betreutes Wohnen: Nahezu 24-stündige Betreuung pro Tag bis hin zur Medikamentenabgabe und zwei warmen Mahlzeiten täglich, in Einer- oder Zweier-Zimmern.

Notbettangebot: Das Notbettangebot (professionelles Betreuungsangebot) an der Hodlerstrasse ist den Drogenkonsumierenden seit 2003 jeweils von November bis Februar zur Verfügung gestanden. Es ist im Frühling 2007 mangels Nachfrage geschlossen worden.

Es bestehen mit mehreren Institutionen mehrjährige Leistungsverträge. (Tabelle 5.V)

TABELLE 5.V

Mit diesen Institutionen bestehen mehrjährige Leistungsverträge		
Institution	Angebot	Plätze/Kriterien
Verein Speiseanstalt der Unteren Stadt («Spysi»)	günstige Mittagsverpflegung	
Heilsarmee D.H.Q. Bern	niederschwelliges und begleitetes Wohnen	43 Plätze Passantenheim (niederschwellig) 31 Wohnungen/Plätze (begleitetes Wohnen)
Verein Obdach Bern ¹	begleitetes Wohnen	75 Wohnungen/Plätze für Personen aus der Stadt Bern
Verein Aktion Bettwärme ¹	betreutes Wohnen	42 Plätze
Verein Wohn- und Lebensgemeinschaften in der Stadt und Region Bern	betreutes Wohnen	12 Plätze Frauenwohngemeinschaft 7 Plätze Schwandengut Für Personen aus der Stadt und Region Bern
Wohngemeinschaft Albatros ² (1-jähriger Leistungsvertrag)	betreutes Wohnen	11 Plätze für Drogenkonsumierende

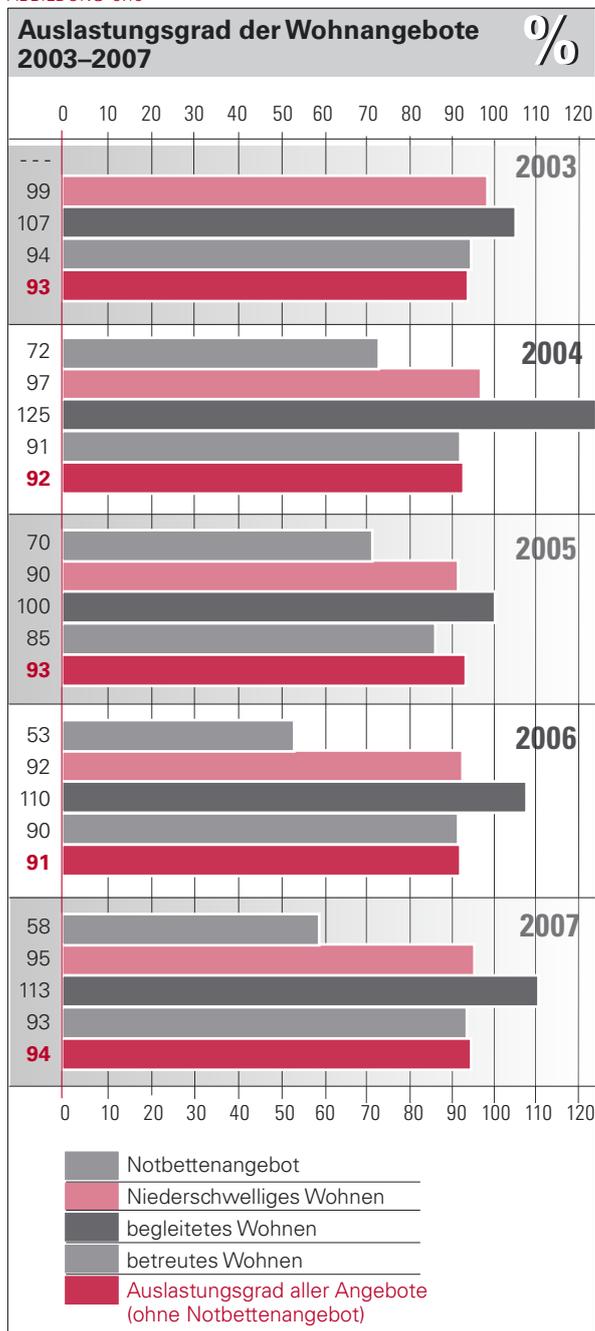
¹ Der Verein Obdach Bern und der Verein Aktion Bettwärme haben sich per 1. Januar 2008 zu «Wohnen Bern» (betreutes und begleitetes Wohnen) zusammengeschlossen.

² Ab 2008 besteht ebenfalls ein 2-jähriger Leistungsvertrag.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 18: Auslastungsgrad der Wohnangebote

ABBILDUNG 5.19



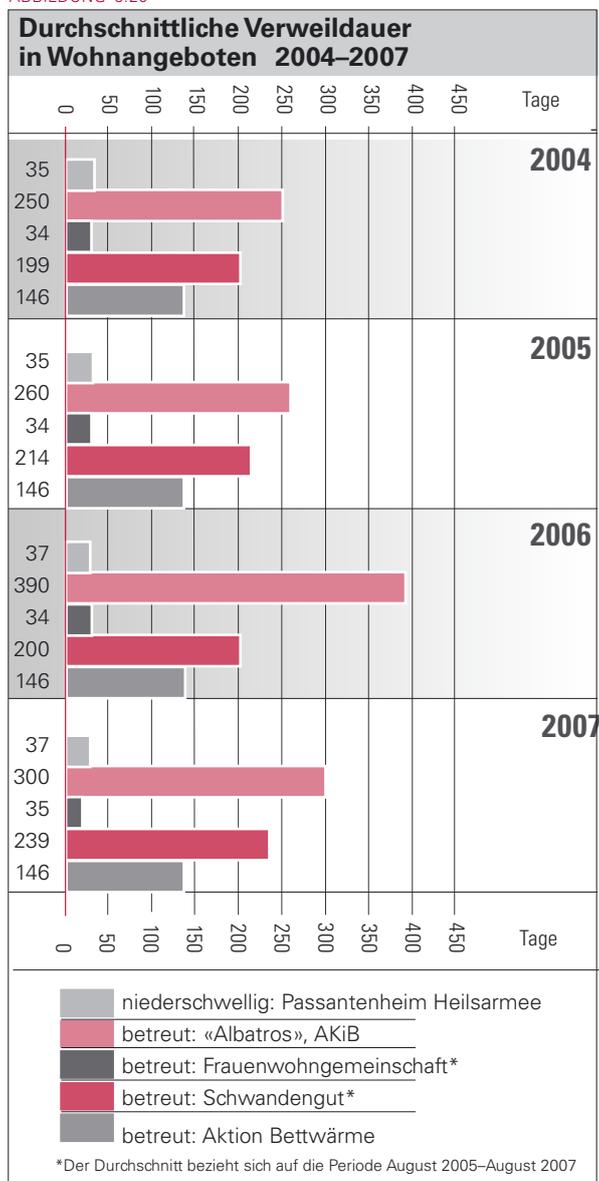
Datenquellen: Jahresbericht / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

Der Auslastungsgrad des Notbettenangebots ist 2006 gegenüber dem Vorjahr gesunken, da die Institutionen gezwungen sind, (noch) niederschwelligere Angebote bereitzustellen. Diese Umsetzung bedingt eine gewisse Vorlaufzeit, welche 2007 durch einen leichten Anstieg aufgefangen werden kann.

Das Notbettenangebot ist bis Winter 2006/2007 zur Verfügung gestanden und seit Frühling 2007 geschlossen.

Zu Zielthema 18, 20 und 21: Durchschnittliche Verweildauer

ABBILDUNG 5.20



*Der Durchschnitt bezieht sich auf die Periode August 2005–August 2007

Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

Zu ergänzen ist die durchschnittliche Verweildauer in den begleiteten Wohnangeboten der Heilsarmee, wie in jenen von Obdach Bern: Sie beträgt in beiden durchschnittlich 18 Monate. Längerfristig können diese 18 Monate allerdings nicht mehr eingehalten werden.

In den Obdachloseneinrichtungen steigt der Betreuungsbedarf weiter an. Die Probleme der Betroffenen nehmen weiter zu. Schätzungsweise 30 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner in den einzelnen Institutionen werden nicht in ein selbständiges Wohnen abgelöst werden können. Grundsätzlich leben die Personen länger als vorgesehen in einer Institution. Dadurch werden die Institutionen zu wohnheimähnlichen Betrieben. Die

Infrastruktur genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Aufgrund des Bedarfs muss die Begleitung in der eigenen Wohnung ausgebaut werden. Das Mieten von Wohnungen ist schwierig, da die Liegenschaftsverwaltungen immer häufiger Mietzinsdepots verlangen oder gar keine Wohnungen für Sozialhilfebeziehende vermieten wollen. Im betreuten Wohnen sind die verschiedenen kleinen Einheiten längerfristig zusammenzufassen.

Pinto, Hilfsangebote für Personen, die vorwiegend im öffentlichen Raum leben

Zielvorgaben
23 Sozialarbeit im öffentlichen Raum: Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, die sich vorzugsweise im öffentlichen Raum aufhalten.
Konzept Pinto, 2007 [6]
24 Suchtmittelabhängigkeit und «Chronifizierung» des Gassen-Aufenthaltes von Jugendlichen vorbeugen
Konzept Pinto, 2007 [6]

Angebotsstrukturen

Pinto ist eine mobile Interventionsgruppe im öffentlichen Raum. Sie kombiniert aufsuchende Sozialarbeit mit Ordnungsdienst und hat die Aufgabe den öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen offen zu halten. Sie fördert rücksichtsvolles Verhalten und hilft als Triagestelle Menschen mit sozialen Problemen. Pinto ist dem Jugendamt angegliedert.

Mit dem Ziel, das Sicherheitsgefühl in der Stadt Bern zu erhöhen, werden in enger Absprache und Koordination mit der Polizei im öffentlichen Raum Toleranz und Koexistenz von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert. Störendes Verhalten wird mit verschiedenen sozial- und ordnungsdienstlichen Interventionen auf ein tolerierbares Mass reduziert. Bei allen Menschen und insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche sich vorwiegend oder oft im öffentlichen Raum aufhalten, wird mit gezielten niederschweligen Interventionen der Gefahr der Suchtmittelabhängigkeit und der «Chronifizierung» des Aufenthalts auf der Gasse vorgebeugt.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 23

Das Einsatzgebiet von Pinto ist hauptsächlich der Stadtteil I Innere Stadt. Auf Grund von konkreten Meldungen oder Problemlagen sind Einsätze auch in Aussenquartieren möglich. Die Mitarbeitenden sind in der Regel zu Fuss unterwegs. Sie intervenieren mittels Kommunikation. Der Stellenetat von Pinto beträgt 580 Stellenprozente.

Zielgruppen sind die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Raums. Schwergewichtig sind es Personengruppen, die durch störendes Verhalten (z. B. Rauschtrinken, illegalen Drogenkonsum, Littering, Schreien, Versperren von Durchgängen, Anpöbeln, aggressives Betteln) oder durch Verwahrlosung (Obdachlosigkeit, Suchtmittelkonsum, usw.) auffallen. Eine weitere wichtige Zielgruppe sind Jugendliche, die zwar sozial integriert sind, sich aber häufig in Gruppen auf der Gasse aufhalten und zum Teil durch störendes Verhalten auffallen oder einen problematischen Alkoholkonsum haben.

Zu Zielthemen 23 und 24

2007 intervenierte Pinto im öffentlichen Raum zwischen Mai und Dezember 2'515 Mal ordnungsdienstlich und 2'154 Mal sozial.

Zu Zielthema 24

Pinto will Menschen von der Gasse wegführen. Die genannten Zielgruppen werden aktiv angesprochen und bei der Suche nach neuen Perspektiven und der (Re-)Integration in gesellschaftliche Strukturen (Ausbildung, Arbeit, Wohnen usw.) unterstützt. Pinto übernimmt dabei die Funktion einer Triage- und Kriseninterventionsstelle. Pinto führt keine Fälle, sondern vermittelt an zuständige Stellen. Bei gefährdeten Jugendlichen unter 16 Jahren werden je nach Situation verbindliche Massnahmen getroffen (Meldung an die Eltern, Gefährdungsmeldung, Beizug der Polizei).

«Xenia» Beratungsstelle für Frauen aus dem Sexgewerbe

Zielvorgabe
25 Die Informations- und Beratungsarbeit des Vereins Xenia bezweckt: Vorbeugung mit dem Ziel, gesundheitliche Eigen- oder Fremdgefährdung zu verhindern. Anstreben einer Existenz ohne Abhängigkeitsverhältnisse für besonders benachteiligte Frauen im Sexgewerbe. Planung und Unterstützung von beruflichen Um- und Ausstiegsmöglichkeiten.
Leistungsvertrag Verein Xenia

Angebotsstrukturen

Der Verein Xenia wird von der Stadt mitfinanziert und führt eine Beratungsstelle für Frauen aus dem Sexgewerbe. In der Xenia arbeiten drei festangestellte Frauen mit insgesamt 190 Stellenprozenten. Im Aids-Präventionsprojekt sind stundenweise fünf Mediatorinnen engagiert. Mit psychosozialer Beratung, aufsuchender Gassen- und Salonarbeit sowie Informationsangeboten sollen die Frauen befähigt werden, ihr Leben ohne Eigen- und Fremdgefährdung zu gestalten und mindestens schrittweise Berufsperspektiven ausserhalb des Sexgewerbes zu entwickeln. Die Dienstleistungen richten sich in erster Linie an Frauen in besonders benachteiligter Lebenssituation.

Leistungen nach Zielvorgabe

Zu Zielthema 25: Anzahl Beratungen

Im Jahr 2007 führt Xenia 1'819 persönliche oder telefonische Beratungsgespräche durch (2006: 2'176), davon 513 auf der Gasse, in Salons und Wohnungen (2006: 685). Xenia führt 113 Dossiers für Frauen mit komplexen Problemstellungen (2006: 114). Im Rahmen des AIDS-Präventionsangebots haben über 1'186 Kontakte mit Sexarbeiterinnen in der Stadt Bern stattgefunden (2006: 1'100).

Durchschnittliche Anzahl Beratungen pro Monat für Frauen aus dem Sexgewerbe (durch den Verein Xenia):

TABELLE 5.VI

Jahr	2004	2005	2006	2007
Beratungen	194	190	180	152

Datenquelle: Jahresbericht / PGR / BSS / Band 2

Der Konkurrenzdruck im Sexgewerbe hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Sexarbeiterinnen mit illegalem Aufenthaltsstatus, ohne finanzielle Ressourcen und geringen Kenntnissen der lokalen Sprache und Kultur geraten häufig in prekäre Abhängigkeitsverhältnisse. Die regelmässige Präsenz von Mitarbeiterinnen des Vereins Xenia auf der Gasse, in den Salons und Nachtclubs hat auch im Bereich Menschenhandel eine präventive Wirkung.

Die Tendenz, dass Sexarbeit zunehmend privat und weniger in Salons, Bars und Nachtclubs angeboten wird, erschwert den Mitarbeiterinnen der Xenia den Zugang zu den Sexarbeiterinnen. In Zukunft wird die aufsuchende Arbeit verstärkt werden müssen.

Inkassodienst des Sozialamts

Zielvorgaben

26 Alimentenwesen: Aufgrund des kantonalen Gesetzes über die Alimentenbevorschussung (GIB) hat jede Gläubigerperson auf Gesuch hin Anspruch auf die Bevorschussung von laufenden Alimenten, die vom Zahlungspflichtigen nicht entrichtet werden.

27 Inkassoführung: Jeder Sozialhilfefall wird effizient bearbeitet, berechnete Unterhalts-, Verwandten- und Elternbeiträge werden einkassiert. Ein Höchstmass an Einnahmen (Rückerstattungen) wird angestrebt.

Angebotsstrukturen

Alle erwachsenen Personen mit Wohnsitz in der Gemeinde Bern können folgende Dienstleistungen beanspruchen:

- Alimentenbevorschussung und Alimentenvermittlung (Inkassohilfe)
- Hilfe bei Inkassofragen im Zusammenhang mit dem Sozialhilfegesetz (z. B. Rückerstattungen, Verwandtenunterstützung usw.)

ABBILDUNG 5.20



Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

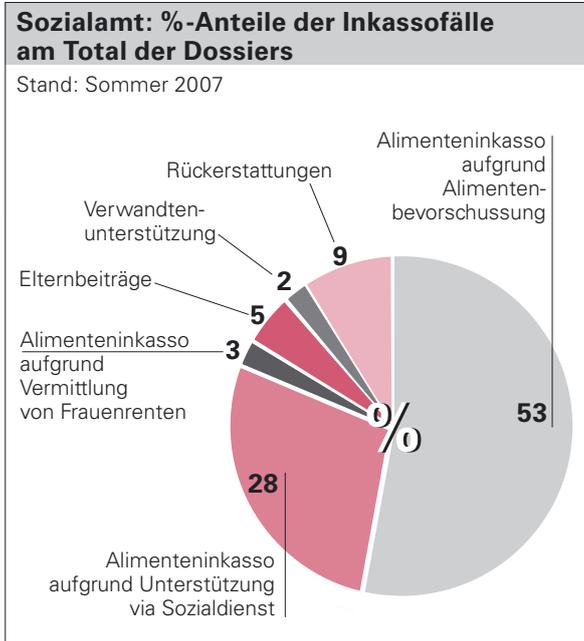
Die Ressourcen- und Aufgabenverteilung im Inkassodienst/ Zentralsekretariat umfasst insgesamt 1'280 Stellenprozente (verteilt auf 14 Mitarbeitende).

Für die Fallführung, das heisst die Bearbeitung der Sozialhilfefälle, ist der Sozialdienst zuständig und verantwortlich (Siehe: [Ambulante Sozialhilfe](#)).

Leistungen nach Zielvorgaben

**Zu den Zielthemen 26 und 27:
Anzahl Inkassofälle / Total Dossiers
(Alimentenwesen und Inkassoführung
im Bereich der Sozialhilfe)**

ABBILDUNG 5.21



Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

Die Inkassofälle nehmen seit 2003 kontinuierlich pro Jahr um rund 100 Fälle zu und betragen 2007 2'937 Fälle. Davon können in den Jahren 2005 und 2006 jeweils rund 160, 2007 rund 240 Fälle abgeschlossen werden.

Zu Zielthema 26: Alimentenbevorschussung und Alimenteninkassi

Die Anzahl Alimente, die auf Gesuch hin bevorschusst werden müssen, haben aufgrund einer Praxisänderung des Kantons Bern im Jahr 2006 (Bevorschussung in der Regel nur noch bis zur Volljährigkeit) leicht abgenommen: Im Dezember 2005 sind für 811 Kinder Alimentenbevorschussungen ausbezahlt worden; im Dezember 2006 sind es 801 und im Dezember 2007 748 Bevorschussungen.

Zu Zielthema 26: Inkassoquote im Bereich der Alimentenbevorschussung

Anteil einkassierte Unterhaltsbeiträge am Gesamt der Bevorschussungen: Gut die Hälfte der bevorschussten Gelder wird von den Zahlungspflichtigen zurückerstattet. Nach wie vor kann ein grosser Teil der Zahlungspflichtigen nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren und so der Verpflichtung nicht (vollumfänglich) nachkommen. Mehr als die Hälfte dieser Zahlungspflichtigen erwirtschaftet ein zu tiefes Einkommen oder wird von einem Sozialdienst unterstützt; rund ein Viertel ist unbekanntes Aufenthaltes im In- oder Ausland.

Zum Zielthema 27: Inkassoführung im Bereich der Sozialhilfe

Sozialhilfeleistungen sind grundsätzlich rückerstattungs-pflichtig. In Härtefällen oder aus Billigkeitsgründen kann ganz oder teilweise auf eine Rückerstattung verzichtet werden. Die Rückerstattung ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Bern (SHG) geregelt. Der Inkassodienst bearbeitet entsprechende Rückerstattungs-forderungen des Sozialdiensts.

Fachfazit

Die Stadt verfügt über ein bedarfsgerechtes Grundangebot, welches allen Einwohnerinnen und Einwohnern, die gefährdet oder in Not sind, Schutz und die nötige Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Diese Unterstützung erfolgt bei ausgewiesener Notlage und fordert verbindlich die Wahrnehmung von Eigenverantwortung. Im Bereich der erwachsenen- und kinderschutzberechtigten Massnahmen sind die Fälle in den letzten Jahren stetig angestiegen, in allen andern Bereichen ist die Fallzahl auf hohem Niveau stabil geblieben – in bestimmten Bereichen ist sie sogar rückläufig (z. B. in der Sozialhilfe und im Asylbereich). Komplexität und Schwierigkeit der Fälle haben dagegen in allen Bereichen zugenommen.

Kinder und Jugendliche

Die Angebote der Ambulanten Jugendhilfe und des Kompetenzzentrums Jugend und Familie (vormals: Stationäre Jugendhilfe) decken grundsätzlich den bestehenden Bedarf. Beim Kompetenzzentrum Jugend und Familie sind in Zusammenarbeit mit dem Kanton neue, flexiblere Konzepte der Betreuung, Beratung und Familienbegleitung umgesetzt worden.

Öffentlicher Raum

Die Probleme im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit übermässigem Alkoholkonsum, Vandalismus, Littering und Gewalt nehmen zu. Kreative, den Zielgruppen angepasste und verbindliche Interventionen im öffentlichen Raum gewinnen an Bedeutung. Das städtische Angebot Pinto bewährt sich, seine (personelle) Ressourcen sind aber beschränkt.

Rentnerinnen und Rentner

Bei Rentnerinnen und Rentnern (AHV und IV Renten beziehende Personen) ist die soziale Existenzsicherung und / oder die Finanzierung eines Heimaufenthaltes – über die Ergänzungsleistungen und Zuschüsse nach Dekret – gewährleistet.

Personen, die vom Sozialamt unterstützt werden

In der Sozialhilfe zeigen die Anstrengungen zur beruflichen und sozialen Integration Wirkung. Bei den Jugendlichen und bei Personen ohne berufliche Ausbildung sind die heutigen Angebote auch in der Zukunft sicherzustellen, die Nachfrage ist immer noch hoch. Auf der anderen Seite betreut der Sozialdienst eine Gruppe von Personen, welche nicht mehr (oder nur beschränkt) in den Arbeitsprozess integriert werden kann. Für diese sind mehr Angebote im Bereich der sozialen Integration nötig. Die Etablierung einer sinnvollen Tagesstruktur steht hier im Vordergrund, eine berufliche Reintegration ist wenig wahrscheinlich.

Die Sozialhilfe hat zum Ziel, Armutsrisiken frühzeitig zu erkennen und die Existenzsicherung und Integration mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen. Diese Aufgabe ist zwingend verbunden mit einer adäquaten Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen und gegebenenfalls mit der Anordnung und Durchsetzung von Sanktionen. Im Jahr 2007 hat der Gemeinderat diesbezüglich ein Grundsatzpapier beschlossen und in der Folge einen mittel- und langfristigen Massnahmenplan erlassen, der konsequent umgesetzt wird.

Die Evaluation des Obdachlosenkonzpts 2001 bestätigt das bisherige Angebotskonzept, insbesondere die bestehende Vernetzung zwischen Obdachlosen- und Drogenbereich. Das Angebot im betreuten Wohnen ist knapp, es besteht ein Mangel an niederschweligen Wohnangeboten. In diesem Bereich wird deshalb eine zusätzliche Liegenschaft als nötig erachtet.

Integration Asylbereich

Der Asylbereich erlebt auf Grund der Umsetzung der revidierten Asyl- und Ausländergesetze ab 2008 eine Neuausrichtung: es gilt das Primat der Integrationsförderung. Dies eröffnet der Stadt neue Möglichkeiten und ist mit Auflagen bei der Massnahmenplanung und -durchführung verbunden. Erste Schritte wurden bereits 2007 geplant und teilweise eingeleitet; so konnten die Tagesstruktur- und Beschäftigungsprogramme ausgebaut werden.

Ausblick

- Im Bereich der Jugendhilfe sind sowohl städtische wie kantonale Organisationen und Trägerschaften tätig, was eine Verstärkung der Zusammenarbeit, der Koordination und ein klares Case Management erfordert.
- Die Information der Bevölkerung über Instrumente und Angebote im Kindes- und Jugendschutz sind zu verbessern, um Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen.
- Die Verbesserung der Situation im öffentlichen Raum erfordert ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure (Sicherheit, Planung und Bau, Soziales) und kreative Projekte, welche Verbindlichkeit und den Miteinbezug der Betroffenen fokussieren.
- Die berufliche und soziale Integration der jugendlichen Sozialhilfebeziehenden und von Personen ohne berufliche Qualifikation bleibt auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe. Präventive Massnahmen und frühzeitiges Erkennen der Problemstellung sind zu forcieren. Ziel bei diesen Gruppen von Sozialhilfebeziehenden ist der Abschluss einer Ausbildung, um die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Zu verstärken sind Massnahmen zur sozialen Integration jener Gruppe von Personen, die nicht mehr – oder nur beschränkt – in den Arbeitsprozess integrierbar sind.
- Der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft kommt bei vermehrt angestrebten Integration von (jugendlichen wie älteren) Sozialhilfeempfangenden weiterhin ein hoher Stellenwert zu.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist bei der Bekämpfung des Armutsrisikos von Kindern zu setzen. Grössere Familien und vor allem Haushalte von Alleinerziehenden weisen ein deutlich höheres Armutsrisiko auf. Hier sind Verbesserungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen zu prüfen und voranzutreiben.
- Es besteht ein Bedarf an mietzinsgünstigen Wohnungen für die Gruppe von Einwohnerinnen und Einwohnern mit klein(st)en Einkommen (Sozialhilfebeziehende, Asylsuchende, Personen mit Ergänzungsleistungen). Diesem Bedarf hat die städtische Wohnbaupolitik in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.
- In der künftigen Obdachlosenpolitik ist mehr Gewicht auf den Einbezug der Regionsgemeinden zu legen, um die städtischen Angebote zu entlasten und die (Herkunfts-) Gemeinden in die Verantwortung mit einzubeziehen.

- Der im Asylbereich vom Kanton erteilte Integrationsauftrag an die Gemeinden ermöglicht eine Ausweitung der Beratungs- und Begleitungsangebote. Aufgrund der neuen Bundespolitik verschiebt sich der Massnahmenswerpunkt in Richtung berufliche Integration. Tagesstrukturprogramme zur Förderung der sozialen Integration sind parallel dazu aufrechtzuerhalten.
- Der Fokus ist noch stärker auf einen massgeschneiderten Lernplan der Teilnehmenden im Asylbereich zu legen.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- | | |
|------|--|
| [1] | Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
www.admin.ch/ch/d/sr/2/210.de.pdf |
| [2] | Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG).
www.sta.be.ch/belex/d/8/860_1.html |
| [3] | Alimentenbevorschussung
www.portal-stat.admin.ch/soz-inventar-2002/fr/cantons/BE-3-1.pdf |
| [4] | Konzept Obdach 2001
www.bern.ch/online/aktuell_ptk_sta/2001/12/2380 |
| [5] | Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt
www.bern.ch/leben_in_bern/gesundheit/juhi/komp_ju_fa |
| [6] | PINTO – Prävention, Intervention, Toleranz
www.bern.ch/leben_in_bern/sicherheit/sicherheit/pinto/bernartikelblock.2007-09-05.1527544244/ |
| [7] | Jahresberichte. Produktgruppen-Rechnung, Band 2, BSS
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2 |
| [8] | Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG)
www.admin.ch/ch/d/sr/3/312.5.de.pdf |
| [9] | Ambulante Jugendhilfe
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga/jugendhilfe/ |
| [10] | Asylgesetz (AsylG)
www.admin.ch/ch/d/sr/1/142.31.de.pdf |
| [11] | Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)
www.admin.ch/ch/d/ff/2005/7365.pdf |
| [12] | Verfassung des Kantons Bern
www.admin.ch/ch/d/sr/131_212/a1.html |

Handlungsfeld **6** Integration und Partizipation

Leitziel

Neue Begegnungs- Zusammenarbeits- und Mitwirkungsformen aller Bevölkerungsgruppen sind etabliert.

Teilstrategien

Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 1999 [4]

Part – Jugendpolitisches Konzept 2002 [7]

Alterskonzept 2000 [1]

Konzept für eine kindergerechte Stadt; Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen 1999 [2]

Bildungsstrategie [3]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	110
Definitionen	110
Quartier und Wohnumfeld	110
Migrantinnen- und Migranten-/ Ausländerinnen- und Ausländer-Spezifisches	113
Alter und Generationenübergreifendes	114
Kinder- und Jugend-Spezifisches	115
Fachfazit	117
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	118
Literaturverzeichnis	118

Einleitung

Integrations- und Partizipationsaufgaben sind Querschnittsaufgaben und werden vielschichtig von verschiedenen Dienststellen in der Stadtverwaltung wahrgenommen. Ziel ist, zu erreichen, dass Menschen – besonders auch die Migrationsbevölkerung – sich in ihrem Umfeld, am Arbeitsplatz oder in der Schule wohl fühlen, akzeptiert sind, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Die Inhalte dieses Kapitels zeigen auf, wo Integration und Partizipation in der BSS zentrale Themen sind und welche Daten Aussagen über den Grad der Zielerreichung ermöglichen. Es bestehen zahlreiche Schnittstellen zu Angeboten und Massnahmen, welche besonders für ältere Menschen, Kinder oder weitere Personengruppen bereit stehen. Deshalb finden sich auch in anderen Handlungsfeldern spezifische Informationen zu diesen Themen (zum Beispiel Soziales, Asylbereich, Volksschule, Gesundheit, Sport, usw.).

Definitionen

Integration im Sinne der städtischen Politik ermöglicht den Menschen, sich selbst und andere zu integrieren. Alle Individuen und sozialen Gruppen sind ungeachtet ihrer Herkunft grundsätzlich integrationsfähig. Integrationsarbeit anerkennt, fordert und nutzt die individuellen und kollektiven Erfahrungen und Fähigkeiten der Migrationsbevölkerung. Ebenso berücksichtigt sie die Bedürfnisse und Fähigkeiten der einheimischen Bevölkerung. Integration ist ein Prozess, der kontinuierlich auf neue Gegebenheiten eingeht.

Als *Migrantinnen und Migranten* werden Menschen bezeichnet, die nicht im jeweiligen Aufenthaltsland geboren worden sind, sowie deren Nachkommen, die auch als «Menschen mit Migrationshintergrund» bezeichnet werden. Anders als «Flüchtlinge» können Migrantinnen und Migranten frei entscheiden, in welches Land sie auswandern möchten. Je nach Herkunftsland ändern sich aber die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, auch wenn der Aufenthaltszweck nicht «asylsuchend» ist, sondern z. B. Arbeitsaufnahme, Tourismus, Studium, Kulturauftritte, Familiennachzug und Ähnliches mehr.

Menschen mit Migrationshintergrund ist eine Bezeichnung für Zugewanderte oder Eingebürgerte, aber auch für in der Schweiz geborene Ausländerinnen und Ausländer, sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, der eines dieser Merkmale erfüllt. Diese Personen müssen keine eigene Migrationserfahrung haben und leben zum überwiegenden Teil seit ihrer Geburt in der Schweiz.

Ausländerinnen und Ausländer: Alle Personen in der Schweiz, die keinen Schweizerpass haben.

Quartier und Wohnumfeld

Zielvorgaben	
1 Die Quartierzentren der vbg werden als Orte der Begegnung, Information und Koordination geführt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]
2 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern verfügen über ein soziales Netz, das ihnen die Integration auch in schwierigen Lebenslagen ermöglicht. Quartierbezogene und gesamtstädtische Projekte bezwecken u. a. eine bessere Integration benachteiligter Gruppen.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]
3 Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit soll die Selbsthilfe stärken, zur besseren Integration von Personen beitragen und die Lebensqualität in den benachteiligten Quartieren verbessern.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]

Angebotsstrukturen

Eine tragende und in den Wohnquartieren verankerte Rolle spielen die Quartierzentren und Treffs. Die Stadt fördert und finanziert diese Angebote über Leistungsverträge und ermöglicht dadurch eine bevölkerungsnah, bedarfsgerechte und teilweise Sozialraum orientier-

te Umsetzung und Realisierung von Integrations- und Partizipationsaufgaben durch Fachleute und Freiwillige «vor Ort». Spezialisierte Beratungs- und Bildungsangebote ergänzen die Arbeit der Quartiervereine und der Quartiertreffs.

TABELLE 6.1

Quartiertreffpunkte: Angebotsstruktur 2007					
Angebot: ● vorhanden ○ nicht vorhanden					
Quartiertreff mit professionellen Mitarbeitenden	Quartiertreff mit ehrenamtlichem Betrieb	Sozio-kulturelle Angebote	Informationsvermittlung, Beratung	Raumvermietung	Projekte im Sozialraum
I Innere Stadt					
«Anderland» (bis Herbst 2007, dann im Stadtteil III)		●	●	●	○
II Länggasse-Felsenau					
Länggassstreif: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
III Mattenhof-Weissenbühl					
Villa Stucki: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
	«Cäcilia»	●	○	●	○
	«Treff 23» (Steigerhubel)	●	○	●	○
IV Kirchenfeld-Schosshalde					
Murifeld: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
	Marzili	●	○	●	○
	«Punto»	●	○	●	○
	Thunplatz	●	○	●	○
V Breitenrain-Lorraine					
Breitschträff		●	●	●	○
Wylerhuus: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
	«Halbzeit» (Gemeinsam gegen Rassismus)	●	○	○	●
	Löchligut	●	○	●	○
	Wylergut	●	○	●	○
VI Bümpliz-Oberbottigen					
Gäbelbach: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
Holenacker: Büro für Quartierarbeit		●	●	●	●
Tscharnergut		●	●	●	●
Untermatt		●	●	●	●
	Chleefeld	●	○	●	○
	Fellergut	●	○	●	○
	Hohliebi	●	○	●	○

Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

Leistungen nach Zielvorgaben

Die Stadt hat mit der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) einen Leistungsvertrag. Vertiefende Informationen finden sich im Internet: www.vbgbern.ch

Zu den Zielthemen 1 und 2: Quartierzentren und Integration

Die Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern ist unter dem Dach der vbg dezentral organisiert. Basis sind die über 30 Quartiervereine mit ehrenamtlichen Vorständen und die 20 Quartiertreffs. Diese Struktur ist stark in den Quartieren verankert und generiert viel Freiwilligenarbeit.

An Bedeutung gewinnen Projekte, die aus dem Quartier heraus entstehen und das gute Zusammenleben im Quartier und in der Nachbarschaft fördern. Im Rahmen der vbg werden jährlich über 40 Einsatzplätze für erwerbslose Personen angeboten.

Zu Zielthema 1: Quartierzentren

Die Vorgabe des Leistungsvertrags von 300'000 Besuchenden in den Quartiertreffs der vbg wird mit rund 389'500 deutlich übertroffen. Die Zahlen bestätigen das vorhandene Bedürfnis. Bei der vbg werden 2006 rund 57'900 Stunden Freiwilligenarbeit geleistet und damit pro Vollzeitstelle gut 2'470 Stunden Freiwilligenarbeit ausgelöst.

Die vbg hat einen Eigenfinanzierungsgrad von 52 Prozent aus Einnahmen durch Vermietung von Räumen, durch Gastronomieangebote und durch Dienstleistungen für Dritte (Kanton und Bund).

Zu Zielthema 2: Integration

50 erwerbslose Personen können 2006 im Rahmen verschiedener Einsatzprogramme in Quartierzentren arbeiten und durch Mitarbeitende der vbg auf ihrem Weg zur sozialen und beruflichen Integration begleitet werden.

**Zu den Zielthemen 1 und 2:
Quartierzentren und Integration**

Siehe Tabelle 6.II

TABELLE 6.II

Quartierzentren und Integration											
In der Tabelle fehlen (mangels Erhebung der Daten) die Quartiertreffpunkte <i>Cäcilia</i> , <i>Löchligut</i> , <i>Chleefeld</i> , <i>Hohliebi</i> .											
< Stadtteil	Quartiertreff mit professionellen MitarbeiterInnen	Quartiertreff mit ehrenamtl. Betrieb	Anzahl BenutzerInnen total			Davon AusländerInnen in %			Geleistete Freiwilligenstunden		
			2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
I Innere Stadt	Anderland (bis Herbst 07, dann Stadtteil III)		22'120	10'850	11'450	28	41	34	7'700	3'600	4'300
	Total Stadtteil I		22'120	10'850	11'450	28	41	34	7'700	3'600	4'300
II Länggasse-Felsenau	Länggastreff, Büro für Quartierarbeit		28'500	30'670	31'680	35	34	38	3'850	3'440	3'750
	Total Stadtteil II		28'500	30'670	31'680	34	34	38	3'850	3'440	3'750
III Mattenhof-Weissenbühl	Villa Stucki, Büro für Quartierarbeit		58'626	57'279	57'279	12	31	31	2'030	2'399	1'680
		Steigerhubel («Treff 23»)	3'865	3'880	4220	8	8	41	1'800	2'110	2'110
	Total Stadtteil III		62'491	61'159	61'499	12	29,5	32	3'830	4'509	3'790
IV Kirchenfeld-Schoshalde	Murifeld, Büro für Quartierarbeit		22'120	24'530	15'155	28	35	17	3'800	4'450	2'430
			990	628	490	0	6	10	800	188	400
			17'800	13'500	15'000	29	22	40	3'250	2'000	1'900
			1'700	1'645	2750	18	13	35	800	750	850
	Total Stadtteil IV		42'610	40'303	33'395	27	29	29	8'650	7'388	5'580
V Breitenrain-Lorraine	Breitschträff Wylerhuus, Büro für Quartierarbeit		23'510	22'762	5'646	27	49	95	11'056	11'035	700
			52'488	50'219	47'540	13	28	31	2'270	1'200	4'100
			10'975	16'140	5'000	12	13	25	1'925	2'700	2'000
			4'680	2'640	2'820	6	4	29	1'500	800	800
Total Stadtteil V		91'653	91'761	61'006	16	30	36	16'751	15'735	7'600	
VI Bümpliz-Oberbottigen	Gäbelbach, Büro für Quartierarbeit Holenacker, Büro für Quartierarbeit Tscharnergut Untermatt		48'510	47'803	49'127	40	39	45	3'995	3'993	4'172
			18'812	15'881	22'636	33	39	21	9'003	8'375	9'695
			82'400	80'189	80'341	46	47	46	6'800	10'830	11'180
			7'580	10'940	14'286	88	47	77	*	*	120
	Total Stadtteil VI	Fellergut	157'302	154'813	166'920	45	44	45	19'798	23'198	25'167

*beim Tscharnergut integriert

Datenquelle: Sozialamt der Stadt Bern, interne Statistik

Migrantinnen- und Migranten-/ Ausländerinnen- und Ausländer-Spezifisches

Zielvorgaben

4 Oberstes Ziel ist der chancengleiche Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur und Information.

Daraus leiten sich konkretere Zielvorgaben ab wie: Sicherung zielgruppengerechter Informationen, resp. der Zugang dazu

Unterstützung der Bestrebungen zur erleichterten Einbürgerung

Sensibilisierung der Verwaltung und der Bevölkerung für die Aufgabe «Integration»

Leitbild zur Integrationspolitik [4]

5 Ein weiterer Schwerpunkt ist die angemessene Vertretung der ausländischen Bevölkerung in allen Formen der Mitwirkung.

Daraus leiten sich konkretere Zielvorgaben ab wie: Organisation von Partizipationsmöglichkeiten
Erhöhung des Anteils der ausländischen Angestellten sowie der nicht eingebürgerten Lernenden in der Stadtverwaltung
Erhöhung des Anteils der ausländischen Bevölkerung in den Kommissionen des Gemeinderats

Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [5]

Angebotsstrukturen

Das Kompetenzzentrum Integration (KI) ist die Drehscheibe der städtischen Integrationspolitik. Seine Aufgaben sind:

- Erkennen und Bearbeiten der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen im Bereich Integration
- Definieren von Handlungsfeldern, Strategiearbeit
- Erarbeitung von Dienstleistungen / Unterstützung der Verwaltungsabteilungen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Verwaltungsmitarbeitenden / Beratung
- Vernetzung auf allen Ebenen

Das KI bietet spezifische Beratung und Projektbegleitung für Organisationen und Privatpersonen an. Nachfolgend werden ausschliesslich die Aufgaben und Leistungen des KI erläutert. Umsetzung und Wirkung der Arbeit sind selten im KI selber ersichtlich, sondern fliessen anderswo ein. Aussagen zur Integration der ausländischen Bevölkerung, der Kinder und Jugendlichen oder der Eltern, zum Thema Gesundheit, Arbeit, Soziales, zu Beratungsstellen oder zur Quartierarbeit, finden sich deshalb an den entsprechenden Stellen im vorliegenden Bericht.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu den Zielthemen 4 und 5

Dienstleistungen des Kompetenzzentrums Integration (KI)

Im Bereich der *Beratungen* reichen die Beiträge des KI von einfachen Auskünften am Telefon, über Beratung und Information von Studierenden, bis hin zu Unterstützung von Dienststellen und Mitarbeit in Arbeitsgruppen. Das Engagement kann – neben ideeller Unterstützung – auch beschränkt in finanzieller Form erfolgen (Haus der Religionen, Ausstellungen, Filmprojekte, Einzelprojekte usw.). Die *Vernetzung* mit Migrationsorganisationen und Mitgliedschaften wird gezielt gefördert und gepflegt.

Fachkommission für Integration (FaK)

Die Fachkommission ist ein vom Gemeinderat eingesetztes Fachgremium. Die Mitglieder bringen einerseits Themen ein, andererseits unterstützen sie mit ihren Fachkenntnissen auch die laufenden Arbeiten des KI und der Konferenz der Integrationsverantwortlichen der Direktionen (KIV).

Zu Zielthema 4

In enger Zusammenarbeit mit der Stadtkanzlei und den Quartierorganisationen ist im Oktober 2007 erstmals die *Begrüssungsveranstaltung für Neuzuziehende* durchgeführt worden – «Schauplatz» waren die Quartiere. Der Anlass findet 2008 erneut zweimal statt.

Informationsveranstaltungen zum Thema Familiennachzug in Zusammenarbeit mit der städtischen Fremdenpolizei und Beratungsstellen der Stadt Bern finden zweimal jährlich statt, weitere Veranstaltungen gibt es im Zusammenhang mit Einbürgerungen.

Die Gewährleistung des Zugangs zu *alltagsrelevanten Informationen* für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, ist eine von vielen Seiten geforderte Massnahme und wird unter Beteiligung mehrerer Dienststellen der BSS in Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie im Detail geplant.

Informationsmaterial spielt eine wichtige Rolle bei der Integration. So werden zum Beispiel ausländischen Personen im Stimmrechtalter und mit Aufenthaltsstatus C die Wahl- und Abstimmungsunterlagen zugestellt. Das KI erarbeitet eigene und unterstützt externe Stellen bei der Erarbeitung von Broschüren. Es sorgt ausserdem für Übersetzungen.

Öffentlichkeitsarbeit / Sensibilisierung der Bevölkerung: Seit 2004 wird jährlich der Integrationspreis der Stadt Bern verliehen und damit die Leistungen einer Organisation oder einer Einzelperson gewürdigt. Aus Anlass des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember führt das KI seit sechs Jahren offene Veranstaltungen durch. Bis Mitte 2006 hat das KI mehrmals jährlich Newsletters verfasst, ins Netz gestellt und auch verschickt. Das Konzept ist in Überarbeitung.

Kurse/Konzepte

Das KI arbeitet im Kursbereich zu diversen Integrations-themen. Nachfolgend eine Auswahl:

- «Integration» in der Führungsgrundausbildung der AOB¹, langjähriges Angebot
- Ausländische Bürger und Bürgerinnen am Schalter (AOB), langjähriges Angebot
- «Brücken bauen im Team», AOB
- «Welten unter einem Dach» (Kurs für Hauswarte und Angestellte von Liegenschaftsverwaltungen: Umgang mit interkulturellen und rassistisch gefärbten Konflikten im Haus; nun im Regelangebot Aus- und Weiterbildung der Fachverbände)
- Konzept betriebsübergreifende Ausbildung von Kleinkinderziehern/Kleinkinderzieherinnen in interkultureller Kompetenz
- Integration in der Stadt Bern / KI: Kurseinheiten an der Berner Fachhochschule
- «Mitwirken am politischen Leben in der Stadt Bern» an der Volkshochschule (ab 2008 im Regelangebot der VHS)

Spracherwerb/Übersetzungen

Die Kenntnisse der Amtssprache sind für eine erfolgreiche und rasche Integration unabdingbar. Ebenso wichtig sind Übersetzungen, sowie die Leistungen von interkulturellen Dolmetscherinnen und Dolmetschern. Sie helfen erste Schritte zu tun und Brücken zu bauen.

- «Deutsch-in-Bern»: gemeinsamer Auftritt und Flyer der Anbieter von Deutschkursen in der Stadt Bern (Initiative und Engagement des KI). www.deutsch-in-bern.ch
- «Comprendi?» Berner Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer: das KI leistet einen jährlichen Beitrag (Leistungsvertrag). Zudem hat es zum Ziel, das Angebot verwaltungsintern bekannt zu machen. www.comprendi.ch

Zu Zielthema 5

Konferenz der Integrationsverantwortlichen der Direktionen (KIV): Jede Direktion ernennt eine Person, welche das Thema Integration in allen Direktionsbereichen im Auge behält und aktiv an der Erarbeitung und Umsetzung von Integrationsmassnahmen mitarbeitet.

Das KI führt als konkreten Beitrag zum Partizipationsauftrag jährlich das *Forum der Migranten und Migrantinnen* durch. Ausländische Bürgerinnen und Bürger können am Forum ihre integrationspolitischen Anliegen zu jährlich wechselnden Themen formulieren.

Alter und Generationen- übergreifendes

Zielvorgaben
6 Alter und Migration: Massnahmen zur Integration Alterskonzept 2000 [1]
7 Bereitstellung von Gefässen zur Beteiligung an der Alterspolitik Alterskonzept 2000 [1]
8 Förderung generationenübergreifender Unterstützung und der Solidarität zwischen den Generationen Alterskonzept 2000 [1]

Angebotsstrukturen

Der Bereich Alter des Alters- und Versicherungsamts (AVA) initiiert und / oder finanziert Projekte und Veranstaltungen mit und führt in Zusammenarbeit mit Organisationen und Einzelpersonen Projekte durch.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 6: Alter und Migration

In der *Arbeitsgruppe Alter & Migration* arbeiten je zwei Vertretungen der italienischen und spanischen Migrationsbevölkerung mit. Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten, sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Alters- und Migrationsorganisationen. Die Arbeitsgruppe initiierte verschiedenste Projekte wie «Spitex per noi», Deutschkurse, mediterrane Abteilung im Pflegeheim, Informationsbroschüre «Invecchiare a dr Aare» usw..

Zu Zielthema 7: Beteiligung an der Alterspolitik

Die *Fachkommission für Altersfragen* besteht seit 1998 aus Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Altersorganisationen, der Alterswissenschaften, der Seniorinnen und Senioren, sowie der Ausbildungsinstitutionen und Mitarbeitenden in Alterseinrichtungen. Sie ist ein beratendes Organ der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) und unterstützt die Direktion bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Der *Rat für Seniorinnen und Senioren* der Stadt Bern hat seine Arbeit im Januar 2007 aufgenommen. Der Rat setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretungen der politischen Parteien, der Altersorganisationen und aus interessierten Seniorinnen und Senioren zusammen. Er hat fünfzehn Mitglieder. Seine Hauptaufgabe besteht darin, den Gemeinderat auf dem Weg zu einer altersgerechten Stadt zu beraten und zu unterstützen.

¹Ausbildung und Organisationsberatung (AOB), ist der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) der Stadt Bern zugeteilt

Altersforum: Jeweils gegen 300 Besucherinnen und Besucher nehmen am Altersforum teil, das seit 2001 alle zwei Jahre durchgeführt wird. Das Interesse an dieser Plattform ist gross, gibt es doch interessierten Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, sich zu altersrelevanten Themen auszutauschen und sich über die Angebote im Altersbereich zu informieren.

Zu Zielthema 8: Generationenübergreifendes

Generationenprojekte

Im Jahr 2004 hat die BSS zusammen mit dem Gemeinnützigen Verein der Stadt Bern in allen Stadtteilen generationenübergreifende Veranstaltungen initiiert und durchgeführt. Seither unterstützt das AVA derartige

Projekte auf Gesuch hin mit Beiträgen, falls sie geeignet sind, aktive Begegnungen zwischen Jung und Alt und die Solidarität unter den Generationen zu fördern. Seit 2004 sind über 30 Projekte durchgeführt worden.

Das Pilotprojekt «Win³»

«Drei Generationen im Klassenzimmer» wird vom Schulamt der Stadt Bern und Pro Senectute Region Bern gemeinsam durchgeführt. 2007 ist es im Schulkreis Breitenrain-Lorraine erfolgreich gestartet. Es sind insgesamt 18 Tandems (Seniorin/Senior-Lehrperson) gebildet worden. Aufgrund des Erfolgs wird das Projekt 2008 auch im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl mit gleichzeitiger Ausweitung auf die Sekundarstufe I angeboten.

Kinder- und Jugend-Spezifisches

Zielvorgaben
9 In der Stadt Bern werden Kinder und Jugendliche zu Mitsprache, Mitentscheidung, Mitgestaltung ermutigt und aufgefordert – mit ihren Mitteln und in den Bereichen ihrer Erlebniswelt. Wo möglich werden die dazu notwendigen Strukturen und Mittel von der Stadt bereitgestellt, bzw. unterstützt.
Part, «Partizipation» [7]
10 Jugendkulturelle Plattform: Gaskessel
Part «Perspektiven» [8]
11 Mitwirkungsplattformen allgemein: im Quartier, Jugendmotion
Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [6] Part, «Partizipation» [7]

Angebotsstrukturen

Offene Jugendarbeit, vgl. Tabelle 6.III
Offene Arbeit mit Kindern, vgl. Tabelle 6.IV

In jedem Stadtteil ist eine *Ansprechperson* bestimmt, welche die Anliegen der Kinder und Jugendlichen aufnimmt.

TABELLE 6.III

Offene Jugendarbeit			
	Angebote Animation und Begleitung	Angebote Information und Beratung	Angebote Entwicklung und Fachberatung
Stadtteil I	Gaskessel Schwergewicht Partizipation	Info jugendamt P_a_r_t - Stelle	Info jugendamt P_a_r_t - Stelle
Stadtteil II	Jugendtreff Bronx	Bronx	
Stadtteil III	Jugendzentrum Holligen	Jugendzentrum Holligen	Geschäftsstelle TOJ
Stadtteil IV	Jugendzone Ost (Tägg)	Jugendzone Ost (Tägg)	
Stadtteil V	Graffiti Punkt 12	Jano (Jugendarbeit Nordquartier) Punkt 12	Punkt 12
Stadtteil VI	Jugendtreff Kobra Schülertreff Tscharni Sozialraumteam Bern West	Infothek space 88	Infothek space 88 Kontaktperson für ausländische Jugendliche

TABELLE 6.IV

Offene Arbeit mit Kindern			
	<i>Angebote Animation und Begleitung</i>	<i>Angebote Information und Beratung</i>	<i>Angebote Entwicklung und Fachberatung</i>
Stadtteil I	Spielplatz Längmuur	Info jugendamt KINDERBÜRO	Info jugendamt KINDERBÜRO
Stadtteil II	Verein Kind Spiel und Begegnung		
Stadtteil III	Chinderchübu Chinderchübu mobil		Geschäftsstelle DOK
Stadtteil IV	- - -		
Stadtteil V	Spielplatz am Schützenweg Spielbetrieb Lorraine		Fachstelle SpielRaum
Stadtteil VI	Kinderatelier Kleefeld Kindertreff Tscharni Kindertreff Mali Kindertreff Jojo		

Leistungen nach Zielvorgaben

Leistungen nach Zielvorgaben zu den ersten beiden Angeboten der offenen Jugendarbeit und der offenen Arbeit mit Kindern finden sich im [Handlungsfeld 3](#).

Zu den Zielthemen 9–11: Mitwirkungsformen

Das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen verankert zwei Mitwirkungsformen:

Das Kinderparlament (für 8–14-Jährige) ermöglicht Kindern, am politischen Leben der Stadt Bern teilzunehmen. In demokratischen Prozessen können sie Projekte planen und realisieren, sowie ihre Anliegen vertreten. Sie lernen dabei zu Themen Stellung zu nehmen, öffentlich zu reden und andere Meinungen zu respektieren. Ihr Engagement soll sich in konkreten Ergebnissen und Verbesserungen ihrer unmittelbaren Lebenssituation auswirken. Das Kinderparlament verfügt pro Jahr über einen Projektkredit von 30'000 Franken. Seit November 2003 tagt es dreimal im Jahr. Die Sessions finden im Grossratssaal im Rathaus statt und werden durchschnittlich von 100 Kindern besucht.

Die Jugendmotion (für 14–20-Jährige) verschafft den Jugendlichen direkten Zugang zum Stadtrat und ermöglicht ihnen, ihre Anliegen persönlich und niederschwellig einzubringen. Jugendliche lernen aktiv zu werden, wenn sie etwas verändern wollen. Die Frist für die Erfüllung einer Motion beträgt ein Jahr. Die verlangten 40 Unterschriften stellen keine grosse Hürde dar. Die Nationalität der Motionärinnen und Motionäre spielt keine Rolle. Bisher wurden vier Jugendmotionen zu Jugendtreffpunkten, Skateranlagen, öffentlichem Verkehr und legalen Wänden für Graffiti eingereicht.

Die Ansprechpersonen in den Stadtteilen (ohne Innenstadt) nehmen seit 2006 Anliegen von Kindern und Jugendlichen auf, leiten diese an die zuständigen Stellen weiter und sorgen für eine Rückmeldung nach spätestens drei Monaten. Der Gemeinderat wählt sie alle zwei Jahre neu aus dem Kreis der bestehenden Kinder- und Jugendinstitutionen der jeweiligen Stadtteile.

Die Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern in städtischen Schulen ist im Schulreglement [3] verankert und wird ab Schuljahr 2008/09 über Klassenräte und ab Schuljahr 2009/10 zusätzlich über Schülerinnen- und Schülerräte erfolgen.

Fachfazit

Kompetenzzentrum Integration

Integration gewinnt im Zuge der demografischen Entwicklung noch mehr an Bedeutung und gehört zu den Kernaufgaben der Stadt. Mit der Zusammenlegung der Koordinationsstelle für Integration und der Asylkoordinationsstelle zum Kompetenzzentrum Integration (KI) im Juli 2007 ist den sich daraus ergebenden zusätzlichen Anforderungen Rechnung getragen worden. Das KI ist die Drehscheibe für alle externen und internen Agierenden, sowie für sämtliche Zielgruppen. Schwerpunkte sind Information, Beratung, Vernetzung, Koordination, sowie Initiative zur Aufbereitung aktueller Themen. Erfolg ist kaum messbar und stellt sich im Alltag ein, dort wo Integration stattfindet.

Das KI verfügt über eine Menge an Informationsmaterial. Der Transfer zu den Zielgruppen funktioniert noch nicht optimal. Der Gemeinderat hat die Einrichtung einer zentralen Informationsplattform beschlossen, welche für alle Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere auch für die Migrationsbevölkerung, niederschwellig zugänglich ist.

Der Zugang zu den richtigen Informationen und zu den Partizipationsmöglichkeiten erfolgt wesentlich über die Sprachkompetenz. Dem Erwerb der deutschen Sprache kommt somit eine zentrale Rolle zu. Noch leben zu viele ausländische Frauen infolge mangelnder Sprachkenntnisse in der Isolation.

Die institutionalisierten Mitwirkungsgefässe werden von der Migrationsbevölkerung zu wenig genutzt. Dasselbe gilt für die Partizipation in den Organen von Quartier- und Sportvereinen. In diesem Bereich nehmen die Quartierzentren wichtige Aufgaben wahr.

Quartier und Wohnumfeld

Eine tragende Rolle spielen die Quartierzentren und die Gemeinwesenarbeit der vbg, die mit städtischen Mitteln gefördert werden und im Rahmen der Leistungsaufträge für eine bedarfsgerechte und sozialraumorientierte Umsetzung der Integrationsaufgaben sorgen. Kernaufgabe ist die adressatengerechte Information mit dem Ziel der Partizipation und Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen. Dieser Aspekt spiegelt sich in verschiedenen Projekten und Massnahmen der vbg, welche speziell auch die Migrationsbevölkerung ansprechen.

Alter und Generationenübergreifendes

Das Ziel der Integration und Partizipation der älteren Bevölkerung wird erreicht. Wichtige Beiträge dazu leisten die zahlreichen Informationsplattformen wie das Altersforum oder Austauschgefässe wie die Arbeitsgruppe «Alter und Migration», der Rat für Seniorinnen und Senioren und die Fachkommission für Altersfragen. Sie ermöglichen die Weitergabe von Informationen und gleichzeitig die Aufnahme der Bedürfnisse älterer Menschen für eine künftige bedarfsgerechte Planung. Das Interesse der Stadt an generationenübergreifenden und Altersthemen generell ist anerkannt und wird allgemein als wichtig und positiv beurteilt. Bei der Durchführung von Generationenprojekten, die quartier- oder stadtteilbezogen angeboten werden, ist eine Verbesserung in der Koordination und Vernetzung der bestehenden Gefässe innerhalb der Stadteile anzustreben.

Kinder und Jugend

Die Zielsetzungen in der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind erreicht: Das Kinderparlament bietet Kindern und Jugendlichen zwischen 8 und 14 Jahren eine wirksame und beliebte Plattform zur Mitwirkung. In allen Stadtteilen sind zudem Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Jugendliche können ihre Anliegen in Form einer Jugendmotion im Stadtrat vorbringen. In den städtischen Schulen wird die Schülerinnen- und Schülerpartizipation überall eingeführt.

Ausblick

- Einrichtung einer zentralen Informationsplattform mit alltagsrelevanten Informationen zu allen Lebenslagen für alle Einwohnerinnen und Einwohner, speziell auch für benachteiligte oder bildungsferne Gruppen, sowie für die Migrationsbevölkerung.
- Im Bereich Integration ist die Vernetzung und Koordination unter den internen Stellen wie auch mit der Region, anderen Städten, Bund und Kanton, sowie mit privaten Organisationen und Beratungsstellen zu fördern.
- Netzwerke der ausländischen Bevölkerung sind noch zu stärken, bestehende Übersetzungsangebote zu fördern (z.B. Finanzierung von Übersetzungen, mehrsprachige Informationen).
- Für eine erfolgreiche Integration sind Deutschkenntnisse unerlässlich. Neue Formen des Spracherwerbs werden initiiert, wie etwa Sprachunterricht an der Arbeit, spezifische Sprachkurse für Frauen oder mehrsprachliche Frühförderung.

- Dem hohen Anteil ausländischer Personen beim Sozialdienst ist verstärkt Beachtung zu schenken, um zielgruppenspezifische und insbesondere im Bereich der Sprachkompetenz wirksame Verbesserungen zu erreichen. Letztere sind eng mit den beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen zu verbinden.
- Bei der vbg besteht Handlungsbedarf bezüglich einer verbesserten Koordination und systematischen Vernetzung. Deshalb sind die bisherigen Angebote im

Bereich Kinder-, Jugend und Gemeinwesenarbeit inhaltlich und organisatorisch besser zu koordinieren.

- Die Inanspruchnahme der eingesetzten Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche ist mit geeigneten Massnahmen zu fördern. Dasselbe gilt für die Einreichung von Jugendmotionen.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- | | |
|-----|---|
| [1] | Alterskonzept. Strategiepapier für die künftige Alterspolitik der Stadt Bern; 2000
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/av/alterspolitik/alterskonzept/ |
| [2] | Konzept für eine kindergerechte Stadt. Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen; 1999
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/kinder/beratung/jugendamt/kinderkonzept_1999_PDF1.pdf
Reglement über das Schulwesen (Schulreglement; SR).
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/recht/dateien/430.101/Word430.101.pdf |
| [3] | Bildungsstrategie der Stadt Bern. Bildungspolitische Leitlinien und Massnahmen 2004–2008.
www.bern.ch/leben_in_bern/bildung |
| [4] | Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern. Grundsätze. Organisation. Handlungsbedarf. 1999; 3. Auflage 2003.
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/ki/aufg/leitb |
| [5] | Jahresberichte / Produktgruppen-Rechnung Band 2.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2 |
| [6] | Das jugendpolitische Konzept des Gemeinderates der Stadt Bern. aktuell – komplett – aktiv. Partizipation; 2002
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/kinder/part/p_a_r_t_partizipation.pdf |
| [7] | Das jugendpolitische Konzept des Gemeinderates der Stadt Bern. aktuell – komplett – aktiv. Perspektiven; 2002
www.bern.ch/leben_in_bern/persoeliches/kinder/part/p_a_r_t_perspektiven.pdf |

Handlungsfeld **7** Gesundheitsförderung und Sport

Leitziel

Den Einwohnerinnen und Einwohnern stehen eine umfassende Gesundheitsförderung und ein modernes Sportangebot zur Verfügung

Teilstrategien

Konzept zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Stadt Bern 2002 [1]

Sportanlagenplanung 2003–2010 [2]

Suchtpolitik: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen 2007–2012 [3]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	120
Definition	120
Sport	120
Gesundheit	123
Sucht (Drogen)	126
Schulzahnmedizinischer Dienst	129
Fachfazit	130
Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen	132
Literaturverzeichnis	132

Einleitung

Gesundheitsförderung zählt beim Gesundheitsdienst, beim Sportamt, beim Schulzahnmedizinischen Dienst und bei der Koordinationsstelle Sucht zu den Kernaufgaben. Deren Umsetzung ist mit der Bereitstellung unterschiedlicher Angebote und Leistungen verbunden.

Definition

Gesundheitskompetenz: Sämtliche gesundheitsfördernden Massnahmen zielen auf den Erwerb von Gesundheitskompetenz ab, das heisst auf die Fähigkeit zur Erprobung und Gestaltung gesundheitsfördernder Lebensweisen und Lebensbedingungen.

Sport

Zielvorgaben	
1 Sicherstellen und Attraktivieren des allgemeinen Publikumsbetriebes in Freibädern, Hallenbädern und Kunsteisbahnen – Optimierung Wasserbelegung in Hallenbädern – Optimierung Eisbelegungen und Attraktivierung auf Kunsteisbahnen	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4] Sportanlagenplanung 2003–2010 [2]
2 Sicherstellen des organisierten Breiten- und Schulsports betreffend Trainingsmöglichkeiten	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
3 Qualitativ guter Service Public für Besuchende	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
4 Bedürfnisgerechte Bereitstellung und Bewirtschaftung der Anlagen unter Berücksichtigung der Ansprüche der Schulen und Vereine, der Öffentlichkeit und anderer Benutzergruppen – Turnhallen Belegungen optimieren / Priorisierungen – Umnutzung Schulrasenfelder für Kinderfussball	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4] Sportanlagenplanung 2003–2010 [2]
5 Organisation, Durchführung und Betreuung von Sportangeboten	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
6 Information/Beratung der Öffentlichkeit über/zu Sportfragen	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]

Angebotsstrukturen

Sportinfrastruktur

TABELLE 7.I

Eis und Wasser: Anzahl Betriebe	
Hallenbäder	3
Freibäder (inkl. Camping Eichholz)	6
Kunsteisbahnen	3

TABELLE 7.II

Sportanlagen/Sportbetriebe	
Fitness- und Laufbahnen	
Allez-Hopp-Träff	7
Lauf-Träff Bremgartenwald	1
Finnenbahn	1
Rundbahnen	4
Rasenplätze der Schul- und Sportanlagen	
Rasenspielfelder	42
Allwetter- und Pausenplätze	71
Fussballfelder Stadt	24
Fussballfelder andere	6
Kunstrasenfeld	1
Turnhallen	
Sporthalle	1
Gymnastik-/Konditionsräume	16
Turnhallen Stadt	52
Turnhallen Kanton	15
Turnhallen andere	5

TABELLE 7.III

Sportangebote	
Sportangebote allgemein	
Freiwilliger Schulsport	
Ferien-Sportlager	
Sportangebote für Damen und Herren	
Sportangebote Aktiv 50+	
Vereinsangebote	
Inline Night Bern	
Feriensportkurse für	
- Schulkinder	
- Seniorinnen und Senioren	
Kampagnen und Anlässe	
Sportkurse	
- <i>Freizeitsportkurse für Schulpflichtige:</i> Hip Hop, Karate, Billiard, Yoga, Eislauf usw.	
- <i>Freizeitsportkurse für alle:</i> Fit und Spiel, Turnen für die Stadtverwaltung, Aerobic, Ausgleichsgymnastik, Badminton, Volleyball, Selbstverteidigung für Frauen, Unihockey, Pilates usw.	
- <i>Freizeitsportkurse für 50+:</i> Polysportwoche Aktiv 50+ in Bern	
- <i>Feriensportkurse:</i> Während den Frühlingsferien organisiert das Sportamt in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und -vereinen Sportkurse wie zum Beispiel Ballett, Handball, Bike, Jazztanz, Badminton usw.	

Leistungen nach Zielvorgaben

**Zu Zielthema 1:
Frequenzen Freibäder, Hallenbäder,
Kunsteisbahnen**

Die Saisondauer der Anlagen ist seit Jahren gleich, ebenso die Anzahl der zur Verfügung stehenden Betriebe:

TABELLE 7.IV

Betriebe	Betriebswochen
Freibäder	21
Hallenbäder	47
Kunsteisbahnen	22

Die bestehende Wasserfläche in den Freibädern ist bezogen auf die Bevölkerungszahl zu gross, diejenige in den Hallenbädern zu gering. Mit den drei Kunsteisbahnen ist die Nachfrage in der Stadt Bern abgedeckt.

Bei den Freibädern und (ungedeckten) Kunsteisbahnen ist die Besuchsfrequenz stark saison- und wetterabhängig. Die Hallenbäder sind 2007 werktags von gut 384'000 Personen frequentiert worden, ähnlich oft wie im Jahr zuvor. An Sonntagen besuchten 2007 rund 30'200 Personen Hallenbäder, ähnlich viele wie in den drei Jahren zuvor.

Rund 118'700 Eiskunstläuferinnen und -läufer haben 2007 die städtischen Anlagen genutzt, 32'900 waren es an den Wochenenden. Im Sommer 2007 verzeichneten die Freibäder einen Besucherstrom von knapp 405' 000 Personen.

**Zu den Zielthemen 2 und 4:
Sportanlagen / Sportbetrieb**

Die Stadt stellt Schulen, Vereinen und der Öffentlichkeit eine gut ausgebaute Sportanlageninfrastruktur zur Verfügung. Ein Mangel besteht bei den Rasenspielfeldern und Turnhalleneinheiten.

Der Auslastungsgrad der Turnhallen in den Zeiten zwischen 8 und 12 sowie 13.30 und 17 Uhr liegt seit Jahren bei 100 Prozent. Zu den ausserschulischen Zeiten, das heisst zwischen 17 und 22 Uhr, liegt die Auslastung durch Vereine bei 95 Prozent, da nicht alle (Klein-)Hallen bedarfsgerecht sind. Die Nachfrage kann nicht befriedigt werden, es fehlt an genügend Angeboten.

Schulrasenfelder werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Garderobeninfrastruktur für Kinderfussball umgenutzt, wenn Sanierungsarbeiten bei den Schulanlagen anstehen. Generell können die Aussenplätze der Schul- und Sportanlagen von der Bevölkerung unter Einhaltung bestimmter Regeln zur freien Sportausübung benutzt werden.

Die Sportanlagen sind über das ganze Stadtgebiet verteilt. Vielfach wurden sie zusammen mit den Schulanlagen realisiert. Wo schulunabhängige Sportanlagen gebaut wurden und werden, richtet sich die Lage nach den zur Verfügung stehenden Landressourcen. Die Kursangebote, sowohl diejenigen der Vereine als auch jene des Sportamtes, richten sich primär nach den zur Verfügung stehenden Sportanlagen und weniger nach Stadtteilen.

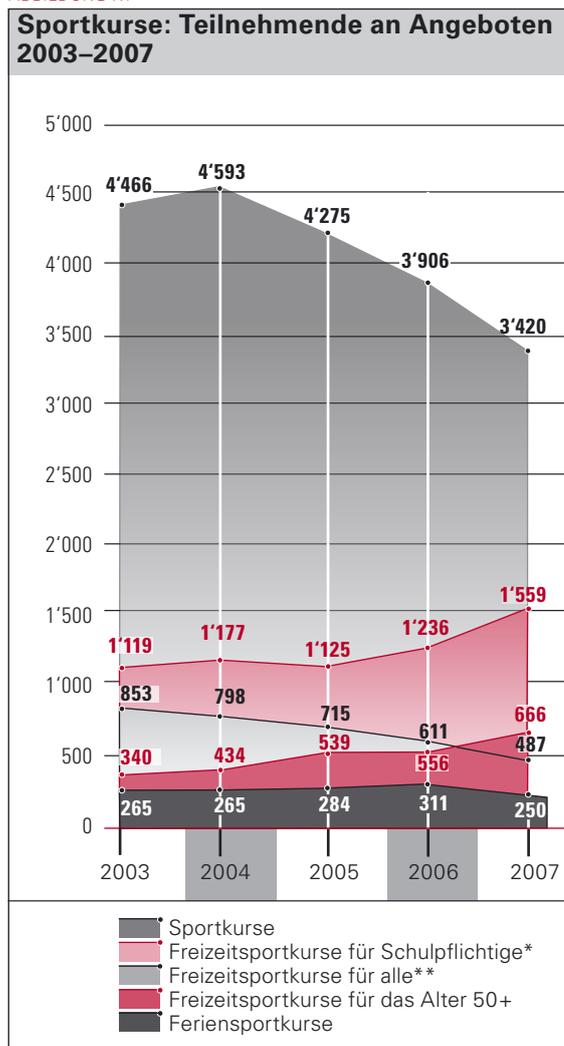
**Zu den Zielthemen 2 und 5:
Sportangebote / Kursangebote**

Das Sportamt bietet für sämtliche Bevölkerungsschichten ab Schuleintritt bis ins hohe Alter ein breites Kursangebot zu äusserst moderaten Preisen an, auch in den Ferien. Die Angebote werden von Jahr zu Jahr überprüft und den Bedürfnissen angepasst. Schwimm- und Wassersportkurse bietet das Sportamt keine an.

Die Sportvereine – in Koordination mit dem Sportamt, jedoch organisatorisch autonom – bieten ein riesiges Kursangebot an, quer durch alle Sportarten sowie alters-, geschlechts- und vereinsunabhängig. Ein breites Kursangebot bieten auch die verschiedenen Wassersportvereine an.

Die Nachfrage nach Breitensportangeboten zeigt, dass die traditionellen Angebote des Sportamtes (Sport für Alle, Inline Night) einem grossen Bedürfnis entsprechen. Im Bereich Turnen für alle ist seit 2005 ein Rückgang der Teilnehmenden zu verzeichnen.

ABBILDUNG 7.1



Datenquelle: Jahresberichte / PGR / BSS / Band 2

Der Kanton stellt der Stadt gegen Bezahlung Sportanlagen zur Verfügung, soweit diese nicht von den Schulen benötigt werden. Dies betrifft vor allem die Abend- sowie die Wochenendnutzung. Diese Kapazitäten werden vom Sportamt bewirtschaftet und den Vereinen zur Verfügung gestellt. Sportanlagen in privater Hand gibt es nur ganz wenige. Zudem befinden sie sich in einem Preissegment, das im Normalfall für Vereine nicht bezahlbar ist (vgl. Tabelle 7.V)

Die Nachfrage für Veranstaltungen ist gross, besonders jene nach Grosshallen steigend. Die Optimierungs-

massnahmen zur Auslastung der Turnhallen sind ausgeschöpft. Bei den Turnhallenbelegungen können weitere Optimierungen erst erzielt werden, wenn die gewünschten und geplanten Mehrfachsporthallen Weissenstein sowie die Doppel-Turnhalle im Bitzuis realisiert sind.

Bedürfnisse und Probleme können in allen Stadtteilen unterschiedlich sein. Es besteht die Nachfrage nach längeren Öffnungszeiten bei den einen, andere erachten die bestehenden schon heute als zu grosszügig. Reklamationen betreffen kaum die Sportbetriebe, sondern die öffentliche Nutzung der Aussensportanlagen zu Randzeiten.

Ausführungen zu einzelnen Anlässen

- «Polysportwoche Giverola» 2007: Im Herbst hat eine Polysportwoche in Giverola für Leute ab 45 Jahren stattgefunden.
- «Parlamotion»: Auch 2007 ist der Parlamentslauf durchgeführt worden.
- «Inline Night Bern» Von zehn geplanten Ausfahrten können 2007 aus Witterungsgründen neun durchgeführt werden; insgesamt nehmen 6'600 Personen teil.
- «schweizbewegt»: Im Rahmen der zweiten Bewegungswoche vom Mai 2007 hat das Sportamt der Bevölkerung ein einmaliges Angebot von Ausgleichsgymnastik bis Poweryoga unterbreitet.
- «Berner Feriensportlager Fiesch»: Das Lager ist zum 28. Mal durchgeführt worden. 2007 nehmen 586 Kinder teil, begleitet von 147 Leiterinnen und Leitern.
- 2008: Erste Berner «Kids Olympics». Der Anlass soll künftig alle 2 Jahre für Dritt- und Viertklässlerinnen und -klässler durchgeführt werden.

Ausserdem sind in der Sporthalle Wankdorf folgende Grossanlässe durchgeführt worden: Volley-Swiss-Cup, Fecht Grand-Prix (Weltcup), UNI-Hockey-Cupfinal, Nationale Sporttage der Heilsarmee, Leichtathletik-Schweizermeisterschaften, ein internationales Tanzturnier, Billard-Europameisterschaften und ein Handball-Europameisterschafts-Qualifikationsspiel.

Zu Zielthema 6: Information und Beratung der Öffentlichkeit

- www.sportamt-bern.ch
- Broschüre: Allez Hop Träff
- Broschüre: Berner Sport ABC
- Inserate im Anzeiger Region Bern

TABELLE 7.V

Turnhallen- und Schulrasen-Vermietung				
Jahr	2004	2005	2006	2007
Bewilligungen	2'814	2'896	3'366	4'695
Abgelehnte Anfragen*	60	55	47	57

*für Dauerbewilligungen von Sport- und Turnhallen (Wartelisten)

Datenquelle: Jahresberichte / PGR / BSS / Band 2

Gesundheit

Zielvorgaben	
7 Frühzeitiges Erfassen von unentdeckten körperlichen, psychischen und sozialen Problemen die zu Störungen der Gesundheit führen können.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
8 Entwicklung, Durchführung und Unterstützung von Projekten. Schulen und Bevölkerung entfalten ihr Gesundheitspotential. Motivation, sich für gute Lebensbedingungen einzusetzen. Zielgruppen mit besonderen Bedürfnissen werden speziell berücksichtigt.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
9 Bevölkerung, politische Gremien, Kommissionen, Verwaltung und Institutionen im Gesundheitswesen werden sensibilisiert für aktuelle Gesundheitsfragen und können sich bei Bedarf die Informationen niederschwellig beschaffen. Aktives Mitdenken aller Zielgruppen bezüglich Gesundheit und Lebensqualität ermöglichen.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
10 Ernährungsprävention an Schulen	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]

Angebotsstrukturen

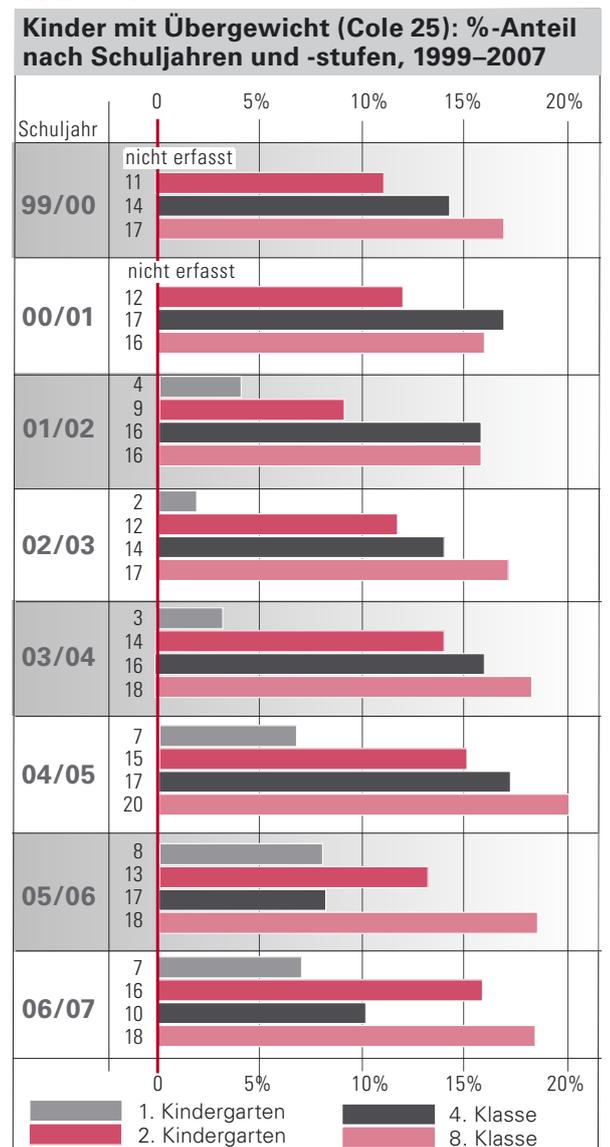
Der Gesundheitsdienst der Stadt Bern (GSD) arbeitet dezentral in vier stadtteilbezogenen Teams. Sie sind im Kapitel [Handlungsfeld 1](#) aufgeführt.

Strukturdaten

Es handelt sich um Daten aus dem schulärztlichen BMI-Monitoring¹, das im Auftrag der Gesundheitsförderung Schweiz gemeinsam mit den Städten Zürich und Basel durchgeführt wird. Die Daten zeigen, dass Übergewicht ein ernst zu nehmendes Problem darstellt, bzw. ein erheblicher Anteil von Kindern und Jugendlichen von Übergewicht und Adipositas betroffen ist.

Die Gewichtsproblematik lässt sich bereits im Kindergartenalter klar feststellen, leidet doch jedes sechste Kindergartenkind an Übergewicht. Von Übergewicht sind die älteren Schülerinnen und Schüler noch in stärkerem Masse betroffen als die jüngeren; der entsprechende Anteil auf der Mittel- und Oberstufe beträgt rund 18 Prozent.

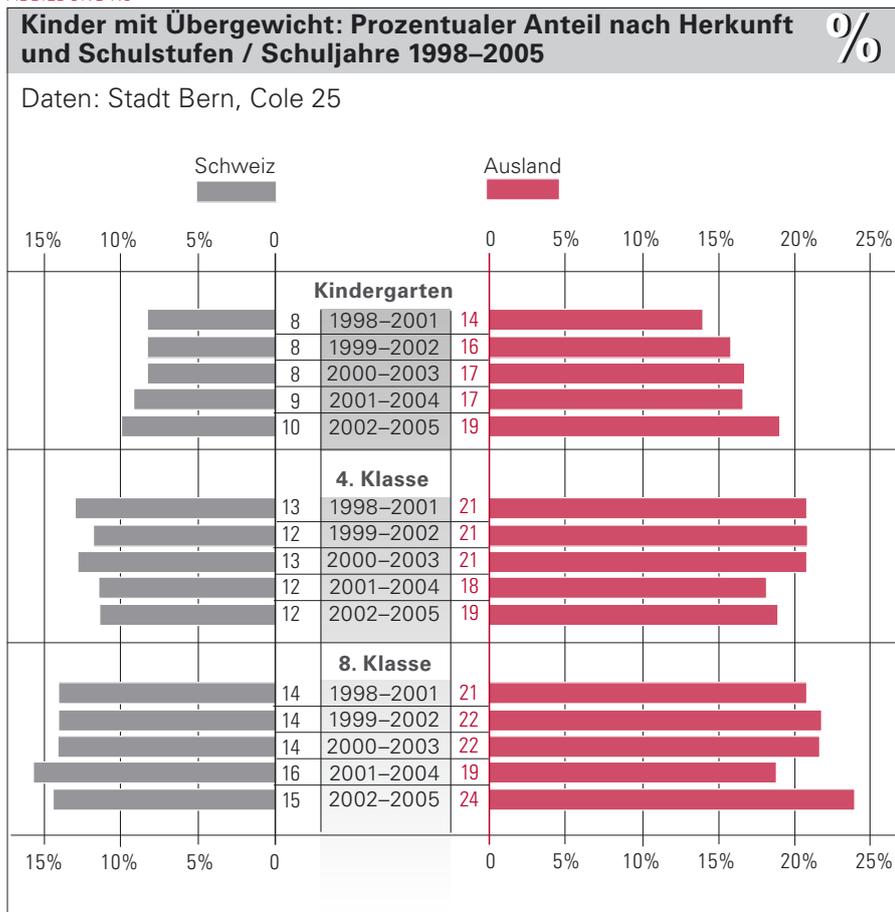
ABBILDUNG 7.2



¹BMI: Body Mass Index. Auswertung: www.isweb.ch/fileadmin/isweb-dateien/publikationen/BMI_Staedte_kurz_D.pdf

Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Schulärztliche Statistik, BMI-Verlauf in den letzten acht Schuljahren

ABBILDUNG 7.3



Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Schulärztliche Statistik

Die Migrationsbevölkerung weist einen deutlich höheren Anteil an übergewichtigen oder adipösen Kindern und Jugendlichen auf als Personen schweizerischer Nationalität. Besonders verbreitet ist das Problem bei den Kindern und Jugendlichen aus Südeuropa und den neuen südeuropäischen Staaten: Bei den Kindern und Jugendlichen aus Italien, Spanien, Portugal und aus den neuen südeuropäischen Staaten beträgt der Anteil der Übergewichtigen knapp ein Drittel.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Übergewicht, wobei der Anteil Personen ohne Ausbildung bei den Ausländerinnen und Ausländern wesentlich höher ist als bei den Schweizerinnen und Schweizern. Um diese oft bildungsfernen Eltern ausländischer Herkunft erreichen und für Verhaltensänderungen (auch) ihrer Kinder sensibilisieren zu können, sind zielgruppengerechte Informationen anzubieten.

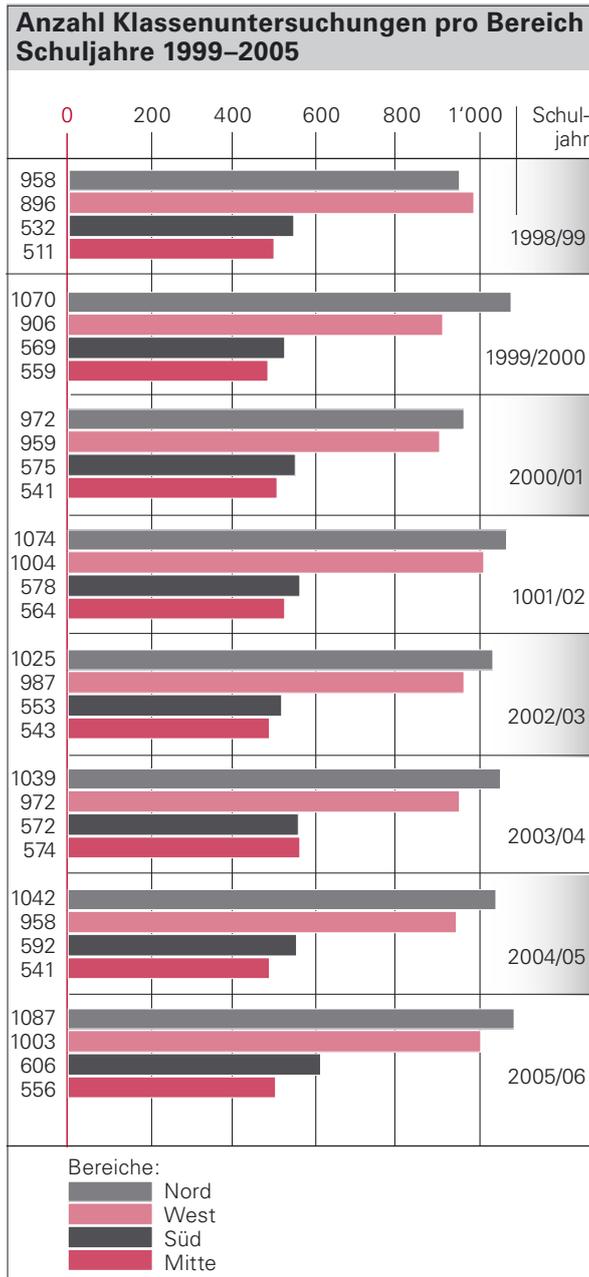
Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 7: Früherfassung

(Abb. 7.4) Die Schulärztinnen und Schulärzte, welche die Klassenuntersuchungen durchführen, müssen die Klassen, bzw. die Kinder und Jugendlichen, genügend gut kennen, um Lehrkräfte beraten und Entwicklungen erkennen zu können. Dies bedingt eine schulärztliche Untersuchung möglichst vieler Schulkinder. Die privatärztliche Untersuchung – welche Eltern anstelle der schulärztlichen für ihre Kinder wählen können – erschwert den Schulärztinnen und -ärzten die Früherfassung besonderer Schwierigkeiten (z. B. bei Sprache, Bewegung, sozialem Verhalten) und die Einleitung von notwendigen Massnahmen und Beratungen. Der Anteil der durch den Gesundheitsdienst untersuchten Kinder und Jugendlichen ist auf einem hohen Niveau stabil.

Die spezifischen Angebote und Leistungen im Zusammenhang mit Suchtprävention sind auf Seite 127 ausgeführt.

ABBILDUNG 7.4



Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Schulärztliche Statistik

Zu Zielthema 8

Nebst dem Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen, das sämtliche Schulen erfasst, läuft seit 2007 das Pilotprojekt Primano, welches die Frühförderung von Vorschulkindern zum Ziel hat, deren Eltern Unterstützung brauchen, um eine solche Förderung durchzuführen. Das Programm beinhaltet ein Hausbesuchsprogramm für Familien mit Kindern von 18–30 Monaten (2007 für deutsch-, albanisch- und tamilischsprachige Familien), Fördermodule in Spielgruppen und Kindertagesstätten (2007 mit Thema Bewegung in 9 Spielgruppen und 5 Kindertagesstätten) und Informations- und Vernetzungsplattformen in den vier Pilotquartieren Bethlehem, Kleefeld-Weidmatt, Ausserholligen und Wittigkofen. Spezielle Ziele in diesem Programm sind: Jährlich 40 Familien im Hausbesuchsprogramm (5 Sprachgruppen) und 90 Prozent Teilnahme der Kinder in Spielgruppen und Kindertagesstätten bei den Fördermodulen (Ernährung, Sprache und Sozialverhalten). Das Programm wird in Zusammenarbeit mit dem Jugend- und Schulamt angeboten und ist fremdfinanziert.

Zu Zielthema 9

Der Gesundheitsdienst hat bis Ende 2007 abteilungs- und direktionsübergreifend ein Detailkonzept für eine Dienstleistung erarbeitet, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern – besonders aber auch sozioökonomisch benachteiligten Personen und neuzuziehenden Ausländerinnen und Ausländern – niederschwellig Zugang zu alltagsrelevanten Informationen sicherstellt. Die Umsetzung wird direktions- und abteilungsübergreifend erfolgen.

Zu Zielthema 10

Projekt Znünibox (ab 2008)

Start der Umsetzung des Projektes Znünibox an Kindergärten wird das neue Schuljahr 2008/09 sein. Der Beginn der Rekrutierung erfolgt an der Kick-off-Veranstaltung im März 2008. Ziel für das erste Pilotjahr ist die Teilnahme von 10 Kindergärten.

Bewegungsprojekt Purzelbaum:

Dieses Projekt zielt mittels einer bewegungsfreundlichen Kindergarteneinrichtung und unter Einbezug der Eltern auf die Gestaltung eines bewegten Alltags für alle Kindergartenkinder.

Sucht (Drogen)

Zielvorgaben	
11 Drogenabhängigen sollen fachlich gute Hilfsangebote unterbreitet werden und die negativen Auswirkungen der Drogenproblematik auf die Bevölkerung vermindert werden	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
12 Kompetente Mitarbeit in Bereichen Schadensverminderung/Überlebenshilfe, Therapie und Prävention mit anderen Fachbereichen und Direktionen	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
13 Optimale Vernetzung zwischen den im Bereich Drogen tätigen Gremien (Kanton, Bund) und Einrichtungen der Drogenhilfe.	Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]

Die Zielvorgaben und Angebotsstrukturen des GSD sind im Abschnitt Gesundheit aufgelistet worden. Hier werden nun die spezifischen Angebote im Zusammenhang mit Suchtprävention erläutert.

Strukturdaten

Tabelle 7.VI

Sichtbare Drogenszene in Bern: Anzahl Personen				
Jahr	2004	2005	2006	2007
Personen	20–30	25–30	35–45	25–35

Datenquelle: Koordinationsstelle Sucht, interne Statistik /Halbjahresbericht Drogen

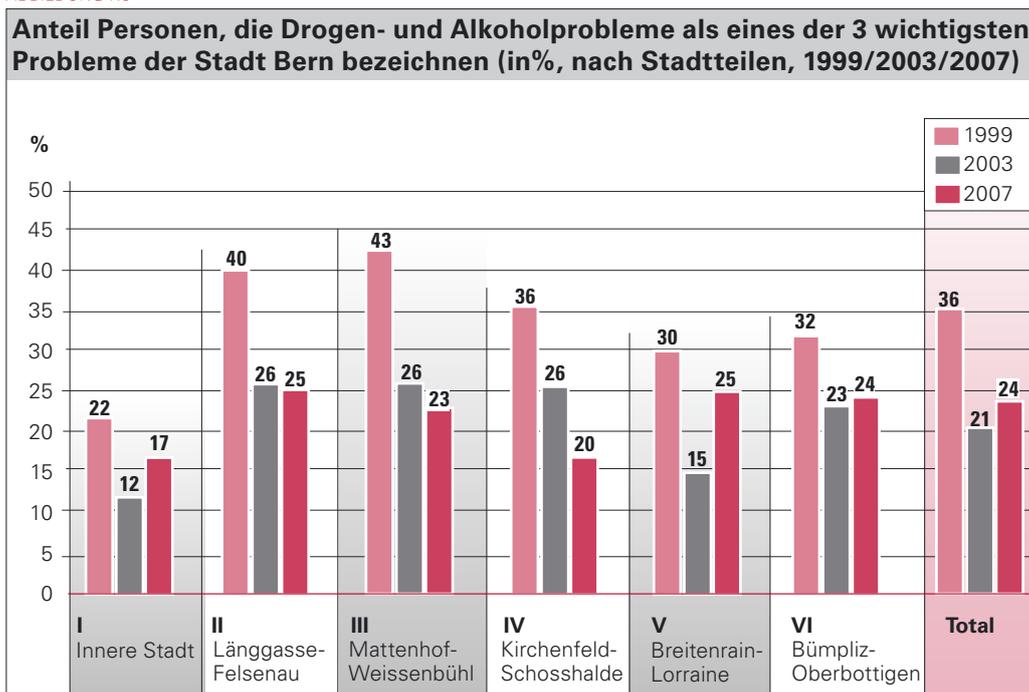
Die Anzahl Drogenabhängige ist lange Zeit konstant geblieben. Ab Mitte 2005 hat das repressive Vorgehen in Thun («Marathon-Aktion») zu einer Zunahme an Drogenabhängigen geführt, die aus Thun nach Bern kom-

men. Im Frühling 2006 verschärfte die Schliessung des Restaurants Traube, welches randständigen Personals Aufenthaltsort diente, die Lage.

Bis Ende 2007 ist mit verschiedenen Massnahmen wie Anpassungen der Hilfsangebote, vermehrter Präsenz von Pinto, zusätzlichen Polizeiaktionen, usw., die Anzahl von Personen der sichtbaren Drogenszene wieder reduziert worden. Die Anzahl der Anrufe beim Spritzentelefon bleibt seit 2004 konstant bei rund 95 Anrufen pro Jahr.

Abb. 7.5 Die Einwohnerbefragung erfolgt bei rund 1'000 Personen per Telefon und widerspiegelt die Wahrnehmung der Bevölkerung. Die aktuelle (lokale) Medienberichterstattung beeinflusst diese Wahrnehmung nicht unwesentlich. Knapp ein Viertel der Bevölkerung zählt Sucht- und Drogenprobleme zu den drei wichtigsten Problemen der Stadt, was deutlich weniger ist als noch vor acht Jahren, aber einer leichten Zunahme gegenüber der letzten Zählung entspricht.

ABBILDUNG 7.5



Datenquelle: Gesundheitsdienst der Stadt Bern, Einwohnerinnen- und Einwohnerbefragung

Angebotsstrukturen

*Koordinationsstelle Sucht
(Ehemals Fachstelle Drogenkoordination)*

Die Fachstelle Drogenkoordination, bisher zuständig für die Koordination der drogenpolitischen Massnahmen, ist neu zuständig für die Koordination der suchtpolitischen Massnahmen des Gemeinderats, insbesondere für die Umsetzung des Strategiepapiers zur Suchtpolitik.

Die Drogenpolitik der Stadt Bern basierte bis 2007 auf einem Strategiepapier aus dem Jahr 1991. Dieses hat sich auf illegale Drogen konzentriert, legale Suchtsubstanzen blieben nahezu ausgeklammert. Nach heutiger Erkenntnis ist das nicht mehr sinnvoll. Seit 2008 wird deshalb mit geeigneten Massnahmen sowohl gegen die Problematik illegaler als auch legaler Suchtmittel vorgegangen. Im Vordergrund stehen Massnahmen in den Bereichen Prävention und Schadensminderung. Zudem wird mit einer verstärkten Koordination zwischen den verschiedenen Institutionen, sowie mit der Einführung eines «Case Managements» eine Wirkungssteigerung ohne zusätzlichen Mitteleinsatz angestrebt.

Der Handlungsspielraum der Stadt ist eingeschränkt. Nach heutiger Aufgabenteilung sind die Suchthilfeangebote hauptsächlich kantonal finanziert und gesteuert. Schätzt die Stadt Bern den Bedarf an Angeboten anders ein, muss sie für deren Finanzierung vollumfänglich selber aufkommen.

Leistungen nach Zielvorgaben

Zu Zielthema 8: Suchtprävention an Schulen

Gerade in der Suchtprävention sind all jene Stellen gefordert, welche Einfluss auf suchtfördernde Bedingungen und auf das Suchtverhalten von Kindern und Jugendlichen ausüben können.

Der Gesundheitsdienst (GSD) bietet Unterstützung bei suchtpreventiven Massnahmen in der Schule oder bei der Früherfassung von suchtfährdeten Schülerinnen und Schülern.

Folgende Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention in den Schulen stehen zu Verfügung:

- Gesundheitsteams an Schulen (Gesundheitsförderung an Schulen)
- Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenkurs «Däts it» (Suchtprävention für 7. Klassen inklusive Elterneinbezug)
- «DuSeischWoDüre / DSWD» und «Zwäg» (Life-skillprogramm für 9. und 10. Schuljahr)
- «Starke Eltern – Starke Kinder»

Im Gesundheitsdienst stehen stadintern 260 Stellenprozent und stadtextern 250 Stellenprozent für die Gesundheitsförderung und Primärprävention an der Volksschule zur Verfügung, was einem Anteil von gut 58 Prozent pro 1'000 Schülerinnen und Schüler entspricht. Die Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote sind wissenschaftlich evaluiert und langjährig eingesetzt (Kontinuität). Bei den stadtexternen Mitarbeitenden handelt es sich um Mitarbeitende wie zum Beispiel

die DSWD-Beraterinnen, die Gesundheitskoordinatoren und –koordinatorinnen, sowie weitere temporär eingesetzte qualifizierte Personen.

Zu den Zielthemen 11–13

Die Angebote der Suchthilfe und Suchtprävention in der Stadt Bern richten sich nach dem Vier-Säulen-Modell (Prävention, Schadensminderung, Behandlung/Beratung und Repression). Zu allen vier Säulen sind Angebote in Stadt und Region Bern vorhanden.

Prävention: Als Kernaufgabe werden Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadt Bern hauptsächlich von folgenden Institutionen wahrgenommen: Gesundheitsdienst, Berner Gesundheit (kantonal organisiert) und Blaues Kreuz (national organisiert).

Schadensminderung: In der Stadt Bern bestehen folgende schadensmindernde Angebote, bei denen jeweils die vom Kanton finanzierte Stiftung Contact Netz Betreiberin ist: die Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum und Spritzenabgabe, bzw. -umtausch, die mobile Anlaufstelle für drogenkonsumierende Sexarbeiterinnen La Strada sowie verschiedene Wohn- und Arbeitsprojekte. Hinzu kommt die betreute Wohngemeinschaft Albatros der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Bern, mit welcher die Stadt Bern einen Leistungsvertrag hat. Für alkoholabhängige Personen steht mit dem Azzurro ein durch das Blaue Kreuz geführter alkoholfreier Treffpunkt zur Verfügung. Das Blaue Kreuz betreibt auch Beschäftigungsprogramme. Zudem betreibt die Stiftung Contact Netz im Auftrag der BSS seit April 2005 einen Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige, die dort mitgebrachten Alkohol konsumieren dürfen.

Insgesamt sind rund 120 Aufenthaltsplätze vorhanden (Anlaufstelle, Azzurro und Alkistübli). Diese Angebote sind vormittags und mit Ausnahme der Anlaufstelle sonntags geschlossen. Speziell für Personen mit ausgeprägten Suchtproblemen stehen rund 80 Arbeitsplätze und 45 Plätze in Wohnprojekten zur Verfügung. Hinzu kommen Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten in anderen, nicht speziell für suchtkranke Menschen konzipierten Institutionen (Passantenheim der Heilsarmee, Aktion Bettwärme, Verein Obdach, Haus Felsenau, Sleeper usw.). Die Auslastung ist bei allen Angeboten hoch bis sehr hoch.

Behandlung/Beratung: Zur Behandlung und Beratung gehören die Angebote der ambulanten Therapie/ Beratung, der stationären Therapie, der Substitution, sowie die verschiedenen Entzugseinrichtungen.

In der Stadt Bern bieten namentlich folgende Institutionen ambulante Therapie/Beratung an: Stiftung Contact Netz im Bereich illegale Drogen; Berner Gesundheit im Bereich Alkohol, Glücksspiel, Tabak, Medikamente, Essstörungen, neue Medien; Blaues Kreuz im Bereich Alkohol; Klinik Südhang mit ihrem Ambulatorium im Bereich Alkohol; Universitäre Psychiatrischen Dienste im Bereich illegale Drogen und Partydrogen (CleaNex), Alkoholsprechstunde.

Nebst den Institutionen der Suchthilfe leisten auch der Sozialdienst, insbesondere dessen für Schwerstsüchtige spezialisierte Fachstelle Drogen, und die Vormundschaftsbehörden einen beträchtlichen Teil an Beratun-

gen. In rund 750 bis 800 Dossiers (ca. 25 Prozent aller Dossiers) des Sozialamtes sowie in rund 350 bis 400 Dossiers (ca. 30 Prozent aller Dossiers) des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz stehen Suchtprobleme im Vordergrund. Im Kanton Bern stehen in sieben Institutionen 215 Therapieplätze sowie in drei Familienplatzeinrichtungen 36 Familienplätze zur Verfügung. Diese Plätze können auch von Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern genutzt werden. 210 Plätze in der heroingestützten Behandlung sind in der Stadt Bern in der Kontrollierten Drogenabgabe KODA vorhanden. Im Zentrum Ambulante Suchtbehandlung des Contact Netz (ZAS) werden 275–300 Personen mit Methadon behandelt. Hinzu kommen weitere Methadonprogramme, die von Hausärztinnen und Hausärzten, bzw. in Apotheken, geführt werden. Weitere Personen werden mit Subutex im CleaNex der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) substituiert. 33 stationäre Entzugsplätze stehen im Kanton Bern zur Verfügung.

Die Auslastung der Angebote ist unterschiedlich. Allgemein ist die Nachfrage nach ambulanten Behandlungen und Beratungen steigend, während sie bei stationären Angeboten eher rückläufig ist.

Repression: Ziele der Repression im Drogenbereich sind in erster Linie die Angebotsverknappung und die Bekämpfung des Drogenhandels. Hinzu kommt im Suchtbereich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und von Ruhe und Ordnung, wobei hier sowohl Personen aus der Drogen- als auch aus der Alkoholszene betroffen sind. In der Stadt Bern ist die Einsatzgruppe Krokus mit polizeilichen Aufgaben rund um die Drogen- und Suchtproblematik betraut. In einzelnen Parkanlagen, im Bahnhof oder in der Umgebung der Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige werden zudem private Sicherheitsfirmen ohne polizeiliche Befugnisse zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt.

Weitere Angebote

Ambulante Vermittlungs- und Rückführungsaktionen

Die Ambulanten Vermittlungs- und Rückführungsaktionen (AVR) werden seit 1998 mit dem Ziel durchgeführt, drogenabhängige Personen einer adäquaten Betreuung und Behandlung zuzuführen. Mitarbeitende des Sozialdienstes klären dabei die persönliche Situation ab und vermitteln die zugeführten Personen an geeignete Institutionen. Zum Teil finden Rückführungen in die Wohnsitzgemeinde statt. An den Aktionen sind jeweils eine Pflegefachperson, eine Ärztin / ein Arzt sowie ein Mitarbeitender einer Bewachungsfirma anwesend.

Die Anzahl der ambulanten AVR-Aktionen beläuft sich in den letzten drei Jahren auf rund zwölf Aktionen. Gegenüber früheren Jahren hat sich die Zahl halbiert, da immer weniger Personen während der Nacht auffindbar sind.

Citypflege: Die sogenannte Citypflege ist eine spezialisierte Reinigungsgruppe, die sich vor allem um die Reinigung der Grünanlagen von Drogenabfall kümmert. Das Projekt Citypflege wird von der Stiftung Contact Netz geführt und directionsübergreifend finanziert. Es stellt fürsorgeabhängigen Menschen insgesamt elf Arbeitsplätze zur Verfügung. Zudem betreut die Citypflege das Spritzentelefon, bei welchem die Bevölkerung herumliegende Spritzen und dazugehörige Utensilien zur sachgemässen Entsorgung melden kann. Die Anzahl Anrufe beim Spritzentelefon beläuft sich seit 2004 auf rund 95 Anrufe pro Jahr.

Pinto (Prävention Intervention, Toleranz): Pinto ist eine mobile Einsatzgruppe im öffentlichen Raum und kombiniert aufsuchende Sozialarbeit und Ordnungsdienst mit dem Ziel, den öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen offen zu halten. Für Pinto ist das Jugendamt zuständig. Weitere Ausführungen finden sich im Kapitel [Handlungsfeld 5](#).

Schulzahnmedizinischer Dienst

Zielvorgaben
14 Schulzahnpflege als wichtiges Element der Gesundheitserziehung: Prävention, Behandlungen sicherstellen, Chancengleichheit für alle Kinder Direktionsverordnung über SZMD Verordnung über den Schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD) [5]
15 Prophylaxeangebote in Kindergarten und Schule. Jährliche obligatorische Schuluntersuchungen/Niederschwellige Zugänglichkeit/Angebote Prävention Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]
16 Sicherstellung einer qualitativ hohen und kundenfreundlichen medizinischen Versorgung, insbesondere von Kindern Jahresberichte / PGR / Band 2 / BSS [4]

Angebotsstrukturen

Die zwei Schulzahnkliniken stehen in Bümpliz (Stadtteil VI) und im Breitenrain (Stadtteil V).

Zu Zielthema 14: Anzahl Eltern, welche ihre 3 jährigen Kinder zur zahnärztlichen Frühberatung vorstellen

TABELLE 7.VII

Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl:	495	554	606	539	632

Datenquelle: Jahresberichte / Produktgruppen-Rechnung / BSS / Band 2

Gut die Hälfte aller eingeladenen Eltern nimmt das Angebot einer Untersuchung wahr, was ein hoher Anteil ist, da das Konzept auf Freiwilligkeit basiert.

Aus fachlicher Sicht besteht die Befürchtung, dass die Zahngesundheit der nicht erschienenen Kinder schlechter ist als jener, die untersucht wurden. Deshalb erhalten 2007 erstmals alle Eltern ein zweites Erinnerungsschreiben mit der erneuten Aufforderung, an der Frühberatung teilzunehmen. Zusätzlich ist das Einladungsschreiben zur Frühberatung in vierzehn Sprachen übersetzt worden mit einer Einladung zu einer Informationsveranstaltung mit interkultureller Übersetzung. Eine Auswertung erfolgt 2008.

Zu Zielthema 14: Schulzahnpflege Anzahl Kinder in Schulzahnklinik Behandlung

TABELLE 7.VIII

Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl:	7292	7104	7528	7594	7724

Datenquelle: Jahresberichte / PGR / BSS / Band 2

Die Zahlen sind über mehrere Jahre relativ konstant. Neben der Untersuchung macht das Angebot der Behandlung von Zahnschäden einen wesentlichen Anteil aus am Konzept der Schulzahnpflege. Dabei wird insbesondere auf eine niederschwellige Zugänglichkeit zum Informations- und Behandlungsangebot geachtet.

Zu Zielthema 15: Prophylaxeangebote Prophylaxeunterricht in Kindergarten und Schulklassen

TABELLE 7.IX

Anzahl der Prophylaxe- Unterrichtsstunden					
Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl:	760	669	875	858	925

Anzahl unterrichteter Schülerinnen und Schüler					
Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl:	4'822	4'653	5'463	5'358	5'500

Anteil Schulkinder mit Prophylaxeunterweisung					
Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anteil:	78%	84%	96%	93%	96%

Anteil untersuchter Kinder im Kindergartenalter					
Jahr:	2003	2004	2005	2006	2007
Anteil:	50%	72%	75%	75%	72%

Datenquelle: Jahresberichte / PGR / BSS / Band 2

Sämtliche Schul- und Kindergartenklassen werden zwei Mal pro Schuljahr besucht (bis in die 6. Klasse). Die kollektive Prophylaxe wird als hochwirksame Massnahme angesehen, die zugleich im Sinne eines sozialen Ausgleichs wirkt. Dieses in der Schweiz seit über dreissig Jahren etablierte System erlaubt die wirkungsvollste Zahngesundheitserziehung mit geringstem Aufwand.

Zu Zielthema 16: Kundinnen- und Kundenzufriedenheit

Im Rahmen der zahnmedizinischen Versorgung werden Kinder und Jugendliche (Schulzahnklinik) sowie Erwachsene (Öffentliche Zahnklinik) behandelt. Eingetragene Privat-Schulzahnärztinnen und Privat-Schulzahnärzte sind an der Schulzahnpflege beteiligt

TABELLE 7.X

Zufriedenheit mit der Frühberatung*				
Jahr:	2004	2005	2006	2007
Anteil:	87%	92%	88%	89%
Zufriedenheit mit der Zahnklinikbehandlung*				
Jahr:	2004	2005	2006	2007
Anteil:	79%	82%	85%	92%

Datenquelle: Jahresberichte / PGR / BSS / Band 2

*Hierfür wurde aus der jährlichen Befragung die Frage berücksichtigt: «Können Sie die Klinik weiter empfehlen?» Die Zufriedenheit ist auf hohem Niveau.

Fachfazit

Gesundheitsförderung auf allen Ebenen verlangt die Bereitstellung von bedarfs- und bedürfnisgerechten Angeboten im Sport- und Gesundheitsbereich. Das Grundangebot ist grundsätzlich in allen Bereichen gut. Die städtischen Angebote im Gesundheits- und Sportbereich werden zu günstigen Preisen angeboten.

Die Zielgruppen müssen die Angebote einerseits kennen, andererseits auch eigenverantwortlich nutzen und teilweise selber finanzieren. In allen Bereichen finden sich Zielgruppen, die nicht oder nur schwer erreicht werden. Zu diesen gehören überdurchschnittlich viele benachteiligte, bildungsferne Personen, oft mit Migrationshintergrund. Ein Problem bei den (freiwilligen) Angeboten für (Klein)Kinder ist das Erreichen der Eltern.

Sport

Das Sportangebot in der Stadt Bern ist vielfältig und gut ausgebaut. Der Sport hat einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Festgestellt wird eine zunehmende Individualisierung bei der Auswahl und Nutzung von Angeboten, auch bei Sport- und Freizeitangeboten. Die Vereinszugehörigkeit nimmt daher laufend ab oder verändert sich. Das Fitness-, Freizeit- und Wellnessangebot privater, kommerzieller Institutionen nimmt zu und wird trotz höherem Preissegment gut frequentiert. Auch dieser Umstand beeinflusst die Nachfrage nach den städtischen Angebotsstrukturen.

Die Angebote des Sportamts sind niederschwellig, günstig und mit keinen Mitgliedschaften verknüpft. Das Sportamt ergänzt die Kursangebote der Sportvereine und konkurrenziert sie nicht. Die Inanspruchnahme der Angebote folgt auch Trends und bedingt dementsprechend grosse Flexibilität des Sportamts und der Vereine, auch in der Belegung von Sportinfrastrukturen. Das Sportamt untersucht, weshalb in den letzten beiden Jahren die Teilnehmerzahlen bei einzelnen Sportangeboten abnehmend sind.

Gesundheit

Die Gesundheitsförderung ist weniger auf Risikogruppen ausgerichtet als auf ganze Lebenswelten (z. B. Schule). Innerhalb dieser Lebenswelt ist es wichtig, diejenigen Kinder und Jugendlichen oder Elterngruppen zu erreichen, die das Angebot besonders nötig haben. Bei den vorliegenden Projekten ist deshalb der Erreichungsgrad bei bildungsfernen Eltern besonders zu evaluieren.

Die Ernährungs- und Bewegungsprojekte (Znünibox und Purzelbaum) werden 2008 als Pilotprojekte in Kindergärten der Stadt eingeführt.

Sucht

Die Stadt Bern verfügt über eine adäquate Suchtpolitik. Die Angebote der Suchthilfe und Suchtprävention richten sich nach dem Vier-Säulen-Modell (Prävention, Schadensminderung, Behandlung/Beratung und Repression). In allen vier Säulen sind Angebote in Stadt und Region Bern vorhanden. Neu fokussiert die Suchtpolitik nicht mehr ausschliesslich illegale Drogen, sondern bezieht auch legale Suchtmittel mit ein.

Schulzahnmedizinischer Dienst

Zahnmedizinische Vorbeugung umfasst die Zahn-, Mund- und Kiefergesundheit. Nicht nur aus kariesprophylaktischer Sicht, sondern auch unter psychologischen Gesichtspunkten ist es wichtig, so früh wie möglich Kleinkinder in die Zahngesundheitsförderung einzubeziehen. Die Schulzahnpflege der Stadt Bern startete erfolgreich mit der zahnmedizinischen Frühberatung der Dreijährigen und strebt die Ausweitung der Kariesprävention in ein noch früheres Lebensalter an. Ein Ansatzpunkt hierfür ist die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten der öffentlichen Gesundheitserziehung.

Die Voraussetzungen für die Gesunderhaltung der Zähne sind seit längerer Zeit bekannt. Die zur Anwendung gekommenen Gesundheitsprogramme haben sich insbesondere wegen der breiten Nutzung von Fluoriden als äusserst effektiv erwiesen. Verschiedene Studien zur Kariesverteilung zeigen jedoch auch, dass der Kariesrückgang ungleich verlaufen ist. Schliesslich ist in der Kariesprophylaxe neben der Anwendung von Fluoriden eine aktive Mitarbeit der Eltern sowie jedes Einzelnen/jeder Einzelnen an seiner/ihrer oralen Gesundheit unverzichtbar.

Im Klinikbereich ist es ein zentrales Anliegen des Schulzahnmedizinischen Dienstes, optimale Gesundheit zu vertretbaren Kosten zu erreichen. Damit wird ein Beitrag zur Chancengleichheit im Gesundheitsbereich geleistet.

Ausblick

- Informationen erreichen einen Teil der Zielgruppen ungenügend. Benachteiligte Zielgruppen sind in den Fokus der Massnahmenanpassungen zu stellen.
- Die Elternarbeit ist in allen Bereichen zu fördern und zu professionalisieren (vgl. auch [Frühförderung, Handlungsfeld 1](#))
- Der Bedarf an zusätzlichen Sporthallen wird mit der Realisierung der Mehrfachsporthallen Weissenstein und der Doppelturnhalle Bitzios (gemäss Sportanlagenplanung 2003-2010) gedeckt (beide im Projektstadium).
- Es fehlen Rasenspielfelder. Dieser Mangel dürfte sich nach erfolgreichen Veranstaltungen wie der EURO 2008 noch verschärfen. Alternative Projekte (mit Schwergewicht auf Kunstrasen) sind eingeleitet und zu realisieren.
- Das nach wie vor sehr knappe Hallenbadwasser ist ein grosses Problem. Abklärungen bezüglich Sanierungen, Übergangslösungen oder Neubauten sind eingeleitet.
- Die Sportanlagenplanung 2010–2018 berücksichtigt vermehrt geschlechterspezifische Bedürfnisse und schenkt der behindertengerechten Bauweise besondere Beachtung.
- Erarbeiten eines Sportpolitischen Konzepts.
- Sportvereinen kommt eine soziale Integrationsfunktion zu. Durch Anstossunterstützungen an Vereine zur Anwerbung neuer Mitglieder sind speziell auch sozioökonomisch benachteiligte Gruppen zu erreichen.
- Im Zusammenhang mit Bewegungsarmut und Übergewicht sind sowohl der Schulsport (Motivation / Animation), wie auch der anschliessende Wechsel zu den Sportvereinen (längerfristige sportliche Betätigung) enger zu begleiten und zu fördern.
- Das Bundesamt für Sport BASPO unterstützt die Sportförderung der Kinder finanziell über das neu geschaffene Gefäss «J+Sport – Kids im freiwilligen Schulsport» (Alter 5 bis 10-jährig) www.jugendundsport.ch
- Ernährungs- und Bewegungsprojekte sind nach Evaluation der Pilotprojekte flächendeckend auf sämtliche Kindergärten auszuweiten.

- Prävention und Schadensminderung werden in den nächsten fünf Jahren stärker gewichtet (z.B. konsequente Umsetzung der Jugendschutzbestimmungen, Einschränkung des Alkoholverkaufs im Bahnhof, Weiterführung Aufenthaltsort für alkoholranke Menschen, Angebotsüberprüfung bzw. -anpassung der Kontakt- und Anlaufstellen für Drogenabhängige).
- Auf institutioneller Ebene als auch bei der Einzelfallarbeit ist die Koordination und Kooperation zwischen allen Beteiligten zu optimieren (Einführung von Case Management, Zusammenarbeit mit police bern, neue Organisationsstruktur Suchtpolitik). Parallel wird eine verstärkte regionale Vernetzung in der Suchtpolitik angestrebt.
- Ein niedriger sozioökonomischer Status ist gemäss zahnmedizinischen Erkenntnissen ein sensibler Indikator für einen hohen Kariesbefall. Deshalb sind für orale Präventionsprogramme auch zukünftig die Eigenschaften der Fluoride und gegebenenfalls weiterer karieshemmender oder antikariogener Substanzen zu nutzen.
- Darüber hinaus sind die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Zahn- und Mundgesundheit in der zahnärztlichen Prävention verstärkt zu berücksichtigen.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Siehe ANHANG I

Literaturverzeichnis

- | | |
|-----|---|
| [1] | Konzept zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Stadt Bern. Februar 2002.
www.bern.ch/leben_in_bern/gesundheitsfoerderung/gesundheitsfoerderungskonzept |
| [2] | Sportanlagenplanung 2003–2010.
www.sportamt-bern.ch/Sportamt/Sportanlagenplanung/tabid/1415/Default.aspx |
| [3] | Suchtpolitik: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen 2007–2012.
www.bern.ch/leben_in_bern/gesundheitsuchtdrogenpolitik/suchtpolitik_der_stadt_bern_intranet.pdf |
| [4] | Jahresberichte / Produktegruppen-Rechnung, Band 2.
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/information/publikationen/finanzplan/jb_2006_band_2 |
| [5] | Verordnung über den Schulzahnmedizinischen Dienst (Schulzahnmedizinverordnung; SZMDV).
www.bern.ch/leben_in_bern/stadt/recht/dateien/430.51/Word430.51.pdf |

Schlussfazit

Zum ersten Mal liegt mit der Sozialberichterstattung eine umfassende Sammlung von Daten vor, welche die soziale Lage der Bevölkerung in der Stadt Bern abbildet. Die von verschiedenen Stellen innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung erhobenen Daten vermitteln einen guten Überblick über die Vielfalt der Lebenslagen und Lebensbedingungen. Sie widerspiegeln das umfangreiche Spektrum sowie die damit verbundene unterschiedliche und vielschichtige Aufgabenstellung. Die Daten sind gleichzeitig Grundlage für eine Lagebeurteilung und Gradmesser für die Aufgabenerfüllung.

Dieser erste Sozialbericht ist – wie in der Einleitung ausgeführt – nicht in erster Linie ein Rückblick, sondern vor allem eine zuverlässige Planungsgrundlage für zukünftiges Handeln. Es sollen für alle Bevölkerungsschichten optimale Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität geschaffen und den Menschen persönliche Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden. Diese Zielsetzung bedingt eine laufende Überprüfung der sozialen Bedarfslagen, die sich – im Zug der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse – in stetiger Entwicklung befinden. So müssen stets von neuem die richtigen Massnahmen getroffen und die nötigen Ressourcen bereit gestellt werden.

In einer übergreifenden Betrachtung der Fazite aus den Handlungsfeldern 1–7 werden im Folgenden einige Punkte hervorgehoben, weil sie sozialpolitisch besonders ins Gewicht fallen oder auf zukünftige Herausforderungen hinweisen.

Die Stadt leistet viel für die Förderung der *Kinder und Jugendlichen*. Im Bereich der Frühförderung (Vorschulalter) hat sie eine Pionierrolle übernommen. Sie steht jedoch erst am Anfang einer flächendeckenden systematischen Umsetzung des Angebots. Dank einer langjährigen, gezielten Attraktivierung der Volksschule erleichtern heute zahlreiche Förderangebote sowie die Schulsozialarbeit den Schulen die Umsetzung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags, beziehungsweise das Erfüllen der Lernziele. Nach wie vor besteht jedoch dringender Handlungsbedarf zur Umsetzung des in Artikel 17 des Volksschulgesetzes verankerten Prinzips der Integration mit dem Ziel, alle Kinder grundsätzlich innerhalb ihres Schulkreises in Regelklassen zu fördern und zu fordern.

In Bezug auf *Arbeit und Bildung* hat Bern als Kernstadt einer grossen Agglomeration und als kulturelles Zentrum der ganzen Bevölkerung viel zu bieten. Die Stadt hat für Risikogruppen frühzeitig Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration ergriffen und dabei den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Diese Anstrengungen werden noch intensiviert. Wichtige Schritte sind eingeleitet, indem schwierige Schnittstellen in der Bildungslaufbahn zu Nahtstellen umgebaut werden sollen: Übergang von Primarstufe zu Sekundarstufe I / von Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II (Berufsbildung und weiterführende Schulen) / von der beruflichen Ausbildung ins Erwerbsleben.

Viele *Familien* leben gern in der Stadt und finden für Eltern und Kinder vielfältige Einrichtungen. Mit dem flächendeckenden Angebot an Tagesschulplätzen, ergänzt durch Ferieninseln, steht Bern auch im landesweiten Vergleich an der Spitze und ist damit für Familien attraktiv. Hingegen hat es nicht genügend Familienwohnungen, die den heutigen Bedürfnissen gerecht werden. Das Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungsstätten (Kitas und Tagis) ist im schweizerischen Quervergleich gut. Seit Jahren wird dieses Angebot kontinuierlich ausgebaut. Dennoch besteht dringender Handlungsbedarf, weil trotz dieses Ausbaus der Nachfrageüberhang nach Plätzen in Kitas zugenommen hat. Ferien- und Freizeitangebote für sowie die offene Arbeit mit Kinder(n) sind bedarfsgerecht eingerichtet. Die Kapazität für offene Jugendarbeit ist jedoch knapp bemessen. Die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist zu intensivieren.

Grundsätzlich sind Zusammenarbeit und Koordination unter den Leistungstragenden in der Gemeinwesenarbeit und in der soziokulturellen Arbeit in Zukunft mehr auf den Sozialraum hin auszurichten und zielgruppen- und stadtteilspezifisch anzubieten. Ein dementsprechender Prozess zur Organisationsentwicklung ist bereits in die Wege geleitet worden. Verbesserungspotenzial besteht zudem bezüglich gegenseitiger Information und Vernetzung.



Die Stadt bietet auch *älteren und betagten Menschen* hohe Lebensqualität. Ihre Existenz ist grundsätzlich gesichert. Sie finden in Bern ein bedarfsgerechtes Wohnangebot und – ungeachtet ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit – genügend Pflegeheimplätze. Im Interesse einer möglichst lange dauernden selbständigen Wohnkompetenz in den eigenen vier Wänden und im Hinblick auf die demografische Entwicklung sind die pflegerischen und hauswirtschaftlichen Leistungen «zu Hause» laufend bedarfsgerecht auszubauen. Dem zunehmenden Bedarf an geeigneten Wohnformen und Unterstützungsangeboten am Übergang zwischen selbständigem Wohnen und der Inanspruchnahme eines Pflegeheimplatzes ist Beachtung zu schenken.

Einwohnerinnen und Einwohner, die *Schutz und Hilfe* brauchen, finden in der Sozialhilfe, im Erwachsenen- und Kinderschutz und im Asylbereich angemessene Unterstützung. Die Massnahmen zur sozialen Integration sind wirksam. Die Verbesserung der Wirtschaftslage bewirkt – mit dem üblichen zeitlichen Verzug – langsam eine spürbare Entlastung der Sozialhilfe. Während die Anzahl Fälle tendenziell rückläufig ist, nimmt deren Komplexität zu, nicht zuletzt infolge von Auswirkungen lang anhaltender Arbeitslosigkeit und gesundheitlicher Probleme. Diese Aufwandverlagerung und zusätzliche Massnahmen zur Verhinderung von Missbrauch beim Sozialhilfebezug haben zur Folge, dass die personellen Ressourcen nicht abgebaut werden können, sondern erhöht werden müssen. Handlungsbedarf besteht auch bei der Bekämpfung der Armut von Familien und ihrer Kinder, insbesondere bei Alleinerziehenden. Massnahmen im Verantwortungsbereich der Stadt (Frühförderung, integrative Angebote für Migrantinnen und Migranten) reichen nicht aus. Diesbezüglich ist auf zusätzliche finanzielle Leistungen im Rahmen eines übergeordneten Konzepts beziehungsweise auf den Erlass übergeordneter Rechtsgrundlagen hinzuwirken.

In Bezug auf *Integration und Partizipation* bestehen in Bern vergleichsweise viele und niederschwellig zugängliche Angebote und Möglichkeiten. Ihr bedarfsgerechter Ausbau ist eine Daueraufgabe. Besondere Bedeutung hat der Erwerb der deutschen Sprache, weil aktive Integration und Partizipation am einfachsten über Sprache erfolgt. Kernthemen sind gute Information und die Erreichbarkeit der Zielgruppen. Ein Pilotprojekt mit einer zentralen Informations- und Auskunftsstelle ist geplant. Das Kinderparlament, die Möglichkeit der Jugendmotion und die institutionalisierte Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler in den Schulen fördern nicht allein die Selbstverantwortung der Beteiligten, sondern auch eine künftige, aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Stadt Bern.

Im Bereich *Gesundheitsförderung und Sport* hat Bern viel zu bieten. Die langjährigen Massnahmen zur Gesundheitsförderung in den Schulen zeigen Wirkung. Auch hier gilt die Devise: «Je früher desto besser». Erfahrungen in Kindheit und Jugend prägen Wertvorstellungen und Verhaltensmuster fürs Leben. Deshalb sind zum Beispiel Kosten für Projekte zur Förderung der Beweglichkeit gut investiertes Geld. Die Stadt engagiert sich für den Breitensport, bietet im Sommer gratis Eintritt in Freibäder an und wird in den nächsten Jahren das Angebot an Turn- und Sporthallen wie auch an Rasenfeldern ausbauen.

Zusammenfassend ist die Stadt Bern eine soziale Stadt, die sehr viel Gutes leistet, oft Pionierarbeit, die auch anderen Gemeinwesen Wege ebnet. Sie wirkt mit, national, kantonal und regional, auch mit Blick auf die internationale Entwicklung. Sie antizipiert, plant und geht konzeptionell vor. Die aktuelle Bevölkerungsbefragung bestätigt der Stadt zum wiederholten Mal eine gute Lebensqualität und unterstreicht damit die Ergebnisse der Daten im Sozialbericht. Früh zu beginnen, was gut enden soll, in Menschen zu investieren, sie in ihrer Eigenverantwortung zu stärken, ihre Ressourcen zu erhalten und zu vermehren, heisst Vorsorgen für später. Frühzeitig ergriffene präventive Massnahmen und proaktives Handeln mindern oder verhindern für nachfolgende Zeiten und Generationen Defizite, die in der Regel aufwändige reparative Massnahmen nach sich ziehen würden. Die Stadt nimmt ihre soziale Ausgleichsfunktion ernst und trägt damit zum guten Klima und zum sozialen Frieden bei. Sie legt dabei grossen Wert auf Kontinuität und auf sinnvolle Verkettung von Massnahmen über verschiedene Altersstufen hinweg. Im Bewusstsein der bestehenden Lücken und des Optimierungspotenzials gewährleistet die Stadt Bern in ihrer Vielfalt und heterogenen Realität hohe soziale Sicherheit.

Ergebnisse der Stadtteilkonferenzen

Handlungsfeld 1

Frühförderung und Volksschule

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen. Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Frühförderung

Früherkennung und Intervention sind zwingend, um ungünstige soziale Entwicklungen auffangen zu können. Zwischen Geburt und Kindergarten fehlen Angebote, in denen dies geschehen könnte. In Kitas wollen und können nicht alle Kleinkinder geschickt werden. Private Spielgruppen sind für viele zu teuer. Es sind zusätzliche niederschwellige, flächendeckende Angebote nötig. Ein Problem ist die fehlende Verbindlichkeit bei der Nutzung von Angeboten im Frühbereich, gerade auch von benachteiligten Kindern.

Dasselbe gilt für die Inanspruchnahme der Mütter- und Väter-Beratung, für die Zahnpflege und für die Nutzung des Prophylaxeangebotes für Dreijährige des Schulzahnmedizinischen Dienstes.

MuKi-Deutschkurse werden als ein sinnvolles Angebot beurteilt, das eigentlich obligatorisch sein müsste. Die Elternbriefe von Pro Juventute sollten grundsätzlich kostenlos und in noch mehr Sprachen verfügbar sein. Das Pilotprojekt Primano ist noch nicht allen Teilnehmenden bekannt, wird aber von allen involvierten Stellen als wichtige Massnahmen qualifiziert.

Zielthema: Volksschulbereich

Kindergarten und Schule sind obligatorisch und bieten die zentrale Plattform zum Erreichen aller Kinder und zur Förderung der Chancengleichheit und Integration. Die Elternbildung ist demgegenüber freiwillig und muss systematisch gefördert werden.

Für präventive Schulsozialarbeit fehlt die Kapazität. Die Schule stösst bei der Umsetzung von Projekten auch an Grenzen. Die Schulsozialarbeit wird in allen Stadtteilen geschätzt, die Ressourcen werden als zu knapp eingeschätzt.

Das Thema Gewalt, beziehungsweise Gewaltprävention bei Kindern taucht verschiedentlich auf, zum Beispiel im Zusammenhang mit Medienkonsum, aber auch mit dem Schulalltag und fehlenden Sozialkompetenzen von Kindern und Jugendlichen.

Flächendeckende Tagesschulen sind enorm wichtig. Die Öffnungszeiten haben sich nach der Nachfrage zu richten und sollten sich nicht dem Spardruck beugen. Der gesellschaftliche Wert und die Anerkennung der Tagesschulen sind zu fördern und hervorzuheben. Kinder, die mehr Betreuung brauchen, sollen in Tagis betreut werden können.

(Obligatorische) Ganztageschulen oder einzelne Ganztageszentren werden als mögliche Lösung zum besseren Integrieren der Kinder genannt. In diesen würden Kinder und Jugendliche schulische Förderung, Ernährung, Erziehung und begleitete Freizeit erhalten und die Eltern wüssten, wo sich ihre Kinder aufhalten. Die Öffnungszeiten wären von 7.00 bis 19.00 Uhr anzusetzen.

Die Selektion in der Schule fängt sehr früh an, was zur Chancengleichheit beiträgt. Kinder aus bildungsfernen Familien haben aufgrund der Sprachkompetenz von Anfang an schlechtere Chancen.

Aspekt: Erreichen der Zielgruppen

Elternbildung, Elternförderung, Elternforderung sind Aspekte, die unter verschiedenen Blickwinkeln immer wieder thematisiert werden. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Voraussetzung, um die Eltern einzubeziehen und mitverantwortlich zu machen. Der Spracherwerb ist auch für die Integration der Kinder das Zentrale und sollte möglichst früh einsetzen. Sprachförderung der Eltern ist genau so ernst zu nehmen wie diejenige der Kinder. Kinder von Eltern, welche kein Deutsch sprechen, müssen teilweise für Eltern dolmetschern, was nicht gut ist. Weil mit Eltern nicht kommuniziert werden kann, wird die Verantwortung an die Kinder delegiert, was diese überfordert.

Es gibt Familien – oft mit Migrationshintergrund – die schwer erreichbar sind. Informationen werden von diesen kaum adäquat wahrgenommen und umgesetzt. Elternbildung müsste noch mehr thematisiert und systematisch angegangen werden. Die Schulen haben eine grosse Verantwortung, aber die Eltern ebenso, die kann und darf ihnen nicht abgenommen werden. Zu viele Eltern (aus andern Kulturkreisen) kennen das Schulsystem nicht, und einige zeigen mangelnde Einsicht bezüglich der Wichtigkeit der Schulbildung für ihre Kinder. Etliche Eltern sind durch existentielle Probleme belastet und finden kaum Zeit für die Kinder.

Es müssten mehr Auflagen gemacht werden können bezüglich Nutzung von Angeboten. Gerade Eltern von Kindern, die Unterstützung und Förderung am nötigsten hätten, machen bei Angeboten oft nicht mit. Das Thema der Freiwilligkeit der Nutzung von Angeboten ist ein zentraler Aspekt, der in allen Stadtteilen festgehalten wurde. Mündliche Informationen wären wirkungsvoller als schriftliche. Als Lösungsvorschläge werden genannt: Ausbau der Elternbesuche / Gotte- Göttsystem, nicht nur bei den Kindern, sondern auch unter den Eltern.

Es braucht eine Bedarfsabklärung bei den Zielgruppen, die aufzeigt, warum gewisse Eltern so schlecht erreicht werden und nicht einzubinden sind, welche Angebote ihnen dienen würden, was ihnen nützt, was sie wissen und zu welchen Angeboten sie keinen Zugang finden.

Aspekt: Schnittstellen und Koordination

Verschiedene Fachrichtungen sollen sich vernetzen, sich als System verstehen und aufeinander verweisen: Kitas und Spielgruppen könnten Eltern vermehrt motivieren, die Mütter- und Väter-Beratungsangebote zu nutzen und das Angebot des Schulzahnmedizinischen Dienstes für Dreijährige zu nutzen.

Die Schulen werden oft als Zentrum, als Begegnungsort aller Kinder betrachtet. Die Schulen werden als Potenzial wahrgenommen, Kinder in verschiedenen Lebensbereichen zu fördern. Eltern und soziale Einrichtungen sind auch in die Verantwortung zu ziehen. Dies braucht Koordination und systematische Vernetzung.

Wenn alle professionellen Institutionen – wie Schule, Kitas, Tagis, Tagesschulen, DOK, TOJ, Gesundheitsdienst, Kirchen, Mütter- und Väter-Beratung usw. – in einem Schulkreis vernetzt sind, wenn sie gegenseitig von den Angeboten der andern Kenntnis haben und Informationen austauschen, dann können Lücken erkannt und Übergänge verbessert werden.

Handlungsfeld 2 Arbeit und Bildung

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen.

Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Jugendliche und Junge Erwachsene ohne Abschluss / Übergang Sek I zu Sek II

Der Oberstufe in den Schulen kommt eine hohe Verantwortung zu bei der Berufswahlvorbereitung. Es ist wirklicher, die Schulen zu stärken, damit die Schülerinnen

und Schüler nach der 9. Klasse eine Anschlusslösung haben, als nach der 9. Klasse viele Anschluss- und Übergangsangebote anbieten zu müssen. Die Einbindung der Lehrkräfte geschieht zu wenig systematisch.

Brückenangebote verschieben Probleme der Stellensuche nur weiter hinaus. Das 10. Schuljahr dient zu oft als Auffangbecken. Zu schwache Jugendliche brauchen andere Lösungen, engere Begleitung. Jugendliche ohne Anschlusslösung werden von den Familien «durchgefüttert». Diese Jugendlichen haben oft auch ein Manko in Sozialkompetenz. Fehlende Tagesstrukturen sind ein Risikofaktor, von dem vor allem junge Leute ohne Halt, solche mit ungünstigen Kontakten und Beziehungen und Personen ohne Lehre oder nach einem Lehrabbruch betroffen sind.

Angebotsspezifisches: Die Wirtschaft sollte stärker in die Verantwortung genommen werden können.

Kombinierte Lehrstellen fördern die berufliche und soziale Integration. Im Quartier kombinierte Lehrstellen anzubieten wäre wertvoll, besonders wenn diese Lehrstellen Jungen aus dem Quartier zur Verfügung stehen. Diese Quartiernetze böten auch informelle Austausch- und Unterstützungsmöglichkeiten. Die Quartierzentren nehmen diesen Auftrag ernst, bieten regelmässig Stellen an und beschäftigen Leute, kommen aber an Grenzen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen mehr Anreize und Support, damit sie sich auf mehr, auch nicht kombinierte Lehrstellen, einlassen.

Der Lehrstellenmangel wird in vielen Stadtteilen betont und als ernst zu nehmendes Problem beurteilt. Dasselbe gilt für das Risiko, nach der Lehre keine Stelle zu bekommen.

Wer übernimmt grundsätzlich das Coaching der Jugendlichen, wenn Eltern dies nicht tun können? Es gibt Jugendliche, die hätten nach der 9. Klasse bis zum Ausbildungsabschluss eine enge Begleitung nötig. Es fehlen Unterstützungsangebote während der Lehrzeit und ein Coaching für Eltern, die dazu nicht fähig sind.

Aspekt: Koordination

Gewünscht wird eine verstärkte Vernetzung unter den Lehrbetrieben, Gewerbeschulen und Sozialarbeitenden bei der Begleitung von Jugendlichen mit Problemen, wie auch mehr Nähe aller beteiligten Institutionen (Schulen, Kompetenzzentrum Arbeit, Erwachsenen- und Kinderschutz, Sozialhilfe), mehr zum Quartier, zum Stadtteil hin, zwecks Abstimmung der Zusammenarbeit und Koordination der Übergänge.

Aspekt: Erreichen der Zielgruppen / Einbezug der Eltern

Wichtig sind nicht nur die Jugendlichen sondern auch deren Eltern, die verantwortlich sind beim Suchen von Anschlusslösungen. Nicht alle Eltern sind gleich fähig,

ihre Jugendlichen zu unterstützen. Eltern sind daher in ihrer Funktion zu stärken, damit sie Verantwortung mit tragen können. Hauptdefizite bei Jugendlichen gründen oft im Erziehungsbereich, weil den Eltern die Schlüsselqualifikationen fehlen. Hier stellt sich die Aufgabe der Nacherziehung, denn es sind oft die gleichen, die Probleme haben und machen.

Nicht alle Eltern erkennen die Wichtigkeit einer Ausbildung ihrer Kinder. Die einen «füttern sie durch» die anderen lassen sie mit 18 oder 20 Jahren fallen. Eltern, die in ihrer Unterstützungsaufgabe überfordert sind, haben oft Hemmungen, Hilfe zu suchen, und fallen durch die Netze. Jugendliche, die keine Berufsausbildungsstelle haben, oder diese verlieren, gehen «verloren», das heisst, sie verschwinden zuhause oder in einer bezahlten Arbeit ohne Ausbildung.

Gewünscht wird eine Erhebung, die aufzeigt, warum die Hürden, Angebote zu nutzen, für ausländische Eltern oder solche mit Migrationshintergrund so gross sind, warum sie nicht an Veranstaltungen in den Schulen teilnehmen und sich nicht für die Jugendlichen engagieren. Auch wenn Übersetzungen angeboten werden, kommen die Eltern nicht an Gespräche. Was läuft falsch, was könnte man besser machen, wie die Eltern motivieren?

Handlungsfeld 3 Familien und Kinderbetreuung

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen.

Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Tagesbetreuung in Tagis, Kitas

Die Stadt ist gegenüber anderen Städten und Gemeinden gut ausgerüstet und fortschrittlich. Ein stärkeres Auftreten nach aussen würde die Attraktivität der Stadt und der Quartiere fördern und Familien vom Abwandern in die Agglomeration abhalten.

Es fehlt an Kitaplätzen – eine Lücke, die oft genannt wird, vor allem für Säuglinge.

Die örtliche Distanz von Kindergarten und Kita, von Wohnort und Kleinklassenschule ist zum Teil ein Problem.

Zielthema: Kinder- und Jugendförderung durch DOK, TOJ

Alle Angebote sind wichtig und müssen als Ergänzungen zueinander betrachtet werden. Es findet sich eine Vielzahl an Vereinen in den Quartieren. Lokale Vereine sind förderlich für die Verantwortung vor Ort, jedoch ist es oft schwierig, Vorstandsmitglieder zu finden. Die Arbeit mit Kindern beruht auf viel Freiwilligenarbeit und steht und fällt mit persönlichem Engagement.

Es fehlt an Treffmöglichkeiten für Jugendliche und an öffentlichen Räumen für Jugendliche, wird an mehreren Runden festgestellt. Die verschiedenen Jugendkulturen wollen sich nicht unbedingt mischen. Es sind kleinräumige Angebote gefragt, die ohne ÖV erreichbar sind

Vorgeschlagen wird als Ergänzung vermehrt mobile, aufsuchende Arbeit statt geschlossene Jugendräume. Zudem sind die soziokulturellen Angebote in den Quartieren nicht gleich verteilt. Aufsuchende Jugendarbeit ist besonders gefragt, weil Jugendliche sich eher auf der Strasse aufhalten und oft keine Treffs aufsuchen. Auch einzelne Kindergruppen können schlecht erreicht werden.

Es braucht Mut, Grenzen zu setzen und Regeln aufzustellen. Jugendliche brauchen einen klaren Rahmen und klare Freiräume.

Frei- und Spielräume

Freizeitorte sind dezentral zu erhalten und zu fördern. Kinder haben ihre Sozialbezüge vornehmlich im Einzugsgebiet ihres Schulhauses. Schulhausplätze sind öffentliche Orte, die in der freien Zeit sollten genutzt werden können.

Öffentliche Räume werden von Mädchen weniger genutzt als von Jungs. Aus der Literatur ist belegt: Orte für Kinder, die innert nützlicher Frist zu Fuss erreicht werden können, sind entwicklungsfördernd und bieten selbständige Lernerfahrungen. In einigen Quartieren gibt es davon wenig.

Jugendliche «nehmen» sich die Räume. Im Quartier können Jugendliche meist auf weniger Akzeptanz zählen. Lösungen bei Konflikten sind in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu suchen. Zudem braucht es vermehrt aufsuchende Jugendarbeit.

Vorhandene Frei- und Spielräume sind zum Teil schlecht gewartet. Hundedreck, fehlende Spielgeräte oder Vandalismus auf Spielplätzen machen diese Orte unattraktiv. Das Nutzen von Naherholungsgebieten wie Wäldern, Wiesen und anderen unüberbauten Freiräumen, die in diversen Quartieren durchaus vorhanden sind, sollte mehr gefördert werden.

Aspekt Koordination und Information

Tageschulen, Tagis und Kitas sollten einen fachlichen Austausch pflegen. Es braucht mehr Koordination zwischen allen Anbietenden, geht es doch immer um die gleichen Zielgruppen in einem Stadtteil.

Die einzelnen Institutionen stossen an Kapazitäts- und Kompetenzgrenzen: eine übergeordnete Zusammenarbeit fehlt oft. So begleiten beispielsweise mehrere Fachpersonen eine Familie in verschiedenen Teilbereichen. Schnittstellen sind zu klären!

Teilweise gibt es eine Konkurrenzsituation unter Leistungsanbietenden, was klar ein Hindernis für eine Zusammenarbeit und Abstimmung der Angebote bedeutet. Ein zentrales Angebot in den Stadtteilen könnte eine Lösung schaffen, welches die Angebote bündelt und auf klaren Konzepten aufbaut.

Aspekt Ferien und Betreuungszeiten

Ferienangebote sind für jene Kinder ein Problem, die einen engeren Rahmen brauchen und enger begleitet werden müssen.

Ein Ausbau der Ferienangebote wird gewünscht. Heutige Erwerbsarbeitszeiten und Freizeitstrukturen verändern den Bedarf an Betreuungszeiten. Die Angebote sind auch auf Schichtarbeitende, Wochenend- und Abendarbeitende auszurichten. Sonst werden sie nicht benutzt, können nicht benutzt werden.

Aspekt Erreichen der Zielgruppen

Wie erreichen wir verhaltensauffällige Jugendliche – wie verhaltensauffällige Eltern, die in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt werden müssten? Diesbezügliche Lösungen sind noch zu finden.

Im Stadtteil VI werden Vorgaben und Instrumente gewünscht, durch welche die Eltern mehr zur Zusammenarbeit verpflichtet werden können, zum Beispiel zur Teilnahme an Elternabenden.

Handlungsfeld 4

Alter

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen.

Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Wohnformen

Viele ältere Menschen, mehrheitlich Frauen, leben allein in grossen Wohnungen. Es fehlen attraktive Alternativen, damit ältere Menschen ihre (zu) grosse Wohnung

verlassen. Es werden Hausgemeinschaften, Genossenschaften, Mehrgenerationen-Projekte, Wohnungstauschbörsen und andere Modelle genannt, die weiter verfolgt und geprüft werden sollten.

Das betreute Wohnen sei zu fördern, wobei diese Angebote für Menschen mit Ergänzungsleistungen bezahlbar sein sollen

Es fehlt in mehreren Quartieren an der Umsetzung neuer Wohnmodelle beim altersgerechten Wohnen: Kleinere Wohnungen mit Lift, gutem Anschluss ans öffentliche Verkehrsnetz und altersgerechter Ausstattung beispielsweise, würden es älteren Menschen erleichtern, trotz höherem Alter noch selbständig haushalten zu können. Gefragt sind kleine Wohnungen, in welchen hauswirtschaftliche Dienstleistungen angeboten werden. Dies wäre wohl auch ein Anreiz für ältere Menschen, ihre grosse Wohnung zu verlassen.

Durch (nötige) Sanierungen verteuern sich die altersgerechten Wohnungen und damit verschwinden immer mehr Wohnmöglichkeiten für Personen mit Ergänzungsleistungen.

Angebote für Demenzkranke und spezielle Abteilungen in Heimen werden zwar einzeln geschaffen, es fehlt aber an Plätzen.

Es besteht zum Teil Mangel an stationären Langzeitpflegeplätzen.

Ferienbetten werden in den Domicil Altersheimen zwar angeboten, nicht jedoch Betten, die bei einem «Ausfall» von pflegenden Angehörigen zur Verfügung stehen.

Eine echte Wahlmöglichkeit bezüglich der Wohnformen ist nicht gegeben. Sie ist zudem entsprechend den finanziellen Möglichkeiten grösser oder kleiner.

Zielthema: Ambulante Angebote

Spitexangebote werden als gut beurteilt. In den Stadtteilen wird kein Mangel an Spitexangeboten erwähnt, der Bedarf wird offenbar abgedeckt.

Zur Sicherstellung einer regelmässigen Ernährung steht der Mahlzeitendienst von Pro Senectute zwar zur Verfügung, wird aber wenig genutzt. Es wird vermutet, dass viele ältere Menschen beim Essen sparen und sich eine gesunde Ernährung nicht leisten wollen (oder können).

In der Freiwilligenarbeit sind neue Konzepte zu erproben, welche fachlich ausgerichtete, zeitlich limitierte und flexible Freiwilligeneinsätze möglich machen. Zudem müssen Freiwillige gut betreut werden. Die Stadt hat jüngere Rentnerinnen und Rentner angeschrieben und zu Freiwilligeneinsätzen aufgefordert, jedoch ohne grossen Erfolg. BENEVOL und Kirchgemeinden vermitteln ebenfalls Freiwillige.

Nachbarinnen und Nachbarn kommt eine wichtige Rolle beim Erbringen von Alltagshilfen zu. Immer öfter leben Angehörige nicht in der Nähe und können die älteren Menschen nicht unterstützen.

Erfolgsversprechend werden Freiwilligeneinsätze beurteilt, die auf Netze in der Nachbarschaft und unter bekannten Personen beruhen. Über Freiwilligenarbeit soll die Akzeptanz älterer Menschen gefördert werden, gerade auch bei Kindern und Jugendlichen. Generationenübergreifende Einsätze sind zu fördern.

Aspekt: Erreichen der Zielgruppen

Ältere Menschen sind eher dem Risiko ausgesetzt, zu vereinsamen; wie und wann kann man daher mit diesen Personen Kontakt aufnehmen? Wie lange ist es sinnvoll, dass ein älterer Mensch allein zu Hause wohnen bleibt, und wann ist es zu spät für einen Umzug ins Heim?

Der Austausch, die Koordination unter den Trägerschaften, ist zu institutionalisieren und noch aktiver zu pflegen.

Erwähnt werden zwei problematische Übergänge: die Zeitspanne bis Spitex eingeschaltet wird, und der Zeitpunkt, da der Eintritt ins Altersheim nötig ist. Die älteren Menschen entscheiden sich nicht gerne oder oft zu spät.

Die Kirchen leisten viel präventive Arbeit und erreichen beispielsweise mit Besuchsdiensten ältere Menschen, die Hilfe und Kontakte suchen. Bei Hausbesuchen stossen die Kirchenmitarbeitenden vor allem auf vereinsamte Menschen. Das Projekt «präventive Hausbesuche» könnte hier künftig Abhilfe schaffen.

Ältere Menschen sollten motiviert werden, sich frühzeitig mit Alters-Wohnformen auseinanderzusetzen.

Altersheime haben bei vielen Menschen immer noch ein schlechtes Image und werden als Anstalten verstanden. Mit besseren Informationen könnten die Vorurteile abgebaut und die Leute früher erreicht werden.

Handlungsfeld 5 Schutz und Unterstützung

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen.

Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Hilfe und Schutz

Gefährdungsmeldungen werden oft spät gemacht. Man stellt oft zu grosse Hemmungen fest beim Einleiten von amtlichen Eingriffen. Das Informationsblatt über Gefährdungsmeldungen ist zu wenig bekannt. Abläufe sollen bei allen Einrichtungen bzw. Akteurinnen und Akteuren bekannt sein.

Zwischen Geburt und Kindergarten fehlt oft ein Frühwarnsystem bei Kinderschutz- bzw. Gefährdungsthemen. Unkomplizierte Hilfestellungen für Familien sind zu wenig bekannt.

Hilfen müssten Familien erreichen, bevor es «chlept». Früher gab es Quartieraufsehende, also Menschen, welche die Leute kannten. Heute könnten dies Hauswärtinnen und Hauswarte sein, man müsste sie fördern und nutzen als Quartieransprechperson. Leute aus dem Quartier haben eher die gleiche Sprache.

Es wird vorgeschlagen, dass Hilfe für Ausländerinnen und Ausländer direkt von Ausländerorganisationen vermittelt werden soll. Ideal wäre eine massgeschneiderte Hilfe pro Ausländer-Gruppe.

Eltern sollen in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt werden. Ein Problem sind oft auch kulturell bedingte unterschiedliche Erziehungsvorstellungen, es bräuchte mehr Brückenbauerinnen und Brückenbauer.

In Tagis sollen vornehmlich jene Kinder aufgenommen werden, die mehr Betreuung brauchen als andere Kinder. Auch in Kitas nimmt die Betreuungsintensität bei einzelnen Kindern zu. Diese machen auch gelegentlich Gefährdungsmeldungen. Meldungen finden Personen bezogen statt und nicht standardisiert, das heisst, das Frühwarnsystem in Einrichtungen für Kinder funktioniert nur teilweise, eben je nach Person.

Zielthema Wohnhilfe

Die Nachfrage für begleitetes Wohnen älterer verwahrloster Menschen ist nicht gedeckt. Es wäre eine frühere Intervention gegen Wohnverwahrlosung nötig.

Es braucht mehr Angebote, um Personen von der Strasse zu holen und dem wechselnden Klientel gerecht zu werden: z. B. ein modernes «Altersheim» in der Stadt, in dem kontrolliert getrunken und gespritzt werden kann.

Aspekt: Probleme im öffentlichen Raum

Brennpunkte im öffentlichen Raum ändern sich, bestehende Hilfsangebote sind zu wenig flexibel. Das Thema Drogen und vor allem auch Gewalt, Vandalismus und Zerstörung durch Jugendliche wurde in verschiedenen Quartieren und Stadtteilen als Problem genannt. Lösungen werden jeweils mit verschiedenen Trägerschaften gesucht, jedoch wäre mehr als nur ein Reagieren auf Problemstellen gefragt: ein präventives Vorgehen. Gewalt unter Kinder und Jugendlichen wird in verschiedenen Quartieren und Stadtteilen festgestellt.

Bei offenen und komplexen Konflikten, beispielsweise solchen, die mit Gewalt verbunden sind, müsste ein Case Management anlaufen.

Pinto ist die spezialisierte Einrichtung, die offizielle und aufsuchende Jugendarbeit betreibt. Viele Akteurinnen und Akteure wissen nicht, dass man bei Pinto Anliegen formulieren kann und diese dann als Bindeglied zwischen auffälligen Personen und der «Stadt» fungieren. Pinto ist aber in den einzelnen Stadtteilen nicht so präsent und auch nicht bekannt. Für die Zielgruppen von Pinto finden sich kaum gute Angebote, weshalb diese Personen sich immer wieder treffen und gegenseitig beeinflussen, es entwickelt sich eine Spirale nach unten. Ideal wäre die Unterstützung durch gut vernetzte Quartierpersonen, koordiniert mit den aufsuchenden Arbeitenden.

Die GWA hat in der Quartierpräsenz ihre Stärke und sollte diese noch ausbauen können. Quartiernetze stärken, niederschwellige Angebote bieten, damit Menschen, die Hilfe brauchen, diese auch holen und umgekehrt Brennpunkte frühzeitig erkannt werden können.

Aspekt: Schnittstellen und Koordination

Die Zusammenarbeit mit dem Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS); dem Jugendamt und der Polizei wird als positiv beurteilt. Die Polizei ist auch gut vernetzt mit den Anwohnergruppen.

Die Stelle «häusliche Gewalt» beim EKS bewährt sich und ist als Anlaufstelle bei den Fachstellen bekannt. Probleme müssen mit verschiedenen Organisationen angegangen werden. Die Vernetzung der bestehenden Stellen und Personen ist zu optimieren.

Handlungsfeld 6 Integration und Partizipation

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen.

Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Quartier und Wohnumfeld

Stadtteile als Bezugsgrösse sind für die Bevölkerung schwer fassbar. Die Identifikation mit dem Quartier wird als wesentlicher und wichtiger Einflussfaktor für Integration und Partizipation eingeschätzt, weil sich die Menschen kleinräumig orientieren. Das Veranlassen von niederschweligen Begegnungsmöglichkeiten wie Musik- und Strassenfesten, Flohmarkt, Jugendtanz, oder anderen Veranstaltungen im Quartier sollte gefördert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Quartieren funktioniert nicht immer gleich gut.

Die Quartierkommissionen sind in allen Stadtteilen bekannt und präsent, aber nicht überall gleich einflussreich und vernetzt. Auch als Kommunikationsplattform könnten diese noch stärker genutzt werden. Soziale Institutionen müssten dazugehören. Die Vernetzung zwischen Stadt, Quartierkommissionen und Einrichtungen vor Ort ist besser zu strukturieren. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Quartierzeitungen, die als Gefässe ganz unterschiedlich genutzt werden.

Siedlungswarte werden als Ressourcen für Vernetzung und zum Vermitteln von Wissen im Quartier wahrgenommen. Sie sollen beim Thema der Quartierintegration und -partizipation aktiv einbezogen werden. Die Selbstorganisationsmöglichkeiten in Siedlungen, beispielsweise für Waschküchen, Garten, Aussenräume sollen gefördert werden (zum Beispiel über Hausvereine und durch Streitschlichtungsangebote).

Quartiertreffs, Einrichtungen und Angebote gibt es in allen Stadtteilen viele, jedoch fehlt es an Koordination und systematischer Vernetzung. Auch informelle Begegnungsmöglichkeiten sind als Ressourcen mehr zu nutzen: Der Quartierladen, ein Einkaufszentrum oder Plätze. In den Stadtteilen sind auch informelle Treffen unter den Akteurinnen und Akteuren etabliert.

In den Quartieren sind die soziokulturellen Angebote unterschiedlich verteilt, weshalb mehr ambulante, sozialräumliche Ressourcen für Brennpunkte und Problemsituationen gewünscht werden.

Bezüglich Vernetzung wird auch jene mit der Stadt und zentralen Stellen (wie Pinto) genannt: die zentralen Stellen kennen die dezentralen Strukturen zu wenig. Kommunikation, Koordination und die Abstimmung von Angeboten und Bedarf sind zu verbessern. Wer im Stadtteil oder Quartier eigentlich was macht und für wen, wäre zu analysieren.

Kinder und Jugend

Die Ansprechperson für Kinder und Jugendliche wird für Kinder als zu weit weg vom Lebensalltag wahrgenommen. Mitwirkung und Partizipation der Jugendlichen geschieht zu wenig. Die Umsetzung von Anliegen und Ideen muss rasch und unkompliziert gehen, damit die Kinder und Jugendlichen auch die Ergebnisse und Erfolge sehen und davon profitieren können.

Die Einrichtungen / Treffs stehen oft nicht da, wo die Jugendlichen leben. Die Erreichbarkeit ist nicht für alle gut. Mitwirkung muss kleinräumig stattfinden können. Es braucht Räume und Begegnungsorte in der Nähe der Jugendlichen. Die mobile Jugendarbeit ist gefragt und wird mehr gewünscht.

Es braucht Begegnungsorte und -zonen wie Spielstrassen, Treffs, aber auch Gelegenheiten, öffentliche Räume zu nutzen und mit zu gestalten. Kinder und Jugendliche brauchen auch Freiräume.

In einigen Stadtteilen fehlt es an Räumen für Jugendliche aus den verschiedenen Quartieren. Treffs müssen nahe bei den Jugendlichen sein.

Mitgrationsthemen

Informationen erreichen Migrantinnen und Migranten zu wenig: es braucht eine systematische Erhebung die zeigt, warum dies so ist, was sie brauchen und wie sie sich informieren können und wollen.

Angebote und Gefässe sind diverse vorhanden, Integration ist aber auch von eigener Initiative, Zeit oder und Wissen über diese Angebote abhängig.

Migrantinnen und Migranten haben schlechteren Zugang zu Informationen und Angeboten. Die Chancengleichheit ist nicht erreicht. Es fehlt eine zentrale Auskunftsstelle für die breite Bevölkerung, an der man alle alltagsrelevanten Informationen bekommen kann.

Es ist verständlich, dass sich Menschen fremder Herkunft am Anfang mit Menschen aus dem gleichen Heimatland treffen. Das könnte als Ressource für Integrationsaufgaben genutzt werden. Gut qualifizierte und integrierte Migrantinnen und Migranten sollen mehr als Ressourcen wahrgenommen und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eingesetzt werden. Es sind Übersetzungen im übertragenen Sinn: Netzwerke von ausländischen Personen, die bei Anliegen und Konflikten vermitteln, dabei aber begleitet werden.

Freiwilligkeit der Inanspruchnahme ist zwar nicht nur bei den Migrantinnen und Migranten ein Thema, diese wird jedoch dann als problematisch beurteilt, wenn sie negative Folgen auf die Integration hat. Frage der Verbindlichkeit bei der Teilnahme an Veranstaltungen oder bei der Nutzung von Angeboten taucht immer wieder auf – in allen Handlungsfeldern.

Generationenprojekte

Generell wird mehr generationen- und kulturübergreifende Arbeit gewünscht. Das Projekt Win3 ist ein grosser Erfolg, bei dem viele Seniorinnen und Senioren mitmachen wollen.

Der Aufwand beim Initiieren und kontinuierlichen Anbieten von Generationenprojekten wird als eher hoch beurteilt, weil diese Projekte eine längerfristige Betreuung bedingen bis sie bei Alt und Jung bekannt und akzeptiert sind.

Ältere Menschen

Integration muss VOR dem Alter geschehen. Die Möglichkeit, sich schon vor der Pensionierung beraten zu lassen, wird als positiv beurteilt.

Handlungsfeld 7

Gesundheitsförderung und Sport

(Vorbemerkung: Aufgrund der geringen Zahl der Anmeldungen für den Workshop zum Handlungsfeld 7 sind die betreffenden Zielthemen in anderen Handlungsfeldern aufgegriffen: Das Thema Gesundheitsförderung in Handlungsfeld 1, das Thema Sucht und Drogen im Handlungsfeld 5 und das Thema Sport im Handlungsfeld 6. Nachfolgend sind einzelne Voten wiedergegeben, die sportspezifische Ergebnisse enthalten.)

Die nachfolgenden Zusammenstellungen widerspiegeln ausschliesslich persönliche Meinungen und Aussagen von Teilnehmenden an den Stadtteilkonferenzen. Die verdichteten Darstellungen betreffen Themen und konkrete Anliegen, die an mehreren Stadtteilveranstaltungen genannt worden sind.

Zielthema: Sport

Sport-Angebote im Aussenraum finden sich in allen Quartieren.

Die Öffnungszeiten und Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeit von Sportanlagen werden kritisiert.

Sportamt und Schulamt müsste man bezüglich Gesundheitsförderung noch besser vernetzen.

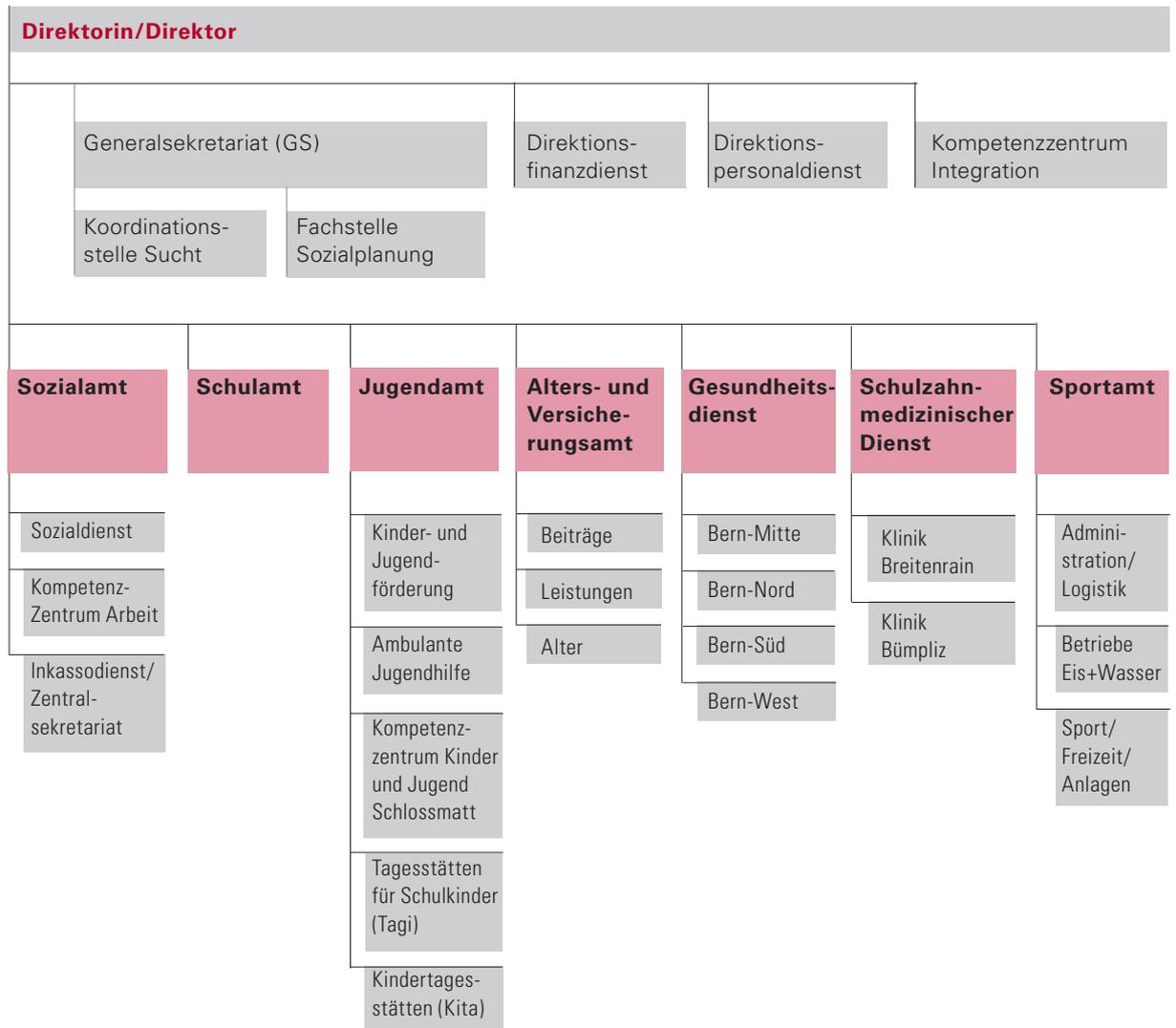
Viele Migranten haben Fussballclubs, die einen starken, integrativen Charakter haben. Die Integrationskraft der Sportvereine müsste aber noch mehr genutzt und gefördert werden.

Die Schwimmkurse für Kinder sollten wieder obligatorisch werden.

Gewünscht werden mehr Turnhallen, die auch Jugendliche nutzen können.



BSS
**Direktion für Bildung,
 Soziales und Sport**



Anhang II Organigramm BSS

Links

- Sozialamt
- Schulamt
- Jugendamt
- Alters- und Versicherungsamt
- Gesundheitsdienst
- Schulzahnmedizinischer Dienst
- Sportamt

- www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/soza
- www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/kfi
- www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/jga
- www.ava.bern.ch
- www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/gsd
- www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/szmd
- www.sportamt-bern.ch

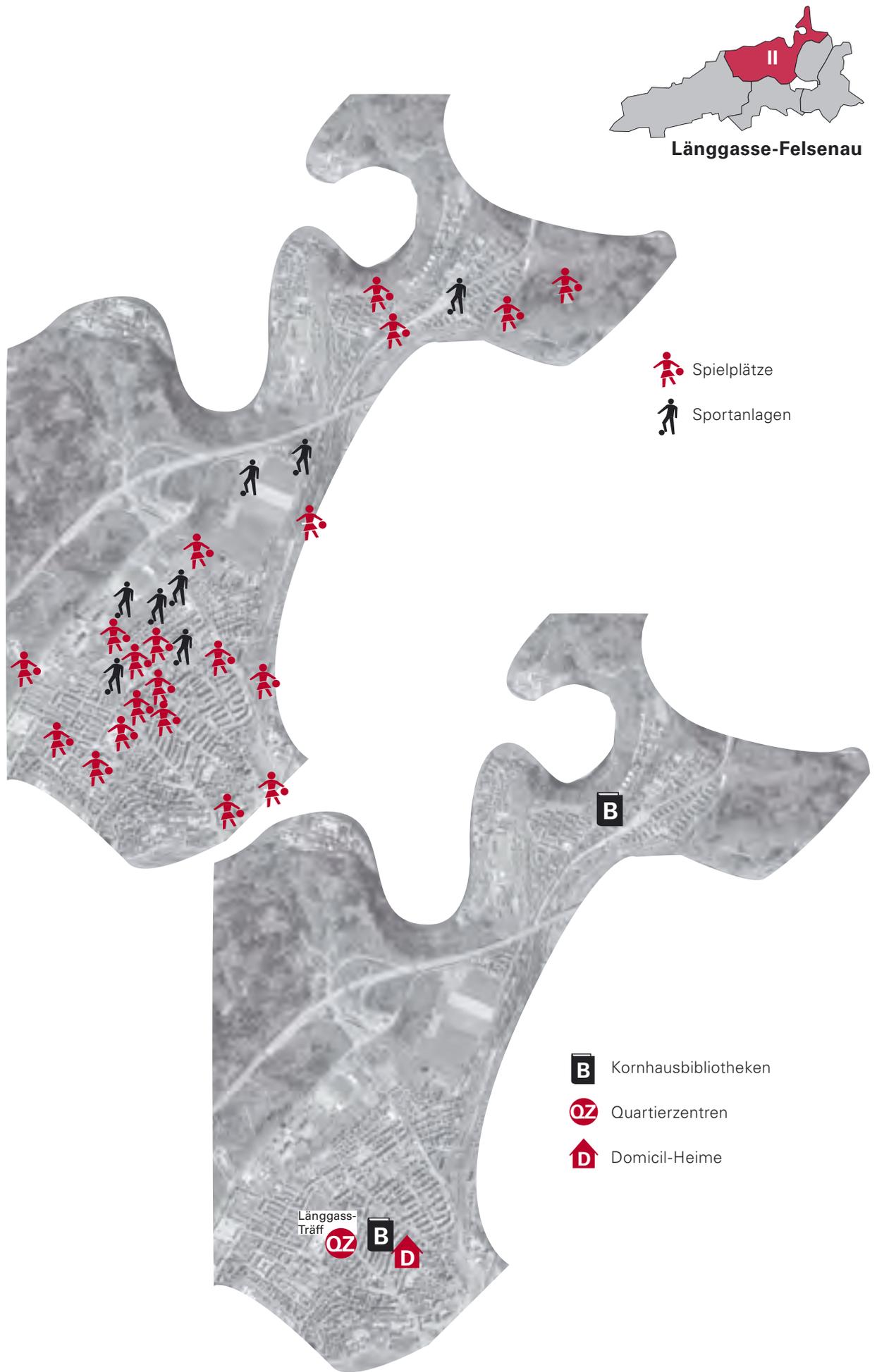
Das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz ist seit Januar 2008 der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) zugeteilt: www.bern.ch/stadtverwaltung/sue/afek

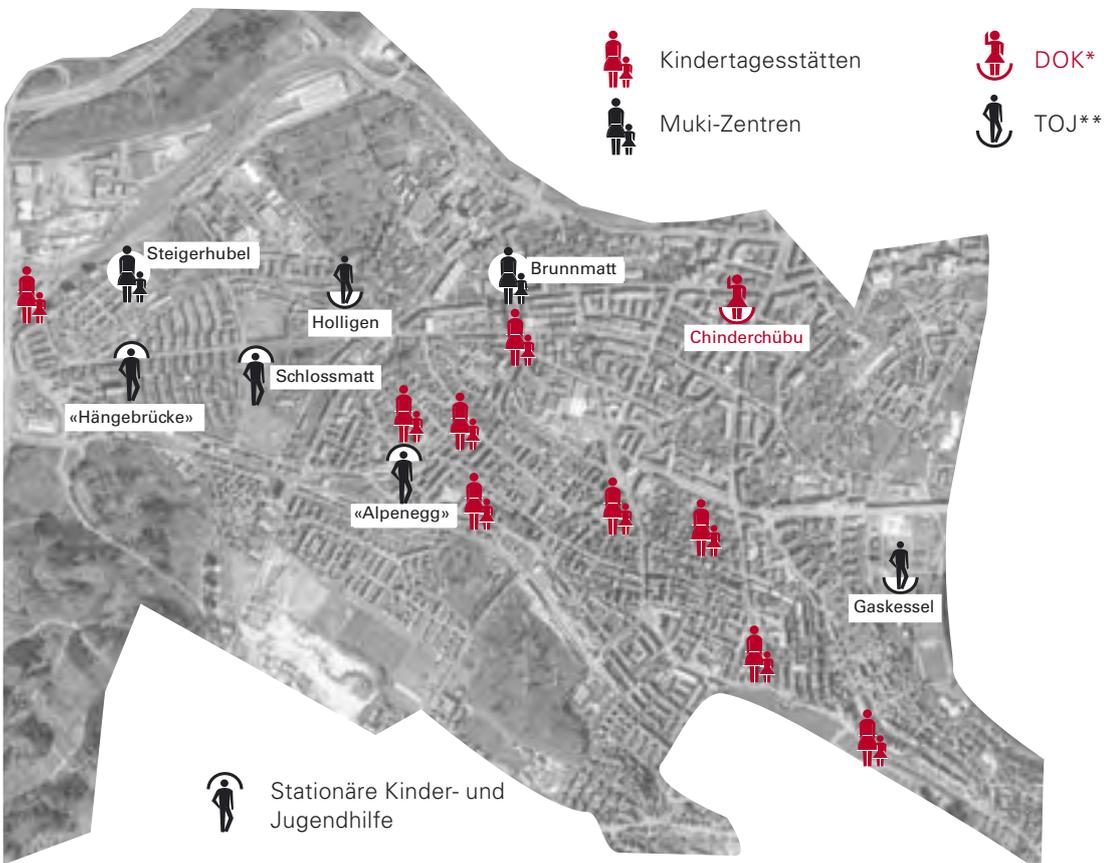


Quelle: Organisationsverordnung (OV) / SSSB 15201.Art 25 / Stand 29. Februar 2008
www.bern/leben_in_bern/stadt/recht/dateien



A Anhang III Soziale Einrichtungen

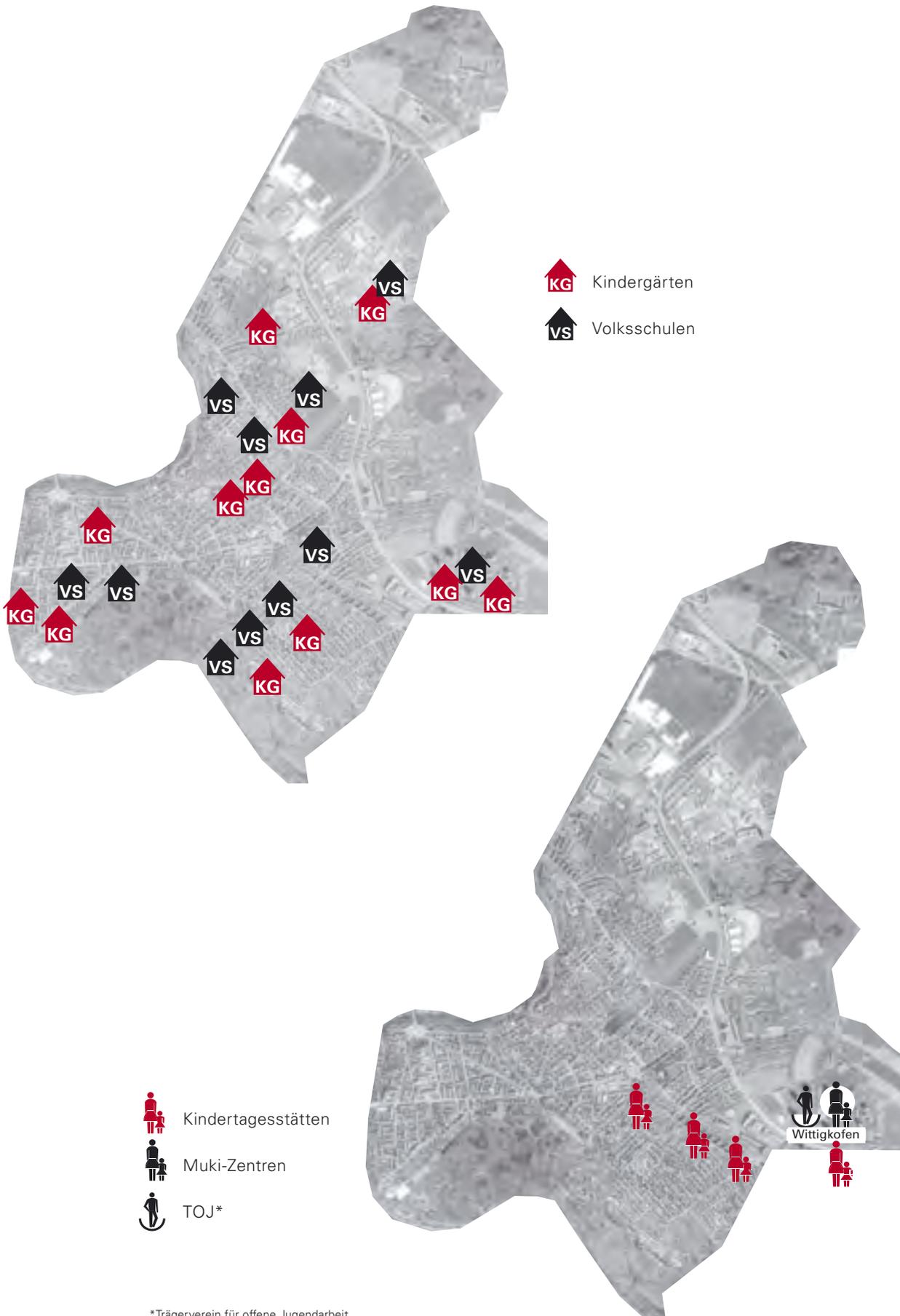


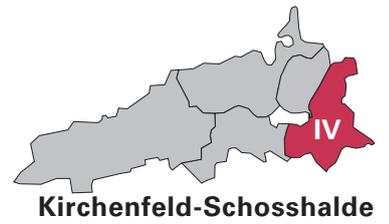


*Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern
 **Trägerverein für offene Jugendarbeit



A Anhang III Soziale Einrichtungen





- Spielplätze
- Sportanlagen
- Kunsteisbahnen
- Schwimmbäder



- Kornhausbibliotheken
- Quartierzentren
- Domicil-Heime

A Anhang III Soziale Einrichtungen



*Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern
 **Trägerverein für offene Jugendarbeit

A Anhang III Soziale Einrichtungen



- Spielplätze
- Sportanlagen
- Schwimmbäder

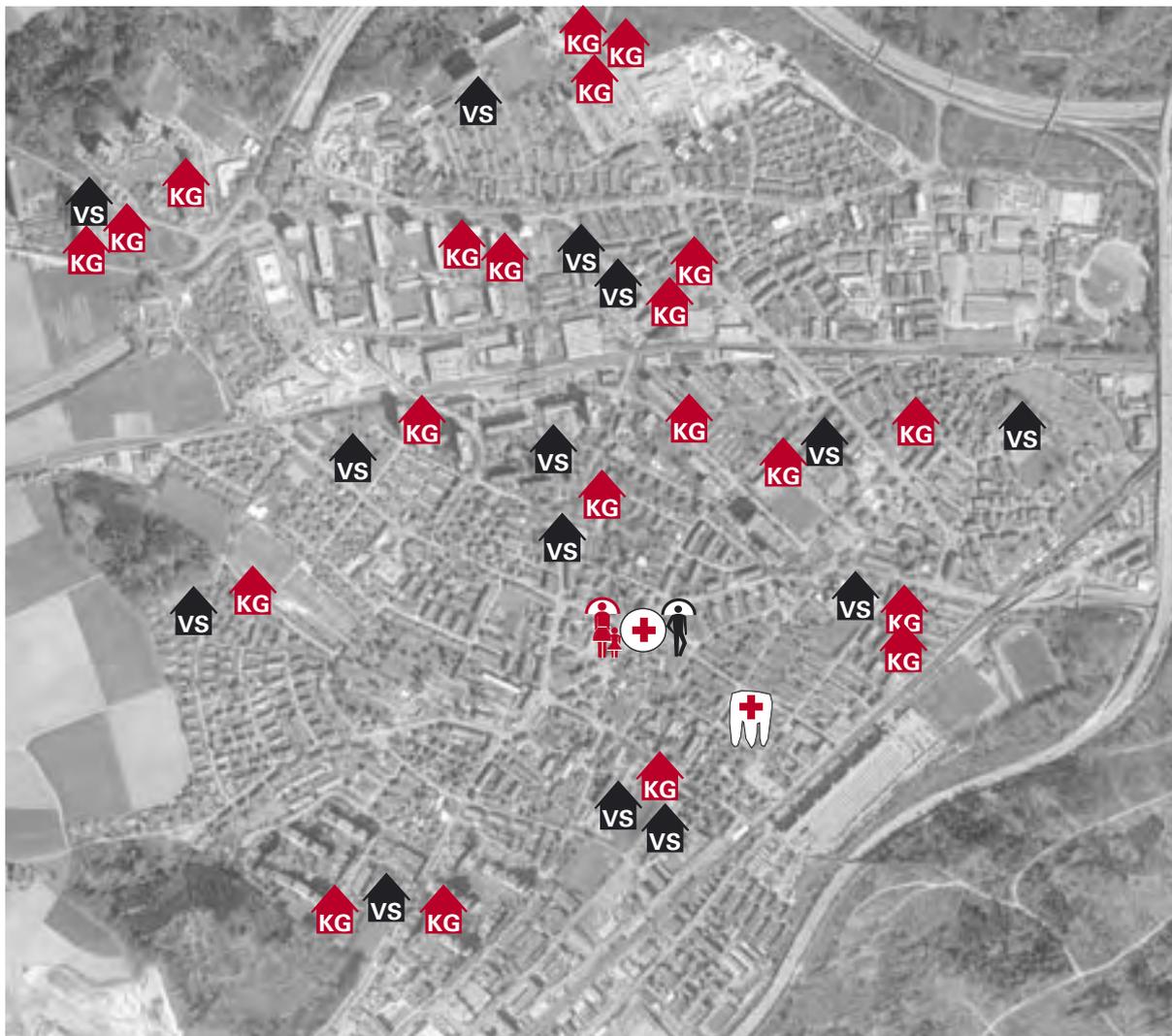
- Kornhausbibliotheken
- Quartierzentren
- Domicil-Heime
- Kompetenzzentrum Arbeit



 Kindergärten
 Volksschulen

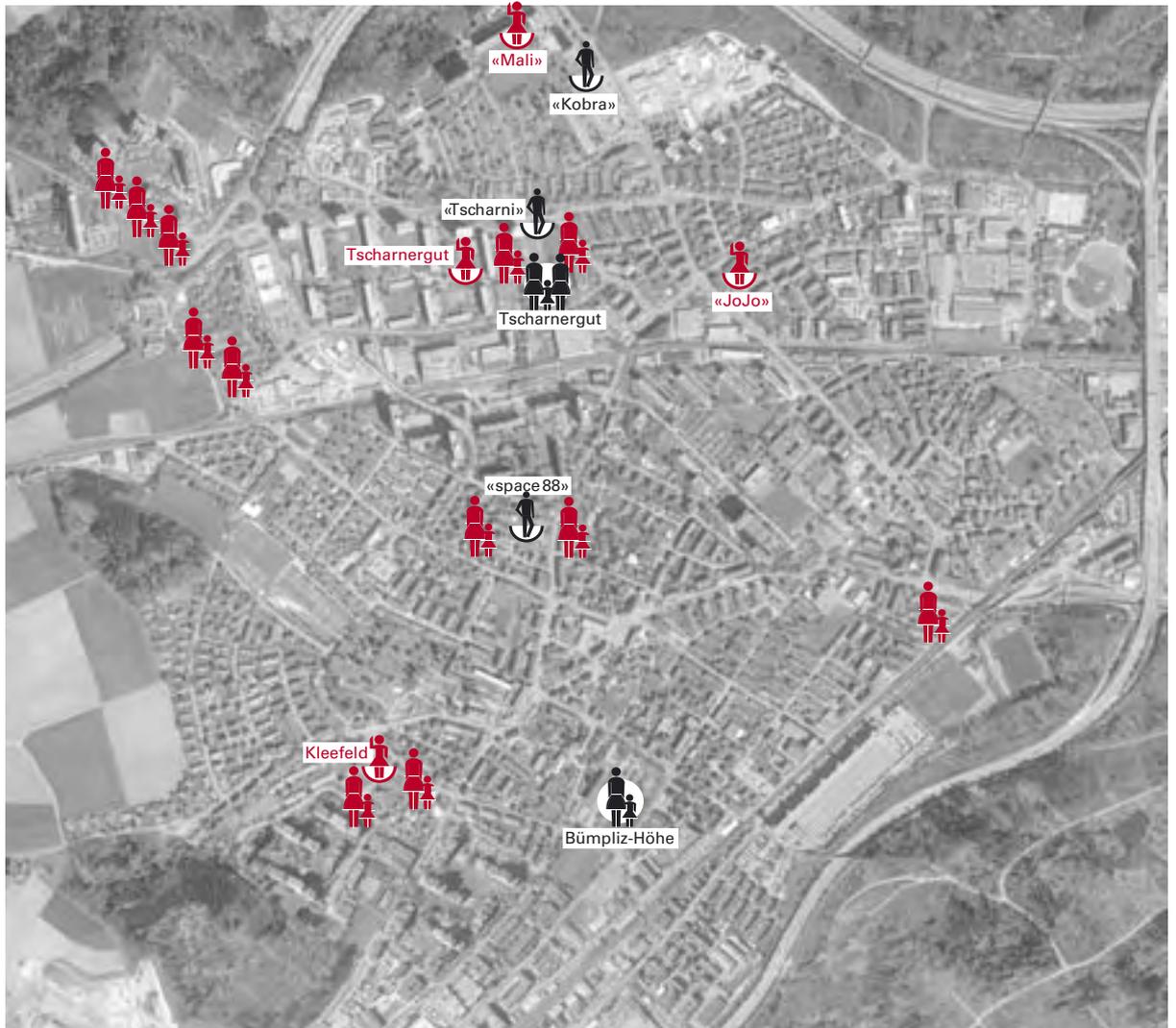
 Schulzahnmedizinischer Dienst
 Gesundheitsdienst
Bern-West

 Sozialdienst Standort West
 Jugendamt Beratungsstelle
Bern-West





Bümpliz-Oberbottigen



Kindertagesstätten



Muki-Zentren



DOK*



TOJ**

*Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern
 **Trägerverein für offene Jugendarbeit

-  Spielplätze
-  Sportanlagen
-  Kunsteisbahnen
-  Schwimmbäder





Bümpliz-Oberbottigen

- B** Kornhausbibliotheken/Ludotheken
- OZ** Quartierzentren
- D** Domicil-Heime

